C 21734 D

Polen 5 Jahre nach der Arbeiterrevolte S.8



Arbeiterkampf

Jg.5 Nr.71 21.12.'75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

GEWALT GEGEN KINDER

Bevor die geschlagene US-Armee endgültig aus Vietnam rausflog (und das in des Wortes doppelter Bedeutung), holte sie 1.700 Kinder (zumeist im Baby-Alter) aus Saigons Kinderheimen und verschleppte sie – ohne Wissen der leiblichen Eltern! – in die Vereinigten Staaten, wo sie für rund 25.000 Dollar (pro „Stück") verschachert wurden.

Die Aktion „Baby-Lift" war gewissermaßen der Schlußpunkt des amerikanischen „Engagements" in Indochina, in dessen Verlauf eine Millione vietnamesischer Jungen und Mädchen den Tod fanden, eine weitere Million zu Waisen und mehrere Millionen junger Menschen für ihr ganzes Leben durch mehr oder weniger schwere Verletzungen gezeichnet wurden!

Dieses in seiner Art (in der Nachkriegsgeschichte) beispiellose Verbrechen wurde von der bürgerlichen Presse (gerade auch hierzulande!) zu einem „Akt der Menschlichkeit" umgelogen und bejubelt!

Als jetzt vor wenigen Tagen vom Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" behauptet wurde, daß in der DDR 2 (zwei!) Kinder von sogenannten „Flüchtlingen" adoptiert worden seien, reagierten dieselben bürgerlichen Journalisten und Vertreter der Bundesregierung mit „Empörung". Jetzt hieß es: „Zone raubt Kinder" („Bild"). **Diesen berufsmäßigen Lügnern – ob sie nun Boenisch oder H. Schmidt heißen – sollte niemand Glauben schenken, wenn sie ein Gezeter über die angebliche „Verletzung der Menschenrechte" anfangen.**



US-Präsident mit einem geraubten Baby

Kampf dem Maulkorbgesetz!

Wer die Kämpfe der Befreiungsbewegungen unterstützt, die militanten Kämpfe der Arbeiterklasse wie im Pariser Mai 1968 oder auch nur das aktive Vorgehen gegen Streikbrecher gutheißt, wer für die Besetzung leerstehender Häuser eintritt, wer sich mit den Aktionen der Bevölkerung solidarisiert, die den Bau von Atomkraftwerken verhindern wollen, wer den Marxismus propagiert, der den gewaltsamen Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung als unvermeidbares Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse ansieht, der soll in Zukunft mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden.

Das sieht der § 130 a bzw. § 88 a nach der neuen SPD-Fassung eines Gesetzes vor, das in den nächsten Wochen verabschiedet werden soll. Dieses Maulkorbgesetz zielt darauf ab, jede demokratische Opposition gegen die verschärften Angriffe der Bourgeoisie im Keim zu ersticken. Seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ist diese Gesetzesneuregelung der massivste Angriff auf die linke Bewegung und ein bedeutender Schritt in der Faschisierung von Staat und Gesellschaft.

Bauen wir dagegen die einheitliche Kampffront aller Demokraten und Kommunisten auf!

Seite 3

Portugal
Kampf dem Faschismus!

In Portugal rollt nach dem Rechtsputsch vom 25./26. November eine Welle der Repression. Weit über 100 fortschrittliche Militärs sind verhaftet worden; aus dem „Revolutionsrat" wurde durch den Ausschluß der letzten linken Militärs ein reiner Konter-Revolutionsrat. Verschiedene Einheiten der Armee, die immer auf Seiten des Volkes gestanden hatten, sind durch Verhaftungen, Massen„beurlaubungen", Entlassungen, „Versetzungen", Auflösung demokratischer Diskussions- und Entscheidungsgremien etc. schwer getroffen worden.

Ein weiteres Angriffsziel der Reaktion sind Presse und Rundfunk. Auch hier soll durch Entlassungen, Neubesetzung der Führungen, Ablösung fortschrittlicher Journalisten etc. das Klima entscheidend zugunsten der Reaktion verändert werden.

Gegenüber der revisionistischen PCP verfolgt die Bourgeoisie heute die Taktik, sie durch den weiteren Verbleib in der Regierung vorerst zu neutralisieren bzw. als Flankenschutz für ihre Unterdrückungsmaßnahmen einzusetzen.

So wird die Repression zwar heute auf allen Ebenen der portugiesischen Gesellschaft deutlich. Sie hat aber noch keinen Massencharakter. Vielmehr versucht die Bourgeoisie heute, durch gezielte Schläge an zentralen Punkten (Armee, Informationswesen) das Kräfteverhältnis so zu verändern, daß der Weg für eine spätere massenhafte Repression (auch gegen die Gewerkschaften und gegen die linken Organisationen, schließlich auch gegen die PCP) geebnet wird. Die Gefahr einer Restauration des Faschismus wird dadurch immer akuter. Nach dem 25./26. November gilt darum erst recht:

PORTUGAL DARF NICHT DAS CHILE EUROPAS WERDEN!

KAMPF DEM FASCHISMUS!

ORGANISIEREN WIR DIE MATERIELLE UND POLITISCHE HILFE FÜR PORTUGALS REVOLUTIONÄRE LINKE!

Der Rechtsputsch vom 25./26. November

Am Morgen des 25. November bestätigte der „Revolutionsrat" – gegen die Proteste der Masse der Soldaten – seine Entscheidung, den COPCON-Chef Carvalho (der verschiedentlich die Linken unterstützt hatte) als Kommandanten der Militärregion Lissabon abzusetzen. Diese Maßnahme wurde vielfach als Ausdruck direkter Vorbereitungen für einen Rechtsputsch verstanden.

Zugleich wurde die Auflösung der Fallschirmjäger („paras") von Tancos verfügt. Daraufhin protestierten die „paras" mit der symbolischen Besetzung mehrerer Flughäfen. In Lissabon solidarisierten sich einige Einheiten mit dem Protest:

- Die Soldaten des RALIS sicherten ihre Kaserne durch Aufstellung ihrer Geschütze;
- Soldaten der Militärpolizei und einer anderen Einheit sicherten einen Rundfunk- und einen Fernseh-Sender, um Aufrufe zur Solidarität mit den „paras" und zur Verteidigung der Revolution bekanntzugeben.

Die Reaktion verbreitete daraufhin die Legende, die Linken hätten einen „Putsch" gemacht. Über Lissabon wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die berüchtigten „Kommandos" von Amadora des Faschisten Jaime Neves und die Panzertruppen von Santarem wurden in Marsch gesetzt. Fast ohne jeden Widerstand „eroberten" sie die „besetzten" Kasernen und Flughäfen. Am 28. November ergaben sich auch die Fallschirmjäger in Tancos.

So fügte die Reaktion mit zahlenmäßig schwachen Einheiten und praktisch kampflos der demokratischen und revolutionären Linken eine schwere Niederlage zu. Im Schutz des so geschaffenen neuen Kräfteverhältnisses ging die Reaktion systematisch an die Zerschlagung der fortschrittlichen Einheiten und an die Ausschaltung aller linken Militärs.

Forts. Seite 27

Arbeiterkampf jetzt 14-tägig

Von der nächsten Ausgabe an wird der ARBEITERKAMPF (der bisher im drei-Wochen-Rythmus herauskam) 14-tägig erscheinen.

Diese Zeitung wird dann zwischen 24 und 32 Seiten haben und weiterhin eine Mark kosten.

Durch die 14-tägige Erscheinungsweise wird der ARBEITERKAMPF aktueller als bisher sein können. Die Agitation wird größeres Gewicht erhalten, ohne daß wir etwa auf gründliche Analysen, Propagandaartikel und Beiträge zur politisch-ideologischen Auseinandersetzung verzichten werden.

Die Redaktion

Rebellion der argentinischen Luftwaffe niedergeschlagen

Mehrere Einheiten der argentinischen Luftwaffe besetzten unter der Führung des General Jesus Capellini am Donnerstag, dem 18. Dezember drei Rundfunksender und sechs Stützpunkte, verschanzten sich in ihren Kasernen und überflogen mit ihren Flugzeugen Buenos Aires, um Flugblätter abzuwerfen. Über Rundfunk forderten sie zunächst die Entlassung des Lufwaffenkommandeurs General Fautario, der als pro-peronistisch bezeichnet wird, und seine Ersetzung durch einen vom Heereschef Videla ernannten neuen Kommandanten. Anschließend wurden über die besetzten Sender Kommuniques verlesen, die die tatsächlichen Putschpläne erkennbar werden ließen:

Gefordert wurde der sofortige Rücktritt Isabel Perons und die Übernahme der Präsidentschaft durch den Oberkommandierenden des Heeres, General Videla. Armee und Marine müßten die *„politische Autorität"* (also die Regierung) stürzen und *„eine neue Ordnung mit nationalem und christlichem Sinn errichten"*. (Zitiert nach „Frankfurter Rundschau", 20.12) *„Der Kampf gegen Korruption, marxistische Subversion und wirtschaftlichen Schlendrian sei ihr Anliegen ..."* („FR", 20.12.).

Die argentinische Regierung unter Isabel Peron konnte sich erst nach längeren Verhandlungen mit den Oberbefehlshabern von Heer und Marine durchsetzen, die Zugeständnisse forderten, bevor sie gegen die putschistischen Luftwaffenoffiziere vorzugehen bereit waren. Der Putschversuch brach am Wochenende des 20./21. Dezember dann auch schnell zusammen, als die führenden Militärs ihm ihre Unterstützung versagten.

Eine *„christliche nationale Ordnung"* zu errichten, war schon immer das Schlagwort, mit dem faschistische Militärs in Lateinamerika ihre Machtübernahme begründeten. Wortwörtlich war es eine der Hauptparolen Pinochets.

Den putschistischen Luftwaffenoffizieren ging es darum, daß sich innerhalb der Streitkräfte die „Interventionalisten" durchsetzen, die nach chilenischem Muster die direkte Machtausübung der Militärs bei gleichzeitiger Auflösung des Parlaments, Kontrolle und Zensur der Presse usw. wollen, während der bisherige Kurs der führenden Militärs mehr im „schleichenden" Putsch bestand. Die „Professionalisten", zu denen unter anderem der Heeresoberbefehlshaber Videla gezählt wird, wollen dagegen bei der mehr indirekten Machtübernahme ein „legales Gerüst bewahren" (NDR, „Kurier am Mittag", 20.12.) und verfahren eher nach dem uruguayischem Muster. Dort wurde bei formaler Beibehaltung von Parlament und Präsident Bordaberry eine Terrorherrschaft errichtet, die sich mit Chile durchaus vergleichen kann.

So hatte das gesamt argentinische Militär, Armee, Marine und Luftwaffe wenige Tage zuvor offiziell erklärt, daß es seine Aktionen im Kampf gegen die Linken auf ganz Argentinien ausdehnen werde. Dies bedeutete die Ausweitung eines faktischen Ausnahmezustandes auf das ganze Land, wie er bisher in der Provinz Tucuman bestand, mit weitgehenden Vollmachten des Militärs: *„Wir werden den Kampf bis zu Ende durchstehen, es werden so viele sterben müssen, wie notwendig ist."* (Armeechef Videla nach „NZZ", 8.12.).

Innerhalb der Streitkräfte scheint vorerst noch die Absicht vorzuherrschen, die Politik des „schleichenden Putsches" zu verfolgen und nicht die direkte Regierungsverantwortung zu übernehmen. Für diesen Fall gäbe es die Möglichkeiten, Isabel zu beurlauben und durch den Senatspräsidenten Luder zu ersetzen, wie es schon im Sommer anläßlich der schweren Regierungskrise um die Tarifabschlüsse der Fall war, oder die inzwischen schon auf den 17. Oktober nächsten Jahres vorverlegten Neuwahlen eventuell noch eher durchzuführen. (Kurz vor dem Putschversuch hatte Isabel die von der bürgerlichen Parlamentsopposition geforderte Vorverlegung der erst 1977 fälligen Neuwahlen auf den 17.10.76 bekannt gegeben, als *„putschverhinderndes Mittel?"*, wie es die „NZZ" in einem vor der Luftwaffenaktion geschriebenen Artikel richtigerweise mit Fragezeichen bekannt gab. Der 17. Oktober wird als „Tag der Treue" alljährlich von der peronistischen Bewegung in Erinnerung an die Befreiung Perons 1946 aus dem Gefängnis durch die Bewohner der Elendsquartiere und die Arbeiterklasse der Hauptstadt gefeiert.)

Die Haltung der „Professionalisten" kann auch darin begründet liegen, die Reaktion der sehr kampfstarken Arbeiterklasse auf den offenen Putschismus abzuwarten. Die Militärs haben bisher immer deswegen gezögert, direkt einzugreifen (und teilweise die Übernahme von Regierungsverantwortung durch einzelne Militärs in Isabels Kabinett verhindert bzw. rückgängig gemacht), weil sie ihre unmittelbaren Ziele der Bekämpfung der revolutionären Linken durch den faktischen Ausnahmezustand mit der Durchkämmung des gesamten Landes, seiner Arbeiterviertel und Fabriken, gesichert sahen, andererseits die Übernahme der Regierung sie mit den ökonomischen Schwierigkeiten Argentiniens konfrontiert hätten, für die sie ebenso wenig einen Ausweg sehen, wie die Regierung Isabels. *„Warten, bis fünf nach zwölf!"*, das charakterisierte bisher ihre Taktik, im Gegensatz zum Putsch 1955, der fünf vor zwölf stattgefunden habe. (Damit ist gemeint, daß sich die Militärs 1955 gegenüber einem Peronismus blutig durchsetzten, der ihnen anschließend die Hypothek der geschürten Hoffnungen der Massen auf ein menschenwürdiges Leben überließ und dessen Nichterfüllung diese nicht der peronistischen Demagogie, sondern dem Eingreifen der Militärs anrechneten.)

Die ganze Schwäche der peronistischen Regierung wurde bei ihren Abwehrversuchen sichtbar. Die Forderung der Putschisten auf Ablösung des Oberkommandierenden der Luftwaffe wurde sofort erfüllt. Wenn auch die aufständischen Offiziere vorerst zu schwach waren, ihre Ziele innerhalb des Militärs durchzusetzen, so war dennoch die Regierung ohne Hilfe der „Professionalisten" zu schwach, um ein Ende der Rebellion durchzusetzen. Daß sie einem direkten Eingreifen des gesamten Militärs völlig machtlos gegenüber stünde, wurde deutlich. Für Isabel rächte sich die Politik des Verrats der Massen seit der Rückkehr Perons 1973 (nach dem Wahlsieg der Peronistischen Partei). Versuche einer Massen-Mobilisierung für die Regierung schlugen fehl: Eine für den Abend des 18. Dezember in Buenos Aires angesetzte Protestkundgebung mußte mangels Beteiligung abgesagt werden. (NDR, s.o.) Eine schwache Demonstration kam erst am 20.12. zustande. Man bedenke, daß vor zwei Jahren die Peronistische Partei noch Hunderttausende in der Hauptstadt zu mobilisieren vermochte!

(Wir empfehlen zum gesamten Thema unsere Sondernummer „die Internationale": „Revolutionärer Volkskrieg in Argentinien" vom September 75.)

Lateinamerika-Kommission

West-Sahara: Ein kleines Volk kämpft um's Überleben!

Nach dem Abkommen von Madrid am 14.11.75, in dem die Grundzüge für die Teilung der West-Sahara vereinbart wurden (AK 70), begann Marokkos Monarch Hassan II., mit der Unterdrückung des Volkes von West-Sahara im Sinne einer „Endlösung", d.h. Ausrottung und Vertreibung der Saharauis.

Zwecks Verharmlosung wurde der Eindruck zu erwecken versucht, es gäbe überhaupt kein saharisches Volk, bestenfalls handle es sich „um eine Handvoll Nomaden" (Tunesiens faschistoider Staatschef Bourgieba). Die Befreiungsbewegung der Saharauis, FPOLISARIO, spricht selbst von ca. 500.000 Einwohnern, die jetzt vom Völkermord bedroht sind.

Schon am 20.11.75 drangen 9 Kompanien der marokkanischen Luftwaffe, drei Batallione Infantrie, Panzereinheiten, Fallschirmjäger, Einheiten der schweren Artillerie, französische Hubschrauber vom Typ SA-330 und Flugzeuge vom Typ „Broussard" in die West-Sahara ein.

Selbst die bürgerliche Presse gibt die Stärke der Invasionstruppen mit 20.000 Mann an.

Von Anfang an begannen die Truppen Hassans den totalen Krieg gegen die Bevölkerung. *„Sie haben Massenexekutionen in der Zivilbevölkerung durchgeführt, geplündert und Vieh gestohlen - besonders Schafe -, von denen die Nomaden leben."* (FPOLISARIO, lt. „Le Monde" 2o.11.) *„In der Stadt Jdeirya sind demonstrierende Kinder von Panzern zermalmt worden, die Khaimaten* (Behausungen, – Red.) *werden in Brand gesteckt, die zivile Bevölkerung wird mit Granatwerfern vernichtet und zerstückelt."* („El Moudjahid", 9.12.) *„In der Nähe des Saharaortes Edcheira wurden 160 Saharauis, darunter Frauen und Kinder, umgebracht. Der Mehrzahl von ihnen sollen die Köpfe mit Messern abgeschnitten worden sein. Die Marokkaner richten offenbar für jeden Soldaten, den sie in den Kämpfen mit der FPOLISARIO verloren haben, sofort mehrere Angehörige der Zivilbevölkerung hin."*

„Ein marokkanischer Offizier erklärte, das marokkanische Heer werde natürlich keine Kugeln für die Saharauis opfern, sondern ihnen die Hälse durchschneiden." („Informaciones" lt. FAZ, 6.12.) Aus Furcht vor den Massakern, Deportationen und Foltern durch die marokkanischen Truppen flohen von den 4.000 Einwohnern der strategisch wichtigen Stadt Semara (Straßenverbindung nach Algerien) allein 3.700 in die Wüste (lt. „FR", 8.12.). So überrannten die marokkanischen Truppen fast sämtliche Städte. Die Bevölkerung der Hauptstadt Al Aiun wird durch starke Stacheldrahtverhaue in den Wohnvierteln gefangengehalten. Als nackter Völkermord entpuppt sich heute, was Hassan II. mit faschistischem Zynismus die „Vereinigung mit dem Brudervolk" nennt. Auch Mauretaniens Staatschef Ould Daddah hat mit der Entsendung von Truppen vom Süden der West-Sahara aus begonnen.

Kurz bevor Mauretanien große Mengen Waffen kaufte, die mit Flugzeugen *„unbekannter Herkunft"* („El Moudjahid", 10.12.) in der Hauptstadt Nouakchott ankamen, *„bekräftigte BRD-Staatsminister Wischnewski (SPD) die guten Beziehungen mit einer Kapitalhilfe von 7,8 Mill. DM"*.

Deklariert für *„den Ausbau des Flughafens Nema"*, für den bereits zuvor 10 Mill. DM bereit gestellt wurden. (lt.„FAZ", 2.12.75)

Heldenhafter Widerstand des Volkes

Die Bevölkerung der West-Sahara hat mit Beginn der Invasion durch Marokko (im Norden) und Mauretanien (im Süden) unter Führung der FPOLISARIO einen heldenhaften Widerstand geleistet:

„Unsere Einheiten haben eine Reihe von Angriffen gegen die Invasions-Truppen im Norden der Sahara gerichtet, wobei ihnen schwere Verluste an Menschen und Material zugefügt wurden", erklärt ein Kommunique der FPOLISARIO vom 5.12., das hinzufügt, daß *„spanische Hubschrauber den Invasionstruppen zur Hilfe gekommen sind, vor allem, indem sie Verwundete ins Krankenhaus von Semara brachten..."* Das Kommunique schließt: *„Wie groß aber auch das Potential der Invasionstruppen sein mag, unser Volk ist entschlossen, sein Recht an sich zu reißen."* Inzwischen ist es der FPOLISARIO gelungen, eine Offensive im Gebiet um Semara zu starten, zum Teil gelang es, die schon unter den spanischen Faschisten befreiten Gebiete zu halten und auszubauen, die Zahl der Militanten ist seit der Invasion auf weit über 10.000 gewachsen. Selbst die Mehrheit der Mitglieder des von den Spaniern eingerichteten Scheinparlaments, der Djemaa, zumeist Stammesfürsten, haben sich auf die Seite der FPOLISARIO geschlagen. Hassans Vorhaben, die Djemaa als Legitimationsinstrument für den Anschluß an Marokko zu benutzen, ist damit gescheitert.

Diese erklärte sich nämlich für aufgelöst und *„bekräftigte noch einmal die uneingeschränkte Unterstützung der FPOLISARIO, der einzigen legitimen Vertretung des saharischen Volkes"*. Weiter wurde ein provisorischer Saharischer Nationalrat gegründet, mit dem Ziel, *„den Kampf bis zur völligen Unabhängigkeit fortzuführen"*. (Dokument von Guelta, 28.11.75)



Kämpfer der F-Polisario

Trotz der täglich größer werdenden Stärke des Widerstandes, hat die FPOLISARIO kaum eine militärische Chance, die neue Gewaltherrschaft kurzfristig zurückzuschlagen, die von den USA und Frankreich in den letzten Jahren planmäßig aufgerüstet worden ist. Mehrfach hat die FPOLISARIO daher ein Eingreifen der UN-Truppen gefordert, um eine Ausrottung der Bevölkerung zu verhindern.

Jedoch, während die Massaker in West-Sahara schon große Ausmaße annahmen, war die UNO nicht einmal bereit, eine eindeutige Pro-Saharische Erklärung abzugeben. Insbesonders die Stimmenthaltung der RWG-Länder machte es möglich, daß ein Antrag Tunesiens knapp angenommen wurde, der das Teilungsabkommen von Madrid faktisch anerkennt und ein „Referendum", durchgeführt von den Besatzungsmächten unter „Kontrolle" einiger UN-Beauftragter vorsieht.

Andererseits fand sich eine Mehrheit von 88 Staaten bereit, dem Alternativantrag Algeriens zuzustimmen, der eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit West-Saharas unter dem Schutz von UN-Truppen und mit Beteiligung der FPOLISARIO vorsieht. Dieser Antrag erklärte das Abkommen von Madrid für nichtig.

Algerien hat seit jeher das Recht der Saharauis auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verteidigt und leistet jetzt durch allseitige Unterstützung den entscheidenden Beitrag zur Fortsetzung des saharischen Widerstandes.

Algerien ist darüber hinaus schon zu Beginn des Konfliktes zu der Ansicht gelangt, daß *„sich die Lage auf eine Konfrontation hin entwickelt, nicht nur gegenüber dem saharischen Volk, sondern auch gegenüber Algerien, das durch den Lauf der Dinge gezwungen wird, seine Grenzen und seine Revolution zu verteidigen."* (Algerisches Kommunique, 6.11.)

Algerien begreift die marokkanische und mauretanische Agression im Zusammenspiel mit Spanien als Teil der imperialistischen Strategie, die erreichen soll, *„ daß man die sozialistischen Erfahrungen Algeriens beenden oder doch zumindest stark bremsen muß"*, daß *„eine der wenigen arabischen Stimmen zum Verstummen gebracht wird, die noch den palästinensischen Widerstand unterstützt und sich seiner allmählichen Auflösung widersetzt."* („Afrique-Asie" 17.11.) Wiederholt wies Staatschef Boumedienne auf die Großmachtpläne Marokkos hin. *„Die scherifschen* (marokkanischen, Red.) *Behörden haben nie ein Geheimnis aus ihrem Wunsch gemacht, ein Groß-Marokko zu schaffen, von Tanger bis Tombouctou und Saint-Louis im Senegal, im Vorbeigehen wäre ein Teil Algeriens einzuvernehmen, ein anderer Teil des Territoriums von Mali, die gesamte West-Sahara und ganz Mauretanien."* („Le Monde" 14.11.)

Zu welchen Agressionen Marokko noch fähig ist, deutet Boumedienne an, wenn er darauf hinweist, daß es *„zwei Staaten gibt, die noch keine festgelegten Grenzen haben: Marokko und Israel."* (FAZ 21.11.)

Zur Zeit läuft in Algerien eine breite Solidaritätskampagne mit Geldsammlungen, Demonstrationen etc. für den Befreiungskampf der Saharauis. Täglich berichten die Tageszeitungen mehrseitig über den Verlauf der Kämpfe. Anscheinend bereitet Algerien, das militärisch „auf alle Eventualitäten" eingerichtet ist, ein stärkeres Engagement in West-Sahara vor.

Ein FPOLISARIO-Genosse äußerte sich dazu so: *„In dem Maße, wie die imperialistische Gefahr zunimmt, wird auch die Unterstützung durch Algerien konkreter werden. Mehr möchte ich zu diesem Punkt im Augenblick nicht sagen."* (lt. „Extra-Dienst", 12.12.)

Und auf die Frage, welche Möglichkeiten des Sieges die FPOLISARIO sehe: *„Die selben Möglichkeiten wie die Völker von Vietnam und Mosambik ..."*

Unabhängigkeit und Freiheit für das saharische Volk!
Sieg im Volkskrieg!

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kampf dem Maulkorbgesetz!

Forts. von S. 1

Das Maulkorbgesetz – ein schwerer Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit

Die von der Bundesregierung geplanten Gesetzesänderungen wurden vor der Öffentlichkeit lange Zeit geheimgehalten. Bereits seit November 1974 liegen fertige Gesetzentwürfe der SPD/FDP-Regierung und der CDU/CSU vor. In diesen Entwürfen werden nicht nur bestehende Gesetze verschärft, sondern auch neue Gesetze geschaffen, die die reaktionäre Ausrichtung des Justizbereichs gewaltig vorantreiben. So wird jetzt in § 126 nicht nur die Androhung von Mord, Raub, Totschlag usw. unter Strafe gestellt, sondern auch **Landfriedensbruch.** Wegen „Landfriedensbruch" wurden bislang hunderte von Demonstranten verurteilt, die bei Provokationen der Bullen festgenommen wurden. Wegen „Landfriedensbruch" laufen derzeit Prozesse gegen Jugendliche, die an den Besetzungen von Nordhorn-Range oder Whyl beteiligt waren. Wegen „Landfriedensbruch" wurden auch Arbeiter angeklagt, die bei dem Ford-Streik 1973 mitmachten.

Durch die Neufassung von § 126 sollen zukünftig Demonstrationen, Streiks usw. noch besser unterdrückt werden können. Kernstück des Maulkorbgesetzes ist allerdings der § 130 a, der neu in das Strafrecht eingefügt werden soll:

„§ 130 a – Befürwortung von Straftaten; Anleitung zu Straftaten
(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die die Befürwortung einer der in § 126 Abs. 1 Nr. 1-6 genannten rechtswidrigen Taten oder die Anleitung zu einer solchen Tat enthält und bestimmt sowie nach den Umständen geeignet ist, die Bereitschaft anderer zu fördern, solche Taten zu begehen,
1. verbreitet,
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einzuführen oder daraus auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 oder 2 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,
wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) § 86 Abs. 3 gilt entsprechend.
(3) ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung
1. die Begehung einer der in § 126 Abs. 1 Nr. 1-6 genannten rechtswidrigen Taten befürwortet oder
2. zu einer solchen Tat eine Anleitung gibt, um die Bereitschaft anderer zu fördern, solche Taten zu begehen".

Man stelle sich nur ein Ereignis vor, wie die Betriebsbesetzung in Erwitte oder den Kampf der Bevölkerung in Whyl, wenn das neue Gesetz in Kraft ist. Dort haben die Kollegen „öffentlich oder in einer Versammlung" zu den Aktionen aufgerufen. Sie haben auch „Anleitung" für die Kämpfe gegeben, indem sie z.B. Streikposten etc. organisiert haben. Und die linke Presse hat über diese Kämpfe berichtet und sie „befürwortet". All das soll nach dem neuen Gesetz verboten werden.

Der Entwurf geht aber noch einen Schritt weiter, indem er klar auch „*theoretische Abhandlungen über den Ablauf von Revolutionen und den dabei anzuwendenden Methoden*" zur Gewaltliteratur zählt.

Der gesamte wissenschaftliche Sozialismus paßt in die Kategorie von „Verbrechen", die die Bundesregierung beschreibt als „*an den Intellekt gerichtete, scheinbar wissenschaftliche Abhandlungen über die Notwendigkeit, zur Erreichung bestimmter Ziele auch strafbare Handlungen zu begehen*", wobei eine „*Befürwortung von Gewalt*" vorliegt, „*wenn diese als begrüßenswert* (!) *oder auch nur als notwendig* (!) *oder unvermeidbar* (!) *dargestellt wird*".

Praktiziert werden diese Bestimmungen derzeit bereits in dem PEF-Prozeß gegen vier türkische Antifaschisten. **Mehrere** Prozeßtage (!) verwendete Richter Somoskoey darauf, seitenweise aus Schriften von Mao und Lenin vorzulesen, die bei den Angeklagten gefunden worden waren. **Diese Schriften sollen als Indiz für die Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" gewertet werden!!**

Beachtenswert ist noch, daß nicht alle „Befürwortung von Gewalt" verboten werden soll. So werden von der Bundesregierung ausdrücklich „Kriminalromane" und „Biertischgespräche" von der Verfolgung ausgenommen. Man darf darauf gespannt sein, wie faschistische Gewalt-Literatur als „Kriminalromane" behandelt werden wird!



Karikatur auf die Karlsbader Beschlüsse von 1819, die eine totale Unterdrückung der Rede- und Pressefreiheit bedeuteten.

Volksgerichtshof unter dem Hitlerfaschismus – Zukunftsträume der Bourgeoisie heute

§ 88 a – Alter Wein in neuen Schläuchen

Als der Entwurf des Maulkorbgesetzes in der Öffentlichkeit bekannt wurde, gab es auch leichten Protest aus dem liberalen und sozialdemokratischen Lager. Tenor der Kritik war, daß die geltenden Gesetze ausreichen, die heute bereits die Anstiftung, Aufforderung, Androhung und Verherrlichung von Straftaten unter Strafe stellen. Durch die neue Gesetzesregelung bestünde die Gefahr der Verletzung der durch das Grundgesetz verbürgten Freiheiten. Inzwischen ist auch diese seichte Kritik weitgehend verschwunden. Die SPD legte den Entwurf des § 88 a vor der nach ihrer Vorstellung an die Stelle von § 130 a treten soll.

Bedeutet diese Neufassung eine „Entschärfung des ‚Gewaltparagraphen' ", wie die „Frankfurter Rundschau" schreibt? Neu an § 88 a ist, daß er in den Bereich der **Verfassungsdelikte** eingeordnet werden soll. Das heißt, daß alle Prozesse, in denen die Anklage auf § 88 a lautet, vor den Staatsschutzkammern und nicht vor den normalen Landgerichten stattfinden. Von der prozessualen Seite her bedeutet das eine eindeutige **Verschärfung**: Vor den Staatsschutzkammern finden nur politische Prozesse statt, und die Richter und Staatsanwälte werden dafür auch unter diesem Gesichtspunkt ausgesucht. Einen Einblick in die Prozeßführung der Staatsschutzkammern gewinnt man, wenn man sich die „RAF"-Prozesse ansieht. Prinzig und andere Richter dieser Staatsschutzkammern setzen sich schon heute bedenkenlos über die geltenden Rechtsbestimmungen hinweg! Inhaltlich heißt es in § 88 a: Eine Schrift, die eine Befürwortung der in § 126 aufgezählten Straftaten enthält, müsse geeignet sein, „*die Bereitschaft anderer zu fördern, sich durch die Begehung solcher Taten für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen*" („FR", 4.12.75; die endgültige Fassung liegt noch nicht vor).

Abgesehen davon, daß hier ein weiterer, weit auslegbarer Begriff „Bestrebungen" eingeführt wird, wird jetzt die Zielgruppe, gegen die sich das Gesetz richten soll, noch klarer: Es sind die sogenannten „Verfassungsfeinde", die Kommunisten. Das schließt natürlich nicht aus – und die Erfahrungen mit der Berufsverbotepraxis drängen sich hier auf – , daß bei Verschärfung der Klassenkampfsituation allgemein Linke, Sozialdemokraten und Liberale davon betroffen sein werden. Bezeichnenderweise ist ja auch die Formulierung „befürworten" weiterhin in dem Gesetzentwurf enthalten.

Als „Fortschritt" wird von der liberalen Presse gefeiert, daß mit § 88 a die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt möglich sei. Aber selbst das trifft nicht zu: Wenn beispielsweise in der linken Presse die Vergabe von Millionenkrediten an den Faschisten Pinochet durch die Bundesregierung verurteilt wird und der bewaffnete chilenische Widerstand unterstützt wird, dann lassen sich diese Äußerungen sehr leicht als „Bestrebungen" auslegen, die sich gegen den „Bestand oder die Sicherheit der BRD" richten.

Und jegliche Untersützung von „Gewalttätigkeiten" in der BRD wie „wilde" Streiks, Hausbesetzungen etc., werden von § 88 a und von § 130 a gleichermaßen unter Strafe gestellt.

Hassan – Faschist

Über die innenpolitische Situation Marokkos gibt die algerische Zeitung „El Moudjahid" einen kurzen Abriß, den wir hier leicht gekürzt wiedergeben.

„Die Herrschaft König Hassan II, die am 26. Februar 1961 entstand, war und ist gekennzeichnet von der Ungerechtigkeit, der sozialen Ungleichheit und der Willkür. Wie in allen absoluten Monarchien, hat auch hier der König alle Gewalt und Macht inne. Er umgibt sich mit einer Minderheit von Privilegierten und läßt das Volk im Elend. Die Aristokratie und die Bourgeoisie haben den größten Teil der wirtschaftlichen Macht: 800.000 Personen (von einer Bevölkerung von nahezu 16 Millionen) teilen sich 50 % des Nationaleinkommens, wobei die königliche Familie das größte Stück vom Kuchen hat. Der Prunk des Königspalastes und ein lärmender Luxus stehen unmittelbar neben dem schlimmsten Elend. Bei den Volksmassen haben Prostitution und Arbeitslosigkeit einen krebsartigen Charakter. Das ländliche Milieu überlebt gerade noch und die Arbeiterklasse ist Opfer einer schamlosen Ausbeutung. Auf der obersten Sprosse der Leiter sind Korruption, der Handel mit Beziehungen und die Droge zur Institution geworden.

Um die Privilegien der Bourgeoisie und der königlichen Familie zu verteidigen, wurde ein sehr wirksames repressives System errichtet. Die Polizei ist allgegenwärtig, die Repression ist zu einer Form der Regierung geworden.

Im März 1965 führten Volksdemonstrationen zu einem allgemeinen Aufstand gegen das Regime in allen marokkanischen Städten. Es wurden Regierungszentren in Brand gesteckt und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert. Auf diese Demonstrationen antwortete das Regime mit der Ermordung von mehr als 1000 Personen. Die Polizei verscharrte bei Nacht und Nebel die Leichen, um ihre Verbrechen zu verbergen. Mehr als 4000 Personen wurden verhaftet!

Einige Tage später wurden 14 Militante wegen „Waffentragens" nach einer Prozess-Parodie hingerichtet. Die Opposition wurde mitleidlos gejagt. Mehedi Ben Barka, herausragende Figur der dritten Welt und Führer der UNFP (Nationale Union der Volkskräfte) wird eines der Opfer. Er wird am 29. Oktober in Paris entführt – eine marokkanisch-französische Intrige – und verschwindet für immer. Sein einziges Verbrechen war, die Nationalisierung der Ländereien, des Handels, der Banken, der Industrie und eine gerechte Verteilung der nationalen Reichtümer verlangt zu haben.

Der Polizeiterror begnügte sich jedoch nicht damit, das Volk zu knebeln. Am 31. März 1968 gibt es blutige Zusammenstöße zwischen Bauern und den Regierungstruppen, die gekommen waren, um die Fellahs vom Land zu vertreiben.

Eine ähnliche Sache spielte sich am 8. November 1970 in Ouled Khalif, in der Region von Rabat ab: Die Bauern stoßen mit der Polizei zusammen, die einem Feudalherren halfen, ihnen ihr Land wegzunehmen.Der Widerstand des Volkes konnte jedoch nicht gebrochen werden. Überall werden militärische Operationen gegen das Regime ausgeführt. So im März 1973 in verschiedenen Gebieten, woraufhin der Sultan den Notstand ausrufen läßt. Es folgen blutige Massaker, die auf den Hunger des Volkes nach Gerechtigkeit antworten. Prozesse, in denen bestehendes Recht mißbraucht wird, finden massenhaft statt. Im allgemeinen werden Höchststrafen verhängt. Am 30. August 73 werden 15 Militante nach einem skandalösen Prozeß in Kenitra exekutiert.

Tausende andere Oppositionelle verfaulen in den königlichen Kerkern. Neben der Polizei stützt sich der König auch noch auf die Armee: Ein fataler Irrtum, der ihm zweimal beinahe das Leben gekostet hat. Die marokkanische Armee, die seit langem auf Repressionsaufgaben beschränkt ist, merkte allmählich die Unzufriedenheit des Volkes.

Im Juni 71 greifen die Einheiten, die von Ababou und Medbouh kommandiert werden, den Palast an, wo der König ein Fest gibt. Die Mehrzahl der Palastoffiziere kommt in dem Putschversuch ums Leben: 19 Generäle, zehn hohe Offiziere, mehrere Minister und hohe Beamte finden den Tod.

Hassan II. entkommt jedoch der Gerechtigkeit. Mehr als 100 Soldaten und Offiziere werden verhaftet. Vier Generäle, fünf Hauptleute und ein Kommandant werden Tage später im Beisein des Königs hingerichtet.

Am 16. August 72 findet ein zweiter Putschversuch statt. Die Boeing, die Hassan aus Frankreich zurückbrachte, wird von der königlichen Luftwaffe angegriffen. Wieder entkommt Hassan mit knapper Not dem Tod. General Oufkir, seine rechte Hand, kann getötet werden.

Mehr als 220 Offiziere und Soldaten werden anschließend verhaftet. Am 13. Januar 73 werden elf Offiziere der Luftwaffe hingerichtet.

Die Armee ist gespalten, der Thron ist in immer stärkerer Gefahr. Der König wendet sich den politischen Parteien zu. Wie wird er sie zu seinem Nutzen verwenden? Es geht ihm natürlich nicht um interne Probleme oder die Organisierung von freien Wahlen. Die Ablenkung soll von außen kommen, und es wird die West-Sahara sein. Die legale „Opposition" findet endlich die erträumte Gelegenheit, um ihren fehlenden Einfluß in den Massen zu verstärken. Sie zögert nicht, den Expansionismus des Königs zu unterstützen. Der König und seine „Opponenten" haben den nationalen Chauvinismus noch verschärft, ersterer, um seinen Thron zu retten, letztere, um die Unterstützung des Volkes zu erhalten. Man träumt schon von Großmarokko."

Bundesratsentwurf will Versammlungsfreiheit einschränken

Der Bundesrat, in dem die CDU/CSU die Mehrheit stellt, hat einen eigenen Gesetzentwurf „*zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens*" eingebracht. Danach soll in § 130 a noch eine Art Generalklausel aufgenommen werden: Mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren soll bestraft werden, wer „*Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen*" befürwortet. Als „*besonders schwerer Fall*" sieht der Entwurf Handlungen an, durch die „*die Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung verhindert oder erheblich gestört wird*".

Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu **fünf Jahren** soll es dafür geben. Um ein Beispiel zu nennen: Die „Verhinderung" oder auch nur „erhebliche Störung" einer „öffentlichen Veranstaltung" von Faschisten wäre so ein Fall, der mit Knast bis zu fünf Jahren bestraft werden kann.

Ähneln sich die Formulierungen des Maulkorbgesetzes von SPD/FDP und CDU/CSU noch weitgehend, so will die CDU/CSU gleichzeitig noch das Versammlungsrecht beschränken.

Nach Vorstellungen der CDU/CSU soll die Versammlungsfreiheit nicht für Veranstaltungen gelten, die „*Bestrebungen unterstützen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD oder eines Landes gerichtet sind*". In den Erläuterungen dazu heißt es: „*die neue Vorschrift soll der Klarstellung der Grenzen des Versammlungsrechts gegenüber jenen dienen, die Demonstrationen zum Kampf gegen die freiheitlich-*

Forts. Seite 4



der Autor



der Verleger



der Buchdrucker



der Buchbinder



der Spediteur

Die verschiedenen ....

Die verschiedenen ....

Kampf dem Maulkorbgesetz!

Forts. von S. 3

demokratische Grundordnung (fdGO) mißbrauchen wollen".

Man braucht sich nur eine Demonstration oder Veranstaltung gegen den § 218 vorzustellen, wo zum Kampf gegen das Bundesverfassungsgerichtsurteil aufgerufen wird, auch ein Bestandteil unserer „fdGO": Nach Ansicht von CDU/CSU „mißbrauchen" die Teilnehmer das Versammlungsrecht, also kann diese Veranstaltung verboten werden!

Die reaktionären Ausländergesetze sollen durch den CDU/CSU-Entwurf noch dahingehend verschärft werden, daß Ausländerversammlungen verboten werden können, wenn *„sie eine politische Betätigung darstellen"* und die *„öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet ist".*

Und noch eine weitere Verschärfung des Versammlungsrechts hat die CDU/CSU parat: Bei der Genehmigung von Demonstrationen soll zukünftig die *„Angabe des Gegenstandes der Versammlung oder des Aufzuges"* ausschlaggebend sein. Daraus, so heißt es in den Erläuterungen, werde bereits ersichtlich, ob die „öffentliche Sicherheit" oder „Ordnung" gefährdet sei. Es gab ja bereits mehrere Fälle von Versammlungs- und Demonstrationsverboten mit dem Hinweis, die „öffentliche Sicherheit" sei „bedroht".

Der CDU/CSU-Entwurf stellt einen Generalangriff auf die Freiheit der politischen Betätigung dar. Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sollen so massiv eingeschränkt werden, daß damit jede demokratische Opposition gegen die sich verschärfende Faschisierung von Staat und Gesellschaft mundtot gemacht werden kann.

E i n i g sind sich Regierung und „Opposition" bereits über die Verabschiedung des Maulkorbgesetzes. Es steht zu befürchten, daß die SPD/FDP-Regierung im Zuge der üblichen „Kompromisse" mit der CDU/CSU auch noch wesentliche Elemente der Beschränkung des Versammlungsrechts übernimmt.

Auswirkungen des Maulkorbgesetzes schon jetzt spürbar

Einen Vorgeschmack auf das Maulkorbgesetz geben die sich verschärfenden Angriffe von Polizei und Justiz gegen die linken Organisationen und ihre Presse.

So sind Angriffe von Bullen auf Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer bereits in zahlreichen westdeutschen Städten an der Tagesordnung. Mehrfach wurden bereits Flugblätter und ganze Zeitungsauflagen linker Organisationen beschlagnahmt.

Die presserechtlich Verantwortlichen der linken und kommunistischen Zeitungen werden mit Strafbefehlen nur so eingedeckt. Insgesamt dürften die Strafbefehle und Geldstrafen in „Beleidigungs"prozessen gegen linke Organisationen bereits mehrere hunderttausend Mark betragen. Auch linke Verlage stehen im Zentrum der reaktionären Angriffe. Der fortschrittliche Westberliner Verleger **Klaus Wagenbach** z.B. wurde wegen der Äußerung, daß der Student „Benno Ohnesorg ermordet" worden sei, angeklagt und zu 10.000 DM Geldstrafe verurteilt. Prozesse mit ähnlich hohen Geldstrafen sind auch gegen den **Rotbuch-Verlag** gelaufen. Der **Trikont-Verlag** wurde am 24. November Opfer einer Polizeiaktion, bei der die gesamte Auflage eines neu erschienenen Buches sowie alle Geschäftsunterlagen beschlagnahmt wurden.

Kampf dem Faschismus

Das geplante Maulkorbgesetz hat eine einzigartige Parallele in Europa: die spanischen Terrorgesetze, „verfügt" von Francisco Franco am 26. August 1975. Fast wortidentisch mit dem jetzt geplanten Maulkorbgesetz heißt es dort in Artikel 10, daß derjenige Gefängnis von sechs Monaten bis zu sechs Jahren zu erwarten habe, der „den Einsatz von Gewalt **als Mittel der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung vertritt oder wer sich für die Anerkennung solcher Mittel ausspricht oder auch die Begehung irgendeiner terroristischen Handlung zu rechtfertigen versucht ...".**

Nicht nur auf diesem Gebiet kann die BRD mit dem faschistischen Spanien konkurrieren: Denken wir an die über 100 Menschen, die in den letzten Jahren von westdeutschen Bullen erschossen wurden; ebenfalls durch ein neues Gesetz soll der „Todesschuß" jetzt ausdrücklich erlaubt werden. Denken wir an das brutale Zusammenknüppeln von Demonstranten und Passanten, an die Tränengaseinsätze gegen Kinder, so geschehen in Frankfurt.

Diese Maßnahmen zeigen, in welchem Tempo die Bourgeoisie die reaktionäre Ausrichtung und Faschisierung des Staatsapparates vorantreibt. Seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ist das Maulkorbgesetz der massivste Angriff auf die demokratische Bewegung. Er stellt eine qualitativ neue Stufe dar, in dem er das Instrumentarium zur Kriminalisierung der linken Presse bereitstellt.

Dagegen gilt es schon heute den Widerstand zu organisieren. Inhalt und Ziel des Maulkorbgesetzes muß so breit wie möglich bekannt gemacht werden, Protestaktionen dagegen organisiert werden.

Bauen wir die einheitliche Kampffront aller Demokraten und Kommunisten auf!

KAMPF DER FASCHISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT!
EINMAL FASCHISMUS, DAS REICHT!

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Bücherverbrennung: heute in Chile — morgen (wieder) bei uns?

Bücherverbrennung: heute in Chile — morgen (wieder) bei uns?



der Verlagsauslieferer



der Grossist



der Postmann



der Buchhändler



der Leser

Maulkörbe

Maulkörbe

7 Monate ohne Bewährung für antimilitaristisches Flugblatt

Vor dem Landgericht Flensburg fand kürzlich ein Prozeß gegen den Presseverantwortlichen einer „KPD/ML" . Soldatenzeitung Martin P. statt. Die Anklage lautete auf *„verfassungsfeindliche Einwirkung auf die Bundeswehr"* (§ 89 StGB) und *„öffentliche Aufforderung zum Totschlag"* (§ 111 in Verbindung mit § 212 StGB).

Die Anklage gründete sich auf folgende Sätze in der Zeitung: *„Wir müssen uns gegen die Offiziere und Unteroffiziere zusammenschließen, wenn diese uns fertigmachen wollen. Dreht im Ernstfall die Gewehre um und jagt das Offizierspack und die Kapitalisten zum Teufel!"* (diese Zeitung stammte noch aus den besseren Tagen der „KPD/ML"; während des Prozesses propagierten sie dagegen voll die Vaterlandsverteidigung:

„Nicht die KPD/ML gefährdet die Sicherheit der BRD, sondern die beiden Supermächte(!)".

Da der Anklagepunkt „öffentliche Aufforderung zum Totschlag" wohl selbst dem Gericht etwas zu wacklig erschien, wurde er flugs umgewandelt in *„öffentliche Aufforderung zur Meuterei"* (§ 111 StGB in Verbindung mit § 27 Wehrstrafgesetz). **Wegen dieses Delikts in Tateinheit mit § 89 wurde der Angeklagte zu sieben Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Dies ist nach unserer Kenntnis das bisher schärfste Urteil gegen den Presseverantwortlichen einer linken Zeitung in den letzten Jahren.**

Bemerkenswert ist das Vorgehen des Gerichts während des Prozesses und die Urteilsbegründung. So leistete sich das Gericht ständig Provokationen gegen den Angeklagten und seinen Wahlverteidiger. Die schärfste Provokation dieser Art war die Bestellung des ehemaligen Göring-Anwalts und heutigen Verteidigers des Oberfaschisten Thies Christophersen, Werner Bross, zum „Pflichtverteidiger" des Angeklagten (s. AK 69).

Das Gericht sprach in der Urteilsbegründung Bross seinen ausdrücklichen Dank aus und bedauerte, daß ihm während des Prozesses *„so übel mitgespielt worden sei".*

Damit war gemeint, daß Bross während des Prozesses als Faschist entlarvt worden war.

Zur Begründung des Strafmaßes erklärte der Vorsitzende Richter Lewald, daß sich das Gericht der „Beweisführung" der Staatsanwaltschaft angeschlossen habe (Antrag: acht Monate ohne Bewährung). Die „Verteidigung der Rechtsordnung" erfordere die Verhängung einer Freiheitsstrafe. Diese dürfe nicht zu knapp ausfallen, da es sich bei dem Angeklagten ja nicht um irgendein „kleines Licht" handle, sondern erklärtermaßen um einen Funktionär der „KPD/ML".

Eine Geldstrafe käme deshalb nicht in Frage, da diese ja doch nicht vom Angeklagten selbst, sondern von seiner Organisation bezahlt werde.

Die Strafe könne auch nicht zur Bewährung ausgesetzt werden, da der Angeklagte nicht die Gewähr biete, sich künftig „gesetzmäßig" zu verhalten.

Dieses Terrorurteil, das sich nicht nur gegen den Angeklagten selbst richtet, sondern gegen j e d e antimilitaristische Agitation schlechthin, ist eine eindeutige Provokation der Klassenjustiz.

Die Vorgänge in diesem Prozeß und das Urteil mit seiner faschistoiden Begründung lassen für die Zukunft noch einiges erwarten.

Inzwischen stehen vor dem Flensburger Landgericht schon eine Reihe weiterer Prozesse gegen antimilitaristische Propaganda an.

Prozeß gegen „Arbeiter und Soldat"

Im August dieses Jahres wurde von der Flensburger Staatsanwaltschaft auch Anklage gegen den Presseverantwortlichen der Zeitung „Arbeiter und Soldat" erhoben. Die Zeitung wird von der Gruppe demokratischer und sozialistischer Soldaten in Flensburg herausgegeben.

Anklagepunkt ist auch in diesem Prozeß der § 89 StGB. In der Anklageschrift wird dem Genossen vorgeworfen, *„auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben, und sich dadurch ansichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt zu haben."*

Im folgenden erläutert der Herr Staatsanwalt, wodurch er die Sicherheit der BRD gefährdet sieht:

„In der Druckschrift wird die Bundeswehr bewußt und planmäßig diffamiert. Sie als Bürgerkriegsarmee, als eine Armee gegen die eigene werktätige Bevölkerung gerichtet dargestellt. Die Bundeswehr diene allein den ‚Herrschenden'. Ihr Zweck sei nicht der Schutz der Bundesrepublik Deutschland und deren Verteidigung vor äußeren Feinden."

Ganz besonders unerträglich erschien dem Staatsanwalt folgender Abschnitt aus „Arbeiter und Soldat", Nr. 1:

„Wir geben unsere Zeitung heraus, weil es gerade aus diesen Gründen wichtig und notwendig ist, innerhalb der Bundeswehr den Widerstand aufzubauen. In der Zeitung wollen wir der reaktionären Propaganda der BW-Führung entgegentreten und die wahre Funktion der Bundeswehr und des Staates aufzeigen. Wir wollen Schweinereien, die wir in der Kaserne erleben veröffentlichen und versuchen, Gegenmaßnahmen zu zeigen und zu organisieren. Wir kämpfen für mehr politische Rechte, damit wir uns besser gegen den Bund zur Wehr setzen können!"

Nach Meinung der Staatsanwaltschaft kommt hierin zum Ausdruck, daß die Soldaten, *„systematisch gegen ihre Vorgesetzten und gegen diesen Staat aufgebracht (werden), die Kampfkraft und der Kampfwillen der Truppe soll bewußt geschwächt und untergraben werden"* Nun denn!

Anti-Militarismus-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Hamburg Polizei-Provokation gegen BDJ-Bezirkszentrum

Am Abend des 15.12. wurde die „Lutte", Bezirkszentrum der demokratisch-antifaschistischen Jugendorganisation BDJ in Hamburg-Eimsbüttel, Zielscheibe einer offenen Polizei-Provokation.
Die „Lutte" ist in Eimsbüttel ein unter linken Schülern und Jugendlichen ziemlich bekannter Treff, zum Beispiel für Gruppen der Hamburger „Aktionseinheit".

Der Vorfall begann damit, daß sich zwei Typen vor dem Bezirkszentrum zu schaffen machten, mit Blitzlicht zu fotografieren begannen und dabei Sprüche machten wie: *„Das ganze Nest müßte mal ausgeräuchert werden"*. Zu dieser Zeit tagten in der „Lutte" eine Kindergruppe und eine Mädchengruppe. Als Mitglieder dieser **Gruppen gegen die Fotografiererei an den Fenstern des Bezirkszentrums** protestierten, fingen die beiden Typen eine Schlägerei an, wobei sie sich den Kindergruppen-Anleiter griffen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen rief einer der Schläger: *„Jetzt haben wir endlich eine Handhabe gegen Euch, jetzt kommt gleich die Verstärkung"!*

Inzwischen hatte ein Anwohner der „Lutte" die Polizei angerufen, um Schutz gegen den faschistischen Überfall zu bekommen. Sekunden später (!) tauchten zwei vollbesetzte Streifenwagen auf. Die herausstürmenden Bullen nahmen aber zur Überraschung der angegriffenen Jugendlichen nicht die beiden Schläger fest, sondern griffen sich auf d e r e n A n w e i s u n g insgesamt vier Jugendliche, durchsuchten (mit Hund) eine Wohnung, in die sich Jugendliche geflüchtet hatten, bedrohten weitere usw.

Später traf dann von einer anderen Polizei-Wache eine weitere Streife ein – offensichtlich aufgrund des Anrufs des Anwohners – unternahm aber natürlich nichts gegen ihre wildwütigen „Kollegen". Die vier festgenommenen Jugendlichen wurden auf die Wache verschleppt und nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen. Sie müssen mit einer Anzeige wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" rechnen !

Diese völlig offene Provokation (die Bullen müssen an der nächsten Straßenecke auf Abruf für die „Zivilen" gestanden haben) zeigt, mit welchen Polizeistaatsmethoden heute gegen Linke vorgegangen wird. Nachdem dem BDJ in Hamburg vor ca. einem Jahr die staatliche **„Anerkennung der Förderungswürdigkeit" entzogen wurde, wird mit diesem gezielten Vorgehen versucht, ihn zu kriminalisieren und ihn, ähnlich wie** die kommunistischen Organisationen, in die Nähe eines drohenden Verbots zu rücken.

BDJ, KB, die SSB's und der Aktionsausschuß der Hamburger „Aktionseinheit" protestierten in einem Flugblatt gegen den Polizeiterror und forderten alle Demokraten zu aktiver Solidarität auf. ●

Bündniskommission des KB, Gruppe Hamburg

Polizeiaktionen gegen Frankfurter Gefangenenrat

Am 11. Dezember sind vier Mitglieder des Frankfurter Gefangenenrats festgenommen worden. Ihnen wird die „Gründung und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen. Durch dieses Vorgehen soll die Arbeit des Gefangenenrates, der Gefangene in der BRD betreut und die skandalösen Zustände in den westdeutschen Gefängnissen aufdeckt (z.B. Mannheimer Gefängnisskandal), kriminalisiert und zerschlagen werden.

Bereits im September ging durch die Presse die Meldung des baden-württembergischen Justizministeriums, daß es sich bei dem Gefangenenrat Frankfurt um eine „kriminelle Vereinigung" handle. Der Gefangenenrat hatte Informationen über den Bau von Isolationstrakts in Bruchsal an die Öffentlichkeit gegeben, was den Justizbehörden genau so ein Dorn im Auge war, wie zuvor die Enthüllungen über den Mannheimer Gefängnisskandal. Der Vorwurf der „kriminellen Vereinigung" mußte allerdings von Justizminister Bender zurückgenommen werden. Seither häufen sich die Angriffe auf Angehörige des Gefangenenrats. Am 22. und 23.9. wurden fünf Mitglieder des Gefangenenrats von einem Spitzel zu einem Treffpunkt gelockt und dort in einer überfallartigen Polizeiaktion sofort festgenommen. Die Verhafteten wurden erkennungsdienstlich behandelt, eine Frau im bewußtlosen Zustand, da ihre Hand so stark geknebelt war. Da den Fünf gar nichts angehängt werden konnte, mußten sie nach Vorführung beim Haftrichter alle wieder entlassen werden. Derartige Aktionen werden alle von Zahlreichen Hausdurchsuchungen und der Hetze in der bürgerlichen Presse begleitet. Der GR Frankfurt berichtet, daß seit Aufnahme seiner Arbeit die Politische Polizei die Arbeit zu sabotieren versuchte: mit Abhörvorrichtungen im Büro und in den Wohnungen und Telefonen, mit massiven Einschüchterungsversuchen gegen Einzelne, mit Namenslisten und Anweisungen an die Gefängniskommandanten zum Zweck der Verhinderung aller Kontakte, mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Durch direkte Geldangebote und Provokateure wurde versucht, den Gefangenenrat zu spalten und in die Illegalität zu treiben.

Das Ziel dabei ist die Zerstörung jeder politischen Äußerung und Organisierung von Gefangenen. ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

KBW-Genossen weiter in Haft „Kommunistische Gesinnung" als Haftgrund

Die beiden führenden KBW-Mitglieder Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt werden weiter in Haft gehalten, obwohl sie bereits 2/3 ihrer Strafe abgesessen haben und nach §57 der Strafprozeßordnung normalerweise das restliche Drittel der Strafe zur „Bewährung" erlassen wird.
Als Begründung wird von der Staatsanwaltschaft die „kommunistische Einstellung" der Genossen angeführt.
Gegen Noth und Hildebrandt laufen inzwischen weitere Prozesse und es ist zu befürchten, daß die Genossen über die jetzige Strafe hinaus im Gefängnis bleiben müssen.

Wegen Initiierung und Teilnahme an einer Demonstration gegen die imperialistische Politik der USA in Afrika waren 1974 vier leitende KBW-Mitglieder zu Gefängnisstrafen zwischen 9 und 12 Monaten verurteilt worden. Bei diesem Strafmaß wird normalerweise auf „Bewährung" erkannt. Nicht so in diesem Fall. In der Urteilsbegründung heißt es dazu, daß eine bloße Geldstrafe oder Aussetzung der Strafe auf Bewährung nicht genügend abschreckend wäre und die „Eskalation der Gewalt" fördern würde.

Seit die Genossen im Knast sitzen, laufen gegen sie weitere Verfahren. Hildebrandt steht zur Zeit vor Gericht unter der Anklage, an einer Besetzung des Rektorats der Heidelberger Uni 1973 beteiligt gewesen zu sein. Jochen Noth steht unter Anklage wegen Beteiligung an den Aktionen gegen die Straßenbahnpreiserhöhungen im Sommer dieses Jahres in Heidelberg.

Diese neuerlichen Prozesse dienen der Staatsanwaltsschaft u.a. für die Ablehnung der Haftverschonung, die üblicherweise nach Absitzen von 2/3 der Strafe gewährt wird. Staatsanwalt Johe bezieht sich außerdem auf den Bericht des Leiters der Justiz-Vollzugs-Anstalt (JVA) Rottenburg, in der Noth gefangen gehalten wird. In dieser Stellungnahme heißt es, daß sich Noth zwar *„korrekt und einwandfrei"* gegenüber dem Anstaltspersonal verhalten habe, daß er aber weiterhin versucht habe, *„seine komunistischen Thesen zu vertreten"*. Von Krause, der Leiter der JVA Rottenburg, kommt zu dem Schluß: *„Es ist nach hiesiger Auffassung nicht zu erwarten, daß sich Noth in die bestehende Gesellschaft eingliedern will. Es ist anzunehmen, daß er weiterhin versuchen wird, die bestehende Gesellschaftsordnung zu bekämpfen."*

Für Staatsanwalt Johe ist die „kommunistische Einstellung" Noths Grund genug, ihn nicht freizulassen: *„Unter Berücksichtigung all dieser Umstände kann bei dem Verurteilten nicht verantwortet werden zu erproben, ob er außerhalb des Strafvollzugs (!!) keine Straftaten mehr begehen wird."* Es bleibt abzuwarten, ob die Strafvollstreckungskammer Tübingen in der „kommunistischen Gesinnung" Noths den Grund dafür sieht, seine Haft über das verhängte Strafmaß hinaus zu verlängern.

Wir fordern: FREIHEIT FÜR DIE GENOSSEN HILDEBRANDT UND NOTH!

Linke sollen generell keine „Bewährung" mehr bekommen

Wie weit die Verschärfung des politischen Strafrechts fortgeschritten ist, zeigt ein kürzlich gefälltes Grundsatzurteil des 3.Strafsenats des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe. Das Landgericht Karlsruhe hatte im Juni einen Arzt und eine Studentin wegen „Werbung (?) für eine kriminelle Vereinigung" zu neun, bzw. sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Die von der Staatsanwaltschaft dagegen eingelegte Revision hatte Erfolg. Das BGH, die oberste Instanz in dieser Frage, hob die Bewährung auf. Begründung: **Sympathisanten einer kriminellen Vereinigung können in Zukunft nicht mehr mit einer Strafaussetzung zur Bewährung rechnen, wenn weiter an ihrer Rechtstreue gezweifelt werden muß.** (Aktenzeichen: 3 STR 369/75 vom 29.10.75)

In der Urteilsbegründung wird den Genossen als „Werben" für eine „kriminelle Vereinigung" angelastet, daß sie durch das Verteilen von Flugblättern den Hungerstreik der „RAF"-Gefangenen unterstützt haben. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung zitieren wir abschließend den letzten Absatz des Urteils: *„Die Angeklagten haben sich nicht darauf beschränkt, privat einzelne Personen anzusprechen, sondern haben sich mit Hilfe der Flugblätter (!) öffentlich an eine Vielzahl von Personen, und zwar vornehmlich auf diese Weise leicht zu beeinflussende Jugendliche (!) gewandt. Die Tat war auch geeignet, den öffentlichen Frieden besonders zu gefährden (!) . . .. Das Landgericht hätte auch diese Gesichtspunkte in seine Erwägungen einbeziehen und prüfen müssen, ob angesichts des in den letzten Jahren bedrohlich zunehmenden Terrorismus (!) die Gewährung der Strafaussetzung nicht Anlaß zu Mißdeutungen (!) geben und so dazu beitragen kann, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege (!) schwindet. Auch der Nachahmungseffekt für potenzielle Täter (!) darf nicht unberücksichtigt bleiben."* ●

IKAH Hamburg
Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Berufsverbot gegen Rechtanwalt Groenewolt bestätigt

Am 18.12.1975 wurde das gegen Rechtsanwalt Groenewold am 12.6.75 verhängte „vorläufige Berufsverbot" bestätigt. Der „Ehrengerichtshof" für Rechtsanwälte, in dem drei Anwälte und zwei Berufsrichter über ihre Kollegen zu Gericht sitzen, schloß sich trotz scheinbar liberaler Verhandlungsführung in allen wesentlichen Punkten der Argumentation der ersten Instanz an.

Rechtsanwalt Groenewold wurden folgende „standeswidrige Verhaltensweisen" vorgeworfen:

- Er soll „verteidigungsfremde" Dinge in seiner Verteidigerpost verschickt haben. Was *„verteidigungsfremd"* ist, bestimmt nach Auffassung der „Ehrenrichter" aber nicht etwa der Anwalt oder der Angeklagte, sondern – man höre – die Gefängnisleitung!!!

Und die Gefängnisleitung ist halt zum Ergebnis gekommen, daß die Verteidigerpost keine ist.

- Rechtsanwalt Groenewold soll eine *„maßlose"* Kritik an den staatlichen Institutionen geübt haben. Es sei nicht richtig, die Haftbedingungen als „Isolationsfolter" zu bezeichnen oder im Zusammenhang mit dem Tod von Holger Meins von „Mord" zu sprechen.
- Rechtsanwalt Groenewold habe seine *„Unabhängigkeit"* gegenüber den Gefangenen verloren, weil er ohne Distanzierung Zitate, wörtlich sogar!, weitergegeben habe.
- Das sofortige Berufsverbot sei schließlich erforderlich,weil die gegen Groenewold erhobenen Vorwürfe weit in der Öffentlichkeit bekannt geworden seien (!!).

Dadurch sei das Ansehen der Anwaltschaft in der Öffentlichkeit stark geschädigt worden.

Mit diesem Vorwurf gehen die „Ehrenrichter" soweit, den Anwalt für die Hetzkampagnen der bürgerlichen Presse verantwortlich zu machen!

Zusammenfassend kann man sagen, daß in dieser Begründung wieder bestätigt wurde, daß es in Wahrheit um die Ausschaltung fortschrittlicher, politischer Verteidiger geht und nicht um die Verhinderung von „Straftaten". ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Göttingen: Berufsverbot für §218-Gegnerinnen

Am 28.November fand auf dem Göttinger Marktplatz eine Protestkundgebung gegen zwei politische Kündigungen am Arbeitsamt statt. Die Kundgebung wurde durchgeführt von einer Aktionseinheit, an der folgende Organisationen beteiligt waren: Initiative zur Abschaffung des §218, GIM, KBW, KSB, KB, IK/KHB und ein „Arbeitslosenkomitee".

Die beiden Diplomsozialwirtinnen E.K. und H.G. hatten im Juli eine Ausbildung als Berufsberaterinnen im Arbeitsamt Göttingen begonnen. Im August sammelten sie unter Arbeitsamtkollegen Unterschriften gegen den §218 und verteilten einen Aufruf der „Komitees gegen den §218". Daraufhin erhielten sie eine „dringende Ermahnung" ihres Vorgesetzten: politische Betätigung während der Arbeitszeit sei nicht gestattet; eine Fortsetzung dieser Aktivitäten würde zur Kündigung führen.

Die beiden Kolleginnen setzten ihre Unterschriftensammlung fort, aber außerhalb der Arbeitszeit und vor dem Arbeitsamt.

Am 27.Oktober erhielten sie trotzdem die Kündigung. Auszug aus dem Schreiben:

„Sie haben in dem Dienstgebäude des Arbeitsamtes Göttingen ein Flugblatt verwendet und verteilt, bzw. von Bediensteten des Amtes Unterschriften erbeten, in dem u.a. angeführt wird . . . . Gemacht hat ihn (§218 StGB) die herrschende Klasse, gemacht haben ihn die Reichen und ihre politischen und kirchlichen Handlanger. Beseitigt werden muß er durch die Besitzlosen und Unterdrückten, durch das Volk und den Kampf der Arbeiterklasse. Er kann beseitigt werden, wenn das Volk seine Interessen in die eigene Hand nimmt . . .'
Darüber hinaus haben sie sich am 4.9.1975 an der Fortsetzung dieser Aktion vor dem Dienstgebäude des Arbeitsamtes beteiligt. Dadurch haben Sie gegen Ihnen aus dem Arbeitsverhältnis obliegende Pflichten verstoßen."

Es liegt auf der Hand, daß die Kolleginnen mit keinerlei Maßnahmen hätten zu rechnen brauchen, wenn sie etwa für den §218 eingetreten wären.

Zwei Punkte dieses Schreibens verdienen besondere Aufmerksamkeit. Zunächst einmal die unverhüllt politische Begründung für die Kündigung. Dies ist – trotz bestehender Differenzen in der Anti-§218-Bewegung – ein Angriff auf alle Gegner des §218.

Zweitens. Den Kolleginnen wird nicht allein zur Last gelegt, w ä h r e n d der Arbeitszeit i m Dienstgebäude politisch gegen den §218 tätig geworden zu sein, sondern auch – und zwar gleichrangig – die „Aktion" v o r dem Dienstgebäude fortgesetzt zu haben.

Wenn man in Rechnung stellt, daß die beiden kaum an einem anderen Arbeitsamt ihre Ausbildung fortsetzen können, ergibt sich:
Berufsverbot wegen §218-Gegnerschaft

Und nicht nur, daß dieses Berufsverbot allein wegen politischer Betätigung am Arbeitsplatz verfügt wird – dies ist ein Berufsverbot, weil die Kolleginnen überhaupt politisch oppositionell aufgetreten sind.

Aus diesen Gründen stellt sich nach wie vor die Forderung:
„Sofortige Rücknahme der Kündigungen!" ●

KB/Gruppe Göttingen

Solschenizyn: „Kommunismus ärger als der Faschismus"

Die „konkret" bringt in ihrer November-Ausgabe neue Enthüllungen über den Antikommunisten und Faschisten Solschenizyn, der schon früher durch seine kriegshetzerischen Reden immer offener sein wahres Gesicht zeigte (siehe ARBEITERKAMPF 64 und 68).

In der „konkret" wird berichtet, daß Solschenizyn dementiert hat, daß er der neofaschistischen „Nationalzeitung" ein Interview gegeben habe. Bezeichnenderweise hat er aber weder einen Widerruf verlangt, noch hat er sich von den dort zitierten Aussagen distanziert. (siehe dieses Faksimile!)

National+Zeitung
Interview mit Solschenizyn:
Tod dem Kommunismus!

Warum sollte er auch. Solschenizyn legt offenbar keinen Wert mehr darauf, seine wahren Ansichten zu verleugnen. Inzwischen hat er nämlich den italienischen Faschisten von der MSI ein Interview „gewährt". Ohne Dementi. „Antifaschismus", meint er in ihrer Zeitschrift „Cultura di destra", sei ein *„bequemes Schlagwort"*, das verbergen solle, daß *„der Kommunismus ärger ist als der Faschismus"*. (!!)

Inzwischen findet Solschenizyn antikommunistische Hetze immer mehr Anerkennung von seinen internationalen faschistischen Freunden. So hat die faschistische „Ausländerorganisation Chiles" ihn zu den *„Feierlichkeiten zum zweiten Jahrestag der Machtübernahme"* nach Santiago eingeladen. Nach einer Meldung des Deutschen Depeschendienstes hat Solschenizyn geantwortet, er könne leider (!!) zum vorgesehenen Termin nicht kommen, da ihn die Einladung zu spät erreicht habe. Er wolle die Reise nach Chile aber zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.
.... ●

Ein Flensburger Genosse

12. Dezember in Italien:

5 Millionen im Generalstreik! 500.000 auf der nationalen Demonstration!

Für den 12. Dezember hatten die Gewerkschaften den Generalstreik in Italien ausgerufen. Über fünf Millionen Arbeiter streikten in ganz Italien! 500.000 kamen zur nationalen Demonstration nach Neapel. Zentrale Forderungen waren: Rücktritt der Regierung Moro! Schluß mit den Entlassungen! Weniger Arbeitszeit und mehr Lohn!

Arbeiter, Arbeitslose, Frauen, Studenten und Schüler demonstrierten am 12. Dezember die Einheit ihrer Kämpfe. Sie demonstrierten auch den antifaschistischen Charakter dieses Tages: Am 12. Dezember 1969 richteten Faschisten ein Blutbad in der Mailänder Landwirtschaftsbank an. 16 Menschen wurden getötet! Der italienischen Arbeiterklasse hat die faschistische „Strategie des Terrors" seither viele Opfer gekostet. Die gewaltige Demonstration am 12. Dezember zeigte die Kraft der italienischen Arbeiterklasse, die Faschisten zurückzuschlagen. ●



Über 100.000 Arbeiter aus allen Teilen Italiens kamen am 12. Dezember nach Neapel



Beschlagnahme aller leerstehenden Häuser!



NEIN – zu den Tariferhöhungen, NEIN – zu den Preissteigerungen



Im Mezzogiorno, in Süditalien, sind 700.000 arbeitslos. Durch militante Kämpfe haben die Arbeitslosen des Mezzogiorno in den vergangene Monaten ihren Forderungen Nachdruck verliehen

Spanien:

Die letzten Illusionen werden genommen



Die westeuropäischen Staaten bemühen sich nach wie vor, im nachfrankistischen Spanien „Liberalisierungstendenzen" zu entdecken. Insbesondere die gerade bekanntgegebene neue Ministerliste hat in der bürgerlichen Presse wieder einmal Anlaß zu halsbrecherischen Spekulationen über „Änderungstendenzen" in der spanischen Politik gegeben. Tatsache ist und bleibt jedoch vorerst, daß die spanische Polizei brutaler denn je gegen die Opposition vorgeht, daß sogar zunehmend ausländische Journalisten und Fernsehteams zusammengeschlagen, verhaftet und ausgewiesen werden, was von spanischer Seite eine gezielte Herausforderung gegen die liberalere Presse und Spanien-Berichterstattung in diesen Ländern ist. Die spanische Oligarchie denkt noch gar nicht daran, tiefergreifende Änderungen des faschistischen Systems vorzunehmen. Und die spanische Opposition – in Gestalt der politischen Blöcke „Demokratische Junta" und „Demokratische Konvergenz" – hat durch ihr bisheriges „Stillhalteabkommen" gegenüber Juan Carlos den Illusionen über eine „Demokratisierung" massiven Vorschub geleistet. Die revolutionäre Linke in Spanien ist, naturgemäß, zu schwach, um dieser reformistischen Illusionspolitik Entscheidendes entgegenzusetzen. So wie die Dinge zur Zeit in Spanien stehen und wie insbesondere nach der Krönung des Juan Carlos das Kräfteverhältnis deutlich geworden ist, könnte es in Spanien bestenfalls zu einem „zweiten Griechenland", nicht jedoch zu einem „zweiten Portugal" kommen.

Die „politische Klasse" des Regimes (wie in Spanien der Clan der Politiker bezeichnet wird, der sich durch wirtschaftliche Macht, Korruption, Intrige usw. auszeichnet) hat einige ihrer Gesichter ausgewechselt. Vor allem Manuel Fraga Iribarne, bisher Botschafter in London, hat sich äußerst geschickt vom ehemaligen Falangisten und zensurfreudigen Informationsminister Francos durch seinen Rücktritt vor einigen Jahren (aus Anlaß der Ermordung des bekannten Kommunisten Grimau durch die Garotte) zum Sprecher einer „gemäßigten Demokratisierung" gemausert. Auch die Tatsache, daß sein Versuch, eine sog. „Assoziation" (im Rahmen des Regimes) zu gründen vor einiger Zeit fehlschlug, da deren Programm „zu weitgehend" war, nützte seinem Image. Fragas Programm besteht zunächst einmal darin, die Cortes (das faschistische Ständeparlament) zu „demokratisieren"! Von den 400 Cortes-Abgeordneten werden heute

Palästina:
Zionisten wollen Tatsachen schaffen



Anfang Dezember begannen reaktionäre Gruppen im besetzten Westjordanland, in Sebastia, in der Nähe von Nablus eine von den israelischen Behörden offiziell nicht genehmigte Landraubaktion. Die zionistischen „Siedler" waren gut vorbereitet: Sie brachten schweres Gerät mit und begannen sofort, Fertighäuser aus Beton zu errichten. Um die Aktion scheinbar zu stoppen, griff die Armee ein, errichtete Straßensperren, ließ die Zionisten jedoch zu Fuß passieren (nach Guardian, 5.12.75). Dann handelten die Zionisten einen „Kompromiß" aus: während ein harter Kern von ihnen in einem nahen Militärlager (!) untergebracht wird, verspricht die Regierung, ihre *„Siedlungspolitik zu überprüfen"* (nach SZ, 9.12.). Daber hatte die Regierung gerade erst beschlossen, 30 neue Siedlungen innerhalb der nächsten zwei Jahre zu errichten. Davon werden mindestens 17 in den von Israel im Krieg von 1967 besetzten Gebieten liegen. Im einzelnen sind das: fünf Siedlungen auf dem Golan, wo die Regierung bereits vier zusätzliche Siedlungen Ende November „genehmigt" hat, fünf weitere Siedlungen im Jordantal, drei in der Nähe von Hebron, und vier im Süd-Westen des Gaza-Streifens. (Guardian 5.12.)

Es zeichnet sich also ab, daß die israelische Regierung nur allzu gern bereit sein wird, dem „Druck der Siedlungsaktionen" zu folgen und größere Teile der besetzten Gebiete durch Ansiedlung von Zionisten fester in die Gewalt zu bekommen.

Nicht zufällig wird diese Kampagne jetzt gestartet, wo die Zionisten durch das Abkommen mit Ägypten und durch die Verwicklung der palästinensischen Organisationen im Libanon gewissermaßen den Rücken frei haben! Eine derartige Siedlungspolitik war schon immer Bestandteil der zionistischen Eroberungspolitik. Gebiete, in denen zionistische Siedlungen liegen, werden schon bald als Bestandteil Israels angesehen werden.

Damit ist auch klar, was von den Plänen eines „Palästinenserstaates" zu halten ist, der nach der Hoffnung einiger palästinensischer Organisationen (PLO, PDF) in Westjordanland und Gaza entstehen sollte. Wenn Israel und USA solche Pläne anbieten, handelt es sich um Hinhaltetaktik und Versuche, die palästinensische Politik irrezuführen.

Ein (reaktionärer) Palästinenserstaat wird allenfalls auf dem Ostufer des Jordan (jetzigen Jordanien) entstehen.

Bei der jüngsten Aktion des Landraubs stießen die Zionisten allerdings auf starken Widerstand: In Nablus fanden militante Demonstrationen von tausenden von Arabern statt, die sich schließlich zum Schutz vor dem anrückenden Militär in der Altstadt verbarrikadierten! Die Zionisten konnten diesen Widerstand erst nach langem Kampf brechen, über 100 Demonstranten wurden verhaftet. ●

Nah-Ost Komission
KB/Gruppe Hamburg

Generalstreik im Öffentlichen Dienst erfolglos abgebrochen

Der am 26. November begonnene Generalstreik im Öffentlichen Dienst Japans (s. AK 70) wurde am achten Streiktag abgebrochen, ohne daß die Regierung der Forderung der streikenden Kollegen nach Streikrecht auch nur im Ansatz nachgegeben hätte. Sie sagte lediglich zu, die Empfehlungen einer von ihr selbst zur Untersuchung des Problems eingesetzten Kommission zu prüfen und bei Gewährung eines eingeschränkten Streikrechts gegebenenfalls erforderliche Gesetztesänderungen durch entsprechende Schritte in die Wege zu leiten. Einen Schritt in Richtung auf das Streikrecht stellen diese „Zusagen" jedenfalls nicht dar, denn sie sind ohnehin selbstverständlich.

Von Anfang an hatte die Regierung diesen Streik als kriminell verurteilt, da er den Gesetzen widerspreche. Der Generalsekretär der „liberaldemokratischen" Regierungspartei (LDP), Nakasone, bezeichnete den Streik als einen *„direkten Angriff auf die Demokratie in Japan!"* („FAZ", 27.11.75) Die rechte Spaltergewerkschaftsorganisation „Domei" verurteilte und boykottierte ihn. Die Kollegen in den privatisierten Sektoren des öffentlichen Dienstes, zum Beispiel bei den Privatbahnen, wollten sich ursprünglich daran beteiligen. Sie wurden aber durch Lohnerhöhungen bestochen und unterstützten ihn nicht weiter.

Lediglich der „Bund der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst", Korokyo, organisierte Streiks bei Staatsbahnen, Post, Wasserwerken, im Fernmeldenetz, Fernsehen und in anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes. Jedoch gelang es der Gewerkschaftsführung, den Streik von vornherein auf die Dauer von zehn Tagen zu beschränken. Auch der sozialdemokratisch geführte Dachverband der Gewerkschaften, „Soyo", unterstützte die Streikaktion anfänglich. Die hinter ihm stehende „sozialistische" Oppositionspartei erklärte sich mit der Forderung nach Streikrecht solidarisch. Die Sozialdemokraten bekämpften den Streik allerdings auf ihre Weise: Sie verhinderten in der Führung des Dachverbandes „Soyo", daß der Streik der Kollegen im öffentlichen Dienst durch Solidaritätsaktionen anderer Mitgliedsgewerkschaften unterstützt werden konnte.

Die japanische Bourgeoisie hatte alle Kräfte mobilisiert, um diesen Streik zu einer Niederlage für die Kollegen werden zu lassen. Obwohl für mehrere Tage der Öffentliche Dienst lahmgelegt wurde, **gelang es jedoch nicht, eine einheitliche Kampffront unter der Parole „uneingeschränktes Streikrecht für alle" in der gesamten japanischen Arbeiterklasse zustande zu bringen. Offensichtlich sind dazu die starken Bastionen der Sozialdemokratie insbesondere in den Gewerkschaftsführungen noch zu mächtig. Nach dieser Niederlage im Kampf müssen sich nun die Kollegen im öffentlichen Dienst gegen die zu erwartenden Disziplinierungen sowie die angestrebte Spaltung durch die Privatisierung einzelner Sektoren des Öffentlichen Dienstes zur Wehr setzen. ●**

Japan-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Fichtel & Sachs-Verkauf:
Playboys, Schmarotzer und Millionenschwindel
Der „Bild"-Zeitung gab es einen „Stich ins Herz", den bundesdeutschen Fiskus kostet es Millionen: Fritz Gunter Sachs, alternder Playboy (43) und sein Bruder Ernst Wil-
britische Maschinenbau-Multi Guest, Keen & Nettlefolds Ltd. (GKN). Die Kaufsumme ist unbekannt und wird es wohl auch bleiben, Schätzungen liegen zwischen 230 Millionen
sondern gar nicht! Denn nach diesem Abkommen werden die in der BRD erwirtschafteten Profite nicht hier versteuert, wenn der entsprechende Kapitalist schon länger als fünf Jahre
im Krieg von 1967 besetzten Gebieten liegen. Im einzelnen sind das: fünf Siedlungen auf dem Golan, wo die Regierung bereits vier zusätzliche Siedlungen Ende November „genehmigt" hat, fünf weitere Siedlungen im Jordantal, drei in der Nähe von Hebron, und vier im Süd-Westen des Gaza-Streifens. (Guardian 5.12.)
Es zeichnet sich also ab, daß die israelische Regierung nur allzu gern bereit sein wird, dem „Druck der Siedlungsaktionen" zu folgen und größere Teile der besetzten Gebiete durch Ansiedlung von Zionisten fester in die Gewalt zu bekommen.
stehen.
Bei der jüngsten Aktion des Landraubs stießen die Zionisten allerdings auf starken Widerstand: In Nablus fanden militante Demonstrationen von tausenden von Arabern statt, die sich schließlich zum Schutz vor dem anrückenden Militär in der Altstadt verbarrikadierten! Die Zionisten konnten diesen Widerstand erst nach langem Kampf brechen, über 100 Demonstranten wurden verhaftet. ●
Nah-Ost Komission
KB/Gruppe Hamburg

Fichtel & Sachs-Verkauf:
Playboys, Schmarotzer und Millionenschwindel

Der „Bild"-Zeitung gab es einen „Stich ins Herz", den bundesdeutschen Fiskus kostet es Millionen: Fritz Gunter Sachs, alternder Playboy (43) und sein Bruder Ernst Wilhelm haben beschlossen, 74,9% der Aktien ihres Fichtel & Sachs-Konzerns zu verkaufen. Käufer ist die britische Maschinenbau-Multi Guest, Keen & Nettlefolds Ltd. (GKN). Die Kaufsumme ist unbekannt und wird es wohl auch bleiben, Schätzungen liegen zwischen 230 Millionen und zwei Milliarden DM. *„Über Geld spricht man nicht, man hat es"*, meint Gunter Sachs im „Stern". Warum die sauberen Brüder gerade zum jetzigen Zeitpunkt verkaufen – immerhin erbrachte der Konzern im Geschäftsjahr 1975 einen Umsatz von 1,12 Mrd. DM – erscheint unklar. Fest steht nur, daß ihr Vater, der 1958 starb, in seinem Testament eine Sperrklausel zurückließ, nach der frühestens 15 Jahre nach seinem Tod die Firma verkauft werden durfte. Kurz nach Ablauf dieser Frist dürfte sich dann auch die GKN als Interessent gemeldet haben. Damit dürfte Fritz Gunter eine schwere Sorge abgenommen werden, denn schon seit geraumer Zeit plagt ihn die Sorge, *„daß ich eines Tages kein Vermögen mehr besitzen könnte"*. Und dann hat Gunter noch ein paar Schwierigkeiten, mit der „unternehmerischen Freiheit" klarzukommen, sieht er sie doch gar zu sehr eingeschränkt: *„Ein paar Tage im Monat muß ich schon in meinem Münchner Büro sein, wo ich zu dem Sammelsurium von Menschen, das mich umgibt, fast keinen Kontakt habe"* („Stern" 50/75). Und gegenüber der Zeitschrift „Playboy": *„Ich muß zumindest immer telefonisch zu erreichen sein und mich ständig orientieren über die allgemeine konjunkturelle Lage"!* Doch diese Plage ist er nun los – es heißt, die Brüder Sachs wollen ihr Geld nicht wieder investieren.

Wie schon oben angedeutet, brauchen die Gebrüder Sachs für ihre Millionen (oder Milliarden!) nicht einmal Steuern zu bezahlen, denn sie sind schon seit über fünf Jahren in der Schweiz ansässig. Somit fallen sie unter den Artikel 13, Nummer 4 des „deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungs-Abkommens". Dieser Artikel besagt nicht etwa, daß Sachs & Sachs doppelt besteuert werden, sondern gar nicht! Denn nach diesem Abkommen werden die in der BRD erwirtschafteten Profite nicht hier versteuert, wenn der entsprechende Kapitalist schon länger als fünf Jahre in der Schweiz wohnt. In der Schweiz, wo die Steuergesetze in den einzelnen Kantonen unterschiedlich sind, brauchen Fritz Gunter und Ernst Wilhelm aber auch keine Steuern zu zahlen, denn an ihrem Wohnort im Kanton Graubünden besteht „zufälligerweise" ein Gesetz, nach dem Gewinne aus Verkäufen von Beteiligungen, die mehr als zehn Jahre bestehen, steuerfrei sind.

Aber im legalen Steuerbeschiß haben die beiden Schmarotzer schon Erfahrung: Während „einbehaltene Gewinne", wie z.B. Kapital für Investitionen normalerweise nach dem Körperschaftssteuergesetz mit 51% versteuert werden, ließen die Sachs-Brüder sich den gesamten Gewinn als Dividende ausschütten, und zahlten dafür nur 15% Steuern ans Finanzamt. Kapital, was im Unternehmen bleiben sollte, überwiesen sie dann später steuerfrei zurück. Jahr für Jahr „sparten" sie auf diese Weise etwa vier Millionen DM! Funktionieren konnte dieser Trick allerdings auch nur, weil sie ihre Einkommenssteuer in der Schweiz zahlen müssen.

Interessant ist noch die Konsequenz, die die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" aus diesem Sommerschlußverkauf à la Sachs für die gesamte Kapitalistenklasse ziehen möchte: *„Daß Unternehmer immer häufiger Kasse machen, hängt allerdings auch mit der Vermögenssteuerbelastung zusammen. Diese und die hohe Einkommenssteuerbelastung läßt den Kapitaleignern häufig keinen einigermaßen angemessenen Nettoertrag mehr. Es wäre also an der Zeit, hier Erleichterungen zuzugestehen, um das unternehmerische Risiko wieder erträglich zu machen!"* Ein Kommentar zu diesem Kommentar erübrigt sich wohl! ●

KB/Gruppe Bremen

nur 100 von „Familienvätern" gewählt. Fraga möchte diese Zahl steigern. Fraga stellt sich vor, daß man sich in zwei Jahren dann vielleicht ein Parlament à la Europa leisten kann, bis dahin auch politische Parteien, außer der kommunistischen (d.h. der revisionistischen PCE) und natürlich sämtlicher revolutionärer Organisationen.

Nun, dieser Fraga, der zu „fortschrittlich" für die letzten Kabinette des Generals Franco war, sitzt nun in der neuen Regierung des Juan Carlos – mit einigen seiner Anhänger. Fraga bekam den besten Posten, um sein „fortschrittliches" Image schnell loszuwerden: er wurde Innenminister und damit zuständig für alle Polizeieinsätze der Zukunft. Es ist natürlich nicht zu verkennen, daß Fraga ein ganz anderer Mensch als sein Vorgänger ist, denn als die Guardia Civil kürzlich in eine Gruppe von Schülern, die mit Bauarbeitern diskutierte, einfach dazwischenschoß und dabei ein 15jähriges Mädchen lebensgefährlich verletzte, erkundigte sich Herr Fraga persönlich nach ihrem Befinden! Immerhin schon ein Fortschritt, wenn sich die Mörder nach der Gesundheit ihrer Opfer erkundigen ... Die spanische sowie die westdeutsche Presse wußte es zu würdigen.

Ebenso fand Beachtung, daß der neue Außenminister Spaniens, der steinreiche baskische Bankier Areilza (Graf von Motrico) dem Führer der spanischen revisionistischen Partei (PC), Santiago Carillo (Paris), einen spanischen Paß in Aussicht stellte. Würde Carillo tatsächlich mit diesem Paß nach Spanien einreisen, so würde er nach den geltenden Gesetzen sofort verhaftet werden und für einige Jahrzehnte im Knast verschwinden. Der neue Justizminister Garrigues, ein naher Verwandter Areilzas, ließ sich auch nicht lumpen und ließ den gerade erst durch die lächerliche „Amnestie" des Königs freigewordenen und nach wenigen Tagen wieder verhafteten bekannten Arbeiterführer Camacho wieder aus dem Gefängnis.

An „Gesten" der neuen Minister hat es also nicht gefehlt.

Doch damit die zarten Sprosse einer „Demokratisierung" nicht allzusehr ins Kraut schießen, hat man auch die Gegengewichte gesetzt. Zunächst mal wurde der Ministerpräsident, der die letzten fünf Hinrichtungen von Antifaschisten befürwortet hatte, Carlos Arias, in seinem Amt vom König bestätigt.

Zum ersten stellvertretenden Regierungschef wurde Generalleutnant Diaz de Mendivil, der viel von „Francos Beispiel" und den „traditionellen Werten" zu erzählen weiß, eingesetzt. Arbeitsminister wurde José Solís, bisher Generalsekretär der faschistischen „Movimiento"; Minister für die „Nationale Bewegung" wurde Adolfo Suarez, der Chef der Assoziation „Demokratische Union des spanischen Volkes" (UDPE). Der Zivilgouverneur von Barçelona, Martin Villa, ist Minister der faschistischen Syndikate geworden.

Die reformistischen Kräfte der spanischen Opposition („Demokratische Junta" und „Demokratische Konvergenz") kamen nicht umhin, in einer gemeinsamen Erklärung kundzutun, daß die Charakteristika des Franco-Regimes in der neuen Regierung fortbestünden. Sie gründeten eine Koordinierungskommission, die „Aktionen" vorbereiten soll.

Aktionstage vom 11. – 16. Dezember

Die beiden Blöcke der spanischen Opposition riefen die spanische Arbeiterklasse für eine Woche zu Streiks und Demonstrationen gegen den von der Regierung verhängten Lohnstop und für eine Generalamnestie aller politischen Gefangenen auf, nachdem eine wochenlange Schonpause für den König eingelegt worden war. Jedoch auch diese Welle von Streiks, die von über 100.000 Arbeitern (vor allem Metall und Bau) aus Madrid, Barçelona und Valencia durchgeführt wurde, steht keineswegs unter dem Zeichen einer Generalmobilmachung gegen das fortdauernde faschistische System, sondern allenfalls unter der Parole „Druck auf die Regierung ausüben". Gerade jetzt, wo die angebliche Hauptstütze des spanischen Faschismus, Francisco Franco, tot ist, und nach den ewig beschworenen Erklärungen vor allem der PCE, dann die „große Abrechnung" (d.h. Generalstreik zum Sturz des Faschismus) folgen würde, zeigt sich, wie hohl diese Phrasen waren, zeigt sich auch, wie stark die Hoffnungen und Ziele der spanischen Arbeiterklasse noch mit dieser Partei verbunden sind, so daß sie bisher zu autonomen Aktionen gegen das spanische System nicht geschritten ist. ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Polen fünf Jahre nach der Arbeiterrevolte: Wieder alles beim Alten !

Am 8.12.75 begann der 7. Parteikongreß der PVAP. Dieser Kongreß nach Auslaufen des fünf-Jahresplanes vom Dezember 1970 wird von Versorgungsmängeln bei Grundnahrungsmitteln und gleichzeitigen Preissteigerungen begleitet. Der Aufstellung des Planes 1970–75 gingen Arbeiterkämpfe voraus, die sich gegen eben solche Mängel richteten und die die Absetzung des damaligen Parteivorsitzenden Gomulka zur Folge hatten.
Trotz der Versprechungen E.Giereks bei Übernahme des Vorsitzes der PVAP 1970, den Lebensstandard der polnischen Werktätigen zu verbessern, sind die Hauptfragen nach Ablauf der fünf Jahre nicht geklärt. Im Gegenteil, die polnische Arbeiterklasse wird sich, wie 1970, auf weitere Angriffe auf ihre Lebenslage vorbereiten müssen.

1970: Arbeiterkämpfe werden blutig niedergeschlagen!

Auslösendes Moment für die Arbeiterkämpfe in mehreren Städten, sowohl im Kohlenrevier Schlesiens als auch in den Ostseestädten Zoppot, Gdingen und Gdansk (Danzig) waren Preiserhöhungen für Lebensmittel, bei Fleisch bespielsweise 20–35%, bei Teigwaren und Mehl 16%. Dazu kam die mangelhafte Versorgung mit anderen Grundnahrungsmitteln. Diese Preiserhöhungen, vom damaligen Parteivorsitzenden Gomulka veröffentlicht, sollten die staatlichen Subventionen für die privatisierte Landwirtschaft zumindestens teilweise decken. Bei gleichbleibenden Löhnen wäre das einer Senkung des Lebensstandards gleichgekommen – die polnische Arbeiterklasse reagierte!

Schon im Juni 1970 hatte es Protestaktionen von mehreren hundert Frauen in Katowice gegeben, die ein Warenhaus plünderten und so gegen die Mißstände protestierten.

Am 15.12.1970 demonstrierten dann in Gdansk zehntausende Arbeiter durch die Straßen und errichteten Barrikaden, um sich gegen die einschreitende Polizei und Miliz zu wehren. Gleichzeitig räumten Tausende Warenhäuser und Geschäfte aus und versorgten sich auf diese Weise mit dem Nötigsten. An der Spitze der Demonstranten marschierten die Werftarbeiter. Unter dem Singen der „Internationale" zogen
Spitze der Demonstranten marschierten die Werftarbeiter. Unter dem Singen der „Internationale" zogen
sie zum Rathaus und legten ihre Forderungen vor: Preisstop bei gleichzeitigen Lohnerhöhungen von 20%. Neben den Forderungen nach besserer Versorgung und mehr Lohn wurden die Rufe nach mehr Einfluß auf die Politik laut. Die Parteiführung sollte gezwungen sein, dem Volk Rechenschaft abzulegen und sich der öffentlichen Kritik stellen. Die Streikkomitees forderten das Streikrecht und die Absetzung der politisch Verantwortlichen.

Gleich nach Ausbruch der Arbeiterkämpfe setzte die damalige Parteiführung Polizei und Miliz gegen die streikenden Arbeiter ein. Ganz Nordpolen wurde von der Armee abgeriegelt und der Ausnahmezustand wurde verhängt.

Die Arbeiterrevolte wurde blutig niedergeschlagen – schon am 18.12.70 wurde offiziell von mehreren Dutzend Toten gesprochen!

Die Arbeiter wurden der Früchte ihres Sieges beraubt

Durch den Druck der tagelangen Kämpfe gezwungen fanden die Revisionisten einen Sündenbock! Den Parteivorsitzenden Gomulka und andere Funktionäre aus seiner Gefolgschaft. Zweifellos war die Absetzung der politisch Verantwortlichen eine wichtige Forderung der polnischen Arbeiter gewesen; aber das „Beseitigen" der Zustände hatte sich auf das Auswechseln von Personen beschränkt und war den Grundübeln des polnischen Revisionismus nicht an die Wurzel gegangen. Die Versprechen, die der neue Vorsitzende Gierek nach den Kämpfen abgab, entlarven sich heute als bloße Taktik, um das verlorene Vertrauen der polnischen Arbeiterklasse wiederzuerlangen. Zu dieser Beruhigungstaktik gehörte es auch, daß ein großer Teil, besonders die aktiven Kollegen, Lohnerhöhungen bis zu 20% bekamen. Aber sämtliche politischen Forderungen nach Beteiligung an der Staatsmacht, nach Kontrolle und Selbständigkeit der



Polnische Arbeiter versorgen sich mit Lebensmitteln

Polnische Arbeiter versorgen sich mit Lebensmitteln

Gewerkschaften, um sie dem revisionistischen Einfluß der Parteiführung zu entziehen und damit enger an die Arbeiterinteressen zu binden, wurden nicht erfüllt.

Zu den damaligen Versprechungen gehörte beispielsweise die Ankündigung, daß alle Ursachen der Arbeiterkämpfe gründlich untersucht würden und das Volk über die Ergebnisse der Arbeit informiert würde. Die dazu geschaffene Kommission hat bis zum heutigen Tag allerdings keinerlei Informationen geliefert.

Im Gegenteil, ausgerechnet der Leiter der Kommission, Szydlak (Mitglied des Politbüros), kündigte im Oktober 1972 an, das Preissystem zu „reformieren". *„Für andere Verbrauchsgüter und Produktionsmittel könnten Höchstpreise festgesetzt werden . . . Andere Güterpreise sollen zwischen Produzent und Abnehmer ausgehandelt werden dürfen. Bisher nicht näher bestimmte Konsumgüter will man ebenfalls – wie z.Zt. bereits Obst und Gemüse – frei (!) auf dem Markt handeln lassen"* („Neue Zürcher Zeitung", 26.10.72).

Eine Folge davon waren Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Rohstoffen. *„Wegen des knappen Angebotes stiegen die Preise bei Schweinefleisch um 6,5%, Kartoffeln 14%, Geflügel 42% (!), Zwiebeln 50%"* („Spiegel", 14/75).

Im Mai '75 kam es in Warschau erneut zu einer Protestaktion von Frauen gegen Preissteigerungen und Lebensmittelknappheit. Ein Streik in der Warschauer Radiofabrik „Kasprzak" konnte nur durch sofortige Fleischlieferungen an den Fabrikladen beendet werden. In der Traktoren- und Landwirtschaftsmaschinenfabrik „Ursus" bei Warschau wurde ein Streik für billigere und reichlichere Nahrungsmittel allerdings mit Polizeigewalt gebrochen. In der Schuhfabrik „Radoskor" wurden 150 Frauen als „Anführerinnen" für mehrere Stunden festgenommen.

Besonders demagogisch und bürgerlich sind die Begründungen, die Parteiführer Gierek auf dem 7. Kongreß der PVAP zur Lohn- und Preispolitik abgab. Ursache für die Versorgungsschwierigkeiten seien nicht etwa die mangelhafte private Agrarwirtschaft und die hohen Exporte von landwirtschaftlichen Produkten ins Ausland, sondern die gestiegenen Erwartungen und Löhne der polnischen Werktätigen.

Gierek hat auch gleich das Gegenmittel zur Hand: *„Nur durch höhere Arbeitsproduktivität kann die weitere (?) Steigerung des Lebensstandards gesichert werden"* („FR", 8.12.75).

Was davon zu halten ist, haben die Hafenarbeiter in Gdansk und Gdingen durch einen mehrtägigen Bummelstreik im September '74 deutlich gemacht. *„Der Grund des Bummelstreiks lag beim neuen Lohnsystem, dieses sieht eine geringfügige Anhebung der festen Löhne mit gleichzeitiger Reduzierung der Akkordprämien vor. Aber gerade letzteres sichert vielen Dockern hohe Verdienstmöglichkeiten"* („NZZ", 1.9.74). Gleichermaßen ist die „FAZ" vom 1.12.75 zwar „beunruhigt" über den Anteil der nicht geleisteten Arbeitszeit in der polnischen Wirtschaft, muß allerdings gleichzeitig feststellen, daß der Anteil der Überstunden an der Arbeitszeit zugenommen hat.

Diese Aussagen stehen im Widerspruch zur offiziellen Propaganda, die den Arbeitern Lohnsteigerungen bis zu 40% weiszumachen versucht. Offensichtlich ist demgegenüber, daß die polnischen Arbeiter gezwungen sind, nach Prämien und Überstunden zu jagen, die einen immer größeren Anteil vom Lohn ausmachen, um ihren Lebensstandard zu halten. *„Es wird ein Bonussystem eingeführt, das individuell gehandhabt wird. Mangelhafte Arbeitsdisziplin, ungenügende Arbeitsproduktivität oder Fernbleiben vom Arbeitsplatz werden mit Abzügen von Prämien bestraft. Mehr als zwei Tage unentschuldigtes Fehlen können zum völligen Verlust der Jahresprämie führen"* („NZZ", 25.7.73).

Gierek hat es natürlich vermieden, die Verantwortung für hohe Auslandsverschuldung, insbesondere gegenüber der BRD (s. AK 68) und innerwirtschaftliche Schwierigkeiten in der eigenen Politik zu suchen.

Private Landwirtschaft – Merkmal eines bürgerlichen Staates

„Nicht weniger als 80,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind in den Händen privater Bauern, 17,3% bewirtschaften die Staatsfarmen, nur 1,4% die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und 0.8% ist Kollektiveigentum von sog. bäuerlichen Zirkeln" („NZZ", 14.10.74).

„Polen verfügt über gegenwärtig zwanzig Mio. Hektar Anbaufläche und etwa vier Mio. Höfe. Davon sind 3,6 Mio. in privatem Besitz, die über 84% der gesamten Anbaufläche verfügen und die dem revisionistischen Staat eine Menge Getreide, etwa 80% des Fleisches und fast 80% Milch verkaufen.
treide, etwa 80% des Fleisches und fast 80% Milch verkaufen.
Die sog. 1000 landwirtschaftlichen Genossenschaften sind wie jene in den kapitalistischen Ländern, sie verfügen über nicht mehr als 1,4% der gesamten Anbaufläche" („Radio-Tirana", 10.10.75).

Werfen diese Zahlen an sich schon ein bezeichnendes Licht auf den Stand der sog. „sozialistischen Agrarwirtschaft", so zeigt die Entwicklung der letzten fünfzehn bis zwanzig Jahre zudem eine klare Restauration privatkapitalistischer Produktionsweise in der Landwirtschaft, denn in den fünfziger Jahren betrug der Grad der Kollektivierung immerhin noch über 50%.

Ein weiteres Anzeichen für den Trend der Reprivatisierung in Polen ist das doppelt so schnelle Anwachsen der maschinellen Ausrüstungen auf den privaten Großgrundbesitzen, von denen es immerhin 400.000 in der Größe zwischen 30 bis 50 Hektar gibt.

Die wirtschaftliche Macht der Privatbauern, die sich in diesen Zahlen ausdrückt, findet ihren Niederschlag in der Preispolitik. Getreu dem Prinzip des „freien Handels" zwischen Produzenten und Verbrauchern, der die Versorgungslücken im Staatshandel schließen soll, führte dies bereits 1972 zu Preiserhöhungen von 16% im privaten Handel.

Trotz dieser erhöhten Preise unterstützt die polnische Regierung die private Initiative in der Landwirtschaft mit Krediten und subventioniert gleichzeitig die Preisdifferenzen beim Ankauf für den Staatshandel. Beides, Kredite und Subventionen, gehen neben den hohen Preisen zu Lasten der polnischen Arbeiterklasse. Parteichef Gierek stützt sich allerdings auch weiterhin auf die Erhaltung der Privatbetriebe: *„Die Grundstruktur Polens bleibt bestehen, das heißt, daß das bisherige System der Förderung der Privatbetriebe und der wenigen landwirtschaftlichen Genossenschaften und Staatsgüter bis 1990 (!!) nicht verändert wird. Die Hauptaufgabe besteht lt. Gierek in der Gestaltung der gesamten Agrarpolitik nach neuzeitlichen Methoden und Erkenntnissen"* („NZZ", 29.10.74).

1974 stieg der Fleischexport auf fast 100.000 Tonnen, um Devisen einzubringen, die die hohe Auslandsverschuldung und die damit verbundene Abhängigkeit mildern sollten (s. AK 68). Aber die kapitalistische Produktionsweise zeigt ihren anarchischen Charakter: Um das devisenbringende Fleisch zu züchten, muß Polen Futtergetreide gegen Devisen einführen! – und das dann exportierte Fleisch fehlt der eigenen Bevölkerung.

Die polnische Industrie sowie die gesamte Wirtschaft ist gleichfalls in einer ziemlich schwierigen Situation. Auf der einen Seite steht der Devisenmangel und riesige Schuldenberge, auf der anderen die steigenden Anforderungen und Erwartungen in und an Polens Wirtschaft. Die Investitionen zur Steigerung der Produktion will Gierek wiederum durch ausländische Kredite und Waren decken – ein verhängnisvoller Kreislauf.

Genausowenig wie die Schwierigkeiten auf einen gesellschaftlichen Sektor beschränkt bleiben, genausowenig ist die Privatisierung nur auf die Agrarwirtschaft beschränkt geblieben. *„Es gibt in Polen 104.100 private Handwerksbetriebe mit fast 30.000 Beschäftigten, 15738 private Handelseinrichtungen, 12900 Kleinindustrielle, die über 8300 Betriebe verfügen. Insgesamt sind in der privaten Volkswirtschaft 430.000 Menschen beschäftigt, wobei die privaten Landwirte mit 2,7 Mio.*
Menschen beschäftigt, wobei die privaten Landwirte mit 2,7 Mio.
nicht mitgezählt sind".

Diese Entwicklung macht es notwendig, an die Worte Lenins zu erinnern, als er sich mit den Problemen des Aufbaues der Sowjetmacht nach der siegreichen Oktoberrevolution auseinandersetzte: **„Die Bauernwirtschaft besteht nach wie vor als kleine Warenproduktion. Hier haben wir eine außerordentlich breite und sehr tief und fest wurzelnde Basis des Kapitalismus. Auf dieser Basis erhält sich der Kapitalismus und entsteht er aufs neue – in erbittertem Kampf gegen den Kommunismus. Die Formen dieses Kampfes: Schleichhandel und Spekulation gegen die staatliche Beschaffung des Getreides (wie auch anderer Produkte) und überhaupt gegen die staatliche Verteilung der Produkte" (Lenin, Bd. 30, S. 94).** ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Versorgungskrise in Rumänien

In diesem Herbst gab es in Rumänien eine Versorgungskrise von erheblichem Ausmaß. Die bürgerlichen Zeitungen berichteten von langen Schlangen von Menschen, die sich vor den Lebensmittelläden gebildet hatten. Die rumänische Regierung beschloß daraufhin im Oktober dieses Jahres ein Sofortprogramm, mit dessen Hilfe die allerschlimmsten Mängel bei Grundnahrungsmitteln (wie Öl, Fleisch, Obst, Gemüse, Eier und Milchprodukte) behoben werden sollen.

Wie konnte es aber zu dieser Krise kommen? Rumänien wurde innerhalb von vier Jahren zum zweiten Mal von einer Überschwemmungskatastrophe heimgesucht, die einen Teil der Ernte zerstörte. Dies kann aber nicht der alleinige Grund für den Ausbruch der Versorgungskrise sein, denn es traten bereits in den letzten Jahren, in denen es keine Überschwemmungen gab, Versorgungsengpässe auf (z. B. 1974, lt. „NZZ", 14. 11. 74). So mußte selbst die rumänische Regierung zum ersten Mal offiziell zugeben, daß die derzeitigen Versorgungsprobleme tiefere Ursachen haben („FAZ", 10.11. 75).

Rumänien ist ein industriell unterentwickeltes Land und deshalb in erhöhtem Maße von der landwirtschaftlichen Produktion abhängig. Ein großer Teil der agrarischen Produkte wird in das kapitalistische Ausland exportiert, um Devisen zu bringen. Devisen brauchen die rumänischen Revisionisten dringend, um ihre ehrgeizigen Industrialisierungspläne verwirklichen zu können, d. h. um hochwertige, moderne Technologien im kapitalistischen Ausland kaufen zu können. Rumänien ist daher bereits heute hochgradig an die westlichen Länder verschuldet (insgesamt etwa 5 Mrd. DM, darunter allein 2 Mrd. DM an die BRD; lt. „FAZ", 8. 10. 75).

In diesen Industrialisierungsprojekten liegt auch begründet, daß die Investitionen in die Landwirtschaft relativ gering gehalten werden. Bei einer Investitionsrate von insgesamt 33 % des Nationaleinkommens entfallen über die Hälfte der Investitionen auf die Industrie (56,5 %) und nur 14,1 % auf die Landwirtschaft! (s. Jahresbericht der rumänischen Regierung von 1974).

Entsprechend sind, obwohl etwa 90 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Kollektiveigentum übergegangen sind, die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Lande erheblich schlechter als in den Industriestädten. Der Durchschnittslohn des Industriearbeiters beträgt 1400 Lei im Monat, der eines Kollektivbauern 400 - 500 Lei! (1 Lei entspricht etwa 0,20 DM) („FAZ",10. 11. 75). Dies hat dazu geführt, daß viele Bauern in die Städte gezogen sind oder zu „Industriependlern" wurden, d. h. sie arbeiten in der Stadt, wohnen aber noch im Dorf.

Diese massive Landflucht setzte erst zu Anfang der 70er Jahre ein und fällt zeitlich zusammen mit dem forcierten Aufbau der Industrie. Bis dahin arbeiteten 50 % der werktätigen Bevölkerung auf dem Lande, heute sind es nur noch 40 % („NZZ", 19. 7. 74), wobei aufgrund des geringen Mechanisierungsgrades der rumänischen Landwirtschaft dort lediglich 20 % des Nationaleinkommens erwirtschaftet werden („NZZ", 21.12. 73).

Was unternimmt die rumänische Regierung, um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern? Im nächsten Fünfjahresplan für die Jahre 1976 - 1980 wird nach wie vor das Schwergewicht auf die weitere Entwicklung der Industrie gelegt. Um den Arbeitskräftemangel auf dem Lande zu beheben, wird ein Gesetz verabschiedet, das jeden, der auf dem Lande wohnt, verpflichtet, für eine bestimmte Zeit in der Agrarproduktion tätig zu sein. Dieses Gesetz ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. An einer politischen Mobilisierung wie etwa in der Sowjetunion nach der Oktober-Revolution, als Tausende von klassenbewußten Industriearbeitern freiwillig auf's Land zogen, ist die rumänische Führung offensichtlich nicht mehr interessiert. Es ist eher anzunehmen, daß sie das Agrarproblem über kurz oder lang, ähnlich wie in Polen, durch Einführung privater Anreize und Reprivatisierungen lösen will. ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Sowjetunion am Ende des neunten 5-Jahresplanes

Eine mäßige Bilanz

Mit dem Ausklang des Jahres geht in der Sowjetunion der neunte 5-Jahresplan dem Ende entgegen. Vom 2. bis 4.12. trat aus diesem Anlaß in Moskau der „Oberste Sowjet" zusammen, um Bilanz zu ziehen sowie die ausgearbeiteten Perspektiven des nächsten Planes zu beraten, die vom 25. Parteitag der KPdSU im Februar 1976 verabschiedet werden sollen. Der Sitzung des „Obersten Sowjet" ging eine Sitzung des ZK der KPdSU voraus, auf der u.a. der Generalsekretär Breschnew „scharfe Kritik" geübt haben soll, die jedoch offenbar nicht im einzelnen veröffentlicht wurde.

Aus den Schwerpunktreden des Vorsitzenden des sowjetischen Planungsamtes und stellvertretenden Ministerpräsidenten, Nikolai Baibakow, sowie des Finanzministers Garbusow geht jedoch hervor, daß die sowjetische Wirtschaft in einigen Bereichen schwere Einbrüche in der Planerfüllung zu verzeichnen hat. Dennoch: Es gilt festzuhalten, daß die Sowjetunion ein reales wirtschaftliches W a c h s t u m erreichen konnte, während in fast allen imperialistischen Ländern eine S t a g n a t i o n oder ein R ü c k g a n g (wie in Italien – um 10%!!!) der Produktion registriert wurde. Das sei allen jenen großmäuligen und blinden Demagogen gesagt, die sich über die „sozialistische Mißwirtschaft" in der Sowjetunion künstlich erregt haben, um von der weltweiten Krise der kapitalistischen Wirtschaft abzulenken.

Zieldaten zurückgeschraubt...

Bei der Planung des jetzt auslaufenden 5-Jahresplanes ging die sow-

Bei der Planung des jetzt auslaufenden 5-Jahresplanes ging die sow-
jetische Führung offiziell – wie auch schon bei den Plänen davor – von einer Priorität des Konsumgüterbereiches gegenüber dem Produktionsgüterbereich aus. Diese Projektierung, die zur Erhöhung des Lebensstandards des sowjetischen Volkes führen würde, wird diesem seit Chruschtschows demagogischer Propaganda für den „Gulasch-Kommunismus" versprochen, obwohl die t a t s ä c h l i c h e Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung verlaufen ist. Im jetzt auslaufenden Plan ist lediglich 1971 und 1972 die Zuwachsrate der Konsumgüterindustrie größer als die der Schwerindustrie. 1975 dagegen, wo im Plan ursprünglich eine Zuwachsrate von 9 % („SZ", 24.4.1975) vorgesehen war, wurde in der Jahresplanung lediglich eine Steigerung von 6 % projektiert – und vermutlich noch weniger erreicht (genaue Angaben sind nicht bekannt). Die Schwerindustrie erhielt in der Jahresplanung wieder den Vorrang mit einer anvisierten Steigerung von 7 %. Nach den Worten des Vorsitzenden des staatlichen Plankomitees, Baibakow, betragen die Zieldaten für das nächste Jahr in der Schwerindustrie nur noch 4,3 %, in der Konsumgüterindustrie lediglich 2,7 % („FAZ", „FR", 3.12.75). **Das sind die niedrigsten Daten zumindest in der Nachkriegsgeschichte der Sowjetunion!**

Die Mißernten – ein wesentlicher Faktor des Planeinbruches

Zu den doch erheblichen Lücken in der Planerfüllung hat die unstete landwirtschaftliche Produktion – als Höhepunkt die Mißernten 1972 und 1975 – erheblich beigetragen. Von den für dieses Jahr anvisierten 215 Millionen Tonnen Getreide haben nach den letzten Informationen lediglich 139 Millionen Tonnen realisiert werden können („FAZ", 5.12.75). **Das ist die niedrigste Ernte seit 1965, wo nur 121 Millionen Tonnen erreicht wurden.** Man vergleiche diese Pleite mit den großspurigen Tönen Chruschtschows, der 1960 das baldige Einbringen einer 300 Millionen Tonnen Ernte „prophezeite".

Tatsächlich ist die sowjetische Landwirtschaft in den letzten 15 Jahren nur sehr mäßig vorangekommen. Der Gesamtertrag des **jetzt auslaufenden 5-Jahresplanes liegt bei einem Gesamtdefizit von etwa 70 Millionen Tonnen nur** 8 % über dem Ergebnis des vorangegangenen Planes.

Das ist gleich Null oder noch schlechter, wenn man bedenkt, daß im laufenden Plan-Jahrfünft mit ca. 60 Milliarden Rubel das 1,7fache der Summe des vorangegangenen Jahrfünfts investiert worden ist! (Radio Moskau, 28.10.75.)

Es gibt eine Reihe von natürlichen Gründen für die beständigen Ernteeinbrüche. So beträgt das bearbeitete Ackerland nur etwa neun % der Landfläche der SU, in den USA vergleichsweise 25 %, in der BRD gar 35 %. Dazu kommen geringe Niederschlagsmengen und die extreme Witterungsabhängigkeit der Nicht-Schwarzerde-Gebiete der SU etc. Doch es kommen zu diesen objektiven Bedingungen in zunehmendem Maße die Quittungen der bürgerlichen Entartung, die Schlampereien der Bürokratie, kurzsichtige und eigennützige Unterlassungen, die nachlassende Eigeninitiative der Landbevölkerung (wozu auch?) u.v.m. .. **Witterungs- und andere natürliche Umstände allein können nicht über Jahrzehnte hinweg der Alleinschuldige für die Mißerfolge einer angeblichen sozialistischen Planwirtschaft sein.** Das weiß offenbar selbst die „Sowjetunion Heute", wenn sie schreibt: *„Natürlich bedeutet sozialistische Planwirtschaft noch keine absolute Versicherung gegen Mißernten. Sie schafft jedoch die Möglichkeit, etwaige negative Auswirkungen des Klimas, der Witterung und anderer Umstände auf die Arbeitsergebnisse der Bauern weitgehend auszugleichen..."* („FR", 12.12.75). Eben!

Die Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft haben offenbar inzwischen das Maß erreicht, das notwendig ist, um selbst die Revi-
Die Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft haben offenbar inzwischen das Maß erreicht, das notwendig ist, um selbst die Revi-
sionisten entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheiten zu leise geäußerter „Selbst"-Kritik zu bewegen.

So wurde im Oktober auf einer zweitägigen Sitzung des Ministerrates eigens zu Problemen der Landwirtschaft von *„ernsthaften Mängeln in der landwirtschaftlichen Bautätigkeit"* gesprochen (Radio Moskau, 28.10.1974).

In einem Beschluß des Obersten Sowjets von Kasachstan vom 17.7. 1975 heißt es konkreter: *„In einer Reihe von Betrieben wurden keine Fruchtfolgen eingeführt und keine Natur- oder Mineraldünger den Kulturen zugeführt, die auf Bewässerungsland gezüchtet werden. Auf bedeutenden Flächen werden die Saaten nicht, oder nicht, rechtzeitig bewässert."* Dazu wurde noch darauf hingewiesen, daß die Belieferung mit genügend Rohren zur Bewässerung ebenfalls mangelhaft ist.

Obwohl schon aus den teilweise schlechten Erfahrungen des Plan-Jahrfünfts 1965 - 1970 die SU-Führung als Konsequenz für den laufenden Plan die Investitionen in der Landwirtschaft auf das 1,7fache gesteigert hat, ist ein nachhaltiger Erfolg nicht zu erkennen. Den Rückwirkungen der Verbürgerlichung des sowjetischen Systems, der Entpolitisierung und dem Vordringen der bürgerlichen Ideologie ist eben mit einem Schwung mehr Maschinen allein nicht beizukommen. Ein Ausdruck dieser abschüssigen Entwicklung ist die immer stärker werdende „Landflucht".

Unter Berufung auf eine Sendung des sowjetischen Rundfunks weiß das „Handelsblatt" in seiner Ausgabe vom 11.2.75 zu berichten: *„Allein im Gebiet Kaluga wurden fast 15.000 offene Stellen angeboten. Ein halbes Jahr (!) vorher hatte man noch 10.000 unbesetzte Stellen gemeldet".* (Leider gibt es nach unseren Recherchen keine Angaben über die gesamte SU). Diese Entwicklung hat zu einem sehr schlechten Versorgungs- und Wartungssystem für den landwirtschaftlichen Maschinenpark geführt, da die qualifizierten Kräfte unter den jährlich ca. 500.000 fertig ausgebildeten Mechanikern in der Regel in die Städte strömen. Das eben zitierte „Handelsblatt" schreibt: *„In zehn Monaten des Jahres 1973 betrug zum Beispiel der Nutzungskoeffizient der Traktoren verschiedener Typen nur 41 - 61 %. Die Rentabilität lag bei 24 %."*

In seiner Rede auf der jüngsten Tagung des Obersten Sowjets gab der Finanzminister Garbusow eine erneute Steigerung der Investitionen in die Landwirtschaft bekannt. 1976 sollen insgesamt 37,2 Mrd. Rubel investiert werden. Im jetzt auslaufenden Fünfjahrplan sind insgesamt mit Investitionen in Höhe von 129 Mrd. Rubel eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität von 36 - 40 % anvisiert worden, wovon nicht einmal die Hälfte realisiert wurde – es gibt keinen begründeten Anlaß zu der Annahme, daß hier in Zukunft ein besseres Verhältnis erreicht werden könnte.

Industrialisierung mit Maschinen aus dem imperialistischen Ausland – ein weiterer Grund für die mäßige Bilanz

Die sowjetische Industrieerzeugung hat sich während der ersten vier Jahre des jetzt auslaufenden Fünf-Jahresplans um *„mehr als ein Drittel"* ausgeweitet, wobei 84 % des Zuwachses durch *„Verbesserung der Arbeitsproduktivität"* erzielt wurden („HB", 21. 4. 75).

Allerdings ist dieses Wachstum erst auf der Grundlage stark erhöhter Investitionen möglich gewesen, die zum Teil mit dem relativ niedrigen Lebensstandart der sowjetischen Werktätigen bezahlt worden sind.

In den ersten vier Jahren sind 387 Mrd. Rubel investiert worden (etwa 1,4 Billionen DM), während die Löhne nur um sehr knappe 15 % stiegen („HB", 14. 6. 75).

Mit diesen Investitionen sollten (und sind) nach der Planung im wesentlichen Erneuerungen des Maschinenparks vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang be-
(und sind) nach der Planung im wesentlichen Erneuerungen des Maschinenparks vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang be-
mühte sich die SU-Führung auch um stärkere Kooperation mit den führenden kapitalistischen Ländern, aus denen in hohem Maße Technologien und hochqualifizierte Ausrüstungen importiert werden sollten. Diese Vorstellungen der SU-Führung sind nur teilweise verwirklicht. Nahezu sämtliche großangelegten Kooperationen mit den Imperialisten werden von diesen nur sehr zögernd angegangen, und befinden sich mehr oder weniger noch im Stadium der Planung. Im Einzelnen sind das vor allem die Erweiterung der ölfördernden und -verarbeitenden Industrie in Westsibirien (mit Japan), der Stahlwerk-Komplex im Raum von Kursk und das LKW-Werk an der Kama (beides mit dem BRD-Imperialismus geplant). Verschiedene mit teilweisen westlichen Zulieferungen geplante Objekte (z. B. die Zellulose- und Papierindustrie im Raum von Ust-Ilim) hätten laut Plan bereits erledigt sein müssen.

Schon 1972 hat die statistische Zentralverwaltung der SU 2246 nicht fertiggestellte Industrieobjekte untersucht, wovon zu dem Zeitpunkt 1814 laut Plan bereits in Betrieb sein sollten.

Nach den Ermittlungen der sowjetischen Zentralverwaltung sind davon ca.60 % (!)deswegen nicht im Betrieb, weil die dazu notwendigen Anlagen einfach nicht im Land sind („FAZ", 17. 12. 73).

Nicht nur, daß der ausgedehnte „freie" Handel mit dem imperialistischen Ausland zu derartigen Terminschwierigkeiten führt, die wie ein Lauffeuer ihre weitreichenden Nachwirkungen im gesamten Planmechanismus nach sich ziehen – er holt auch mehr und mehr die Inflation ins Land.

So hat sich allein 1974 der „West"-handel der SU um 50 % erhöht, und machte mit einem Finanzvolumen von 40 Mrd. Rubel (ca. 140 Mrd. DM) schon etwa 1/3 des Gesamthandels aus („HB", 3. 4. 75).

Allerdings besteht diese Steigerung zum a l l e r g r ö ß t e n Teil aus inflationären Kostenerhöhungen; d. h. die SU hat im Krisenjahr 1974 für eine geringfügig gesteigerte W a r e n m e n g e einen unverhältnismäßig gestiegenen P r e i s gezahlt.

Die SU-Revisionisten haben diese Entwicklung durch die Streichungen beim ursprünglich geplanten Zuwachs der Konsumgüterindustrie zugunsten der Schwerindustrie noch für das Jahr 1975 „auffangen" können (**Gesamtzuwachsrate: 7,6 % – Konsumgüterindustrie: mit 6 % projektiert, t a t s ä c h l i c h e Steigerung nicht bekanntgegeben!). In den zurückgeschraubten Zuwachsraten für 1976 kommt jedoch zum Ausdruck, daß sie der eindringenden Inflation (im Zusammenhang mit den ernsten Rückschlägen in der Landwirtschaft) jetzt Rechnung tragen müssen.**

In der industriellen Entwicklung schlägt das natürlich am unmittelbarsten bei den am stärksten von Investitionsgüterimporten abhängigen Bereichen zu Buch.

An der Spitze dieser Bereiche liegen die Papier- und Zelluloseindustrie mit einer fast 90prozentigen (!!) Importabhängigkeit, die Chemieindustrie mit 60 %. In der Zelluloseindustrie beispielsweise wirkte sich das so aus, daß 1972 der Plan nur zu 24 % erfüllt wurde („FAZ", 17. 12. 73)!

Baibakow bemängelte dementsprechend in seiner Rede vor dem obersten Sowjet die Lücken in der Planerfüllung bei der chemischen Industrie, sowie im Bau- und Energiewesen. Er wies zudem darauf hin – und da beißt sich die Katze in den Schwanz! – daß die Chemieindustrie u. a. nicht genügend Mineral d ü n g e r produziert hat, der von entscheidender Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion ist! („FAZ", 3. 12. 75).

‚Höhere Arbeitsnormen' und mehr ‚Disziplin' – der Druck auf die Werktätigen wird verschärft!

Es ist natürlich die altbekannte ‚Konsequenz', die die Sowjetrevisionisten aus ihrer mäßigen Bilanz ziehen: Verschärftes Antreiben der sowjetischen Arbeiterklasse.

Schon im August 1975 hat der sowjetische Finanzminister Wassili Garbusow in der Gewerkschaftszeitung „Trud" darauf hingewiesen, daß 12% der Betriebe der Chemieindustrie nicht die im Plan vorgesehenen Produktivitätssteigerungen erreicht haben, wodurch der sowjetischen Wirtschaft 121 Millionen Rubel „verlorengegangen" seien. Garbusow führte als Gründe dafür neben Mängeln der Unternehmensleitungen in der Modernisierung ihres Maschinenparks etc. an, daß die Wirtschaftsbürokraten „ ... *nicht in ausreichendem Maße gegen das ‚Krankfeiern' (!) ihrer Arbeiter vorgegangen"* seien!

Von den für 1976 angestrebten starken Erhöhungen der Arbeitsproduktivität sollen 86% durch „Erhöhung der Effektivität" erzielt werden (Baibakow, „HB", 3.12.75).

Gegenwärtig läuft in der SU ersteinmal die übliche Kampagne zur Steigerung der Produktion anläßlich des 25. Parteitages der KPdSU. Im entsprechenden Dekret des ZK der Partei heißt es dazu: *„Gestützt auf die Erfahrungen und die Initiative der Schrittmacher ist dem sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 25. Parteitages der KPdSU ein allgemeiner Volkscharakter zu verleihen. Alle Arbeiter, Kolchosbauern, Techniker und Ingenieure müssen durch ihn erfaßt werden, damit jeder Werktätige, jedes Kollektiv durch seine hochproduktive, selbstlose Arbeit einen gewichtigen Beitrag zur Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspäne und der sozialistischen Verpflichtungen leiste"* („NZZ", 9.9.75).

Auf dem 25. Parteitag, der für den 24.2.76 nach Moskau einberufen ist, wird der neue 5-Jahresplan abgesegnet. Wenn auch noch nicht im Einzelnen bekannt ist, was der Plan für Direktiven enthält, so ist doch auf der Tagung des Obersten Sowjets und in den oben zitierten Äußerungen schon klar gemacht worden, wohin die Reise geht: von den sowjetischen Werktätigen sollen die besonders in diesem Jahr offenkundigen Plan-Einbrüche durch höhere Arbeitsleistungen wieder wettgemacht werden. Prinzipiell ist dies der Kurs, der – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten nach den jeweiligen nationalen Besonderheiten – von den RWG-Ländern insgesamt mit ihren neuen 5-Jahresplänen gefahren wird. Diese Politik wird die Kluft zwischen revisionistischer Führung und den Volksmassen weiter vergrößern und es ist durchaus denkbar und zu hoffen, **daß die Arbeiter dieser Länder darauf antworten werden ....** •

RWG-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Parteiverfahren gegen SPD-„Linke"

Stuttgart

Der Landesvorstand der SPD in Baden-Württemberg unter seinem Vorsitzenden, dem bekannten SPD-„Linken" Erhard Eppler, hat gegen den siebenköpfigen Stuttgarter Juso-Kreisvorstand Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Die Jusos hätten *„in einem eigenen Aufruf" (!) zur Teilnahme an einer Demonstration des „Koordinierungsausschusses der Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote"* aufgefordert.

Aus gutunterrichteten Kreisen sei dem Landesvorstand bekannt, daß im „Koordinierungsausschuß" auch „Kommunisten" mitarbeiten sollen! (Als Redner bei der Kundgebung dieser Aktion tragen unter anderem übrigens auch der ehemalige Bezirksleiter der IGM Willy Bleicher und der FDP-Landtagsabgeordnete Hinrich Enderlein auf)

Zwar hatte der SPD-Kreisvorstand in Stuttgart den Jusos erlaubt, an der Demonstration teilzunehmen; einen eigenen Aufruf dazu sollte es jedoch nicht geben. Darauf beharrten die Jusos allerdings. *„Der Stuttgarter SPD-Kreisvorstand konnte trotz zahlreicher Gespräche die Juso-Führung von diesem Vorhaben nicht abbringen. Er schaltete daraufhin den Landesvorstand ein."* („Süddt. Zeitung", 4.12.75).

Der Landesvorstand beschloß als „Sofortmaßnahme", sämtliche Parteifunktionen der sieben Jusos ruhen zu lassen. Die Jusos traten als Kreisvorstand zurück!

München

Fünf Jungsozialisten sind mit einem Schiedsgerichtsurteil der südbayerischen SPD „gemaßregelt" worden. Gegen vier von ihnen wurde ein Funktionsverbot von zwei Jahren angeordnet. Bei allen ruhen die Mitgliedsrechte für drei Monate. Ihre Untat: ein „Geheimtreffen" mit dem **aus der SPD ausgetretenen „linken" Stadtrat Siegmar Geiselberger.** ***„Wie verlautet, versucht Geiselberger seit einiger Zeit eine Art politisches Comeback. Angeblich arbeitet er dabei auch mit dem ‚Sozialistischen Büro' in Offenbach zusammen"*** **(„Frankfurter Rundschau", 14.10. 1975).**

(S. Geiselberger war lange Zeit wegen „Linksabweichung" heftig bekämpft worden und ist daraufhin aus der SPD ausgetreten.)

Frankfurt

In dem als „links" geltenden SPD-Bezirk Hessen-Süd ist ein Mitglied mit einem einjährigen Funktionsverbot gemaßregelt worden. Bereits vorher hatte der Bezirksvorstand unter Führung des SPD-„Linken" Rudi Arndt das Ruhen der Mitgliedschaft verfügt. Der Anlaß: Der betroffene Sozialdemokrat hatte „bei einer Solidaritätsveranstaltung der SPD mit Willy Brandt und dem portugiesischen („Anti"-) Sozialistenführer Soares mit einem Transparent gegen die Politik von Soares protestiert. Dies war ihm als *„ein Verstoß gegen die Grundsätze der SPD angelastet worden!!"* („Frankfurter Rundschau", 25.11.75).

Sein Komplize bei dieser ruchlosen Tat war nicht so glimpflich davongekommen. Da dieser zur Tatzeit noch kein volles Jahr Mitglied der SPD gewesen war, wurde er unverzüglich vor Ablauf der „Probezeit" wieder aus der SPD „entfernt". (siehe AK 69, Seite 20).

Auch das gibt es in der SPD Gotteslästerung !

Die USA-Korrespondentin der sozialdemokratischen Parteizeitung „Vorwärts" schrieb ein Buch über den Gott-Vater W. Brandt, in dem sie nicht nur Schmeichelhaftes über ihn zu berichten wußte. Diese Tat durfte nicht ungesühnt bleiben – die SPD-Oberen kündigten ihr postwendend. •

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

USA

Wahlen zur Präsidentschaft eingeläutet
Die Rechten geben sich ein Stelldichein

Zu den Präsidentschaftswahlen 76 wird z.Zt. in den USA der Wahlkampf eröffnet. Die beiden großen Parteien, die Republikanische und die Demokratische Partei, haben zwar offiziell noch keinen Kandidaten gekürt, aber trotzdem tun sich im Moment 2 rechte Vögel besonders hervor: George Wallace (Demokratische Partei) und Ronald Reagan (Republikaner). Da beide Kandidaten in letzter Zeit in vielen Stellungnahmen und Veröffentlichungen ihre „Programme" präsentiert haben, ist es sehr lehrreich diese Vorstellungen einmal etwas genauer zu beleuchten.



Wallace als Nazi auf Poster

George Wallace (56) ist z.Zt. Gouverneur im Bundesstaat Alabama. Dieses Amt bekleidet er zum dritten Mal. Nachdem ihm nach seinem ersten Amtsantritt lt. Gesetz eine Wiederwahl verboten war, stellte er kurzerhand seine Frau auf, die dann auch gewählt wurde. So konnte er weiterregieren. Bevor er das dritte Mal zuschlug, änderte er die Wahlgesetze – und war wieder Gouverneur. Sein Leitsatz: *„Rassentrennung heute, Rassentrennung morgen, Rassentrennung für immer"*, machte ihn berüchtigt. In „seinem" Bundesstaat handelte er auch danach. Schwarze durften nicht in „weiße" Schulen, „weiße" Lokale, „weiße" Kirchen, und in den öffentlichen Bussen mußten sie ganz hinten sitzen. 1968 versuchte dieser Rassenfanatiker mit seiner selbstgegründeten „American Independent Party" rechtsradikalen (Amerikanische Unabhängigkeits-Partei) den Präsiden-

abhängigkeits-Partei) den Präsiden-

ten-Stuhl zu erobern. Er versprach mit allen abzurechnen: mit faulen Bürokraten, „liberalen" Zeitungsschreibern, Hippies, Kommunisten, aufsässigen Negern, Nordvietnamesen und Verbrechern. Er versicherte, soviele Gefängnisse zu bauen, daß alle reinpaßten. 10 Millionen Amerikaner, die sich hiervon eine Verbesserung ihrer Lage erhofften, wählten damals Wallace. (13,5% !!) Weiterhin rief er damals offen in Versammlungen dazu auf, Demonstranten zu überfahren, Neger zu verprügeln und Nordvietnam *„ins Nichts zu bombardieren"*.

Als er 1972 erneut in den Präsidentschafts-Wahlkampf einstieg, wurde er in Washington bei einer Wahlkampfrede – sprich Hetze – von fünf Kugeln niedergestreckt. Leider ist es dem „Attentäter" nicht gelungen, diesem Faschisten das letzte Licht auszublasen. Wallace kam durch und ist seitdem querschnittgelähmt, an einen Rollstuhl gebunden und auf einem Ohr taub.

Nun ist dieser feine Herr wieder am Wahlkampf beteiligt. 10 Millionen Dollar hat er schon aus sog. Wahlkampf-„Spenden" zusammen. Seine Wahlkampforganisation ist die beste im ganzen Land. Selbst außenpolitisch hat er schon Ambitionen, wie seine Europa-Reise beweist: England (Empfang durch Wilson und Thatcher), Belgien (Premierminister Tindemann), Italien (Premierminister und Präsident Leone) und schließlich die BRD, wo er von Außenminister Genscher und dem Bundesratspräsident Kubel empfangen wurde.

Was steht nun bevor, wenn Wallace Präsident werden sollte? Wenn man sich die Zustände in „seinem" Bundesstaat vor Augen führt, wird einiges deutlich. Für die Kapitalisten hat er dort eine Einkommenssteuer-Höchst-Grenze von 5% eingeführt und gleichzeitig auf alle Waren eine 6%ige Verkaufssteuer aufgeschlagen, die besonders die Arbeiterklasse hart trifft. In der „Lebensqualität", so hat das „Midwestern Research Institut" festgestellt, rangiert Alabama unter den 50 Bundesstaaten an letzter Stelle. Die Kindersterblichkeit ist nirgends so hoch, das Bildungssystem für die breite Masse nirgends so rückständig und der gesetzliche Mindestlohn nirgends so niedrig. Dazu Wallace im Wahlkampf vor Fernsehkameras von einer Kirchenkanzel herunter: *„Was immer ihr wirtschaftlicher Status ist, wenn sie Jesus Christus im Herzen haben, dann sind sie Multimillionär"*.

dann sind sie Multimillionär".

Aktuell propagiert er den *„Aufstand der Mittelklasse gegen Entwicklungshilfe ans Ausland und Wohlfahrtsausgaben im Inland"*. Die „Wohlfahrtsempfänger" sollten gefälligst selber zusehen, wie sie über die Runden kommen. Und damit Wallace mit seiner Frau gut über die Runden kommt, hat er sich selbst 7 Schwarze (lebenslänglich Verurteilte) aus dem Staatsgefängnis zugeteilt als Hausdiener. (alle Zitate „Stern", 16.10.75)

Der zweite Faschist Ronald Reagan ist als Gegenkandidat zu Ford in der Republikanischen Partei im Gespräch.

Reagan (64), Gouverneur vom Bundesstaat Kalifornien und abgehalfterter Filmschauspieler aus Hollywood wurde 1964 von den kalifornischen Kapitalisten auserkoren, ihre Interessen mit seinem schauspielerischen „Charme" gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen. Schon vor 10 Jahren beteiligte er sich maßgeblich als Vorsitzender in der „Filmschauspielergilde" an der Aufstellung von „Schwarzen Listen" von Leuten, die des „Kommunismus" verdächtig waren. Kurz danach wurde er Mitglied der „John Birch Society", der militantesten antikommunistischen Organisation der USA.

In rechterAbgrenzung zu Ford ist der Hauptbestandteil seines Programms der *„Feldzug gegen das Zwanzigste Jahrhundert"*. Hierin fordert er:

- die Abschaffung aller sozialen Programme des Gesamtstaates in Höhe von 90 Milliarden Dollar. (entspricht dem gegenwärtigen Kriegsetat der USA)
- Abschaffung der finanziellen Hilfe für das Erziehungswesen vom Kindergarten bis zu den Universitäten
- Abschaffung der Krankenversicherung für alte Leute
- Abschaffung der Schulspeisung von Kindern und der Lebensmittel-Karten für die Armen
- und schließlich totale Streichung des sozialen Wohungsbaus.

Die Verantwortung für alle diese Leistungen soll den einzelnen Bundesstaaten übertragen werden,die freilich kein Geld für solche Projekte haben. Es wird den jeweiligen Gouverneuren „freigestellt", ob sie diese Leistungen weiter gewähren oder nicht. Diese Vorstellungen Reagans stellen eine unvorstellbare, totale „Sparpolitik" dar und würden große Teile der Arbeiterklasse in das Elend stürzen. Steuern werden dann praktisch nur noch für die Unterstützung der Kapitalisten und deren imperialistischer Außenpolitik gezahlt. USA – das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten"... •

USA-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Ausgestoßen und rechtlos – Puertoricaner in Nordamerika!

Das total menschenunwürdige Dasein auf der Insel Puerto Rico (vgl. AK 67) treibt viele Puertoricaner zur Emigration in die USA. Meistens handelt es sich bei den Emigranten um Jugendliche. Das ist kein Zufall, denn 56,7% aller Puertoricaner im Alter von 16 bis 21 Jahren sind arbeitslos, entsprechend sind 66% aller Einwanderer aus Puerto Rico in die USA unter 25 Jahren (2). Die Imperialisten schüren diesen Prozeß z.B. durch Agenturen, die auf der Insel Kredite und Reisetickets vermitteln, die dann in den USA mit hohen Zinsen und harter Arbeit abbezahlt werden müssen. Die Medien und Agenturen fördern die Emigration auch dadurch, daß sie propagieren, in den USA seien die Verhältnisse für die Puertoricaner viel besser usw.

Ein Großteil der Emigranten kommt vom ländlichen Teil der Insel, wo die Verhältnisse in der Regel noch unerträglicher sind, als in den Städten. Die Emigration erfolgt dann in zwei Etappen: vom Land in die Vorstädte der Hauptstadt St. Juan, von dort mit dem Schiff in die Ghettos der USA.



Slums in New York

Slums in New York

Vom Regen in die Traufe ...

Vom Regen in die Traufe ...

Zur Zeit leben ca. zwei Millionen Puertoricaner in Nordamerika. So sind von acht Millionen Einwohnern New Yorks eine Million Puertoricaner (2). Zusammen mit anderen farbigen Minderheiten sind sie in den Ghettos zusammengepfercht (Afrikaner, Mexikaner u.a.). Für die nordamerikanischen Kapitalisten sind die Farbigen billige Arbeitskräfte.

Obwohl 66% der perutoricanischen Einwanderer in die USA zwischen 16 und 21 Jahren sind (d.h. in arbeitsfähigem Alter), sind über die Hälfte von ihnen arbeitslos (1). Von denen, die Arbeit haben, sind 58% Hilfsarbeiter (2), 35% arbeiten im Dienstleistungssektor als Straßenfeger, Müllpacker usw. (2). Nur 5,5% sind gelernte Arbeiter (2). Die Zahl der Puertoricaner, die im Büro arbeiten, ist verschwindend gering.

Laut offiziellen Stellen der USA gilt der als arm, dessen Jahreseinkommen unter 6.500 Dollar liegt. Das Durchschnittseinkommen der Puertoricaner lag 1972 bei 4.800 Dollar im Jahr (2). Seit der zunehmenden Krise in den USA haben viele Puertoricaner so gut wie keine Lohnerhöhung bekommen. Eine besonders schmutzige Rolle spielt dabei die Mafia-„Gewerkschaft" AFL-CIO (Vorsitzender Meany). In den Betrieben, in denen dieser Verband dominiert, gilt durch Tarifvertrag das System der Zwangsgewerkschaft, das u.a. beinhaltet, daß nur derjenige Kollege ein Recht auf die tarifvertraglich ausgehandelten Leistungen hat, der Mitglied dieser „Gewerkschaft" ist. Da der AFL-CIO in der Regel Farbige nicht als Mitglieder aufnimmt, sind die Puertoricaner dem Kapitalisten beliebig ausgeliefert.

Die Wohnsituation in den Ghettos ist unter aller Würde. Es gibt keine Hygiene, zum Teil kein fließend Wasser. Die Elektrizitätswerke drehen sofort den Strom ab, wenn jemand seine Rechnung nicht bezahlen kann. Die Gerichtsvollzieher sind täglich anzutreffen. Kinder müssen dort spielen, wo der Müll sich stapelt und Ratten herumlaufen. Wie alle Farbigen in den USA sind die Puertoricaner tagtäglich den Angriffen weißer Rassisten ausgeliefert. Wenn sie sich dagegen zur Wehr setzen, werden sie oft als Kriminelle abgestempelt und eingesperrt. Viele Farbige in den USA suchen ihr „Heil" im Alkohol, Rauschgift, Einbrüchen usw. Dadurch werden sie dann oftmals endgültig aus der Bahn geworfen.

Wie die Puertoricaner auf der Insel selbst, so haben die Puertoricaner in den USA keinerlei demokratische Rechte: Obwohl viele Emigranten schon lange in den USA leben, haben sie noch nicht einmal das Recht, den Präsidenten und die verschiedenen parlamentarischen Körperschaften zu wählen. Im zweiten Weltkrieg jedoch, dem Koreakrieg und auch im Vietnamkrieg waren die Puertoricaner zusammen mit anderen Farbigen als Kanonenfutter sehr willkommen.

Die Emigration behindert den nationalen antiimperialistischen Kampf

Durch die Emigration werden viele Puertoricaner von ihrem kulturellen Erbe, ihrem geschichtlichen Ursprung und den Lebensgewohnheiten ihres Volkes entfremdet. Deshalb sehen es die antiimperialistischen Gruppen als ihre Aufgabe an, den Kampf gegen den Imperialismus nicht nur auf der Insel selbst zu führen, sondern auch unter den Emigranten in den USA. Ein Mittel dabei sind seit Jahrzehnten militante Außenaktionen, die von puertoricanischen Genossen in den USA durchgeführt werden. Diese Aktionen werden von der bürgerlichen Presse meist verschwiegen oder als Tat von Verrückten abgestempelt.

Eine dieser Aktionen, die zum Ziel hat, die Öffentlichkeit auf die Lage der Puertoricaner hinzuweisen, wurde Ende Oktober 1975 durchgeführt. Vor vier Bankgebäuden, gegenüber dem UNO-Hauptgebäude in New York und an weiteren Stellen in Washington und Chicago detonierten zur gleichen Zeit schwere Dynamitladungen. Die puertoricanische FALN (Fuerzas Armadas de Liberacion Nacional Puertorriquena) bekannte sich öffentlich zu dieser Aktion, bei der keine unschuldigen Menschenleben gefährdet waren.

Im Übrigen gehören puertoricanische Freiheitskämpfer mit zu den ersten und am längsten eingesperrten politischen Gefangenen der USA. So sitzen bis heute fünf puertoricanische Genossinnen und Genossen seit 1954 in nordamerikanischen Zuchthäusern, weil sie bei einer militanten Aktion vor dem amerikanischen Abgeordnetenhaus festgenommen wurden. Die Anführerin dieser Aktion – Lolita Hebron – ist durch die lange Inhaftierung in Lebensgefahr (3). •

Lateinamerika-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen:
(1) Siehe DIE INTERNATIONALE Nr. 17
(2) Diese Angaben sind der „Granma" (Zentralorgan der cubanischen KP) entnommen
(3) Siehe „Lateinamerika Heute"-Sonderbericht Puerto Rico, herausgegeben von der AELA



Herbst 1975: Der seit dem Attentat querschnittgelähmte Wallace führt seinen Wahlkampf im Rollstuhl

US-Rüstungsetat auf Rekordhöhe

Um weiterhin Weltmacht Nr. 1 zu bleiben und die waffentechnische Überlegenheit gegenüber dem Kontrahenten UdSSR auszubauen, hat der amerikanische Senat das bisher höchste Militärbudget der US-Geschichte verabschiedet. Das Budget sieht bis zum *„30. Juni 1976 Ausgaben von 90,8 Milliarden Dollar und für die darauffolgenden drei Monate bis zu Beginn des nächsten Finanzjahres am 1. Oktober 1976 weitere 21,8 Milliarden vor."* („NZZ", 20.11.75). Insgesamt belaufen sich die Militärausgaben der USA für einen Zeitraum von 15 Monaten also auf 112,6 Milliarden Dollar, das bedeutet eine 8%ige Erhöhung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr. Die Militärausgaben der USA betragen 1/3 des gesamten Staatshaushaltes.

Die wichtigsten Projekte der amerikanischen Militärstrategen wie der Überschallbomber B-1 und „Trident" sind vom Senat bewilligt worden. Bei dem Projekt B-1 handelt es sich um eine Weiterentwicklung des strategischen Bombers B-52; bei der „Trident" um eine Fernrakete, die von U-Booten aus abgeschossen werden kann. Ein U-Boot kann 24 von diesen mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüsteten Raketen aufnehmen.



Offenbar wird durch die Betonung Imperialismus (siehe Artikel in die-

Offenbar wird durch die Betonung besonders dieser Projekte und der Entwicklung der „Cruise"-Missile, daß die USA ihr atomares Potential verstärkt umrüsten auf Träger, die beweglich und nur schwer zu vernichten sind (siehe auch AK 69, Das atomare Wettrüsten).

6 Milliarden Dollar für die Katz

Trennen werden sich die Militärstrategen in den USA von dem Safeguard-Raketen-Abwehrsystem, das die Minuteman-Stellungen in Grand Forks (North Dakota) schützen sollte. 1969 war das Abwehrsystem als letztmögliche Verteidigung gegen einen eventuellen sowjetischen Raketenangriff aufgebaut worden. Ursprünglich waren zwölf Abwehrkomplexe geplant gewesen, aber durch das rasante Wettrüsten und der damit verbundenen technischen Neuerung der Waffensysteme,war das Safeguard-System bald veraltet, gegenüber Mehrfachsprengköpfen bot es keinen ausreichenden Schutz mehr. Unter diesem Aspekt ist es dann auch zu verstehen, daß bei den Salt-Verhandlungen eine schnelle Einigung zwischen den USA und der UdSSR darüber möglich war, die Stellungen von Raketenabwehr-Waffen (ABM) auf eine zu begrenzen.

Fast gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Verteidigungsministeriums, daß das Abwehrsystem in Grand Forks einsatzbereit sei, beschloß der Senat die Einmottung dieses Systems – der Bau hatte sechs Milliarden Dollar gekostet! *„Nur die großen Radar-Vorwarnanlagen gegen den Anflug gegnerischer Interkontinentalraketen – die ein Teil des bestehenden, auch Kanada umfassenden Vorwarnsystems für Nordamerika sind – sollen weiter erprobt werden."* („FAZ", 20.11.75)

Kürzungsvorschläge abgelehnt!

Eine generelle Kürzung des Militärbudgets, vertreten durch zwei Senatoren (Matthias und Eagleton) wurde mit 55 zu 38 Stimmen abgelehnt. *„Der Senat bewillligte sogar einige in der Kommission* (Appropriationskommission, die darüber wachen soll, daß Steuergelder nur zu Zwecken verwendet werden, zu denen das Parlament sie bewilligt hat, die Red.) *schon gestrichene Kredite für die Entwicklung eines neuen Panzers, für sechs Frühwarn- und Kommandoflugzeuge (AWACS),... sowie für unabhängige manövrierbare Mehrfachsprengköpfe der Missile für das Trident-Waffensystem."* („NZZ", 20.11.75) Außerdem soll die Kriegsmarine mit Jagdflugzeugen vom Typ F-18 ausgerüstet werden.

Verzichtet wurde auf den Bau von vier Prototypen eines „Enforcer" getauften Flugzeuges, das besonders für den Erdkampf geeignet sein soll. Gestrichen wurden auch die Kredite für die Entwicklung einer sogenannten „smart bomb" (Condor) mit einer Reichweite von 100 km. Dieses Projekt wies noch allzu große Mängel auf, so daß selbst das Kriegsministerium die Produktion einstellen ließ. **Die Entwicklung des Condor-Projektes hat bis dato 282 Millionen Dollar verschlungen.**

Der Antrag auf Aufschub des „Cruise"-Missile-Projektes, der neuen atomaren Wunderwaffe des US-Imperialismus (siehe Artikel in diesem AK) um sechs Monate wurde abgelehnt.

Ausgaben für Geheimdienste

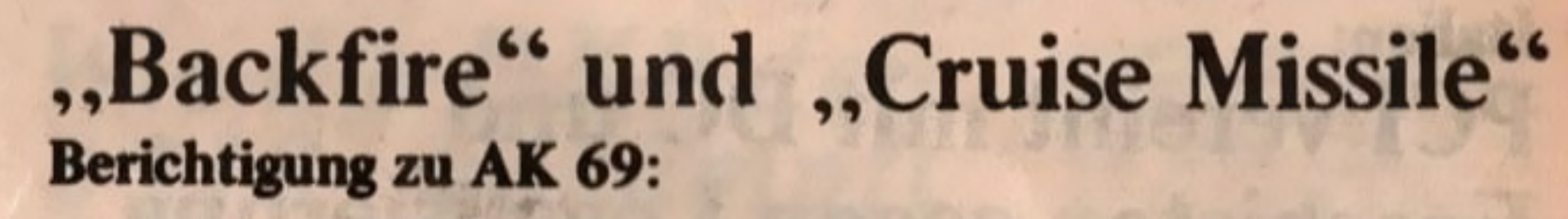
Erstmals sind in Umrissen die Ausgaben für den Geheimdienst (CIA) und die militärischen Abwehrdienste bekannt geworden. Ca. 750 Millionen Dollar erhält die CIA. *„Die National Security Agency, welche Kommunikation überwacht und dechiffriert, erhält 1,2 Milliarden, das National Reconnaissance Office der Luftwaffe welches Satelliten-Photographien herstellt und auswertet, fast zwei Milliarden, die Defence Intelligence Agency, die Dachorganisation der Nachrichtendienste der Streitkräfte, bloß 100 Millionen."* („NZZ", 20.11.75)

Die Gesamtsumme der Geheimdienste beläuft sich also auf vier Milliarden Dollar. Die oben genannten Haushaltsposten wurden bisher unter allgemeinen Kapiteln der Haushalte der Wehrmachtsteile verborgen und waren nur wenigen Kongreßmitgliedern bekannt.

Angesichts dieser mörderischen Rüstungsanstrengungen ließ das US-Kriegsministerium durch angeheuerte Wissenschaftler erklären, daß die Umwelt nach einem Atomkrieg mit der Hälfte des vorhandenen Atomwaffenpotentials sich binnen 25 Jahren wieder „völlig erholen" würde („Extra-Dienst", Nr. 99/9.12.75). Das zeigt, daß die Imperialisten sich in ihrer Raubgier keineswegs scheuen, das von ihnen angehäufte Kriegspotential zur Vernichtung von Milliarden Menschenleben einzusetzen.

Das Proletariat und die Völker der Welt müssen diesem verantwortungslosen Treiben ein Ende setzen. •

Antimilitarismus-Kommission, KB/Gruppe Hamburg



„Backfire" und „Cruise Missile"

Berichtigung zu AK 69:

Im Artikel über das atomare Wettrüsten der USA und der UdSSR („Kein Ende abzusehen") seien hier folgende Sachen richtiggestellt:

1. Im Artikel war die Rede davon, daß die USA den sowjetischen Langstreckenbomber „Backfire" in die SALT-„Abrüstungsverhandlungen" miteinbeziehen wolle. Die SU lehnte dies bekanntermaßen ab. Laut „Spiegel" *„wirkt die Einbeziehung des Backfire-Bombers in den SALT-Katolog nur noch wie ein taktischer Zug".* Es handelt sich um den „Backfire" nämlich nicht – wie im Artikel irrtümlich dargestellt – um einen strategischen Bomber, denn *„die Backfire ist alles andere als eine Wunderwaffe – etwas Ähnliches haben die Amerikaner längst mit ihrem FB-111-Bomber, der auch nicht unter die SALT-Begrenzungen fällt".* Die „Backfire" weist „nur" eine Reichweite von 5600 km auf, müßte für längere Flüge also in der Luft aufgetankt werden. Es ging den USA bei der Einbeziehung der „Backfire" also vielmehr darum, politischen Druck auf die SU auszuüben. **Objektiv gesehen geht es den USA wohl eher darum, das sog. Abkommen von Wladiwostok im November vorigen Jahres gar nicht erst zu ratifizieren, um noch etwas „Luft" für ihre weiteren expansiven Aufrüstungspläne zu haben.**

2. Der andere Streitpunkt bei den SALT-Verhandlungen war die von der bürgerlichen Presse als „Wunderwaffe" bezeichnete US-Trägerwaffe „Cruise Missile" – eine nur 4,2 m lange Rakete mit einer Reichweite von 3.200 km. Diese Rakete kann von U-Booten, Flugzeugen und vom Boden aus abgeschossen werden und besitzt die Eigenschaft, die Radarsysteme zu unterfliegen. Hinzu kommt, daß die Rakete bei allen Flugweiten nur ca. 30 m vom vorprogrammierten Ziel abweicht, also sehr treffsicher ist. Die Rakete kann sowohl konventionell als auch atomar bestückt werden. Das Besondere an der „Cruise Missile" ist, daß diese Raketen *„die Vorläufer einer neuen Generation der Waffentechnologie sind, die unser Denken über Abschreckung und Verteidigung im Atomzeitalter fundamental verändern werden"* (R. Burt, stellvertr. Direktor des Londoner Instituts für Strategische Studien, zitiert im Spiegel).

Damit ist gemeint, daß durch die waffentechnologischen Entwicklungen, die bisher ziemlich klar umrissenen Grenzen zwischen konventionellen Waffen einerseits und taktischen bzw. strategischen Atomwaffen andererseits durch die „Cruise Missile" verwischt werden. Burt schreibt dazu weiter: *„Die Cruise Missile, eben noch eine taktische Waffe, könnte im nächsten Augenblick eine strategische sein.... Eine neue Ära des strategisch-konventionellen Konflikts könnte anbrechen, ohne daß die atomare Schwelle überschritten wird"* („Spiegel").

Damit ist eindeutig gemeint, daß die „abschreckende" oder besser vernichtende Wirkung der konventionellen Waffen ebenso ständig erhöht wird. Dabei werden technische Entwicklungen im atomaren Bereich auch auf konventionelle Waffensysteme angewendet. Beispiel hierfür sind die technologischen „Fortschritte" auf dem Gebiet der Panzer- und Luftabwehrraketen, die – zwar konventionell bestückt – mit empfindlichem elektronischen Gerät ausgestattet sind und ihre Ziele in Hunderten Kilometern Entfernung treffen können. **Die USA haben mit dem „Cruise Missile"-Projekt einen weiteren Riesenschritt in diese Richtung getan, wo konventionelle von atomaren Waffenträgern kaum noch zu unterscheiden sind und dem Wettrüsten neue Dimensionen aufgetan werden.** •

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Indianerverfolgung in den USA: Wie in alten Zeiten

Brutal geht das amerikanische FBI gegen jede Regung und Organisierung der amerikanischen Indianerbewegung vor.

Die AIM (American Indian Movement, amerikanische Indianerbewegung) hatte für Mitte September eine regionale Konferenz einberufen. Daraufhin drangen über 100 FBI-Beamte, mit M-16 Gewehren bewaffnet, in das Sioux Reservat Rosebud ein und nahmen sieben Indianer fest, darunter den Sioux-Führer Leonard Crowdog, der AIM Mitglied ist.

Den Indianern wird vorgeworfen, gegen das Waffengesetz verstoßen zu haben.

Der Überfall wurde durch Jeeps, Hubschrauber und Artilleriegeschütze abgesichert.

Nach einem ähnlichen Überfall, abgesichert.

Nach einem ähnlichen Überfall, am 26. Juni im benachbarten Pine-Ridge-Reservat wurde ein Abkommen zwischen Indianern und dem Büro für Indianerfragen ausgehandelt. Dieses Abkommen besagte, daß das FBI Indianergebiet nur dann betreten darf, wenn es vorher mit dem Stammesführer und dem Inspektor des Büros für Indianerfragen Kontakt aufgenommen hat.

Das FBI bleibt der Tradition der weißen Rassisten treu – Verträge und Abkommen mit Indianern werden gebrochen.

Acht Indianer aus Wichita wurden auf dem Weg zur Konferenz verhaftet, darunter auch die Frau des AIM Führers, Kamool Nichols Banks und ihre einjährige Tochter. „Angriff mit Waffen" wurde als Grund für die Festnahmen angegeben.

Sechs Indianer wurden nach der Konferenz, in Mineapolis im Haus eines Freundes verhaftet, darunter der Verteidiger von Woundet Knee, Vaughn Baker.

Bezeichnenderweise werden für die verhafteten Indianer sehr hohe Kautionen festgelegt, eine Methode, die unrechtmäßige Haftstrafen ermöglicht.

Für jeden der sieben Indianer aus Rosebud wurde eine Kaution von 5.000 Dollar, für die Indianer aus Wichita sogar 75.000 (!) Dollar verlangt.

Das Verfahren gegen die verhafteten Rosebud Indianer findet in Pierre unter dem Vorsitz von Richter Andrew Bogue statt, der auch den Prozeß in Wounded Knee leitet. Er hat Indianern den Zutritt zu seinem Gericht mit der Begründung untersagt, *„Indianer sind Kinder und sie wissen nicht, wie man sich im Gericht zu benehmen hat".* Für das Verfahren hat er die Verteidiger der Indianer ausgeschlossen und sie durch Verteidiger seiner Wahl ersetzt, die alle wegen ihrer feindseligen Haltung gegenüber der Indianerbewegung bekannt sind.

(Nach „Informations-Dienst", Nr. 100) •

Eine Genossin aus dem Öffentlichen Dienst KB/Gruppe Hamburg



Pharma-Industrie in Großbritannien:

Kuhandel mit Profiten

Zwischen der britischen Tochtergesellschaft „Roche Products Ltd.", Anhängsel des Schweizer Pharma-Konzerns Hoffmann–La Roche und der britischen Regierung ist es zu einem „Vergleich" in der Frage der Preise für die beiden Beruhigungspräparate Valium und Librium gekommen. Schon einige Jahre streiten sich Regierung, Gerichte und Kartellämter in Großbritannien, der BRD, Frankreich, Holland und Japan mit dem Konzern um die extrem überhöhten Preise herum. Die Präparate Valium und Librium besitzen in Großbritannien einen Marktanteil von 99 %.

Der zustandegekommene, außergerichtliche Vergleich zwischen der britischen Regierung und La Roche sieht vor, daß *„La Roche an die britische Regierung rund 20 Millionen DM zurückzahlen muß. Dafür wird der Gesellschaft erlaubt, den Preis für Librium um 50 % und den für Valium um 100 % zu erhöhen. Damit erreichen die Preise wieder 60 bis 70 % des Standes zu der Zeit, als die Regierung die Preissenkung gefordert hatte"* („FAZ", 14.11.75).

Lt. „FR" *„soll der Preis für Valium gar schon wieder so hoch sein, wie kurz vor der Preisverordnung".* Vor zweieinhalb Jahren hatte die britische Regierung nämlich angeordnet, daß La Roche die Preise für Librium auf 40 und für Valium auf 25 % des Standes von 1970 senken sollte. In den letzten Verhandlungen *„verlangte die Regierung einen Teil des Übergewinns aus der Zeit zwischen 1970 und 1973 zurück". „Der gesamte 'Übergewinn' aus dem Absatz an den Gesundheitsdienst wurde auf 11 Millionen Pfund (über 55 Mill. DM !) geschätzt".* („FAZ", 14.11.75). Bei diesem „Vergleich", der La Roche zwar ein paar Milliönchen kostet, hat der Konzern durchaus gut abgeschnitten. Die sozialdemokratische britische Regierung hat sich logischerweise nicht prinzipiell gegen extrem überhöhte Preise ausgesprochen, besteht aber auf einer – über die übliche Steuer hinausgehenden – Beteiligung an dieser frechen Auspressung der Bevölkerung.

Die Größenordnung der Gewinne machen folgende Zahlen deutlich: Die aktiven Bestandteile von Valium undLibrium sind in Italien für 20 Pfund bzw. 9 Pfund erhältlich, während Roche die Herstellkosten mit 437 Pfund und 979 Pfund angibt ! So hat denn La Roche den Vergleich als „fairen Kompromiß" bezeichnet. In der BRD, wo das Kartellamt ebenfalls eine Preissenkung verlangt hat, ist eine Klage gegen den Konzern noch anhängig. •

Genossen von Beiersdorf und Hoechst KB/Gruppe Hamburg

Italien:
PCI vereint mit DC und Faschisten gegen Legalisierung der Abtreibung



„Kapitalisten, paßt auf!" – „Die Frauen verlassen die Küche!"

Am 10. Dezember wurde im Gesundheits- und Justizausschuß des italienischen Parlaments eine Vorentscheidung über den neuen Abtreibungsparagraphen getroffen. Zur Abstimmung standen auf der einen Seite der §-2-Entwurf, der ähnlich wie die Fristenlösung (freie Entscheidung der Frau) aussieht. Der Entwurf des § 5 dagegen beinhaltet eine Indikationslösung, bei der ausschließlich die Ärzte staatlicher Krankenhäuser unter Berücksichtigung der Gefährdung des Lebens der Mutter oder des Kindes über eine Abtreibung entscheiden

Lebens der Mutter oder des Kindes über eine Abtreibung entscheiden

sollen.

Entschiedenste Vertreter der Fristenlösung sind die PSI (sozialistische Partei), die PRI (republikanische Partei), mit Einschränkung die Liberalen sowie die Sozialdemokraten (PSDI).

Für die Indikationslösung stimmten die Christdemokraten, die MSI und empörenderweise die PCI.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten verurteilten scharf die Haltung der PCI und kündigten darüberhinaus an, der Regierung notfalls die Unterstützung zu entziehen, falls es keine Fristenlösung geben werde, was eine neue Regierungskrise und somit zwangsläufig ein neues Referendum über die Abtreibung bedeuten würde. (Bei dem Scheidungsreferendum im Frühjahr 1974 mußte die DC eine gewaltige Niederlage einstecken!).

15.000 Frauen demonstrierten in Rom gegen den reaktionären Abtreibungsparagraphen

Für die Freigabe der Abtreibung demonstrierten am 6. Dezember mehr als 15.000 Frauen, unterstützt von Arbeitern, Studenten und Schülern.

Unter den Parolen „Für freie und kostenlose Abtreibung", „Wir wollen keine Almosen, wir kämpfen um un-

kostenlose Abtreibung", „Wir wollen keine Almosen, wir kämpfen um un-

ser Recht", beteiligten sich Frauengruppen der Sozialisten, der revolutionären Linken und eine nicht geringe Anzahl in der PCI organisierter Frauen an der Demonstration. Diese zunächst als reine Frauendemonstration geplante Aktion war jedoch nur der Auftakt für eine neue Kampagne gegen die Abtreibungsparagraphen, gegen Diskriminierung und Unterdrückung der Frau.

Während des Generalstreiks am 12. Dezember demonstrierten mehr als 30.000 Frauen gemeinsam mit ihren Kollegen in verschiedenen Städten Italiens. Die Abstimmung im Gesundheits- und Justizausschuß hat zudem in den letzten Tagen eine große Anzahl von Kundgebungen, Diskussionsabenden und Veranstaltungen bewirkt, in denen die organisierten Frauen gemeinsam mit allen Kolleginnen den Kampf gegen den § 5 planen und diskutieren.

Daß die PCI den Frauen auf so unverschämte Art in den Rücken fällt, hat in allen Teilen der Bevölkerung einen Proteststurm hervorgerufen. Auf vier Veranstaltungen der PCI haben sich Frauengruppen von der Führung losgesagt und orientieren auf einen selbständigen Zusammenschluß aller Frauen im Kampf gegen den § 5. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg



15.000 Frauen demonstrierten am 6.12. in Rom

15.000 Frauen demonstrierten am 6.12. in Rom

Frankreich: *Reaktionäre Formierung gegen die Bewegung für freie Abtreibung*

Vor knapp über einem Jahr, am 25. November 1974, wurde das sogenannte „Veil-Gesetz" verabschiedet. Durch das „Veil-Gesetz" ist das repressive Abtreibungsgesetz von 1920 aufgehoben worden – allerdings provisorisch, erstmal für nur fünf Jahre. Dadurch ist die Abtreibung in den ersten 10 Wochen der Schwangerschaft straffrei.

Allerdings sind die Ärzte, auch wenn die Frau positive Gutachten in der Hand hat, nicht gezwungen („Gewissensfreiheit"), die Abtreibung durchzuführen. So werden in Krankenhäusern, wo die Chefärzte Reaktionäre sind (und das sind bekanntlich nicht wenige!), keine Abtreibungen durchgeführt. In manchen Regionen Frankreichs – wie im bretonischen Finisterre – ist es für die Frauen absolut unmöglich, in einem Krankenhaus ihrer Umgebung eine Abtreibung durchführen zu lassen.

Daß aber selbst die kleinste Liberalisierung des Unterdrückungsgesetzes über die Abtreibung den Reaktionären zu viel wird, bewiesen die Mitglieder der reaktionären Organisation **„Laissez-les-vivre"** („Laßt sie leben") erneut auf ihrem Kongreß Ende November.

Ca. 800 Mitglieder nahmen an diesem Kongreß, der am 22. und 23. November stattfand, teil. Einstimmig verabschiedeten sie eine Resolution, in der *„alle Ärzte Frankreichs und alle im Gesundheitswesen Beschäftigten dazu aufgerufen werden, den mörderischen Mechanismus der Massen-Abtreibung abzulehnen"* („Le Monde", 25.11.75). Sie forderten einstimmig die Aufhebung des Veil-Gesetzes, und daß die Familienplanungs-Zentren (die sie als „avortoirs" = Schlachthöfe bezeichnen) in Kinderberatungsstellen umfunktioniert werden.

Wie sich die Reaktionäre von „Laissez-les-Vivre" die Frauen vorstellen, die abtreiben, schilderte Alix Gobry, die im nationalen Büro der Organisation sitzt:

„Sie ist hart, bitter, asexuell, schmal, sie hat keine Brust, sie ist wie eine gestorbene Blume, sie ist die Antimutter, sie hat gemeint, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, sie ist domestiziert worden, und man weiß, daß domestizierte Gattungen Schwierigkeiten bei der Reproduktion haben. Sie ist in Perversion verfallen. So ist die Frau, die sich dieses monströse Recht gegeben hat: über Leben und Tod des von ihr gezeugten Kindes zu entscheiden."

Überhaupt meinte ein anderes Schwein dieses Vereins, daß es den Befürwortern der freien Abtreibung an „Humor" (??) fehle: *„Sie sind motzig, sie sind traurig wie ein Erschießungskommando"* (Professor Lejeune, „wissenschaftlicher Berater" der Organisation).

Ein weiterer Arzt malte die seiner Meinung nach apokalyptischen Konsequenzen der freien Abtreibung aus: *„Wir rennen ins Desaster hinein. Wir rufen alle Frauen und Männer dazu auf, dem Massaker (!) Einhalt zu gebieten. Wir wollen nicht, daß dieses schöne Frankreich von Ausländern (!) besetzt wird, die so klug gewesen sind, diesen Mord nicht mitzumachen."* (Emile Temblay, Arzt, Generalsekretär der Organisation.)

Schließlich war es diesen Leuten nicht zu blöd, als Verantwortliche für die freie Abtreibung eine Verschwörung zu erblicken – und zwar nicht irgendeine, sondern es wurden sogar präzise Namen angeführt: *„eine internationale Freimaurer-Verschwörung"*, die Planet Parentwood, von Rockefeller (?!) finanziert und die auch Gelder von der UNO bekommt. Tremblay, der Generalsekretär, ging noch ein bißchen weiter: diese Freimaurer-Verschwörung sei seiner Meinung nach auch vom Rom-Club und von allen Presse-Bossen unterstützt (bzw. laut Tremblay: 3/4 aller Pressechefs stehen hinter der freien Abtreibungskampagne) (alle Zitate aus „Le Monde" vom 25.11.75).

Wir wünschen den französischen Frauen viel Erfolg im Kampf gegen diese widerlichen Typen, die den Frauen allgemein ihre Rechte streitig machen wollen; die die Frauen, die ihre Rechte wahrnehmen, am liebsten wieder in den Knast schicken würden, wenn sie nicht sogar noch lieber die Todesstrafe für diese Frauen wieder einführen würden. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Frankreich: *Zwei Siege der Arbeiterinnen !*

Unter dem Vorwand der mangelnden Rentabilität des Betriebs beschlossen die Unternehmer der Textil-Fabrik INOSAF (Auxerre) am 8. Mai **1974** die Liquidierung der Fabrik zu erklären.

Seit diesem Datum haben die Arbeiterinnen von INOSAF ihren Betrieb besetzt gehalten und unermüdlich für seine Wiedereröffnung gekämpft.

Am 1. September **1975**, nach 15 Monaten (!) zähen Kampfes, haben die Arbeiterinnen ihr Ziel erreicht: **ihr Betrieb ist wieder eröffnet worden, alle Kolleginnen wurden wieder eingestellt!**

Ebenso haben die 450 Arbeiterinnen vom Elektro-Technik-Betrieb GRANDIN (Montreuil) nach acht Monaten Kampf einen Sieg davongetragen. Auch sie sollten allesamt vor die Tür gesetzt werden. Während der acht Monate Besetzung führten sie immer wieder offensive Aktionen durch. So besetzten sie das Büro der Staatssekretärin für „Frauenangelegenheiten", Francoise Giroud, so stürmten sie die Aufnahme-Studios der staatlichen ORTF, um selber die Hörer über ihren Kampf zu informieren.

Anfang Oktober wurde der Betrieb wieder eröffnet. Bis zum Ende des ersten Trimesters nächsten Jahres sollen 156 Kolleginnen wieder eingestellt werden. Die übrigen Kolleginnen werden schrittweise wieder eingestellt werden, und während der Wartezeit Berufsausbildungskurse belegen. Zwei andere wichtige Forderungen der GRANDIN-Kolleginnen sind erfüllt worden:

Der Mindestlohn wird 1.840 Francs betragen. Das ist die Forderung, wofür die französischen Metallarbeiter gegenwärtig den Kampf führen. Die Erfüllung dieser Lohnforderung ist ein großer Sieg, da die Arbeiterinnen von GRANDIN aufgrund der frauenfeindlichen Theorie des „Zweitverdieners" noch nicht einmal teilweise den garantierten Mindestlohn bekamen (etwa 1.200 Francs).

Zusätzlich ist auch ihre Forderung erfüllt worden: **jeden Monat eine bezahlte halbe Stunde zur gewerkschaftlichen Information.** ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Frauengruppen protestieren gegen „Geschichte der O"

Ein Film, für den in der gesamten bürgerlichen Presse Reklamerummel gemacht wurde, wie für kaum einen anderen Film, läuft zur Zeit in den Kinos der BRD: „Geschichte der O."

Angepriesen als ein „Meisterwerk erotischer Phantasie" und „Filmsensation des Jahres" ist der Film einer der widerlichsten und dreckigsten, die auf dem Sektor der Pornographie und Frauenfeindlichkeit entstanden. Die Verbrechen an Frauen, die sich in dem Film nahtlos aneinanderreihen, werden verharmlost, ja verherrlicht. Die Frauen werden gedemütigt und in brutaler Weise beschimpft. Dieser Film ist ein Schlag ins Gesicht der Frauen.

Und zynischerweise wird den Frauen unterstellt, daß sie das Auspeitschen, Vergewaltigen, Prügeln und Demütigen freiwillig erdulden und auch noch als Erfüllung empfinden.

Gegen dieses perverse „Meisterwerk" der Bourgeoisie gab es Proteste und Protestaktionen von Frauengruppen in vielen Städten der BRD:

So wurden z.B. in **Westberlin** mehrere Vorstellungen gestört. Nachdem immerhin ein Sachschaden von 20.000 DM entstanden ist, läuft der Film hier nur noch unter Polizeischutz.

Außerdem sammelten Westberliner Frauen über 1500 Unterschriften für eine Anzeige gegen den Film.

In dem Anzeigen-Text heißt es unter anderem: „,... *Dieser Film greift die Menschenwürde der Frauen in einer Weise an, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, indem er zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen Frauen auffordert, sie beschimpft, böswillig verächtlich macht und verleumdet (§ 130 StGB)...*"

Die Anzeige richtet sich gegen den Produzenten, den Importeur, den Verleiher des Filmes und gegen den Kinobesitzer.

In **Hamburg** gab es zwei Aktionen, bei denen Stinkbomben und Buttersäure die Kinobesucher aus den Vorstellungen treiben sollten. Leider funktionierten die Klimaanlagen zu gut, die Stinkbomben hatten kaum Wirkung. Das Kino in Hamburg, in dem der Streifen gezeigt wurde, war scharf von Zivilen bewacht.

In **Bielefeld** wurden vor dem Kino Flugblätter verteilt und die Vorstellung durch Zwischenrufe gestört.

In **Bremen** gab es zwei Aktionen: Die erste bestand darin, daß Zwischenrufe während des Films gemacht wurden und die Kinobesucher aufgefordert, mit rauszugehen, wenn sie den Film auch nicht gut fänden. Nach einiger Zeit verließen ca. 20-30 Leute mit den Frauen das Kino.

Zur zweiten Aktion kamen ca. 30-40 Frauen (einige Männer unterstützten die Aktion) mit Transparenten und umgehängten Schildern (Sandwiches) mit Parolen, daß dieser Film ständige Unterdrückung und ständige Vergewaltigung der Frauen bestätige, daß Frauen keine Lustobjekte seien.

Es wurden vor dem Kino Flugblätter verteilt und Parolen gerufen, mit den Menschen, die in den Film wollten, wurde diskutiert. Die Frauen mußten sich von den Kinobesuchern einiges anhören, es gab üble Pöbeleien und Gelächter. Während einige Frauen bezahlt hatten und „ordnungsgemäß" reingegangen waren, gingen die übrigen Frauen ohne zu bezahlen hinein, als im Kino die ersten Sprechparolen laut wurden. Hier kamen von einigen Kinobesuchern dann übelste Sprüche bis hin zu Gewalt- und Mordandrohungen: „Euch sollte man einen Stein um den Hals binden, euch vergewaltigen und dann in die Weser schmeißen" (!!) und ähnliche Schweinereien bekamen die Frauen zu hören. Ein Typ fing sich eine schallende Ohrfeige ein, weil er einer Frau zwischen die Beine griff.

Als die Frauen diesmal die Vorstellung verließen, kam kein Besucher mit raus, dafür standen dort zwei Bullen, die vom Kinobesitzer gerufen worden waren und „klärten die Frauen auf", welche Konsequenzen ihr Verhalten hätte, wenn sie es fortsetzten.

Die Reaktion der bürgerlichen Presse auf die Aktion der Frauen war bezeichnend. Einmütig berichteten die Zeitungen in Bremen von 90 (!) „Störern", „Demonstranten" oder ähnlich. Diese Übertreibung soll die Geschichte sensationeller machen, soll sich werbewirksam auf den Film auswirken. Die „Bild" schoß den Vogel ab und machte gleich wieder einen Krimi daraus: 40 (!!!) Bullen hätten die 90 (!!!) Frauen aus dem Kino holen müssen. (Zur Erinnerung: Zwei (!!) Bullen waren überhaupt nur auf der Bildfläche erschienen). Außerdem wußte die „Bild" von einem „Anführer" zu berichten.

Klar, das geht eben in das bürgerliche Hirn dieses „Bild"-Schmierfinken nicht hinein, daß Frauen selbständig Aktionen planen und durchführen können und dafür keinen Anführer brauchen.

Auch in **Aachen** und in **Bonn** demonstrierten Frauen gegen diesen Film.

Die Aktionen der Frauen und die Reaktionen darauf zeigen, daß es notwendig ist, auch an dieser Front der Unterdrückung der Frau und der Schaffung eines reaktionären Frauenbildes entgegenzutreten. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Bremen

Leserbrief: Weg mit dem Abtreibungsverbot

Ich will in diesem Beitrag über mein Erlebnis einer illegalen Schwangerschaftsabbrechung kurz schildern, welche Grausamkeiten diejenigen Frauen über sich ergehen lassen müssen, die ein ungewolltes Kind illegal abtreiben lassen.

Durch einen Schwangerschaftstest erfuhr ich, daß ich schwanger war. Ich war damals 16 Jahre alt. Meine Lehre hatte gerade begonnen. Für mich stellte sich gar nicht erst die Frage, ob ich dieses Kind austragen oder abtreiben lassen sollte. Von der ersten Minute an wußte ich, daß ich dieses Kind nicht bekommen wollte. Es stand für mich fest, daß ich das Kind abtreiben lassen würde.

Das Problem war jetzt, einen Arzt zu finden, der die Abtreibung durchführt. Ich ging also zu meinem Hausarzt und zum Frauenarzt. Beide Ärzte lehnten jedoch entschieden ab und erzählten mir vom Abtreibungsverbot und von der Tatsache, daß ich mich strafbar mache, wenn ich das Kind illegal abtreiben lasse. Das war mir natürlich bekannt, also stellte ich es ihnen frei, mich anzuzeigen. Ich war aber weiterhin entschlossen zur Abtreibung. Zufällig bekam ich dann von einer Arbeitskollegin, die mein Problem kannte, die Adresse eines Arztes in St. Pauli, bei dem ihre Mutter abgetrieben hatte. Ich ging in die nächste Sprechstunde dieses Arztes und mußte mich dort von ihm untersuchen lassen. Er bestätigte meinen Zustand und sagte mir, nachdem ich ihm die Gründe für meinen Entschluß zur Abtreibung geschildert hatte, daß er die Schwangerschaftsabbrechung durchführen würde. Wir vereinbarten einen Termin.

Ich wußte, daß ich nach der Abtreibung einige Tage im Bett liegen bleiben mußte. Es blieb mir nichts anderes übrig, als mich vorher krankschreiben zu lassen. Ich mimte also einer Ärztin fürchterliche Regelbeschwerden vor und wurde für vier Tage krankgeschrieben.

Am nächsten Tag fuhr ich mit meinem Vater zum vereinbarten Termin nach St. Pauli. Ich ging in die Praxis, während mein Vater im Auto
Praxis, während mein Vater im Auto
auf mich wartete. Die Arztpraxis war völlig dunkel, und auf einem Kocher brutzelten die Instumente. Ich mußte mich auf den Stuhl legen, und dann ging es los. Eigentlich hatte ich keine Angst, weil ich alles getan hätte, um dieses Kind los zu werden. Aber was ich dann erlebte, war eine einzige Folterung. Ich bekam zwei Spritzen in die Scheide, damit sich der Muttermund weitete. Quellstifte wurden in die Scheide eingesetzt, damit der Arzt die Gebärmutter auskratzen konnte. Doch eine Narkose bekam ich nicht. Der Arzt fing an, auszuschaben. Ich hatte fürchterliche Schmerzen und schrie. Der Arzt blaffte mich an, daß ich ruhig zu sein hätte, da die Nachbarn sonst aufmerksam würden. Er würde dann sofort aufhören. Also war ich ruhig. Ich biß mir in die Lippen und kniff mir in Arme und Beine, um nicht zu schreien. Ungefähr nach einer halben Stunde war die Abtreibung fertig. Ich fühle mich schwach und blutete stark. Mit einem höhnischen Lächeln auf den Lippen zeigte mir der Arzt den Eimer mit Blut und dem Embryo darin. Mir wurde schlecht. Dann verlangte der Arzt den schon vorher angekündigten Preis von 900 DM. Da mir das reichlich überhöht erschien und ich außerdem gar nicht so viel Geld besaß, hatte ich nur 600 DM mitgenommen. Ich gab ihm das Geld. Nun, was sollte der Arzt machen? Er mußte einverstanden sein. Die nächsten Tage blieb ich im Bett. Ich hatte zwar nachts schreckliche Träume, in denen ich die Abtreibung immer wieder erlebte, doch ich war froh, daß das Kind weg war.

Als sechs Wochen später immer noch nicht meine erste Regel nach der Abtreibung eingetreten war, machte ich mich wieder auf den Weg zum Frauenarzt. Ich hatte Angst vor Komplikationen und erzählte ihm von der Abtreibung. Nachdem er mich untersucht hatte, teilte er mir seinen Befund mit. Ich war im vierten Monat schwanger! Ich flippte total aus und verlangte die sofortige legale Abtreibung, da ich meinte, daß das Kind von der Abtreibung Schäden davongtragen würde. Der Arzt aber sagte mir, daß das Kind sich völlig normal entwickelt hatte und deshalb eine legale Abtreibung nicht möglich sei. Eine illegale Abtreibung würde er nicht durchführen. Außerdem hatte er festgestellt, daß ich Zwillinge bekommen hätte, der andere Arzt aber hatte bei der Abtreibung wohl nur ein Embryo wegbekommen. Gleich am nächsten Morgen fuhr ich mit meinem Freund zu dem Arzt, der die abtreibung durchgeführt hatte. Ich schilderte ihm den Befund des Frauenarztes und fragte, ob er auch dieses Kind abtreiben würde. Um den Arzt unter Druck zu setzen, drohte ich mit einer Anzeige gegen ihn. Er erklärte sich zu einer erneuten Abtreibung bereit, die ich
erneuten Abtreibung bereit, die ich
nicht zu bezahlen brauchte. Noch am gleichen Tag führte er die Abtreibung durch.

Ich war mir damals der Gefahr einer Abtreibung im vierten Monat durchaus bewußt. Doch ich wollte das Kind nicht bekommen. Es hätte bedeutet, die Lehre abzubrechen, und daß ich total, auch finanziell, von meinen Eltern abhängig gewesen wäre. Außerdem fühlte ich mich zum Erziehen eines Kindes noch gar nicht fähig. Ich wollte mich auch nicht durch ein ungewolltes Kind an Heim, Herd und Freund binden lassen. Glücklicherweise hatte ich nach der Abtreibung keine ernsten gesundheitlichen Komplikationen. ●

Eine Angestellte

Wie die DKP den §218 „bekämpft"

Die DKP, die sich vor einigen Jahren stolz als die „Partei der Aktion" anpries, macht heute fast nur noch zu Anlässen wie Breschnew-Besuch, „Polnische Wochen" etc. mobil.

So ist es auch kein Wunder, daß die DKP sich in diesem Jahr aus allen Aktionen und Kampagnen gegen den § 218 weitestgehend herausgehalten hat.

Ein kleines Lebenszeichen in dieser für Millionen Frauen und auch Männer wichtigen Frage hat der Parteivorstand der DKP mit einem zentralen Flugblatt gegeben. Was aber rät der DKP-Parteivorstand der Bevölkerung? *„Schreiben und wenden Sie sich an ihre Bundestagsabgeordneten. Nutzen Sie alle Möglichkeiten in der Öffentlichkeit, dafür zu wirken, damit Frauen und Familien selbst entscheiden können, wann und wieviel sie Kinder haben möchten. Damit die Fristenregelung durchgesetzt wird."*

Das sollen die Handlungs- und Aktionsvorschläge einer Organisation sein, die sich selbstherrlich als „einzige Partei der Arbeiterklasse" bezeichnet! Ganz schön dünn, kann man da nur sagen. Abgesehen davon, daß sich die DKP auch noch um die Tatsache herummogelt, daß die Fristenregelung nun mal für „verfassungswidrig" erklärt worden ist und der Kampf gegen den § 218 damit eine neue Dimension annehmen muß. Da ist sogar der KBW noch einen Schritt weiter, der immerhin auf die goldige Idee mit dem „Volksentscheid" gekommen ist (der ist zwar auch nicht in der Verfassung vorgesehen, aber man merkt doch wenigstens, daß die KBW-Führer sich Gedanken gemacht haben...). Die DKP bietet gar nichts an, außer Briefeschreiben und einem unbestimmten „Wirken in der Öffentlichkeit".

Zu denken geben auch die Gründe der DKP für die Fristenregelung: *„Die meisten Schwangerschaftsabbrüche wären vermeidbar. Wenn unsere Gesellschaft kinderfreundlich wäre. Wenn es keinen Miet- und Preiswucher gäbe. Wenn ... etc. D e s h a l b (!) müssen die Frauen entscheiden können, wann und wieviel Kinder sie haben möchten."*

Die DKP befindet sich hier in bester Gesellschaft mit dem KBW, der ja auch meint, die Abtreibungen kämen bloß von der elenden Lage der Werktätigen und würden im Sozialismus überflüssig.

Komisch ist nur, daß in dem DKP-Flugblatt erwähnt wird, daß es in der DDR schon eine Fristenregelung gibt ... Warum denn das? Doch nicht etwa, weil es in der DDR Miet- und Preiswucher, „Existenzangst" etc. gibt? – Offenbar mag die DKP nicht aussprechen, daß es beim Kampf gegen den § 218 nicht bloß um Miet- und Preiswucher etc. geht, sondern auch um das P r i n z i p der freien Entscheidung der Frauen und ihrer Familien.

Im Flugblatt folgt die Modell-„Argumentation", wie sie die Revisionisten lieben:

1.Schritt: *„In Übereinstimmung mit der Mehrheit der Frauen, den Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen fordert die DKP ...".* Der Leser begreift: Die DKP steht mit ihrer Forderung nicht etwa allein auf weiter Flur, vielmehr handelt sie wieder einmal insbesondere „in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften". Ja, wenn das sooo ist?! ... Wie in Sachen „Mitbestimmung" und zahlreichen anderen Fällen versteckt sich die DKP erneut hinter dem breiten Rücken des DGB, der im übrigen gegen den §218 genauso wenig tut wie die DKP selbst.

2.Schritt: Im „realen Sozialismus", d.h. in der DDR, ist die Forderung der DKP natürlich schon verwirklicht und alles läuft bestens (*„die Liebe zum Kinde und die Harmonie des Familienlebens wurde gefördert"* usw.).

3.Schritt: Nun gibt es aber auch bockige Leser, denen man die Fristenregelung vielleicht eher dadurch schmackhaft macht, daß man kapitalistische Länder anführt, in denen sie schon verwirklicht ist. Da liegen doch wohl *„unsere Nachbarländer"* nahe – also *„Frankreich, Dänemark oder Österreich"*, wo diese *„menschliche Regelung"* (!!!) schon eingeführt ist. Die Revisionisten schrekken nicht einmal davor zurück, die Abtreibungsgesetzgebung und -praxis in kapitalistischen Ländern als „menschlich" anzupreisen, wenn es ihnen gerade in die Argumentation zu passen scheint! ... Unerwähnt bleibt beispielsweise, daß in Österreich die P r a k t i z i e r u n g des Gesetzes durch die meisten Ärzte, durch den Klerus u.a. weitgehend blockiert wird, so daß die Frauen nach wie vor die allergrößten Schwierigkeiten haben, legal abtreiben zu lassen.

Im Sinn ihrer verlogenen Argumentation werfen die Revisionisten auch einfach die einigermaßen unterschiedlichen konkreten Formen der Fristenregelung allesamt in einen Topf, um dann verkünden zu können: W i r wollen die Fristenregelung, der DGB will die Fristenregelung, die Bundesregierung hat sie zuerst auch gewollt (bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts), in der DDR gibt es die Fristenregelung schon, in Frankreich etc. auch – also fleißig Briefchen an die Herren Abgeordneten schreiben, damit's bei uns auch bald eine Fristenregelung geben wird.

Unter den Teppich gekehrt wird dabei, daß die zunächst von der Bundesregierung geplante Fristenregelung die B e v o r m u n d u n g der Frauen durch Ärzte und Staat vorsah, während in der DDR allein die freie Entscheidung der Frau gilt. Die DKP fordert zwar in dem Flugblatt *„Schluß mit der Bevormundung der Frau"* und *„Für Selbstentscheidung der Frau"*, preist dann aber wieder das gescheiterte Regierungsmodell so an, als ob es eine s o l c h e Regelung wie in der DDR zulassen würde.

Das ganze Flugblatt ist somit ein Musterbeispiel für die F e i g h e i t der Revisionisten, die sich – ob in Sachen „Mitbestimmung" oder Fristenregelung – die abgelegten Klamotten der SPD/FDP-Regierung (deren längst begrabene „Reformen") anziehen und dabei behaupten, sich „in Übereinstimmung" mit dem DGB zu befinden. Obwohl doch sonnenklar ist, daß der DGB als SPD-treue Organisation für die Verwirklichung der von der SPD schon abgeblasenen „Reformen" keinen Finger mehr krumm machen wird.

Das besonders Perverse ist, daß die DKP sich regelmäßig ein paar radikale Phrasen („wirksame Mitbestimmung", „Schluß mit der Bevormundung der Frau") nicht verkneifen kann, wobei sie bloß verschweigt, daß diese Forderungen in Widerspruch zu den von der DKP empfohlenen sozialdemokratischen Gesetzentwürfen stehen.

W i e der Kampf gegen den §218 konkret w e i t e r z u f ü h r e n ist, insbesondere nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, dazu hat der DKP-Vorstand absolut n i c h t s zu sagen. Dazu leistet die DKP bisher k e i n e n Beitrag. Umso notwendiger wird es sein, in der nächsten Zeit auch Genossinnen und Genossen aus der DKP für die Teilnahme an Aktionen gegen den §218 und für eine längerfristige Kampfperspektive zu gewinnen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Zeitschrift „Eltern" Mit Seerosen den Blick verklärt

In der November-Ausgabe von „Eltern", einer der meistgelesenen Zeitschriften zu den Themen Schwangerschaft, Babypflege, Erziehung, Ehe usw., läßt sich eine gewisse Dr.Gisela Schmeer über die Frage „Sind Mütter wirklich die Dummen?" aus und macht ihrem Namen dabei viel Ehre. Denn mit viel Schmalz drum herum vertritt sie reaktionärste Mutterschaftsideologie, entrückt die Mutter-Kind-Beziehung unter Ausschluß der Wirklichkeit in eine verklärte Idylle und lobt den für viele Mütter durch Arbeitslosigkeit erzwungenen Schritt „heim an den Herd".

Folgende Story wird uns aufgetischt: ein „persönliches Erlebnis" der Frau Doktor geleitet uns in blumigster Sprache vorsichtig in den nachfolgenden Senf: eine junge Mutter sitzt im Botanischen Garten, den *„Blick auf die großen Palmen gerichtet"*, ihr kleines Kind spielt zwischen *„Pomeranzen, Seerosen und Goldfischen"*, stellt unaufhörlich Fragen, wobei *„die Gesichtszüge der jungen Mutter unter den Störungen zerfallen, sich aber im Gespräch mit dem Kind wieder aufbauen."* Und weiter heißt es: *„Kinder haben, von Kindern auch mal gestört werden – das ist keine Dummheit, sondern ein Privileg unserer Zeit ... Auch die größeren Kinder ‚stören', sie stellen Fragen, wenn ihr Herz dazu drängt. Und ob das Ausbleiben der Störungen schließlich wirklich besser ist: Zwei Fragezeichen hinter dieser Frage! Warum zum Beispiel erstarren wir geistig gerade dann, wenn wir anfangen, die Ungestörtheit des bequemen Lebens zu genießen?"*

Wenn die Schmeersche mit dem „bequemen Leben" das der Bourgeois-Frau meint, wird sie wohl recht haben. Etwas anders ist das für die werktätige Frau, die nach acht Stunden Fabrik- oder Büroarbeit und anschließender Hausarbeit wohl kaum noch etwas von ihrem bequemen Leben merkt. Für die arbeitenden Frauen sind Kinder auch bestimmt kein „Privileg". Die völlige Übertragung der Kindererziehung und -versorgung auf die Mutter, ihre gesetzlich vorgeschriebene Pflicht, in erster Linie für Kinder und Familie da zu sein, die mangelnde Unterstützung durch den Staat – das alles sind doch gerade Bestandteile der Versklavung der Frau in unserer Gesellschaft.

G.Schmeer aber rät den Frauen etwas besonders Nützliches, nämlich sich auf den geistigen Stand der Kinder zu begeben, denn dies *„hat den Vorteil, daß Fadenscheiniges, Scheinproblemiges dabei auf der Strecke bleibt ... an unseren Ideen bleibt etwas hängen von dem Aroma und den zarten Farben. Wir bleiben verschont vom starren Schemadenken."*

Man braucht sich bloß die Herren Kapitalisten vorzustellen, die sich angesichts solcher Artikel begeistert die Hände reiben: Frauen mit kindlichen Gedanken, denen Leichtlohngruppen, Doppelbelastung durch Betrieb und Haushalt und Verbot der Abtreibung nur „scheinproblemig" erscheinen, wehren sich bestimmt nicht gegen ihre Unterdrückung und lassen sich sicherlich auch ohne große Mühe vom Arbeitsplatz an den häuslichen Herd verdrängen! Hier leistet die gelehrte G.Schmeer den Kapitalisten gute Schützenhilfe, denn sie weiß es genau: *„Wir leben in einer Zeit, in der sich die Werte wieder zu verschieben beginnen: Weg von den intellektuellen Wahrheiten, die uns doch nur enger machen. Hin zu jenen Wahrheiten, die uns erleuchten."*

Also, ihr Frauen, laßt euren Kampf für die Gleichberechtigung, das macht nur „eng". Alle Emanzipationsbestrebungen sind doch nur schuld daran, daß ihr für die Kinder so wenig Zeit habt und sie als störend empfindet. Welch eine Demagogie liegt darin, den Frauen zur Entwicklung ihrer geistigen Fähigkeiten die Orientierung auf die Kinder und deren intellektuelles Niveau zu empfehlen! Und welche Geringschätzung der pädagogischen Aufgaben, die wir unseren Kindern gegenüber haben: ihnen keine durch Spinnerei und Märchen aufrechterhaltene „Heile Welt" vorzuspiegeln, sondern sie zu befähigen, ihre Fähigkeiten und Sinne zu benutzen, die Wirklichkeit zu verstehen und im eigenen Interesse zu verändern. Aber damit hat die Schmeer nichts im Sinn: sie setzt die Kinder in den Botanischen Garten, läßt sie *„Gedankenbälle"* formen, die sie der Mutter zuspielen *„mal geblümt, mal geknetet, mal gepunktet, mal gestrickt, mal facettenhaft ... Seerosen, Goldfische, Pomeranzen – Bälle der Kinder halten unser Herz offen."*

Der Alltag der Kinder im westdeutschen Staat sieht allerdings in der Regel weder bunt noch geblümt aus:

- die Säuglingssterblichkeit in der BRD ist die höchste in ganz Europa.
- Siebenjährige leiden (laut „MoPo" vom 5.6.75) bereits an *„depressiven Verstimmungen, die bis zum völligen Lebensüberdruß führen können."*
- Selbstmorde werden von immer jüngeren Kindern verübt.
- Nach einer Studie des Familienministeriums sind 60% der Dreikinderfamilien, 65% der Vierkinderfamilien und 70% der Familien mit fünf Kindern *„wohnraummässig unterversorgt"*!
- Bereits auf den Spielplätzen, spätestens in der Schule machen die Kinder die schlimme Erfahrung der Diskriminierung schwächerer oder ausländischer Kinder.

Man könnte diese Reihe lange fortsetzen, bevor Seerosen und Goldfische auftauchen. ●

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Wann wird Claus Henninger Hausfrau ?

„Hausfrau zu sein ist im Grunde ein beneidenswert vielseitiger Beruf!" So verbreitet sich ein gewisser Claus Henninger in der „Frankfurter Allgemeine" über die Aufgaben der Hausfrau. Bei ihm ist sie nicht etwa Köchin, Geliebte, Kindermädchen usw. in einer Person, nein, diesmal ist sie – Unternehmer!

Da aber nun nicht die Hälfte des Volkes tatsächlich Unternehmer werden können, sollen sie es sich wenigstens einbilden. Mit wirtschaftlichen Fachbegriffen versucht er den ganzen Haushaltsablauf zu belegen. Dieser Vergleich hinkt fürchterlich, weil eine Hausfrau eben nicht „produziert" (für den Markt) und darum auch keinen Gewinn hat. Außerdem gerät er bei weiterer Annäherung an die Industrie-Realität immer weiter weg von der Haushalt-Realität, wie in der Frage der Arbeitskräfte: *„Ist eine Haushaltshilfe erforderlich, oder läßt sich die Arbeit mit Familienmitgliedern bewältigen."* Wahrlich eine der **brennendsten Fragen jedes normalen** Haushaltes!

Mit eleganten Worten mogelt er sich auch um den heißesten Punkt herum, die „Finanzierungsfrage". Wahrheit ist, daß die wunderbare Freiheit der „Budgetplanung" im schmalen Verdienst des Mannes ein jähes Ende findet. Und da schlägt die wahre Abhängigkeit von den wirklichen Unternehmern schnell alle Träume und Lügen in den Wind!

Bleibt zu wünschen übrig, daß besagter Henninger selber glückliche Hausfrau wird und wir ihn somit los sind. ●

Eine Metall-Genossin

Wie geht's uns denn?

Kurze Nachrichten aus dem Gesundheitswesen

Zur optimalen Behandlung möglichst aller Patienten mit Haltungsschäden, Lähmungserscheinungen und Unfallverletzungen sowie zur Rehabilitation von Herz- und Kreislaufkranken fehlen in der BRD mindestens 16.000 (!) Krankengymnastinnen. Das erklärten Vorstandssprecher des Zentralverbandes Krankengymnastik. Nach Angaben des Verbandes sind in der BRD gegenwärtig rund 8.000 Krankengymnasten tätig; der Bedarf ist also erst zu einem Drittel gedeckt! In den Lehranstalten für Krankengymnastik stehen jährlich etwa 1.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung, die jedoch *„auf Jahre hinaus ausgebucht"* sind („FR", 17.11.75). Konkret in Hamburg sieht das zum Beispiel so aus, daß für jeden Kurs 25 Schülerinnen zugelassen werden, während es rund 500 Bewerberinnen gibt.

Nach Angaben des „Hamburger Abendblattes" häufen sich in jüngster Zeit Beschwerden darüber, daß Frauen, die im Rahmen einer Krebs-Vorsorgeuntersuchung die Brustdrüsen röntgen lassen wollen (Mammographie), in verschiedenen Praxen und Kliniken lange warten müssen. Überdies beklagen sie sich in Einzelfällen (?) über die *„unpersönliche Massenabfertigung und einen wenig höflichen Umgangston"*. Die letzte Beschwerde kam aus dem Rot-Kreuz-Krankenhaus am Schlump in Hamburg, wo zunächst einmal eine Wartezeit von zwei (!) Monaten besteht und wo trotz eines festen Zeitpunkts die Wartezeit immer noch zwei Stunden beträgt; welche Frau wohl diese Zeit zur Verfügung hat, bzw. dafür ungeschoren vom Arbeitgeber freigestellt wird? Die Pressestelle der Hamburger Ärzteschaft wäre dankbar, wenn ihr mitgeteilt würde, wo Engpässe bestehen („HA", 13.12.75). Das können wir ihr heute schon sagen: Überall!! – nur nicht beim Einkommen der Ärzte!

Mitte September gab der Bundesminister für „Arbeit- und Sozialordnung" die Zahlen über das monatliche Einkommen der Ärzte bekannt; danach betrug im Jahr 1974 das Bruttoeinkommen der niedergelassenen Ärzte nach Abzug der Praxiskosten 150.000 bis 160.000 DM; das Bruttoeinkommen der niedergelassenen Zahnärzte betrug sogar bis zu 200.000 DM im Jahr. Gleichzeitig nennt die Statistik auch das Bruttoeinkommen aus *„unselbständiger Arbeit"* (damit meint man die Arbeiter und Angestellten): es soll 1974 für jeden Beschäftigten 24.752 DM betragen haben („Sozialpolitische Informationen", 10.9.75).

Wer zu dick ist, wird von der Stadt München nicht angestellt. Das mußte kürzlich die Krankenpflegerin Emma Mühling erfahren (siehe hierzu AK 70, S. 16).

Ähnliches gibt's auch in Hamburg; dazu äußerte sich der Sprecher des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst (oberste Personalbehörde): *„Mir ist zwar kein Fall bekannt, daß jemand allein wegen seines Gewichts abgelehnt wurde"* aber: *„Sicher gibt auch bei uns: Ganz Fette werden nicht genommen"* („HA", ebenda). Ein vergleichbares Beispiel ist uns bekannt; Lehrer Wendt vom Alstertal-Gymnasium konnte wegen Übergewicht nicht Beamter werden. Er hungerte sich einige Pfunde ab, dann erst kam die Verbeamtung.

Allein in Hamburg könnten jährlich 1.500 Menschen vor dem Herzinfarkt bewahrt werden, wenn es die Möglichkeit gäbe, sie an den Herzkranzgefäßen zu operieren („HA", 8.12.75). Vor dem Hintergrund der zu geringen Aufnahmefähigkeit in der Koronarchirurgie und langer Wartezeiten für die Schwerkranken gab Dr. Wende vom Krankenhaus St. Georg zu verstehen, daß von seiner Klinik aus ganz bewußt niedergelassene Ärzte und die Öffentlichkeit nicht über die großen Möglichkeiten der Herzchirurgie informiert werden, um nicht einen Bedarf zu wecken, der sich dann doch nicht decken läßt. Ursache der Misere: Die Einrichtung neuer und die Erweiterung bestehender Zentren für Herzchirurgie kostet sehr viel Geld; vor allem ist sehr viel Personal notwendig. – Gesundheitspolitik im Interesse der Menschen und „Sparpolitik" im Gesundheitswesen sind eben zwei miteinander nicht zu vereinbarende Dinge!

Ein treuer Diener seines Herren, dem Kapital, ist der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttemberg Siegfried Häussler; nach seiner Auffassung sind von den in der BRD täglich 1,5 Millionen krankgeschriebenen Arbeitern und Angestellten nicht immer alle voll arbeitsunfähig („FR", 1.12.75). Er trat dafür ein, *„das bisher praktizierte Krankschreibungsverfahren zu verbessern (?), um damit einer erheblichen Zahl von Krankgeschriebenen eine frühere Eingliederung in den Arbeitsprozeß zu ermöglichen."* Und ein Demagoge ist er außerdem: *„Dabei gehe es weniger um kommerzielle Gesichtspunkte als vielmehr vorrangig um die medizinische Rehabilitation der Kranken"* (Häussler).

In der Alten-, Familien- und Jugendhilfe fehlen zur Zeit in der BRD rund 70.000 Sozialarbeiter. Zu diesem traurigen Ergebnis kamen Experten mehrerer Organisationen in Bonn bei einer Anhörung des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik. Zur Zeit gebe es nur etwa 28.000 Sozialarbeiter und -pädagogen („FR", 3.12.75).

Sauber!! Telefonisch wurden bei zwei Hamburger Firmen je 300 Fläschchen Sekt bestellt: *„Für das Hafenkrankenhaus, und die Rechnung bitte an Senator Nölling."* Nölling ist für die demnächst anstehende Schließung des Hafenkrankenhauses verantwortlich. Bald zischte Sekt aus Piccolo-Flaschen in die Gläser, tranken Patienten und Personal auf das Wohl des Hafenkrankenhauses anläßlich seines 75jährigen Bestehens. Die erste Sekt-Sendung wurde im Hafenkrankenhaus noch mit freudigem Staunen in Empfang genommen und verteilt; bei der zweiten wurden die Kollegen schon skeptisch. Beim Senator jedoch landete inzwischen die Rechnung für die erste Lieferung: 300 Piccolos für 798 DM. Im Hafenkrankenhaus hingen derweil zwei hämische Zettel: **„Wußten Sie schon, daß Senator Nölling unfreiwillig zum Jubiläum des HKH 600 Flaschen Pony-Sekt bestellt hat und demnächst eine Rechnung über tausend Mark bekommt?"** – In der Gesundheitsbehörde verbuchte man die Rechnung unter dem Haushaltstitel „Betreuung der Kranken", aber man wollte auch wissen, wer denn nun zuletzt lacht und übergab den Fall der Kripo („HA", 22.11.75). – Na, in dieser Sache bestimmt nicht der Senator, sondern erst noch mal die AK-Leser – Prost! ●



„Sieh da, der Herr Müller! Heute sehen wir aber schon viel besser aus!"

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

AOK-Studie enthüllt Klassenmedizin !

Kürzlich ließ die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Frankfurt eine Untersuchung über die Inanspruchnahme der Krebsvorsorgeuntersuchung durchführen; sie kam dabei zu erschreckenden Ergebnissen, die uns mitteilenswert erscheinen:

– Von 152.970 anspruchsberechtigten Frauen im AOK-Kassenbezirk Frankfurt und Rhein-Main sind 1974 nur 20,8% zur Krebsvorsorgeuntersuchung gegangen – bei den Männern waren es sieben Prozent (!) von 81.340 Versicherten über 45 Jahren. („FR", 8.11.75.)

Was sind nun die Ursachen für die geringe Beteiligung an den Vorsorgeuntersuchungen?

– Die eine Gruppe von Befragten hat Angst vor möglicherweise positiven Befunden; wir sehen z.T. in der geringen Offenheit, der üblichen Arroganz der Ärzte, insbesondere gegenüber den Arbeiter-Patienten und in der Geheimnistuerei mit der Medizin eine wesentliche Ursache für die Angst dieser Gruppe von Befragten. Zum Teil mögen diese Bedenken auch berechtigt sein, denn selbst bei einer Früherkennung des Dickdarm-Krebses, an dem jährlich ca. 20.000 Menschen sterben, und auch beim Brustkrebs (jährlich ca. 32.000 Neuerkrankungen) bestehen allein bei einer rechtzeitigen Erkennung relativ gute Heilungschancen; das wiederum sind aber die Früchte der mangelden Aufklärung und Verdummung der Bevölkerung.

– eine weitere Gruppe hält die routinemäßig angebotenen Untersuchungen für nicht ausreichend, womit sie zweifellos recht hat; nach Untersuchungen an der Deutschen Klinik für Diagnostik in Wiesbaden sind nur fünf Prozent (!) bei der Darmspiegelung entdeckten krebsartigen Veränderungen auch mit dem Finger tastbar, was heute – wenn überhaupt – die gängige Methode ist. Ebenso sind kleinste Tumore in der weiblichen Brust nicht durch Abtasten aufzuspüren. Hierfür wäre z.B. eine Röntgenaufnahme der Brust (Mammographie) nötig, die jedoch nicht jeder Arzt durchführen kann. Wie es im allgemeinen mit der Mammographie steht, beschreibt selbst die „Frankfurter Rundschau" so: *„In der Frankfurter Universitätsklinik wird die Mammographie jedenfalls gemacht, ‚wenn's jemand wünscht' – auch bei Kassenpatienten'. Die Röntgenabteilung dort ist deshalb auch an Terminen überlastet. Zwischen 80 und 250 Mark muß auf den Tisch blättern, wer eine Mammographie ohne Überweisung oder als Privatpatient machen läßt. Privat Versicherte freilich bekommen die Kosten erstattet – auch ohne Krebsverdacht."* („FR", 12.11.75).

Hier und auch in den weiteren Untersuchungsergebnissen der AOK-Studie wird der Klassencharakter der herrschenden Medizin deutlich: *„Als grundsätzlich benachteiligt beim Thema Krebs sieht die AOK nach Auswertung der Studie die Arbeiter an; einerseits besteht für sie ein erhöhtes Krankheitsrisiko, andererseits müssen sie am ehesten Verdienstausfall befürchten, wenn sie während der Arbeitszeit zum Arzt gehen. Fast 70% (!) der Arbeiter kommen aus diesem Grund nicht zur Krebsvorsorge! 83% der ganztags Beschäftigten insgesamt sähen die größte Barriere vor einer Früherkennung möglicher Krebs-Geschwüre aus dem Weg geräumt, wenn sie während der Arbeitszeit zur Untersuchung gehen könnten und ihnen dadurch keine finanziellen Verluste entstünden."* („FR", 8.11.75).

Zur Lösung dieses Problems fordert die AOK unter anderem, daß *„den Werks- und Betriebsärzten ein besonderer Stellenwert in der Aufklärungs- und Vorsorgemedizin zukommen (sollte), weil sie die .... Arbeiter ‚vor Ort' im Betrieb betreuen könnten."* („FR").

Dieser Vorschlag ist kaum ernstzunehmen angesichts der bestehenden Versorgung der westdeutschen Betriebe mit Arbeitsmedizinern – trotz gesetzlicher Vorschriften!

Kürzlich mußte selbst der 14. Internationale Kongreß für „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin" die BRD in dieser Hinsicht als „Entwicklungsland" bezeichnen. („FR", 12.11.75). **Gegenwärtig arbeiten 616 hauptamtliche und etwa doppelt so viele nebenamtliche Arbeitsmediziner zwischen Flensburg und Garmisch; hinzu kommen die 406 Betriebsärzte von Bundesbahn und Bundespost. Gebraucht werden aber insgesamt zehn- bis elftausend (!) Arbeitsmediziner!** – Soweit die Ergebnisse des Kongresses.

Noch die letzte Anmerkung zur AOK-Studie; besonders deutlich geht aus der Studie der Zeitmangel der Ärzte hervor (keine Zeit zur Information, lange Wartezeiten, usw.)

„Wenn alle Berechtigten an den Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen würden, wären Krankenhäuser und Praxen hoffnungslos überfüllt." („FR", ebenda). ●

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

Unikliniken Göttingen

Wachstudenten im Streik

Seit Montag, 15.12. streiken die studentischen Sitzwachen auf den Intensivstationen der Göttinger Unikliniken. Aus Mangel an ausgebildetem Personal wurden im Intensivpflegebereich schon lange studentische Hilfskräfte beschäftigt.

Ihre Forderungen sind:

▶ Einführung eines Betten/Personal-Schlüssels entsprechend den Bedarfsplänen der einzelnen Intensiv- und Allgemeinstationen.

▶ Nichteinbeziehung der Lernwachen in diesen Schlüssel, um eine Ausbildung zu gewährleisten.

▶ Keine Rückstufung der studentischen Hilfskräfte und damit keine ungleiche Bezahlung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Drastische „Sparmaßnahmen"

Das „Göttinger Tageblatt" stellt die Dinge so dar, als würden die Studenten rücksichtslos und auf Kosten von Patienten und Personal versuchen, ihre Schäflein ins Trockene zu bringen. Die wirkliche Situation an den Kliniken sieht aber ganz anders aus. Schon seit längerer Zeit versuchen Klinikverwaltung und Landesregierung drastische Sparmaßnahmen an den Unikliniken durchzuführen.

▶ Anfang 75 fehlten nach Angaben der Verwaltungsleitung bereits 580 Planstellen;

▶ seit dem Sommer gibt es keine Urlaubsvertretungen mehr; auch Krankheits- oder Schwangerschaftsvertretungen werden nur noch in „Sonderfällen genehmigt;

▶ Kurzzeitverträge werden nach Ablauf nicht mehr erneuert;

▶ im Oktober wurde die Versorgung der Stationen mit Naturalien (d.h. Dinge wie Mineralwasser, Zwieback etc., die außerhalb der regulären Mahlzeiten den Patienten gegeben werden) heruntergesetzt;

▶ ein mit großem Tamtam zum 1.11. verfügter totaler Einstellungsstopp für das gesamte Klinikum wurde zwar offiziell – nachdem auch die Klinikdirektoren Gelegenheit zu lautstarken Protesten gehabt hatten – wieder zurückgenommen. Man kann aber mit Sicherheit davon ausgehen, daß die Landesregierung und die Kliniksverwaltung ihre Pläne zum Personalabbau nicht aufgegeben haben und sie auf schleichendem Wege durchzusetzen versuchen.

Die Angriffe richten sich gegen das gesamte Pflegepersonal und die medizinische Versorgung

Die neuesten Angriffe auf die Wachstudenten sind nur ein Bestandteil dieser Sparstrategie; hiermit soll der schwächste und rechtloseste Teil der Belegschaft (keine Arbeitsverträge, keine Vertretung durch den Personalrat) am härtesten getroffen werden, um alle anderen gleich mit einzuschüchtern und zu dokumentieren, wohin die Reise gehen soll.

So wurde von heute auf morgen verfügt, daß ab 8.12. das Wachengeld für Nichtmedizinstudenten und Studenten unter dem achten Semester von 70 DM brutto (netto 56 DM) auf 49 DM brutto (netto 37 DM) gekürzt wird; dennoch leisten diese Studenten die gleiche Arbeit wie vorher und auch wie ihre älteren Kommilitonen.

Als Alternative gegenüber dieser Regelung (großzügig als „Kompromiß" bezeichnet) wurde von der Landesregierung vorgeschlagen, ab 1.3. alle Studenten mit 54 DM brutto zu bezahlen. Dies käme einer Bruttolohnkürzung um ca 23% gleich! Daran geknüpft ist dann auch noch die Bedingung, daß der gesamte Personalbestand auf den Wachstationen um 10-13% gekürzt wird.

Weiter sollen die Lernwachen, d.h. Studenten, die in die Intensivpflege eingearbeitet werden sollen, voll auf den Bettenschlüssel (Verhältnis Personal/Betten) angerechnet werden, was darauf hinausläuft, daß weniger ausgebildete Kräfte zur Verfügung stehen. Gleichzeitig gibt es immer wieder Bestrebungen, den Bettenschlüssel für Intensivstationen von vier Pflegekräften pro Bett und Tag auf 3:1 zu senken. Es ist sonnenklar, daß bei Durchführung dieser Maßnahmen mit einer ordnungsgemäßen Versorgung der Patienten auf den Intensivstationen nicht mehr zu rechnen ist.

Man sieht: Hier sind nicht nur die Studenten allein betroffen; hier werden systematisch die Arbeitsbedingungen des gesamten Personals genauso verschlechtert wie die Versorgung der Patienten.

Gegen die katastrophalen Zustände an den Unikliniken richtet sich der Streik der Sitzwachen.

Landesregierung, Klinikverwaltung und das „Göttinger Tageblatt" versuchen durch Spaltung der Studenten untereinander und durch Aufhetzen des Personals und der Bevölkerung gegen die Studenten, die Abwehrfront zu schwächen und weiteren Protestaktionen vorzubeugen. So ließ der Kurator (Chef der Univerwaltung) bereits Anfang Oktober über die Klinikdirektoren die Abhaltung gewerkschaftlicher Sitzungen in den Räumen der Unikliniken verbieten!

Das „Göttinger Tageblatt" erschien mit der Hetzüberschrift: *„Machtkampf zwischen Regierung und Studenten auf dem Rücken von Pflegepersonal und Patienten"*. Mit diesen Schauermärchen sollen der Streik für die miserable Krankenversorgung verantwortlich gemacht werden.

Dem Kampf der studentischen Sitzwachen gilt deshalb unsere uneingeschränkte Solidarität! ●

KB-Gruppe Göttingen
Zelle Medizin IK/KHB/
Zelle Unikliniken

Image-Pflege mit Behinderten!

Im September '75 veranstaltete der Amerika Club ein Festessen mit Presseempfang im Hotel Atlantik.

Äußerer Anlaß war die jahresübliche Spende zu gemeinnützigen Zwecken, die diesmal aufgeteilt wurde unter dem „Spastikerverein", dem „Verein für Multiple Sklerose" und dem „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverein".

Die Sammlung erbrachte die atemberaubende Summe von 5.000,- DM. Das Essen allein muß mehr gekostet haben.

Der Amerika Club von Hamburg ist ein Club reicher amerikanischer Geschäftsleute, der nach offiziellen Angaben *„die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet fördern"* möchte und den Kontakt zwischen den Amerikanern, die in Hamburg und Umgebung leben, pflegen will.

Nur nebenbei: in diesen hervorragenden Club werden „selbstverständlich" nur Männer aufgenommen!

Die ca. 60 Mitglieder des American-Club of Hamburg und deren persönliche Geschäftsfreunde gaben sich dann auch sehr feierlich: schwarzer Anzug, Stresemann-Krawatten, dezent.

Am Rande des großen Fressens demonstrierten die „Herren" ihre Wohltätigkeit, indem sie ihre „große" Spende (durchschnittlich so etwa 100,-DM) entrichteten. Von dem Geld sollte z.B. der „Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband" ein neues Auto für eine fahrende Krankengymnastin finanzieren, dessen wahre Kosten allerdings bei ca. 10.000,- DM liegen.

Die wenigsten der edlen Spender interessierten sich für den eigentlichen Verwendungszweck der Spende. Die geheuchelte Dankbarkeit der Verbandsvertreter war demgegenüber fast grenzenlos.

Selbst die geladene Presse muß das Ereignis für nicht spektakulär genug gehalten haben, um die beabsichtigte Publicity auf breitere Füße zu stellen – wenigstens etwas....



Arbeitsgruppe:
„Lage der Behinderten"

„Behinderte zum Fest"

Um einer „Schockreaktion" beim Lesen des nachstehenden Papiers vorzubeugen, hier eine kurze Information dazu:

Entwickelt und herausgegeben hat dieses Papier eine Gruppe Behinderter selbst. Sie möchte damit deutlich machen, wie sehr „Hilfen für Behinderte" größtenteils auf karitativer Mitleidsebene ablaufen, und daß der Behinderte praktisch sein Leben lang bevormundet und hilflos gehalten wird. Dies von all denen, „die es so gut mit ihnen meinen" und damit in Wirklichkeit nur ihr eigenes Image aufbessern!

selbst. Sie möchte damit deutlich machen, wie sehr „Hilfen für Behinder-

In einer Frankfurter Arbeitsgruppe (Teilnehmer des Volkshochschul-Kursus „Bewältigung der Umwelt") haben sich Behinderte zusammengeschlossen, um ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Wir halten es für ein gutes Beispiel, wie Behinderte hier selbstbewußt ihre eigene Lage durchschauen und dementsprechend sarkastisch darstellen.

Arbeitsgruppe
„Lage der Behinderten"

Betr.: Sonderangebot Weihnacht
Sehr geehrte Damen und Herren!

Geben Sie Ihrem Weihnachtsfest eine neue Note! Wir haben für Sie eine Marktlücke entdeckt und bieten an: Behinderte zum Fest. Zu Betriebs- und Vereinsfeiern. Auch zur intimen Feier im Vorstandskreis. Ebenso zu politischen Versammlungen, Kongressen und Parteitagen. Gelegenheit zum Fotografieren: Legen Sie Ihrem Arm väterlich/mütterlich um die Schulter des Behinderten, lancieren Sie dieses Foto in die Presse. Ihr soziales Image hebt sich! Bei Privatnutzung des Behinderten im Familienkreis gewähren wir Sonderrabatte. Es können auch mehrere Familien gemeinsam beliefert werden. Preise verstehen sich frei Haus, pro Stunde ohne Mehrwertsteuer. Behinderte wahlweise männlich/weiblich.

Wir liefern:

Bestell-Nr.		pro Stück
011	Rollstuhlfahrer (standard)	DM 8,95
012	Rollstuhlfahrer (klappriges Modell kleiner Aufpreis)	DM 8,95
021	Gehbehinderter, mit einer Krücke	DM 4,98
022	Gehbehinderter, mit zwei Krücken	DM 6,98
031	Spastiker (Sonderpreis!) ohne Sprachfehler	DM 7,88
032	Spastiker mit Sprachfehler	DM 11,88
Achtung – unser Schlager:		
008	Heimkinder, dankbar für jede kleine Hilfsgeste	DM 1,95
009	Vollwaisen Aufschlag DM 1,– pro Stück	
	(Mengenrabatte anfragen)	

Wie Sie wissen, leben wir in einer sinnentleerten Zeit. Geben Sie Ihrer Weihnachtsfeier eine soziale Note. Nehmen Sie Behinderte. Sie sind demütig, dankbar und bescheiden. Drükken Sie ihnen unauffällig eine Spendenbüchse in die Hand. Eindrucksvolle Fotos! Behinderte eignen sich auch besonders zu politischen Versammlungen: Sie preisen auch geringste Fortschritte!

Sollten Sie unser Angebot wahrnehmen, bitten wir Sie, an den Behinderten weder Alkohol auszuschenken noch Zigaretten anzubieten. Der Behinderte ist nicht befugt, Barzahlungen entgegenzunehmen oder zu quittieren. Wenden Sie sich in jedem Falle an den Betreuer, nie an den Behinderten, er überschaut seine Situation nicht. Auch bitten wir um Verständnis, wenn der Behinderte spätestens um 21.00 Uhr im Bett zu sein hat. Er ist es nicht anders gewohnt.

Unsere Behinderten sind ab sofort lieferbar (diskrete Begleitung). Wir nehmen ihre telefonische Bestellung unter der Nummer (0611) 784335 zwischen 10.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 17.00 Uhr entgegen. ●

„Nestle tötet Babies"

Ende November wurde der Prozeß des Schweizer Nahrungsmittelkonzerns Nestle Alimentana SA gegen 13 Entwicklungshelfer der „Arbeitsgruppe dritte Welt" für zwei Monate unterbrochen. Der Konzern fühlte sich in seiner Ehre (?) verletzt, weil die Entwicklungshelfer in einer Broschüre mit dem Titel „Nestle tötet Babies" über die verbrecherischen Verkaufsmethoden von Trockenmilch in den Ländern der dritten Welt berichteten und Nestle für den Tod von Tausenden von Kleinkindern verantwortlich machten. (s. FR 29.11.)

Die Methoden der Nestle-Kapitalisten, die sogar die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einer 1974 verabschiedeten Resolution vorsichtig und allgemein als „irreführende Methoden der Verkaufsförderung für Ersatzmilch in Entwicklungsländern" bezeichnete, sind folgende: mit ausgeklügelter Suggestivwerbung, die sich gezielt an die arme und des Lesens und Schreibens unkundige Bevölkerung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wendet, wird die Trokkenmilch als Hauptnahrungsmittel angepriesen, als Allheilmittel gegen die großen Probleme der Mütter in diesen Ländern, ihre Babies mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. So ist es dem Konzern gelungen, Massen von Frauen vom Stillen der Kinder abzubringen, was den Absatz der Nestle-Produkte weiter steigen ließ. In den Slums aber fehlten natürlich sämtliche Vorraussetzungen, die bei der Verwendung von künstlicher Milch gegeben sein müssen:

– weder Kenntnisse über Hygiene, noch entsprechende Vorrichtungen, z.B. zur Sterilisation der Saugflaschen. Folge war natürlich Bakterienherde und die rapide Verbreitung von Infektionskrankheiten: Tausende von Kindern starben an Magen- und Darminfektionen.

– Keine Kühlschränke zur sachgemäßen Lagerung von Trockenmilch, sodaß gerade in heißen Gebieten die Babies z.T. vom Genuß verdorbener Milch starben. (Selbst in unseren Breiten muß z.B. eine angebrochene Packung Milch innerhalb von 14 Tagen aufgebraucht sein!)

– Die unverschämt hohen Preise für Trockenmilch zwangen die Mütter, die Flaschenmilch zu verdünnen. Auszehrung, Unterernährung und geistiges Zurückbleiben (vor allem durch Eiweißmangel) der Kinder waren die Folgen.

Ein Heer von 5000 „Hebammen und Krankenschwestern" (FR,29.11) steht in den Diensten des Nestle-Konzerns und muß unter dem Deckmantel der „Mütterberatung" für die entsprechende Reklame sorgen.

Was allgemein vom Staat und den Kapitalisten als „Entwicklungshilfe" mit viel „Sorge um die arme Bevölkerung der dritten Welt" gepriesen wird, entlarvt sich als riesige versteckte Profitquelle der Kapitalisten: von den rund 300 Nestle-Fabriken sind allein 81 in 24 „Entwicklungsländern". 16 Milliarden Schweizer Franken werden im Jahr aus den billigen Arbeitskräften und durch den Verkauf der Produkte aus der armen Bevölkerung herausgepreßt. (Angaben nach „FR", 29.11.). So errichtete sich der Nestle-Konzern mit künstlicher Säuglingsnahrung ein Imperium auf dem Fundament von Kinderleichen!

Diese Methode der Nestle-Imperialisten dokumentierten Schweizer Entwicklungshelfer, Ärzte und Pastoren in ihrer Broschüre „Nestle tötet Babies".

Der Konzern reagierte sofort, wohl vor allem aus Sorge, die angekündigten Zeugen und Beweise könnten noch mehr ans Tageslicht bringen. Sie boten den Entwicklungshelfern einen außergerichtlichen Vergleich an: Veröffentlichung des Vergleichs in einer Anzahl von Zeitungen, Vernichtung noch vorhandener Broschüren „Nestle tötet Babies", Verzicht auf weitere Vorwürfe dieser Art, Übernahme der Verfahrenskosten, sowie Zahlung einer symbolischen Summe an eine „wohltätige Organisation", Abgabe einer Genugtuungserklärung. Doch die Gruppe ließ sich nicht einschüchtern, sondern gab zu verstehen, daß sie sich nicht auf diesen faulen Vorschlag einlassen würde.

Nachdem also das Zuckerbrot nicht „funktioniert" hatte, griff der Konzern zur Peitsche: Nestle-Chef Liotard-Vogt keifte in unverschämter Weise: der „Fall Nestle" sei ein Beispiel dafür, *„was Masochismus, Dummheit, Ahnungslosigkeit oder auch Eifersucht von Versagern gegenüber jenen, die etwas geleistet haben, hervorbringen können."* Den Gipfel der Frechheit aber stellt die Tatsache dar, daß der Konzern nun seinerseits zum Gericht lief und gegen die Entwicklungshelfer Anzeige wegen Rufschädigung und Ehrrührigkeit erstattete!

Dieser Ehrrührigkeitsprozeß wurde um zwei Monate vertagt, um angeblich den Entwicklungshelfern die „Möglichkeit zum Beweisesammeln zu geben". Der Klägerseite, den Nestle-Kapitalisten, kommt diese Zeitspanne nur gelegen, hoffen sie doch erreichen zu können, daß die Gerichte die gesammelten Beweise in der nächsten Verhandlungsrunde nicht zulassen – „aus Mangel an öffentlichem Interesse"! (FR,29.11.) ●

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg

England:

Tories schlagen vor: Mit acht Jahren ins Gefängnis

Im englischen Unterhaus wird zur Zeit diskutiert, das „Kinder-Gesetz" (Children Bill) zu ändern. Über 300 Änderungsanträge stehen dabei zur Debatte, die die Fürsorge, das Adoptionsrecht, Kinderarbeit und Strafrecht betreffen. Ohne jetzt schon sagen zu können, in welcher Richtung die Gesetzesänderungen gehen werden, hat die öffentliche Diskussion ein Schlaglicht auf die erschreckende Lage eines Teils der Arbeiterkinder in England geworfen.

Die *ausländischen Kinder* werden immer häufiger zu harter Arbeit herangezogen. Hierzu trägt oft die elende Situaton der z.T. illegal eingewanderten ausländischen Familien bei, für die manchmal die Kinder die einzigen Erwerbstätigen sind.

Gefördert wird dies von den englischen Schulbehörden, die ausländischen Kindern keine Schulplätze geben, wenn die Familien kürzer als ein Jahr in England sind (z.B. dadurch, daß die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung auf nur 6 oder 9 Monate befristet werden).

Der „Guardian" vom 19.11.75 berichtet von 2 indischen Jungen, 11 und 13 Jahre alt, die bei einer Routinekontrolle in der Modern Style Factory in New Road, Stepney entdeckt wurden, sie waren in der Toilette versteckt gehalten worden. Ihre Arbeit bestand darin an großen Nähmaschinen Mäntelteile zusammenzunähen.

In einer anderen Bekleidungsfabrik, A.T. Fashions in Manchester, fand man 2 Jungen, 14 und 15 Jahre, ebenfalls an Nähmaschinen beschäftigt. Beide verdienten ein reguläres Monatsgehalt.

Eine einmalige Stichkontrolle aut einem Machester Wochenmarkt hatte ergeben, daß nicht weniger als 42 Kinder dort illegal arbeiteten.

Bereits 1972 hatte ein Komitee für Erziehung in Manchester eine Dokumentation über illegale Kinderarbeit herausgegeben. Dennoch hatte dies auf die Bekämpfung dieser Verbrechen kaum Auswirkung: lediglich ein Fall in 12 Monaten kam zur Verhandlung und derjenige kam mit einem Freispruch des Nutznießers der Kinderarbeit davon („Guardian" 19.11.75).

Einer der Initiatoren des Komitees, der Lehrer Dr. Davis, sagte: *„Wir haben nun einen Punkt erreicht, wo man sagen muß, daß die Beschäftigung von Schulkindern in diesem Land vollkommen außer jeder Kontrolle ist."*

Ein noch trostloseres Leben fristen in England die Kinder, die die Behörden durch ihr „aufsässiges" (unruly) Verhalten auf sich aufmerksam gemacht haben. Das Problem schwer- und schwersterziehbarer Kinder und Jugendlicher wird in England nämlich durch *Einweisung ins Gefängnis* „gelöst"!

Nach der sog. „unruly-certificate-procedure" lassen die lokalen Behörden durch Fachleute feststellen, daß ein Kind „zu aufsässig" („too unruly") ist, so daß es nicht vertretbar ist, es in einem Heim unterzubringen. (Der wahre Grund liegt natürlich daran, daß es viel zu wenig Heimplätze gibt und unter der Sparpolitik der Labour Regierung auch keine hinzukommen, was der „Guardian" auch offenherzig zugibt). Ist diese „procedure" abgeschlossen, wandert ein solchermaßen abgestempeltes Kind ins Gefängnis. *„Dieses Jahr wurden über 4.000 Kinder zwischen 14 und 16 ins Gefängnis gesteckt, um auf ihren Prozeß zu warten"* (!!) („Guardian", 19.11.75).

An anderer Stelle gibt der „Guardian" die genaue Zahl an: 4.600!

Eine grenzenlose Brutalität leistete sich das Chelmsford Krongericht im März dieses Jahres: es verurteilte ein 16-jähriges Mädchen zu *lebenslangem Gefängnis*! Sie hatte im Jugendheim in Brentwood, in dem sie lebte, in ihrem Zimmer Feuer gelegt, aus Verzweiflung darüber, daß man sie zur Strafe dort eingesperrt hatte!! (spätere Proteste erzwangen eine Revision des Urteils, 3 Jahre Gefängnis)

Diese menschenverachtende Mentalität, die unter den schwarzen Roben der Klassenjustiz hervorstinkt, basiert auf der faschistoiden Vorstellung, daß Kinder erzogen werden, indem man ihren Widerstandsgeist und ihre Seele zerbricht.



Kinderalltag in Glasgow: Wer „aufsässig" ist, geht ins Gefängnis

Glasklar formulierte dies die 80-jährige Funktionärin des Tory-Frauenverbandes Norah Dillon: *„Ich bin nicht grausam und ich liebe Kinder, aber ich kann mir keinen anderen Weg vorstellen, ihnen klar zu machen, daß sie sich nicht länger schlecht benehmen dürfen"*, und forderte die Herabsetzung des Alters der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von 10 auf 8 Jahre! („Morning Star", 29.11.75) Man kann dieser Hyäne nur wünschen, daß ihr ein kleiner Rebell noch mal ein Bein stellt, damit sie sich sämtliche faulen Knochen bricht! ●

Kinderkomission
KB/Gruppe Hamburg

Alten-„Hilfe" in den USA: Im Todesfall perfekter Service!

Alte Menschen sind entsprechend der kapitalistischen Logik lästige Unkostenfaktoren, die sich für den Produktionsprozeß kaum noch verwerten, d.h. profitbringend einsetzen lassen. Entsprechend bemühen sich Kapitalisten und Staat, diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten.

Ein Ergebnis solcher Bemühungen konnte man der „Frankfurter Rundschau" vom 11. Dez. 1975 entnehmen: In einer Stadt im US-Bundesstaat Süd-Dakota wurden alte Menschen Schilder mit der Aufschrift „I'm o.k." ausgehändigt, die sie jeden Tag zu einer bestimmten Zeit an Fenster oder Tür anbringen sollen, um zu zeigen, *„daß alles in Ordnung ist."* Fehlt dieses „Lebenszeichen" irgendwo, so *„klopfen die Freunde oder Nachbarn an der Tür ihrer Schutzbefohlenen und alarmieren die Polizei, falls keine Antwort erfolgt."*

Dabei handele es sich *„um einen neuen Weg der Altenhilfe."* Welch' unglaublicher Zynismus, hier noch von „Hilfe" zu sprechen, wo schon die Überwachung kostensparend rationalisiert wird.

Übertroffen wird das noch durch die Aussagen der Sekretärin des Alten„hilfs"programms, die es als Erfolg bezeichnet, daß es gelungen sei, *„Krankheiten oder Todesfälle zu ermitteln* (!), *ohne daß dies ein Eindringen in die Privatatmosphäre bedeutet."*

Die „Toleranz" im Kapitalismus kennt wahrlich keine Grenzen!

Ist es doch gerade die Vereinsamung, an deren Folgen viele alte Menschen langsam zugrunde gehen!

„Begründet" wird die Notwendigkeit des neuen „Hilfs"programms damit, daß es vorgekommen sei, *„daß Leute gestorben sind und dies erst nach einigen Tagen festgestellt wurde."*

Alten„hilfe" bedeutet hier also weiter nichts als die „Garantie", nach dem Tode schnellstens beiseitegeschafft zu werden, und das „Recht", einmal am Tag anzeigen zu dürfen, daß es noch nicht so weit ist! ●

Ein Genosse aus Hamburg-Altona
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief: Heimkinder

Die „Reformpolitik" um den § 218 ist nun endgültig gescheitert. Ich möchte gar nicht von den verzweifelten Frauen sprechen, die weiter gezwungen werden, eine ungewollte Schwangerschaft zynischerweise unter dem Motto „ Schutz des ungeborenen Lebens" auszutragen. Ich möchte berichten, was aus einem Teil dieser ungewollten Kinder wird. Dem Teil nämlich, der in Waisenhäusern, bzw. Kindervollheimen aufwachsen muß. Ich arbeite seit kurzem in einem solchen Heim in Hamburg – für Babies und Kleinkinder bis sechs Jahre. Ich betreue eine Gruppe von Kindern von anderthalb bis vier Jahren.

Die Lage der Kinder – acht in einem Raum mit zwei Erzieherinnen – steht in krassem Widerspruch zu den goldenen Worten des Jugendberichtes 1973 : danach soll das Kind *„durch Anregungen und geordnetes Lernen, sowie durch eigene nicht gelernte Aktivitäten... Selbstfindung und Selbständigkeit des Denkens und Handelns entwickeln"*. Genau das Gegenteil ist der Fall in den Heimen! Nicht einmal die kleinsten Ansätze zu Selbständigkeit werden gefördert! Z. B. das Anziehen: Als ich das erste Mal „meine" Kinder allein anziehen mußte, legte ich den älteren die Sachen hin, damit sie sich selbst anziehen. Die aber quakten nur fassungslos hinter mir her, wußten gar nicht, was sie tun sollten! Ich erklärte ihnen, daß sie es versuchen müßten, da sie es „sonst nie lernen". Mit größtem Eifer und Begeisterung machten sie sich daran, es auszuprobieren. Mitten rein in das Durcheinander platzte die Oberschwester zur Visite. Diese meinte – noch halbwegs freundlich – das sei ja ganz gut gemeint, bringe aber den ganzen Tagesplan durcheinander. Sie packte ein Kind – dies schrie – und zog es hastig an, um die „vertrödelte" Zeit wieder aufzuholen.

Am nächsten Tag ließ ich wieder die älteren Kinder sich selbst anziehen. Als die Schwester kam und dem einen Kind den Pullover aus der Hand ziehen wollte, wehrte es sich, schubste ihre Hand weg, sagte, es wolle das selber machen, da es „das ja sonst nie lernen würde".

Daraufhin gab's Krach: die Schwester machte mich furchtbar an: mit diesem „falschen Idealismus" mache man die Kinder rebellisch usw.... Sowas „gehe" hier einfach nicht.

Wie wenig hier „geht", erfuhr ich am gleichen Nachmittag: ich wollte mit den Kindern malen. Doch das bedurfte erst der Genehmigung der Heimleitung, da dies für die Kleinen „gefährlich" ist (es könnte ja ein Dummerchen seinen Buntstift aufessen!) und zuviel Dreck macht. Außerdem sei diese Idee falsche Liebesmüh, denn die Kinder interessiere Malen ja gar nicht!

Obwohl ich rund zehn Stunden mit den Kindern am Tag zusammen bin, bleibt kaum Zeit, sich vernünftig mit ihnen zu beschäftigen. Der ganze Tag vergeht mit organisatorischem Kram, Essen, auf den Topf gehen, sauber machen, wickeln, usw. usf. Bereits um 17 Uhr werden die Kinder schon ins Bett gesteckt....

Was für ein total abgekapseltes Leben die Kinder führen, wurde mir bei den täglichen „Spaziergängen" erschreckend deutlich: immer die gleiche Runde ums Heim wurde gedreht – einen Weg, den die Kinder nach dem 50sten Mal in und auswendig kennen. Dabei wird von den Schwestern genau darauf geachtet, daß die Kinder nicht auf dem feuchten Rasen laufen, damit sie sich nicht schmutzig oder naß machen.

Geradezu erschütternd waren die Reaktionen „meiner" Kinder, als ich den einen Tag mal einen anderen Weg nahm: Wir gingen unter einer Eisenbahnbrücke durch. Einige fingen an zu heulen, andere wollten nicht weiter gehen. Alle waren unwahrscheinlich aufgeregt über das Echo, und als schließlich eine Bahn über die Brücke donnerte, gerieten alle ganz aus dem Häuschen. Schlagartig begriff ich: sie hatten noch nie in ihrem Leben eine Brücke gesehen.

Eine ganz besondere Schweinerei ist es, wie die geistig oder körperlich behinderten Kinder im Heim verkümmern. Sie werden als Sorgenkinder zwar bedauert, man findet ihre tapsigen Bewegungen drollig, aber es wird so gut wie nichts für ihre Behandlung getan. So bekam ein zweijähriges stark behindertes Mädchen zwar ein Hörgerät verschrieben, obwohl man gar nicht genau weiß, ob es tatsächlich schwerhörig ist, denn es wurde noch keinmal von einem Spezialisten untersucht, geschweige denn behandelt.

Die sprachliche Entwicklung der Kinder ist katastrophal zurückgeblieben, denn sie haben eben keine Erwachsenen, die richtig mit ihnen üben. Der Wortschatz der meisten beschränkt sich auf die wichtigsten Vokabeln, um ihre Bedürfnisse wie Hunger, Durst usw. zum Ausdruck bringen zu können. Das Wort „Mammi", das für einige Erinnerungen an einen Menschen wachruft, der sich ihnen zugewendet hat, für andere Hoffnung auf eine bessere Zukunft (Adoption) bedeutet, ist ein Trostwort, das z.B. ausgesprochen wird, wenn sich ein Kind wehgetan hat. Eine unwahrscheinliche Gemeinheit ist die Methode mancher Schwestern, die Kinder damit zu terrorisieren, daß ihnen bei „Unartigkeiten" damit gedroht wird, so keine Eltern mehr abzukriegen... ●

Eine Genossin aus Hamburg



Es ist vollbracht: SPD und FDP einigten sich auf einen „Kompromiß" in der seit Jahren strittigen Mitbestimmungsfrage.
Doch was als „Reform des Jahrhunderts" immer wieder verheißen worden war, entpuppt sich nun als Schwindel erster Sorte: Von einer „Parität" in den Mitbestimmungsgremien ist im Regierungsentwurf keine Rede mehr. Vertreter der Arbeiter und Angestellten sollen zwar mit r e d e n dürfen, b e s t i m m e n , was in und mit dem Unternehmen zu geschehen hat, werden auch weiterhin a l l e i n die Kapitalisten.
Dieses Ergebnis, das von Kapitalistenverbänden und CDU/CSU ausdrücklich begrüßt wird, stellt einen klaren Sieg der Reaktion dar.
Es ist zugleich eine weitere Bankrotterklärung für die auf Anpassung und „Sozialpartnerschaft" bedachte Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung.



Das wahre Gesicht betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung: Gewerkschaftsführer (Loderer und Vetter), Regierung (Friderichs) und Kapitalisten (Sohl und Klasen) in konzertierter Aktion gegen die Arbeiterklasse.

Im einzelnen sieht die Regierungsvorlage zur Mitbestimmung vor:

▶ **Die grundsätzliche Mehrheit der Kapitalistenvertreter im Aufsichtsrat. Sie stellen regelmäßig den Aufsichtsratsvorsitzenden, der bei sogenannten „Patt"entscheidungen (unentschieden) eine zweite Stimme erhält und den Ausschlag gibt.** Dies ist sogar noch ein Rückschritt gegenüber der Montanmitbestimmung, wo ein „Neutraler", der von Kapitalisten- wie „Arbeitnehmer"vertretern bestimmt wird, den Ausschlag gibt.

▶ **Neu ist auch die Einführung eines leitenden Angestellten als „Arbeitnehmer"vertreter (!!). Als leitende Angestellte gelten solche, die „eine überwiegend unternehmerische Funktion wahrnehmen" (nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts). So ist also die Kapitalistenmehrheit im Aufsichtsrat doppelt gesichert.**

▶ **Einführung eines „Arbeitsdirektors" – eine Funktion, der besonders die Gewerkschaftsführer sehr viel Gewicht geben. Doch auch hier wurde von der Montan-Regelung abgewichen, wo dieser „Arbeitsdirektor" (= Personalchef) nicht ohne Zustimmung der „Arbeitnehmer" bestimmt werden kann, die ein Veto- und Abberufungsrecht haben. Ein solches Recht ist in der neuen Vereinbarung nicht vorgesehen.**

Der „Kompromiß" – ein Sieg der Kapitalisten

Vor allem Arbeitgeber-Chef Schleyer (BDA) machte Front gegen die „paritätische Mitbestimmung", die für ihn das Ende der „freien Marktwirtschaft" und den Beginn „sozialistischer Experimente" darstellt. Noch wenige Stunden vor der Veröffentlichung des Kompromisses drohte er: *„Bleiben Zweifel an der verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit des Kompromisses bestehen, werden wir eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herbeiführen"* (auf der BDA-Jahresversammlung, „SZ", 8.12.). Schleyer betonte noch einmal die grundsätzlichen Forderungen der Kapitalisten, *„daß ein klares, institutionell verankertes Übergewicht der Eigentümerseite im Aufsichtsrat für uns ebenso unverzichtbar ist, wie ein die Pluralität der Mitarbeitergruppen gewährleistendes Wahlverfahren."* („SZ", 9.12.)

Beides ist durch die doppelte Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden und die Vertretung eines leitenden Angestellten erfüllt.

Die Kapitalisten haben sich durchgesetzt, ohne daß sie allerdings jetzt jubeln, sondern nach der Methode vorgehen: am besten gäbe es gar keine Mitbestimmung. So Flick-Kapitalist von Brauchitsch auf der BDA-Versammlung: *„Je weniger Staat und Gewerkschaften ihnen* (den Unternehmern, die Red.) *reinredeten, umso eher könnten sie mit den Belegschaften 'zusammen den Karren aus dem Dreck ziehen'"* („FAZ",12.12.).

Es gibt tatsächlich in der Kapitalistenklasse Meinungsverschiedenheiten um die Mitbestimmung. Ein Teil – vor allem die Kohle- und Stahl-Kapitalisten, die auf für sie positive Erfahrungen mit der Montanmitbestimmung verweisen – befürworten die Montan-Regelung. Der stärkere Teil unter Führung von Schleyer und der BDA will sich möglichst „wenig reinreden" lassen. Die von Schleyer vertretene Linie verkennt zwar nicht die „sozialpartnerschaftliche", vom Klassenkampf ablenkende Funktion der Mitbestimmung, sie will aber einerseits jedes Risiko angesichts der Krise und verschärften Drucks auf die Arbeiter ausschalten und freien Handlungsspielraum haben. Andererseits demonstriert sie mit ihrer Härte gegen die „Parität", daß sie nicht bereit ist, der Arbeiterklasse auch nur irgendwelche (Schein) Rechte zuzugestehen. Diese „harte" Linie hat sich jetzt mit dem „Kompromiß" von SPD und FDP weitestgehend durchgesetzt.

Allenthalben Zustimmung zum „Kompromiß" – die Gewerkschaftsführer kriechen zu Kreuze

Es dürfte der SPD schwerfallen das Anfang nächsten Jahres im Bundestag vorliegende Gesetz zur Mitbestimmung als großartige „Reform" zu verkaufen. Nahezu ausnahmslos findet es nämlich die Zustimmung all derjenigen, die sich in den Jahren vorher massiv gegen die „paritätische Mitbestimmung" stellten. Außer den Kapitalistenverbänden werden auch die FDP und die CDU/CSU zustimmen. CDU/CSU konnten schadenfroh darauf hinweisen, daß der jetzige „Kompromiß" ihren eigenen Vorschlägen zur Neufassung des Unternehmensrechts zum Verwechseln ähnlich sieht.

Die „linken" Flügelmänner von CDU/CSU konnten sich die Demagogie leisten, den Regierungs„kompromiß" in der Mitbestimmungsfrage als nicht weitgehend genug zu kritisieren.

So erklärte der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Hasinger, daß die Montanmitbestimmung weitergehend sei und es *„besser wäre, auf diese in der Praxis bewährte Lösung zurückzugreifen"* („Handelsblatt", 12.12.).

Besonders erbärmlich ist die Haltung der Gewerkschaftsführer: noch in den letzten Wochen hatten sie kräftig Lärm gemacht und in Dortmund – auf der Mitbestimmungs-Demonstration von 40.000 Gewerkschaftern – hatte DGB-Chef Vetter „kämpferisch" betont, daß der DGB „nichts unterhalb der Parität" dulden werde und man könne auch 100.000 Gewerkschafter mobilisieren. Protesterklärungen, Bittgesuche an die Regierung und markige Reden waren vorherrschend. Doch Klappern gehört bekanntlich zum Handwerk.

In Wahrheit waren die Gewerkschaftsführer längst von dem geplanten Mitbestimmungs„kompromiß" informiert und hatten die Entscheidung der Regierung längst akzeptiert. Vetter bestätigte das in einem „Spiegel"-Interview nach der Dortmunder Demonstration: *„Die deutschen Gewerkschaften sind immer bereit gewesen, die letzte Entscheidung des Parlaments zu respektieren... In Dortmund ging es mir da-*

Verbot der „Chemischen Keule" !

Wie die nebenstehende Anzeige aus der „Bild" vom 17. 11. 1975 zeigt, steht jetzt die „Chemische Keule" für jedermann zur Verfügung. Einerseits wird damit bewußt an einer ganz besonders von der Springer-Presse geschürten Angst vor „Gewalttätern" angeknüpft und zum bewaffneten Vorgehen (Selbstjustiz) aufgefordert; zum anderen wird die Gefährlichkeit der Waffe überhaupt nicht erwähnt; damit wird das Verhalten des Staates und der Polizei unterstützt, die schon seit langem bemüht sind, den Einsatz der „Chemical Mace" (Chemische Keule) zu rechtfertigen und als „völlig gefahrlos" hinzustellen.

In eine ähnliche Kerbe haut auch der Vorstand der ÖTV, der nach Angaben der „Frankfurter Rundschau" dieses Zwischending von Knüppel und Pistole mit dem Hinweis auf den Schutz (!) der Polizisten billigt.

Der „Gefahrlosigkeit" des in dieser Waffe enthaltenen Tränengases widersprechen allerdings mehrere Gutachten und Ansichten von Fachärzten; unter anderem auch die der Augenklinik in der Universitätsklinik Eppendorf. Hier betonte man, daß der Einsatz dieser Waffe zu schweren und bleibenden Schäden am Auge führen kann.

Die Erfahrungen der letzten Zeit mit dieser Waffe sprechen für sich:

- In Hannover wurden Demonstranten mit Verätzungen der Augen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Ärzte waren hilflos, da sie die chemische Zusammensetzung des Gases nicht kannten; laut „FR" wurde ihnen auf Anfragen bei der Polizei auch noch jede Auskunft darüber verweigert.
- In Frankfurt wurde eine Demonstration von Kindern (!) im Rahmen einer Spielplatzaktion mit diesem Giftgas aufgelöst.

Weder der Einsatz der Polizei gegen die demokratischen Rechte der Bevölkerung, noch die Folgen für die Betroffenen, noch die Warnungen der Mediziner hat die Verantwortlichen und die Polizisten selbst dazu bewegen können, vom Einsatz dieser gefährlichen Waffe Abstand zu nehmen.

Dennoch ist kürzlich bei der Polizei aufgrund der „Chemischen Keule" Unruhe ausgebrochen, und zwar im Personalrat der Frankfurter Polizei und gerade da, wo es den Bullen selbst (!) an den Kragen geht. H. Koppmann, Vorsitzender des Polizei-Personalrats, äußerte, Meldungen aus den USA haben zu einer „Verunsicherung der Kollegen geführt". Anlaß dafür war die Feststellung des amerikanischen Polizeiarztes Dr. Robert Dyer, daß ein Zusammenhang zwischen dem Einsatz der „Chemischen Keule" und der Häufung von Hautkrebs bei Polizeibeamten in der US-Hauptstadt besteht. Dr. Dyer hatte bei zwölf von 4. 800 Washingtoner Polizeibeamten Hautkrebs festgestellt; es waren ausnahmslos „Ordnungshüter", die zwischen 1968 und 1971 an den massiven Tränengaseinsätzen gegen Vietnam-Demonstranten beteiligt waren („FR", 7. 11. 75). Diese Erfahrungen decken sich mit den Erkenntnissen des Londoner Krebsforschungsinstituts.

Ob diese „Unruhe" bei den Bullen nun endlich zur Einstellung des Gebrauchs dieser Waffe führt, ist ungewiß: Demokratische und kommunistische Organisationen müssen sich für das sofortige Verbot dieser teuflischen Waffe einsetzen. ●

HDW/LZ und Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

Schützen Sie sich mit der „Chemischen Keule"



Wir konnten es für Sie möglich machen dieses neue, einmalige Abwehrgerät für Sie zu importieren aus den USA. Man meint auf den ersten Blick, man hätte es mit einer einfachen Taschenlampe zu tun. Aber ein Druck auf den Knopf genügt, um mehrere Angreifer auf einmal in die Flucht zu jagen. Es gibt die Watchman-Lampe in 2 Ausführungen.

Watchman-Super Länge 28 cm.
Guardian-Super Länge 18 cm.

Verkauf nur an Erwachsene!

Vertrieb für Deutschland
LTF-SERVICE GMBH, Abt. W 10
4046 Büttgen 2, Schienenweg 17,
Tel. 02101/69482

letzte Seite der „Bild" vom 17. Nov. 75

Chemische Keule für NRW-Polizei

Deutsche Presse-Agentur

Düsseldorf — Mit der „chemischen Keule", einer mit Reizstoffen gefüllten Sprühwaffe, wird auch die nordrhein-westfälische Polizei ausgerüstet. Das kündigte Innenminister Hirsch an. Im nächsten Jahr erhalte sie 1000 Geräte dieser Art, hinzu kämen noch 600 Stück für die Bereitschaftspolizei. Bei sachgerechter Handhabung seien Gefährdungen durch die Waffe ausgeschlossen, sagte Hirsch.

„Rheinische Post" 18.9.1975

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.500 Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

STIMMUNG

rum, in der letzten Phase der parlamentarischen Beratungen unüberhörbar die abschließende (!) Meinungsäußerung des DGB zu formulieren." (17.11.).

Aber sogar in dieser erbärmlichen Lage ist der DGB-Chef noch zu launigen Bemerkungen aufgelegt: Die Respektierung der parlamentarischen Entscheidung „*schließe nicht aus, das Bundesverfassungsgericht zu bemühen*". Diese Orientierung weg von den Aktivitäten der gewerkschaftlichen Basis hin zu derartigen Institutionen, die mit ihren Entscheidungen für den § 218 und für Berufsverbote ihren Klassencharakter deutlich machten, ist typisch für die Politik der DGB-Führung.

Wie Hohn klingt die Erklärung des DGB-Bundesvorstands n a c h dem Regierungsentscheid, daß an der Forderung nach 'paritätischer Mitbestimmung' festgehalten werde, „*auch wenn die gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse der Verwirklichung entgegenstünden*" („FAZ", 12.12.).

Daß die DGB-Führer seit Bestehen der Bundesrepublik nicht nur nichts zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeiterklasse beigetragen, sondern vielmehr alles ihnen Mögliche zur Sicherung der A l l e i n herrschaft der Bourgeoisie getan haben, wird wohlweislich verschwiegen.

Bekenntnisse, an diesem oder jenem „festhalten" zu wollen, sind geschenkt, solange die T a t e n die W o r t e als Lügen entlarven!

Wem nützt die Mitbestimmung?

Die Gewerkschaftsführer verweisen bei ihren Forderungen nach „paritätischer Mitbestimmung" auf die Erfahrungen in der Montanindustrie, die als Muster für alle Betriebe gelten sollen. Formal gibt es hier die Parität zwischen Kapitalistenvertretern und „Arbeitnehmern". Doch was hat die Mitbestimmung den Arbeitern gebracht? Interessant ist dazu eine Untersuchung der Biedenkopf-Kommission (Biedenkopf ist heute CDU-Generalsekretär), die 1970 zu folgenden Schlüssen kam:

▶ **Die Mitbestimmung von Kapitalisten, Gewerkschaftsführern und Belegschaftsvertretern werde „überwiegend positiv" beurteilt. Die Mitbestimmung habe sich für die Kapitalisten bewährt.**

▶ **Die „freie Unternehmerinitiative" sei „nicht beeinträchtigt worden", „die unternehmenspolitischen Konzeptionen, die von der Unternehmensleitung für richtig befunden wurden, haben sich ungeachtet der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten ... im Ergebnis stets verwirklichen lassen."**

▶ **Stillegungen und Entlassungen (besonders im Bergbau) haben durch die Mitbestimmung „in gewissen Fällen zu Verzögerungen geführt", nicht aber zur endgültigen Ablehnung der Pläne.**

▶ **„Die Kommission hat aus den Anhörungen den Eindruck gewonnen, daß die Verwirklichung der wichtigsten Konzentrationsvorhaben in der Stahlindustrie im letzten Jahrzehnt durch die Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten der betroffenen Gesellschaften unterstützt (!!!) wurde."**

▶ **Die Gewinnverteilungsvorschläge der Kapitalisten sind bei den „Arbeitnehmer"vertretern im Aufsichtsrat in der Regel „nicht auf Widerstand gestoßen".**

▶ **„Der Arbeitsdirektor" (ein wesentliches Aushängeschild der Gewerkschaftsführer, die Red.) ist nach anfänglichen Schwierigkeiten in vollem Umfang in die Vorstände der Montanunternehmen integriert worden (!!)."**

▶ **Von der Mitbestimmung seien „keine Auswirkungen auf das Lohnniveau" zu befürchten.**

(Zitiert nach „KAB-Arbeiterzeitung", Nr. 8).

Fazit: Die Mitbestimmung schadet den Kapitalisten nicht, im Gegenteil, sie nützt sogar. Krupp-Chef Mommsen, ein entschiedener Verfechter der Montan-Mitbestimmung, vertrat auf einem Bonner Mitbestimmungs-Hearing den DGB-Chef Vetter als Sachverständiger! Damals wurde ihm vor allem von Schleyer vorgeworfen, er habe „*nicht mehr wie ein Arbeitgeber gedacht*" („FAZ", 4.7.74). Später nahm Mommsen in einem Brief hierzu Stellung: „*Der Weg von der Betriebsverfassung zu einer paritätischen Mitbestimmung ohne Patt ist ... systemstabilisierend und systemkonform zugleich. Wenn wir wirklich in Kürze in unserem Land eine Million Arbeitslose haben sollten, dann zeigt dies mit aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, daß sich Kapital und Arbeit in einer ausgewogenen Position gegenüberstehen...*" („FAZ", 24.10.74).

Durch Täuschung, Desorientierung und scheinbare Rechte soll die Arbeiterklasse vom Kampf abgehalten werden, durch Mitbestimmung soll der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit eingedämmt werden. Das ist der Sinn und Zweck und der bisherige Nutzen der Mitbestimmung für die Kapitalisten.

Ein Vorteil liegt für die Kapitalisten auch darin, daß sie bei der Verwirklichung der Mitbestimmung zurückgreifen können auf opportunistische und reformistische Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Würden die Kapitalisten selbst gezwungen sein, Werbung für die Mitbestimmung zu machen, würde ihnen wesentlich größeres Mißtrauen seitens großer Teile der Arbeiterklasse entgegengebracht, als in der Situation, wo Opportunisten und Reformisten diese Aufgabe übernehmen. In der Bundesrepublik sind es Gewerkschaftsführer, „linke" Sozialdemokraten und die Revisionisten der DKP, die diese Rolle übernommen haben und Pläne und Planspiele über Mitbestimmung, Investitionslenkung usw. entwerfen. Den Kapitalisten nutzen diese Dinge so lange, wie sie die Arbeiterklasse in ihrem Kampf auf falsche Wege führen und ihre eigene Macht unangetastet lassen.

Mitbestimmung nach dem Koalitionskompromiß
Beispiel: 20 Aufsichtsratsmitglieder

zehn Vertreter der Kapitaleigner
Die Kapitaleigner bestimmen den Aufsichtsratsvorsitzenden

ein Leitender Angestellter
Die Leitenden Angestellten nominieren zwei Kandidaten; gewählt ist der Kandidat, auf den die meisten Stimmen aller Angestellten entfallen

neun weitere Vertreter der Arbeitnehmer
Arbeiter und Angestellte nominieren und wählen ihre Kandidaten in der Regel getrennt; die Gewerkschaft kann drei – auch betriebsfremde – Kandidaten nominieren

Bei Stimmengleichheit im Aufsichtsrat gibt die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden den Ausschlag

DGB-Führung: Durch Mitbestimmung zur Klassenversöhnung ?

Im Sinne der Kapitalisten verstehen auch die DGB-Führer die Mitbestimmung. So betonte Vetter beispielsweise während der aktuellen Debatte: „*Mitbestimmung in Institutionen sei im Vergleich zur Alternative ‚Mitbestimmung durch Streik' für alle Beteiligten effektiver, was sich namentlich in Krisenzeiten erwiesen habe*" („Handelsblatt", 2.10.).

Gegenüber den Mitgliedern wird die Mitbestimmung allerdings anders angepriesen: sie solle eine „Gegenmacht" gegen die Unternehmer aufbauen helfen. So soll die „gleichgewichtige Mitbestimmung" ein „*entscheidender Schritt auf dem Wege zur demokratischen Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft*" sein (Entschließung 8 A des DGB-Bundeskongresses 1975).

Dementsprechend wird von einem Teil der gewerkschaftlichen Basis die Mitbestimmung tatsächlich als Teil einer gesellschaftsverändernden Strategie eingesetzt. So ist es beispielsweise häufig bei Kampfaktionen der Stahlarbeiter vorgekommen, daß diese die reaktionären Arbeitsdirektoren (alles ehemalige Gewerkschaftsführer) angreifen und dem Lager der Kapitalisten zurechnen (so beispielsweise bei Hoesch, Klöckner und Mannesmann), ohne dadurch aber von ihren Forderungen nach Mitbestimmung abzulassen. Diese ehrlichen Illusionen in die Mitbestimmung existieren neben Vorstellung und Praxis der Führer in den Gewerkschaften. Die DGB-Führer benutzen diese Illusionen sogar, um in der Arbeiterklasse über den tatsächlichen Charakter der von ihnen propagierten und praktizierten „Mitbestimmung" hinwegzutäuschen.

Die effektive Bedeutung der Mitbestimmung liegt allerdings nicht in den Vorstellungen eines Teils der Basis, sondern in der „sozial"partnerschaftlichen Politik der DGB-Führer mit den Kapitalisten.

Mitbestimmung hat kein Zweck – das Kapital muß restlos weg !

Die Praxis der Montan-Mitbestimmung zeigt, daß diese keineswegs zur „demokratischen Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft" führt – im Gegenteil verschärft sich trotz Mitbestimmung auch hier die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten.

Wirkliche Mitbestimmung der Arbeiter setzt bereits eine grundlegende Veränderung der Kräfte- und Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse voraus. So ist die Stellung der Arbeiter in den Betrieben, ihr Einfluß auf die Betriebsführung usw. Ausdruck der bestehenden Macht- und Kräfteverhältnisse und nicht irgendwelcher Verträge und Gesetze, die ohne die Arbeiter gemacht werden.

Eine Mitbestimmung, bei der die Arbeiter tatsächlich mitbestimmen und die Kapitalisten nicht mehr länger allein bestimmen können, ist nur denkbar in einer Situation, wo sich die beiden antagonistischen Klassen, Arbeiter und Kapitalisten in einem akuten Ringen um die Macht befinden. Ein solcher Zustand kann aber nicht lange anhalten, er kann erst recht nicht institutionalisiert werden. Aus einem solchen Zustand drängt die Entwicklung vorwärts zur völligen Entmachtung der Kapitalistenklasse – oder zurück zur ausschließlichen Macht der Kapitalistenklasse. Das letzte war z.B. in Frankreich im Mai '68 der Fall.

Einen Zustand, wie hier beschrieben, bezeichnete Lenin als Doppelherrschaft. Eine solche Doppelherrschaft bestand in Rußland im Jahr 1917, in der Zeit zwischen Februar und Oktoberrevolution. Sie fand ihren Ausdruck einerseits in der politischen Herrschaft der Bourgeoisie durch ein bürgerliches Parlament und Regierung und andererseits in der Existenz selbständiger Machtorgane der Arbeiter (den Sowjets) und selbständiger bewaffneter Formationen der Arbeiterklasse.

Eine wirkliche Mitbestimmung stellt unweigerlich die F r a g e der M a c h t i m S t a a t, d.h. sie kann nur Produkt vorangegangener Kämpfe sein und erfordert die Existenz von selbständigen und militärischen Machtorganen der Arbeiterklasse.

Die Reformisten dagegen wollen über Reformen zur Mitbestimmung gelangen.

Dabei kann nur so eine Mißgeburt wir der jetzige Koalitions„kompromiß" zwischen SPD und FDP herauskommen – eine „Mitbestimmung", wie sie den Kapitalisten im Interesse der Erhaltung ihrer Macht notwendig erscheint, ein Instrument zur Korrumpierung von Teilen der Arbeiterklasse.

Eine Mitbestimmungskonzeption, die die Frage der M a c h t umgeht (und überhaupt nur zu diesem Zweck erdacht wurde), eine solche Konzeption dient nur der Täuschung der Arbeiter.

MITBESTIMMUNG HAT KEIN ZWECK –

DAS KAPITAL MUSS RESTLOS WEG !

KB / Gruppe Bremen



Mit ihren Mitbestimmungsparolen desorientieren die Gewerkschaftsführer die Kämpfe der Arbeiter. Die Praxis der Mitbestimmung zeigt, daß sich die Lage der Arbeiter hierdurch nicht im geringsten ändert. (Bild: Streik bei Buderus/Flick)

Der Plaumann – Prozeß II. Akt

Der frühere Fuhrunternehmer S. Plaumann aus Hanau steht seit dem 6.10. vor Gericht, weil er unerlaubterweise Giftmüll und Industrieabfälle, die er eigentlich gegen Bezahlung „ordnungsgemäß" hätte vernichten sollen, wahllos in Wäldern und auf Müllkippen abgelagert hat.

Was als einfaches Betrugsmanöver begonnen hatte – Plaumann gegen seine Auftraggeber – gewann sehr schnell andere Konturen:

▶ Siegfried Plaumann hatte gar keine andere Wahl, als den Giftmüll irgendwo abzuladen. Es gibt gar keine Stelle in Hessen, die für Plaumanns Giftstoffe zuständig wäre.

▶ Mit Plaumann sitzt nur das schwächste Glied in der Kette der Umweltverschmutzer auf der Anklagebank. Die Auftraggeber, die Chemiekapitalisten, bleiben erstmal im Hintergrund. Eigentlich sind sie als die „Produzenten" verantwortlich zu machen.
(Siehe AK 68)

In diesem zweiten Teil wollen wir besonders auf die „Zeugenaussagen" der Kapitalisten und ihrer Helfer eingehen. Machen sie doch mit jedem Wort klarer, welch ungeheures Schmierentheater vor Gericht abläuft, dessen Leidtragende nach wie vor die Bevölkerung mit ihrer verseuchten Umwelt ist.

Die Haltung des Angeklagten

Plaumann und sein Verteidiger hatten sich in den ersten Tagen des Prozesses darauf verlegt, die Beweise zu erbringen, daß Plaumann gar nicht anders handeln konnte. Es wurden Punkt für Punkt alle Möglichkeiten der Müllbeseitigung diskutiert – mit dem Ergebnis, daß eigentlich jeder andere an seiner Stelle genauso hätte handeln müssen. Zwar seien die Vorschriften des Staates streng, doch schaffe der Staat auf der anderen Seite keine Möglichkeiten, diese Bestimmungen einzuhalten. So hatten *sämtliche* Deponien und Müllverbrennungsfirmen, die im Laufe des Prozesses genannt wurden, ein Verfahren wegen „Müllsünden" laufen!

Im weiteren Verlauf des Prozesses ging Plaumann jedoch in die Offensive. Er, der ja nicht in erster Linie der Umweltverschmutzung angeklagt ist, sondern des Betrugs an den Kapitalisten (er soll 350.000 DM erhalten haben), behauptete nun, die Chemiekapitalisten hätten allesamt von seinem Vorgehen gewußt. „Es war alles astrein abgesprochen", sagte er und der Zeuge, der gerade verhört wurde, unterließ jede Beteuerung, daß es nicht so gewesen sei.

Ebenso sei die Abgabe falscher Bescheinigungen und die Ausfertigung fingierter Rechnungen vereinbart gewesen, denn der Beleg über eine „ordnungsgemäße" Abfallbeseitigung mußte den Behörden vorgelegt werden.

Die Kapitalisten verwickeln sich in Widersprüche

Die Herren Produzenten und ihre Vertreter heuchelten helle „Empörung". Ja, hätten sie gewußt, wo er die ihm anvertrauten Schadstoffe tatsächlich hinbringen würde, hätten sie nie einen Vertrag mit ihm abgeschlossen. Auf Antrag der Verteidigung waren sie sogar bereit, diese Aussage zu beeiden.

Als es allerdings im Verhör ins Detail ging, wurde so mancher Plaumann-Kunde kleinlaut.

▶ So konnte sich ein Zeuge „leider nicht mehr" an den Inhalt der Verhandlungen mit Plaumann erinnern.

▶ So versicherte ein Kunde, er habe „selbstverständlich an die Echtheit" der Plaumann'schen Belege geglaubt, obwohl ihm nach eigener Aussage bekannt war, daß die angegebenen „Vernichtungsfahrten" gar nicht stattfanden.

▶ Ein anderer Kapitalist „entschuldigte" sich damit, daß er sagte: *„Wir haben es nicht als unsere Aufgabe angesehen, die Verbrennung zu besorgen. Das war Sache des Herrn Plaumann, den ich für kompetent hielt."*

▶ Der Umweltbeauftragte der Hoechst AG gab zum besten, daß dieselben Hoechster Rückstände, die Plaumann verbotenerweise in die Kanalisation geleitet hatte, in der Regel durch die Kanäle in den Main geleitet werden – mit Wissen der Behörden.

▶ Auf die Frage, wieso Plaumann so viel Vertrauen genießen konnte, antwortete einer: *„Auf dem Briefkopf seines Unternehmens stand die Bezeichnung 'Spezialfirma'"*.

Auf die vorsichtige Frage der Verteidigung, ob sich die Kapitalistenvertreter nicht auch ein wenig verantwortlich fühlten für das Verbrechen an der Umwelt, sagte ein Bundesbahnbediensteter: *„Ich habe mir keine Gedanken gemacht, wie Herr Plaumann das verbrennen wird."* Auf den Hinweis, daß ihm die eigentümliche Art der Müllbeseitigung bekannt war, kam nur: *„Das ist ja egal, ich hatte ja das Angebot von Plaumann."*

Vom Vertreter einer Hanauer Klebstoffabrik erfuhr man, daß sich das Werk erst, nachdem eins ihrer Fässer auf einer Müllkippe explodiert war, an den Fuhrunternehmer gewandt hatte, damit sie die Verantwortung schon beim Verlassen des Werktores los waren. *„Wir kontrollieren ja auch nicht unsere Kunden, die Klebstoff aus der Produktion verwenden. Wenn einer das Zeug unsachgemäß aufträgt und es gibt einen großen Knall, dann ist das nicht unsere Sache."* An Zynismus ist so etwas wohl kaum noch zu überbieten!

Der Staat kriegt die Schuld

Einig waren sich lediglich Verteidigung und Anklage darin, daß es das „Müllproblem" erst gäbe, seitdem der Staat die Bestimmungen für den Umweltschutz verschärft habe. Bis 1970 etwa wanderte *jeder* Industriemüll ohne Bedenken auf normale Müllkippen. Als *„von einem Tag auf den anderen durch ministerielle Verfügung"* die Kippen für derartige Abfälle geschlossen wurden („FAZ", 22.10.), waren die Kapitalisten in der Klemme. Nach ihrer Devise, alles zu vermeiden, was keinen Profit bringt, entwickelten sie auch keine Verfahren zur Unschädlichmachung ihrer höllischen Abfälle. Sie griffen auf die Angebote der Fuhrunternehmer zurück; wobei Plaumann der gewesen sein soll, der in Hessen mit seinen Preisen immer unter denen seiner Konkurrenten gelegen hat („FR", 9.10.).

Allzu häufige Pannen bei der Abfallbeseitigung allerdings ließen die Sauereien der Kapitalisten an die Öffentlichkeit kommen.

▶ So begann z.B. 1972 auf der Autobahn die Ladung eines Plaumann'schen Tankzuges zu qualmen, so daß der Fahrer Angst bekam, die Autobahn verließ, auf die nächste Wiese fuhr und die Schieber öffnete. Das verseuchte Erdreich mußte später auf Kosten Plaumanns abgeräumt und ausgetauscht werden.

▶ Ein anderer Fahrer von ihm wurde erwischt, als er an einem Baggersee im Kreis Offenbach Fässer abkippte. Auch hier mußte Plaumann ausrücken und die Fässer wieder aus dem Wasser holen. („FAZ", 22.10.)

Fast gleichzeitig mit dem Plaumann-Prozeß wurde ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe (Aktenzeichen 6 ZR 43/74) veröffentlicht. Danach ist ein Industrieunternehmen für die ersatzlose Beseitigung seiner Abfallprodukte verantwortlich und diese Verantwortung besteht auch dann fort, wenn es den Abfall an ein Abfallbeseitigungsunternehmen weitergegeben hat. („FAZ", 23.10.).

Nach diesem Urteil ist allerdings kaum zu erwarten, daß wir dadurch eine „gesündere" Landschaft erhalten werden. Aus den Pannen haben die Kapitalisten nie die Lehre gezogen, künftig einsichtiger zu sein. Sie werden höchstens geschickter. So antwortete ein Kapitalistenvertreter auf die Frage: *„Und wie haben Sie es heute, wo Ihnen Plaumann nicht mehr zur Verfügung steht?"* – *„Eine andere Firma fährt ab und liefert die Bescheinigungen!"* war die Antwort. Auf die empörte Frage des Verteidigers: *„Heißt dies, daß Sie auch heute auf Persilscheine aus sind?"* zuckte der Kapitalist mit den Schultern: *„Ja, was sollen wir denn sonst tun?"* („FAZ", 14.10.).

Der bürgerliche Staat versucht einzugreifen

Nicht nur einigen betroffenen Kapitalisten wurde die Entwicklung, die der Prozeß nahm, unangenehm, die zuständigen staatlichen Stellen, das hessische Umweltministerium, reagierten ebenfalls nervös. Und so sitzt auf der Zuhörerbank neben dem seriösen Herrn in grauem Flanell, der jeden Morgen in seinem „sechzigtausend-Marks-Auto" ankommt, ein Beauftrager des Ministeriums mit gezücktem Bleistift, um sich kein Wort entgehen zu lassen.

So ganz verlief der Prozeß nicht nach den Wünschen des kapitalistischen Staats. Schon 1973 mußte der damalige Umweltminister, Werner Best, in der ersten Welle der Empörung auf den Umweltskandal ausgewechselt werden. Und jetzt gerät schon wieder ein Minister im Laufe der 40 Zeugenaussagen in den Geruch der Komplizenschaft mit den Kapitalisten. Nach Zeugenaussagen sollen die Müllbeseitiger – wie Plaumann – von Ministerialbeamten regelrecht dazu angestiftet worden sein, ungeeignete Deponien zu benutzen („FR", 1.11.). Sie k o n n t e n auf die Anfragen des Angeklagten, wohin denn nun mit dem Giftmüll, ja auch gar nicht anders antworten, als daß es keine l e g a l e n Deponien gäbe.

Der amtierende Minister für Umweltschutz, Willi Görlach, wies ein derartiges Verhalten staatlicher Stellen weit von sich. Er schaltete sogar das Fernsehen ein, um in einer öffentlichen Stellungnahme die Prozeßführung, die Verteidigung Plaumanns und besonders die Berichterstattung der bürgerlichen Presse anzugreifen, daß sie es darauf anlegten, Mitleid mit Plaumann zu erregen. Er sähe sich genötigt, sich *„aus Fürsorgepflicht vor seine Mitarbeiter zu stellen"* („FAZ", 31.10.).

Der Prozeß, der so schön eingefädelt war als ein Betrugsmanöver des einen Kapitalisten an einen anderen, glitt zusehends dem kapitalistischen Staat aus den Händen. Als betrogener Teil steht nur noch die Bevölkerung da, mit ihrer verseuchten Umwelt. Kapitalisten und Staat verschaukeln sie nach Kräften: nach außen hin ein bißchen Umweltgesetzgebung und hinter den Kulissen das große „Schwarzmarktgeschäft" mit dem Giftmüll. *Diese* Enthüllung sollte natürlich in keinem Fall das Ergebnis des Prozesses sein.

Denn die Funktion des Verfahrens, so Minister Görlach im Fernsehen, *„sei der Erziehungsprozeß. Darauf kommt es mir ganz entscheidend an, das ist wichtiger als festzustellen, wer der Schuldige ist."*

Die Bourgeoisie versucht, sich des heißen Eisens zu entledigen

Nachdem klar war, daß sowohl die Kapitalisten wie ihre Vertreter im Staat durch diesen Prozeß nur noch mehr demaskiert werden konnten, unternahmen sie einen letzten Versuch, diesen Prozeß in den Griff zu bekommen.

„Dieses Gericht hat nicht die Aufgabe, den größten Giftmüllskandal der Bundesrepublik Deutschland aufzuklären", ließ Staatsanwalt Gerhard Andres verlauten („HA", 26.11.). Im Plädoyer der Staatsanwaltschaft wurden deshalb aus *„Mangel an Beweisen"* sämtliche Vorwürfe gegen Plaumann, die sich auf Umweltvergehen richteten, zurückgenommen. Ihm könnte im einzelnen nicht nachgewiesen werden, daß er das Grundwasser verseucht habe. *„Das macht eindrucksvoll offenbar"* – so der Oberstaatsanwalt Andres – *„in welche Beweisschwierigkeiten das Strafrecht den Umweltschutz bringt."* („FR", 26.11.). Übrig blieben für die Anklage bloß 14 „bewiesene" Betrugsfälle; die Hälfte aller Anklagepunkte auf diesem Sektor war damit auch schon unter den Tisch gefallen: die meisten Kapitalisten hatten zu offensichtlich ihre Komplizenschaft mit Plaumann unter Beweis gestellt.

Dafür forderte der Staatsanwalt dann drei Jahre Freiheitsentzug und – weil Sprüche bekanntlich auch nichts kosten – appellierte er an den Gesetzgeber, *„damit das Gesetz zu einer wirksamen Waffe zum Schutze der Umwelt wird."* („HA", 26.11.). Damit schien das ramponierte Ansehen der staatlichen Vertreter wieder einigermaßen gerade gerückt.

Ein Urteil ist bisher nicht ergangen. Es ist nicht zu erwarten, daß es spektakuläre Formen annimmt, haben doch alle Beteiligten nur eins im Kopf: möglichst schnell Gras über die Geschichte wachsen zu lassen. ●

Chemiekomitee
KB / Gruppe Hamburg

Umweltskandal in Emden

Eine ‚Altölverwertungsgesellschaft' in Emden hat von 1970 bis 1974 Subventionsbetrug in Milliardenhöhe verübt und nebenbei ca. 1800 Kubikmeter mit Giftstoffen angereicherten Ölschlamm auf einer wilden Deponie im Emder Hafen gelagert. Das giftige Öl befindet sich zum Teil im Grundwasser !

Es kann also sein, daß Teile des Trinkwassers für die Emder Bevölkerung verseucht sind !

Der Leiter, sowie der Besitzer der Anlage wurden wegen Subventionsbetruges und „Gewässerverunreinigung" angeklagt. Anders als der Inhaber – der seit Ende '74 in Hamburg in U-Haft sitzt – wurde der Haftbefehl gegen den Leiter der Emder Anlage außer Kraft gesetzt, weil er über einen ‚festen Wohnsitz' verfüge. Man kann gespannt sein, wie die Strafen für diese sauberen Herren aussehen werden, die nur daran interessiert sind, wie sie auf irgendeine Art und Weise zu Geld kommen können. Die Gefährdung der Gesundheit einer ganzen Stadtbevölkerung ist ihnen dabei ganz gleichgültig.

Humor spezieller, nämlich kapitalistischer Prägung, scheinen die Herren jedenfalls besessen zu haben – sie nannten ihr Unternehmen sinnigerweise „Gesellschaft für Umweltschutz". ●

KB/ Symphatisantengruppe Emden

DGB-Beileidstränen zum Tode eines Kapitalisten

Otto A. Friedrich, ehemaliger Präsident der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" und zuletzt deren Ehrenpräsident, hat das Zeitliche gesegnet. – Jeder, der sich die Sache des werktätigen Volkes zu eigen gemacht hat, wird diese Nachricht mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung übergehen. Man sollte meinen, daß das auch für Leute gilt, die angeblich hauptamtlich für die Arbeiterinteressen da sind. Aber – weit gefehlt, wie uns die „Welt der Arbeit", Zeitung des DGB, offenbart. In der Ausgabe vom 12.12. heißt es: *„In einem Beileidstelegramm hat der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter den ehemaligen BDA-Vorsitzenden als eine verständigungsbereite Persönlichkeit bezeichnet,* die auch in den notwendigen Auseinandersetzungen mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften um Positionen der Gemeinsamkeit bemüht blieb".



Die Trauer „unserer" Gewerkschaftsführer ist verständlich, verlieren sie doch einen aus mancher Tarifrunde wohlvertrauten Verhandlungspartner, mit dem sich die beiderseits angestrebten „Positionen der Gemeinsamkeit" noch immer finden ließen, wenn es darum ging, hinter den verschlossenen Türen vornehmer Verhandlungsräume einen neuen Betrug auszuhecken. Hat es da nicht die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" viel treffender ausgedrückt, „Kollege" Vetter? Sie überschrieb in der Ausgabe vom 9.12. einen Artikel zu Friedrichs Ableben mit der Schlagzeile „Er war immer ein Partner". Sicherlich war dieser Funktionär der Kapitalistenklasse der „Sozialpartner" der Gewerkschaftsführer, die für Klassenversöhnung statt für Kampf um die Durchsetzung der Arbeiterinteressen eintreten. Für alle ehrlichen Gewerkschafter und konsequenten Vertreter der Arbeiterinteressen sind Leute wie Friedrich jedoch Feinde, denen es im Kampf so viele Zugeständnisse wie möglich abzuringen gilt und deren Klassenherrschaft gestürzt werden muß. ●

KB/Gruppe Bremen

Streikberichte

Arbeiter im Kampf um ihre Arbeitsplätze

Philips-Kapitalisten planen Schließung in Herborn

Am 28.11. demonstrierten in Herborn ca. 800 Kolleginnen und Kollegen gegen die vorgesehene Schließung der beiden zum Philips-Konzern gehörenden Betriebe, dem Kondensatorenwerk Valvo in Herborn und der Leuchtenfabrik Körting und Matthiesen in Limburg. Es folgten dem Aufruf der IG-Metall zu dieser Demonstration auch viele Kollegen aus anderen Philips-Betrieben in der BRD und bekundeten ihre Solidarität mit den Kollegen in Herborn und Limburg.

Auf der anschließenden Kundgebung auf dem Kornmarkt in Herborn „griff" dann das IG-Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz, Frankfurt, den multinationalen Konzern Philips „an" und kritisierte diesen wegen seines kompromißlosen Verhaltens. Er versäumte allerdings nicht, das weitere Vorgehen der Kollegen gegen die Philips-Kapitalisten von vornherein abzublocken und dieses ausschließlich in die Hände der IG-Metall-Führung zu legen. Damit soll versucht werden, eine kämpferische Einstellung und Vorgehensweise der Kollegen von Anfang an zu unterbinden und das weitere Vorgehen auf IG-Metall-Linie festzulegen.

Bemerkenswert ist, daß das Valvo-Werk in Herborn (aber nicht nur dort) mit öffentlichen Mitteln mitfinanziert wurde und nach offiziellen Angaben der Philips-Geschäftsleitung, ebenso wie die Leuchtenfabrik in Limburg nicht mit Verlust sondern mit Gewinn „arbeitet".

Werden diese beiden Werke geschlossen, so verlieren über 600 Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz und werden wohl kaum eine ähnliche, ihrer Qualifikation entsprechende neue Beschäftigung in ihrer näheren Umgebung finden.

Von der Philips-Konzernleitung gibt es zu den geplanten Entlassungen, trotz mehrmaliger Anfrage des Betriebsrates bisher keine Stellungnahme. Bekannt ist jedoch, daß die Konzernleitung bereits mehrmals erklärte, daß sie Werke unter 1.000 Beschäftigte für unrentabel und nicht mehr zeitgemäß hält, selbst dann nicht, wenn diese wie z.B. in Limburg und Herborn für die Kapitalisten Profite abwerfen (wahrscheinlich zu niedrig).

Unsere Solidarität gehört den von Entlassung bedrohten Kolleginnen und Kollegen!

Keine Entlassungen bei Philips-Valvo!

Ein Genosse der Teves-Zelle
KB/Gruppe Frankfurt ●

Nur Teilerfolg für Eles-Kollegen

Nach rund 6-wöchigem Streik der ca. 100 Kolleginnen und Kollegen der Feinstrumpffabrik ELES in Taunusstein (Hessen) kam es am 8. Dezember zu Verhandlungen zwischen der Eles-Geschäftsleitung und Vertretern der Gewerkschaft IG Textil Bekleidung. Als „Vermittler" trat Landrat Heinz Becker aus Bad Schwalbach auf.

Zur Debatte standen die Forde-

Heinz Becker aus Bad Schwalbach auf.

Zur Debatte standen die Forde-

rungen der Streikenden nach ordnungsgemäßen Tarifverträgen zur Absicherung eines Mindestlohns, 25 Tage Urlaub und Urlaubsgeld, Schicht- und Überstundenzuschläge sowie 39,- DM vermögenswirksamer Leistungen.

Trotz der großen Kampfbereitschaft, die die Kollegen unter Beweis gestellt hatten, machten die Gewerkschaftsvertreter gegenüber Kapitalist Szor weitgehende Zugeständnisse.

Zunächst einmal wurde die „lösende Aussperrung" aufgehoben, die Szor gegen alle Streikenden verhängt hatte und die faktisch einer fristlosen Kündigung gleichkommt. Hierzu war Szor aber auch mehr oder weniger gezwungen, denn nach der Hessischen Verfassung sind Aussperrungen sowieso rechtswidrig.

Im Falle von Entlassungen ist Szor zur Aufstellung eines Sozialplans unter Mitarbeit des Betriebsrats bereit. Kollegen, die von sich aus zum Jahresende kündigen, bietet der Kapitalist 1.500 Mark und Abgeltung ihrer Urlaubsansprüche an, was nichts Gutes ahnen läßt. Hatte sich doch Szor schon im Juni dieses Jahres beim Taunussteiner Magistrat nach den Möglichkeiten erkundigt, auf dem Werksgelände Reihenhäuser zu bauen, „*da die Sanierung der baulichen Substanz nicht mehr möglich ... und der Fabrikationsbetrieb nicht mehr aufrecht zu erhalten*" sei (lt. „FR", vom 28.11.75). Sein nachträgliches Dementi („ich habe keine reale Absicht, zu bauen") ist angesichts seines Abfindungs-Angebots alles andere als glaubwürdig.

Ab 1. Januar 1976 will Szor die für Hessen gültigen Tarifverträge im Textilgewerbe wie Lohn- und Gehaltstarifvertrag sowie den Tarifvertrag über Jahressonderzahlungen anerkennen. Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet dies eine Anhebung des Stundenlohns von ca. 4 auf 6 DM, was im Grunde das einzige positive Resultat der Verhandlungen für die Streikenden ist.

Ansonsten konnte die Geschäftsleitung ihre Vorstellungen – die sie

die Streikenden ist.

Ansonsten konnte die Geschäftsleitung ihre Vorstellungen – die sie

der Belegschaft bereits nach einigen Streiktagen unterbreitet hatte – nahezu vollständig durchsetzen. So soll die Arbeitszeit lediglich in drei Jahresstufen bis 1978 auf 40 Wochenstunden reduziert werden (1976 auf 45 Wochenstunden und 1977 auf 42). Die Urlaubszeit und die Urlaubsgeldregelungen werden in zwei Stufen bis 1977 den Tarifvereinbarungen angeglichen (21 Tage 1976; 25 Tage 1977) und Weihnachtsgeld soll es in diesem Jahr auch noch nicht geben.

Seinerzeit waren sich alle am Streik beteiligten – in Worten auch die Gewerkschaftsfunktionäre – einig, daß solch ein Aufschub der Rechte der Arbeiter nicht hingenommen werden kann. Daß die Gewerkschaftsführer sich trotzdem nicht davor scheuten, solche weitreichenden Zugeständnisse an Szor zu unterschreiben, macht einmal mehr deutlich, daß es diesen Herren bei Kämpfen der Belegschaft wie bei ELES in erster Linie darum geht, die Kollegen zu beschwichtigen anstatt sie konsequent zu unterstützen. Dies wurde auch schon beim Streikverlauf klar, als z.B. bei einer Solidaritätsveranstaltung am 26.11. in Wiesbaden die dort anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre alle Versuche, über Solidaritätsaktionen zu diskutieren, die über Resolutionen oder ähnliches hinausgehen, im Keim erstickten.

Ob die Kollegen diesem Kompromiß bei der für den 12.12. vorgesehenden Urabstimmung zugestimmt haben, war bei Redaktionsschluß nicht bekannt. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Frankfurt

Bosch-Kollegen gegen Kürzung der Schichtzulage

Gegen einen Lohnabbau von bis zu 70 DM durch die Kürzung ihrer Schichtzulagen streikten am 11. Dezember die Früh- und Mittagsschicht bei Bosch in Herne. Die Firma will ab 1. Januar diese Zulage nicht mehr vom Effektivlohn, sondern vom Tariflohn berechnen. Die Arbeiter erreichten, daß die Geschäftsleitung dem BR zusichern mußte, daß noch vor der Betriebsversammlung am 17. Dezember eine Regelung vereinbart sein muß.

Kämpferische Siemens-Arbeiter

Nachdem bekannt geworden war, daß 52 Kollegen entlassen werden sollten, traten die 320 Belegschafter des Siemens-Meßgeräte-Werkes in Hagenau in den Streik. Wie die „KVZ" vom 18. 12. meldet, besetzten sie das Werk und schlossen dabei auch drei Direktoren zeitweilig ein. Wie es heißt, hat die Belegschaft am folgenden Tag die Arbeit wieder aufgenommen.

AEG-Werk Gräfenberg/Nordbayern

Auch im AEG-Konzern soll ein Werk geschlossen werden. 480 Arbeitern und Angestellten droht damit Vernichtung ihrer Existenz, da es in der Umgebung der 2500-Seelen-Gemeinde praktisch keine weiteren Arbeitsplätze gibt. Darüber hinaus ist die gesamte Ortschaft – kleine Zulieferbetriebe, Kaufleute etc. – ruiniert, wenn AEG die Pläne verwirklicht. So finden die AEG-Kollegen breite Unterstützung in der üb-

Syro-Hydraulik, Aachen: Protestkundgebung auf dem Werksgelände. Mit Megaphon BR-Vorsitzender Heinze

rigen Bevölkerung. Anläßlich einer Sondersitzung des Stadtrates zogen 300 Arbeiter vor das Rathaus. Konkreter Hintergrund der AEG-Pläne: Die Produktion von Elektro-Schaltern und Schaltkästen soll nach Österreich verlagert werden. Statt 12 DM wie in Gräfenberg kostet die Arbeitsstunde dort nur 7,80 DM. Ein Teil der Produktion soll sogar nach Brasilien verlegt werden. Dortiger Stundenlohn: 3,40 DM. Es geht der AEG also um **mehr Profit**

Syro-Hydraulik, Aachen

Syro-Hydraulik, Aachen

Mit einem Warnstreik und einer außerordentlichen Betriebsversammlung protestierten die Kollegen der



Demonstration der BASF-Lehrlinge gegen Lehrstellenabbau im August 1975.

Syro-Hydraulik gegen die Pläne der Geschäftsleitung, die Produktion in Aachen stillzulegen und nach Neumünster zu verlagern. An einer Protestkundgebung auf dem Werksgelände nahmen Kollegen aus fast sämtlichen Aachener Metallbetrieben teil.

Die wirtschaftlich gesunde Firma ist ein plastisches Beispiel dafür, wie sich die Konjunkturspritzen „zur Schaffung neuer Arbeitsplätze" ausschließlich zum Nutzen der Kapitalisten auswirken: das Neumünsteraner Werk ist günstig mit solchen Mitteln errichtet worden. Dafür sollen jetzt 165 Aachener Kollegen arbeitslos werden. Aussicht auf andere Arbeit gibt es kaum: im Raum Aachen gibt es bereits 17.000 Arbeitslose und 8.000 Kurzarbeiter. Mit diesen Zahlen liegt das Gebiet in Nordrhein-Westfalen an der Spitze.

IGM-Demonstration gegen Massenentlassungen in Nürnberg

IGM-Demonstration gegen Massenentlassungen in Nürnberg

Rund 1.000 Kollegen beteiligten sich an einer Demonstration der IG-Metall gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Ihre Parolen: **„Lohnabbau, Konsumverzicht schützen unsere Arbeitsplätze nicht! – Heute wir, morgen ihr – übt Solidarität!"** Den Hintergrund bildet die Vernichtung von ca. 8.000 Arbeitsplätzen allein in der nordbayrischen Metallindustrie (allein im Herbst 1975) und weitere angekündigte Stillegungen (siehe auch AK 70, S. 16).

Singer-Nähmaschinen: „Gegen Unternehmerbrutalität steht die Arbeitersolidarität"

Die Singer-Kollegen lassen nicht locker: nachdem sie bereits zweimal in den letzten Wochen gestreikt und eine Veranstaltung durchgeführt haben, auf der 1 000 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Metallbetrieben gegen die Vernichtung der 600 Singer-Arbeitsplätze protestiert haben, ließen sie neue Aktionen folgen:

Als die Geschäftsleitung sich weigerte, den Lohnausfall für eine einstündige Arbeitsniederlegung zu bezahlen, stellten sie die Maschinen auch am nächsten und übernächsten Tag wieder ab. Das Angebot der Kapitalisten, eine halbe Stunde zu bezahlen, genügte ihnen nicht. Kernpunkt ihrer Forderungen ist aber nach wie vor: Erhaltung des modernen Werks mit seinen 600 Arbeitsplätzen. Selbst zum Abschluß eines Sozialplans konnte die Geschäftsleitung noch nicht bewegt werden. Doch dies kann für die Kollegen nur das letzte Mittel sein. Auf Schildern bei der IGM-Protestveranstaltung hieß es: **„Wir wollen keine Almosen. Wir wollen Arbeit!"**

Auch in Speyer gingen die Arbeiter auf die Straße

Ähnlich die Situation in Speyer: dort verloren von Januar bis September 900 Kollegen ihre Arbeitsplätze. Die dicksten Brocken: Salamander schloß ein Werk und entließ 400 Arbeiter, der Rüstungsproduzent VFW legte 300 Arbeitsplätze still, die „modernste Wurstfabrik Europas", Ashland setzte ihre 130 Beschäftigten nach gerade 2-jähriger Fabrikation auf die Straße. Als nunmehr VFW auch noch die Entlassung der restlichen 1.300 (!) Arbeiter und Angestellten ankündigte, gingen die Kollegen auf die Straße.

Die VFW-Kollegen hatten auf einer vom Betriebsrat einberufenen außerordentlichen Betriebsversammlung von der Geschäftsleitung klare Auskunft über die bestehenden Pläne erwartet. Als niemand der Herren kam, gingen die Kollegen zu ihnen: geschlossen legten sie die Arbeit nieder und zogen zum Direktionsgebäude.

Kampf um Arbeitsplätze – einmal anders herum!

Wie schon in anderen Betrieben der Druckindustrie, legten die Arbeiter der Firma Körner in Maichingen ihre Rollenoffsetmaschinen still, um damit gegen die ständige Unterbesetzung zu demonstrieren, während tausende Druckarbeiter ohne Arbeit sind. Erst nachdem die Geschäftsleitung Neueinstellungen zusagte, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf.

Weitere Streiks

80 Kollegen der „Hansa Rohstoffverwertung GmbH" (Krupp-Tochter) in Essen protestierten mit einem einstündigen Warnstreik gegen das provokatorische 4%-Angebot der Unternehmer. Die IGM-Führung fordert ihre obligatorischen 8% auch im Schrott- und Abbruchgewerbe.

Hamburg:

Auch in Hamburg gab es einen Streik: als die Kalkulatoren der Firma Peters ohne Beisein des Betriebsrates Arbeitsstudien an den neuen Dreh- und Fräsbänken durchführen wollten, stellten die Kollegen die Maschinen ab.

Ziel der Geschäftsleitung: Kürzung der Vorgabezeiten um 10%. Nach dem halbständigen Streik der Maschinenarbeiter lenkte die Firma teilweise ein: der BR wird bei der gesamten Zeitstudie anwesend sein:

zung der Vorgabezeiten um 10%. Nach dem halbständigen Streik der Maschinenarbeiter lenkte die Firma teilweise ein: der BR wird bei der gesamten Zeitstudie anwesend sein;

statt zwei Wochen wird sie nur eine Woche dauern; gestoppt wird nur in der Tagschicht, nicht wie ursprünglich geplant auch in der Nachtschicht.

Auch Lehrlinge aktiv! 100 BASF-Lehrlinge streikten

Gegen ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen streikten 100 Auszubildende in der Lehrwerkstatt Friesenheim der BASF. Sie protestierten gegen unzureichende Beheizung ihrer Arbeitsstätten. Statt Wärme erzeugen die Heizgebläse hauptsächlich Lärm, in einem Maße, daß konzentriertes Arbeiten kaum möglich ist; durch die LKW-Einfahrt kommt die Kälte voll in die Werkstatt. Der Umkleideraum ist viel zu klein (1/4 qm pro Lehrling!). Die Klos sind eisig kalt und haben keine Lüftung. Seine Sitzungen muß man dort hinter verglasten Türen abhalten.

Eine Resolution der Kollegen, in der die Mißstände angeprangert werden, war von der Ausbildungsleitung ignoriert worden. ●

Liste „Frauen", Colgate:

Prozeß gewonnen. Der Kampf geht weiter

Wir haben in AK 68 berichtet, daß eine linke Betriebsrätin der „Liste Frauen", Anna W., fristlos gekündigt wurde, weil sie angeblich den „Betriebsfrieden gestört", die „Belegschaft aufgewiegelt" und „gegen die vertrauensvolle Zusammenarbeit verstoßen" habe. In dem Arbeitsgerichtsprozeß, den die Kollegin führte, wurde festgestellt, daß die Kündigung unwirksam sei und das Arbeitsverhältnis weiterbesteht. Jetzt steht ihr ein Verfahren ins Haus, das sie ihres Betriebsratsamtes entheben soll. Initiatoren sind die DAG-Betriebsratsmehrkeit, die IG Chemie-Fürsten und die Geschäftsleitung von Colgate/Palmolive! Eine „feine" Gesellschaft!

Das Gericht konnte den „Argumenten" der Kapitalisten nicht folgen

Sie blähten sich mächtig auf vor Gericht, die Vertreter der Colgate-Kapitalisten. Die Äußerungen der Betriebsrätin in ihrer Zeitung und auf der letzten Betriebsversammlung („Die Geschäftsleitung lügt und verbreitet bewußt die Unwahrheit" – d.Red.) sei eine so schwerwiegende Beleidigung, daß eine weitere Zusammenarbeit nicht möglich sei.

Tatsächlich aber waren die Äußerungen der Kollegin lediglich eine Antwort auf ein Flugblatt gewesen, das die Kapitalisten öffentlich verteilten. Der Richter mußte konstatieren, daß die Geschäftsleitung sich zuerst und freiwillig in die politische Auseinandersetzung begeben habe und sich nun nicht beschweren könne, wenn ihr in gleicher Weise geantwortet werde.

Der andere Vorwurf, den die Kapitalisten bei der Hand hatten, die Betriebsrätin Anna W. lehne jede Form der Ordnung im Betrieb ab und hätte eine konstruktive Mitarbeit in den Ausschüssen des Betriebsrates versäumt, wurde sofort von der Kollegin widerlegt. In einem Flugblatt schrieb die „Liste Frauen" dazu: *„Haben wir uns tatsächlich gegen jede Form der Ordnung im Betrieb gewehrt? Wir haben uns nur dagegen ausgesprochen, eine Arbeitsordnung abzuschließen, in der die einzelnen Vorschriften katalogmäßig erfaßt sind, und die mit einem Buß- und Strafenkatalog abschließt. Wir haben statt dessen vorgeschlagen, die Fragen der Ordnung des Betriebes e i n z e l n in Betriebsvereinbarungen niederzulegen. In dem Arbeitsausschuß sind wir mit unseren Vorstellungen mehrheitlich überstimmt worden".*

Der Richter konnte die Stellungnahme der „Liste Frauen" nicht anders als eine Auseinandersetzung im Rahmen des Normalen bezeichnen und erklärte die Kündigung für unwirksam.

Die Reaktion hat ihren nächsten Schlag schon vorbereitet

Die Colgate-Kapitalisten schienen geahnt zu haben, daß ihre Kündigungsbegründung auf recht wackeligen Füßen stand, denn zehn Tage nachdem die Entlassung erfolgte, ging beim Arbeitsgericht der Antrag ein, die Betriebsrätin Anna W. ihres Amtes zu entheben *„vorsorglich für den Fall, daß die Kündigungsschutzklage ... Erfolg haben sollte"*

Und diesmal holt die gesamte Reaktion zum Schlag aus. Beteiligt sind die Betriebsräte-Mehrheit als Antragsteller, die DAG- und die IG Chemie-Führung (die Kollegin ist noch immer Mitglied der Gewerkschaft!) und natürlich die Kapitalisten selber. In einer umfangreichen Akte haben sie zusammengetragen, was sich seit 1973 die linke Kollegin angeblich alles geleistet habe, was als *„bewußter und vorsätzlich grober Verletzung ihrer Betriebsratspflichten"* gelten muß.

Mitleidheischend versuchen die Antragsteller darzustellen, wie sie die ganzen Jahre vergeblich gegen die „Gesetzesbrecherei" der Betriebsrätin anzukämpfen versuchten. Sie führen ihre sämtlichen Ermahnungen, ihren Maulkorbbeschluß im Betriebsrat und ihre öffentlichen Aushänge auf, in denen sie der Betriebsrätin verbieten wollten, die Belegschaft über die Betriebsratsarbeit zu informieren. *„Der Betriebsrat hält nochmals Frau W. ernstlich vor, daß Betriebsratssitzungen nicht öffentlich sind und über den Inhalt der Sitzungen nicht so frei gegenüber jedermann im Werk erzählt werden darf ..."*, so steht es in einem alten Protokoll, das die rechten Betriebsratsfürsten für eine ihrer Glanzleistungen halten.

Das Ziel der Kampagne

„Die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder betonte, daß sie sich durch solche Vorkommnisse nicht die ganze Betriebsratsarbeit zur ‚Sau' machen lasse, Partisanen und Heckenschützen trügen nicht zu einer vernünftigen Betriebsratsarbeit bei ...", so ließen sich die Rechten in einem ihrer Protokolle aus.

Was sich die Rechten nicht „zur Sau machen" lassen wollten, war die „Geheimrats- und Mauschelpolitik" mit den Kapitalisten. Tatsache ist z.B., daß sich die Betriebsratsmehrheit um ein gemeinsames Informationsblatt mit den Kapitalisten bemüht, daß die Betriebsratsmehrheit den Kapitalisten gebeten hat, ihm ein Tonband zur Verfügung zu stellen, damit er die Redebeiträge besser kontrollieren könne. Und im übrigen führt die Betriebsratsmehrheit in ihrem Ausschlußantrag – wegen Verstoß gegen die Betriebsratspflichten – die mangelnde vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kapitalisten an. Besser können sich die Rechten kaum als Interessenvertreter des Kapitals profilieren. ●

Betriebszelle Colgate/Palmolive
KB/Gruppe Hamburg

Iduna Hamburg:

Weiteres Gewerkschaftsmitglied gekündigt

Am 27. 11. 75 wurde ein weiteres Gewerkschaftsmitglied der HBV-Betriebsgruppe Iduna mit Zustimmung des örtlichen Betriebsrates gekündigt. Der Kollege ist im dreiköpfigen Vorstand der Betriebsgruppe und zugleich 1. Ersatzmitglied des Betriebsrates Iduna Allgemeine, in einer Zweigstelle des Unternehmens.

Die Mitgliedschaft im Betriebsgruppenvorstand wird ihm zur Last gelegt, da er *„für den Inhalt aller Schreiben mitverantwortlich"* ist.

Diese Flugblätter waren Anlaß zu einer Kündigungswelle von sieben Kollegen im August 1975, darunter vier Betriebsräte und drei weitere Mitglieder der Betriebsgruppe (wir berichteten darüber). Als offener Denunziant tritt bei der neuesten Kündigung die HBV-Führung in Person des Fachgruppensekretärs/Versicherungen, Jaenisch, auf. Dieser hatte nämlich auf der Betriebsversammlung, am 15.9.75, in *‚der Hauptverwaltung erklärt (was uns bis dahin unbekannt war), daß Sie Mitglied des dreiköpfigen Vorstandes der HBV-Betriebsgruppe Iduna"* sind (Zitate aus der Kündigungsbegründung). Die Iduna-Kapitalisten stützten sich bei ihrem Vorgehen offen auf gewerkschaftsinterne Informationen, die ihnen von den Gewerkschaftsführern zugespielt worden sind.

Man wird gespannt sein können, wie weit diese Denunziationen noch gehen, denn das Iduna-Kapital verstärkt seine Bemühungen die gesamten aktiven Mitglieder der Betriebsgruppe herauszuschnüffeln.

So wurde der BG-Vorstand mit Schreiben vom 15. 12. 75 aufgefordert, *„uns die Namen der aktiven Mitglieder bzw. des tragenden Kreises der Betriebsgruppe bekanntzugeben, da wir ... beabsichtigen, in individuellen Schreiben den betreffenden Mitarbeitern mitzuteilen, mit welchen Konsequenzen sie für den Fall der Fortsetzung der bisher praktizierten Informationspolitik der Betriebsgruppe zu rechnen haben".*

Die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Informationspolitik haben auch die Gewerkschaftsführer schon seit langem im Auge. Der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführung und Kapital steht somit nichts im Wege.

Gekündigte Kollegen noch im Betrieb

Die schon im August gekündigten Kollegen sind noch alle im Betrieb. Auf Grund von „Einstweiligen Verfügungen' (EV) mußten sie alle wieder eingestellt werden.

Mittlerweile hat ein Kollege den ersten Prozeß gewonnen.

Bei den anderen ist der Prozeß auf den 28. 1. 1976 vertagt worden. Zwischenzeitlich hatte der Kapitalist Berufung eingelegt. Die hierzu angesetzte Verhandlung wurde nun wieder vertagt da der Rechtsanwalt der Kollegen einen Befangenheitsantrag wegen Parteilichkeit des Richters gestellt hat. Sollte aber der Berufungstermin noch vor dem 28. 1. 76 stattfinden, ist damit zu rechnen, daß die Kollegen wegen der Unternehmersympathie des Richters zeitweilig wieder den Betrieb verlassen müssen. ●

HBV – Komitee, Zelle Iduna
KB/ Gruppe Hamburg

F.C. Seibel:

„Euch Gesindel schlagen sie nochmal tot"!

„Das sind ja Gangster, euch Pack sollte man aufhängen", sind nur einige von Beschimpfungen, die Kapitalist Seibel gegen die Arbeiter des Erwitter Zementwerkes losläßt. Diese bezeichnenden Aussprüche passen zu seiner politischen Einstellung: *„Ich bin zwar nominell FDP-Mitglied, aber ich habe bei der letzten Wahl CDU gewählt. Nur sie kann uns noch vor dem Sozialismus retten!"* („Unsere Zeit", 21.11.)

Seit acht Monaten führt die Belegschaft der Firma Seibel und Söhne in Erwitte einen Kampf um die Erhaltung von 150 Arbeitsplätzen. Dieser Kampf begann am 10. März 75 mit einem spontanen Streik und der Besetzung des Werkes, als Antwort der Kollegen darauf, daß Seibel einen Teil von ihnen vor die Tore der Fabrik setzen wollte.

Inzwischen droht dieser Kampf in den Labyrinthen der Arbeitsgerichte zu versickern. Über 1.000 Einzelgerichtsverfahren werden inzwischen geführt. Nach den *positiven* Entscheidungen in den Kündigungsschutzklagen der ersten Instanz, beendete die Belegschaft auf Rat und mit Druck der IG-Chemie-Führung die Werksbesetzung, sowie später den Arbeitskampf, um den Weg für Verhandlungen mit der Geschäftsleitung freizumachen, wie sie hofften. Das stellte sich jedoch als großer Fehler heraus.

Seibels Antwort: *rechtswidrige* Aussperrung der Beschäftigten (bis auf 20 ihm treu ergebene Meister). Gleichzeitig strebte er ein Beschlußverfahren zur Auflösung des Betriebsrates (BR) an und hatte hiermit vor dem Arbeitsgericht Paderborn *Erfolg*.

Der BR wurde wegen seiner solidarischen Haltung mit den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Kollegen aufgelöst. Hiergegen wurde Beschwerde eingelegt.

Werksbesetzung: „kein legitimes", aber „verständliches" Mittel

„Die Achte Kammer des Landesarbeitsgerichtes entschied, daß der Betriebsrat die Werksbesetzung und die nachfolgenden Streikaktionen der Arbeiter gegen Entlassung und Kurzarbeit ‚weder programmiert', noch sich an ihnen beteiligt habe. Die Werksbesetzung sei eine ‚Eskalation eines wilden Streiks' gewesen. Sie sei kein legitimes, aber ein verständliches Mittel" („Frankfurter Rundschau").

Das vorangegangene Urteil des Arbeitsgerichtes Paderborn wurde somit aufgehoben.

Aber auch dieses Gericht geht in der Urteilsbegründung davon aus, daß ein spontaner Streik, eine Werksbesetzung *„auch in den Fällen, in denen die Empörung der Belegschaft gegen Maßnahmen des Arbeitgebers verständlich erscheint, nicht gebilligt werden kann".*

Alle, bis auf eine Kammer, die der Belegschaft in einer Notlagesituation einen spontanen Streik gegen die Willkürmaßnahmen und Gesetzesbrüche des Unternehmers zugestand, stützen sich auf das Kasseler Grundsatzurteil, das einen Streik in der BRD nur dann legalisiert, wenn er

1. um tarifpolitischer Ziele willen geführt wird,
2. von den entsprechenden Verbänden vorbereitet und geleitet wird.

Letzteres hat die Gewerkschaftsführung den Kollegen nicht zugebilligt. Sie hat bis jetzt nicht den spontanen Streik der Kollegen als legitim anerkannt. Sie hat den Kampf aus dem Betrieb heraus in die Gerichte verlagert. Hier kann man noch jahrelang „kämpfen".

Die widersprüchlichen Urteile belegen das: *„16 der von Seibel im Frühjahr ausgesprochenen fristlosen Kündigungen wurden von der Sechsten Kammer des Landesarbeitsgerichtes Hamm nach Angaben der IG-Chemie für unwirksam erklärt, weil die Belegschaft sich im Notstand befunden habe. 20 andere hingegen wurden von der Fünften Kammer desselben Gerichtes für Rechtens befunden, da auch bei Rechtsverstössen seitens des Firmenchefs Kampfmaßnahmen nur bei Unterstützung der Gewerkschaft und wegen tarifpolitischer Ziele zulässig seien"* („FR"). Der „Firmenchef" kann sich also ruhig Rechtsverstöße erlauben, das macht gar nichts! Das weiß Seibel ganz genau. Nicht umsonst führt er einen Prozeß nach dem anderen, geht er von einer Berufung in die andere, von einer Instanz in die nächste. Er ist sich voll dessen bewußt, daß er auf das unternehmerfreundliche Arbeitsrecht setzen darf. ●

Chemie-Branchenzelle Nord
KB/Gruppe Hamburg

Opel Bochum: Sechs mal „lebenslänglich" !

In der ersten Dezemberwoche wurden elf Verfahren gegen die oppositionellen Gewerkschafter und Betriebsräte von Opel Bochum durchgeführt.

Beantragt wurde: für sechs Kollegen „lebenslänglicher" Gewerkschaftsausschluß, vier Kollegen erhielten Funktionsverbot für ein bis drei Jahre, einem Kollegen soll „nur" eine Rüge erteilt werden.

Folgendes wurde den Kollegen vorgeworfen:

– Sie hätten bei den Betriebsratswahlen auf einer anderen als der offiziellen Gewerkschaftsliste kandidiert,
– sie hätten zusammen mit aus der Gewerkschaft Ausgeschlossenen und Kommunisten kandidiert.

Die Opel-Kollegen gaben in dem Verfahren folgende Stellungnahme ab:

„Kollege Wirtz!

90 namenlose Antragsteller behaupten, wir hätten uns bei der Betriebsratswahl 1975 bei der Adam Opel AG „gewerkschaftsschädigend" verhalten.

Rund 14.000 organisierte Metaller haben in unserem Betrieb genau verfolgt, wie bei der diesjährigen BR-Wahl eine bestimmte Gruppe von IGM-Funktionären die von der ganzen Belegschaft geforderte demokratische Persönlichkeitswahl zunichte gemacht hat.

Wie groß die Enttäuschung über dieses Vorgehen war, wurde auf der letzten Belegschaftsversammlung vor der Wahl deutlich. Ein Vertrauensleute-Sprecher erklärte zum Beispiel unter dem Beifall der versammelten Kollegen: „Mit der Einreichung der IGM-Absicherungsliste habt ihr 700 Vertrauensleute in den Hintern getreten."

Wir gehören zu denjenigen Kollegen, die ihre Kandidatur für eine Belegschaftsliste frühzeitig offiziell bekannt gegeben haben. Wir haben bis zuletzt erwartet, daß die Bekenntnisse der verantwortlichen IGM-Funktionäre für eine Persönlichkeitswahl in die Tat umgesetzt würden. Erst als die IGM-Absicherungsliste als erste eingereicht wurde, ohne Berücksichtigung aller Kollegen, die kandidieren wollten, haben wir die „Liste für die Belegschaftsforderungen" eingereicht.

Wir finden die Anschuldigungen gegen uns auch aus einem anderen Grund sehr fadenscheinig: Bei der A. Opel A.G. in Rüsselsheim wie auch in anderen Betrieben wurden mit Billigung des Vorstandes der IG Metall mehrere Listen der IG Metall aufgestellt. Das heißt doch nichts anderes, als daß der IG Metall-Vorstand selbst spalterisch vorgeht. Gegen wen gibt es dort ein Gewerkschaftsverfahren?

Wir betrachten uns weiterhin als aktive Gewerkschafter und erklären ausdrücklich, daß wir die kämpferische Einheitsgewerkschaft grundsätzlich für notwendig halten, um die Interessen der gesamten Arbeiterklasse gegen das Kapital durchzusetzen. Auch das Programm der „Liste für die Belegschaftsforderungen" ist ein gewerkschaftliches Kampfprogramm. Der Einsatz für die Forderungen dieses Programms hat nichts mit „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" zu tun, im Gegenteil. 4.601 Kollegen, die uns bei der Wahl ihr Vertrauen gegeben haben, zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Insofern weisen wir die böswillige Behauptung scharf zurück, daß einzelne Kollegen der „Liste für die Belegschaftsforderungen" die Gewerkschaft offen bekämpfen würden. Erst recht ist die politische Parteizugehörigkeit bei der Betriebsratswahl für uns kein Kriterium. Deshalb halten wir Deinen Hinweis auf die KPD/ML für völlig fehl am Platz.

Hiermit fordern wir Dich, Kollege Wirtz, auf, das Verfahren gegen uns einzustellen.

Weiterhin fordern wir Dich und die Antragsteller auf: Begründet auf der nächsten Belegschaftsversammlung am 8./9. Juli bei Opel Eure Anschuldigungen gegen uns. Dort vor den versammelten Kollegen wird es sich zeigen, wer bei der BR-Wahl eigentlich „gewerkschaftsschädigend" gehandelt hat.

Mit kollegialem Gruß"

Die 90 Ankläger sind im übrigen der Aufforderung zur öffentlichen Stellungnahme nicht nachgekommen. Sie haben es bis heute vorgezogen, anonym zu bleiben. Die Liste der 90 wird im Bochumer Gewerkschaftshaus als geheime Verschlußsache gehütet.

So absurd und unberechtigt, wie die Anklagen, waren die Verfahren insgesamt. Trotzdem alle Kollegen unter derselben „Anklage" standen, lehnte der IGM-Beauftragte den Antrag der Kollegen auf ein gemeinsames Verfahren ab. Auch bei den Urteilen gab man sich Mühe, zu „differenzieren" in der leicht erkennbaren Absicht, die oppositionellen Kollegen aufzuspalten. In „informierten" Gewerkschaftskreisen wurden dann auch die Namen der „Lebenslänglichen" schon vor dem Verfahren gehandelt. Die Verfahren selbst waren nur noch eine Formsache.

Bereits über 1.000 Kollegen haben gegen die Gewerkschaftsverfahren mit ihrer Unterschrift protestiert.

Wir fordern alle fortschrittlichen, klassenbewußten Gewerkschafter und Kollegen auf, sich mit den gemaßregelten Opel-Kollegen zu solidarisieren und die Praktiken der IGM-Führung zu verurteilen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Wer fordert weniger ?

IGM: 8% . . . .

Wer bietet weniger ?

Gesamtmetall: 2% . . . .

Mittlerweile haben die Führer der IG Metall in sämtlichen Tarifbezirken der metallverarbeitenden Industrie die Forderungen für die kommende Tarifrunde aufgestellt: So ziemlich einheitlich wird acht Prozent mehr Lohn und Gehalt gefordert (eine „Ausnahme" macht hier lediglich der Bezirk Nordwürthemberg/Nordbaden/Südbaden/Südwürthemberg, wo 8,5% mehr Lohn und Gehalt gefordert, wo aber auf zusätzliche Forderungen nach mehr Urlaub o.ä. verzichtet wurde). Für die Lehrlinge wird in der Regel ein zusätzliches Trinkgeld von 50,–DM gefordert.

Damit sind die Führer der IG Metall erwartungsgemäß abermals voll auf den Kurs kapitalistischer Krisenpolitik eingestiegen – und haben mit den erbärmlichen Ausgangsforderungen Tarifabschlüsse vorprogrammiert, die noch erbärmlicher sein werden.

Ermuntert durch die Kapitulantenhaltung der Gewerkschaftsführer, leisten sich die Kapitalisten von ‚Gesamtmetall' jetzt eine Provokation nach der anderen. Sprecher ihrer Organisation erklärten, daß diesmal für die Arbeiter und Angestellten nur ein „Inflationsausgleich" von 2 Prozent drin sei („Handelsblatt", 19.12.75), und daß sie nur noch *„Spielraum für Verhandlungen in der Vermögensbildung"* sehen könnten („Welt", 19.12.).

Die Gewerkschaftsführer im Öffentlichen Dienst haben bereits n o c h n i e d r i g e r e Ausgangsforderungen für „ihren" Bereich aufgestellt . . . ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Forderungen aus Vertrauenskörpern:

VAW-Hannover: Der Vertrauensleutekörper forderte 10%, mindestens jedoch 100,–DM. Außerdem eine nicht bekannte Erhöhung des Urlaubsgeldes.

Zeiss-Göttingen: Hier stellten die Vertrauensleute am 10.12. eine Forderung von 140,–DM linear für alle.

Der Vertrauensleutekörper der **Krupp-Maschinenfabrik** in **Bremen** beschloß 10%, mindestens 123,–, zwei Tage mehr Urlaub und 100,– für Lehrlinge.

für Lehrlinge.

AG-Weser: Hier verlangten die Vertrauensleute 10%, für Programmlöhner 173,– DM und 80,–DM für Lehrlinge.

Der **Ortsjugendausschuß der IGM-Verwaltungsstelle Friedrichshafen** forderte den Existenzlohn für Lehrlinge von 740,–DM

Massenentlassungen jetzt auch bei HDW

„Auf ein vernünftiges und vertretbares Maß" wollen die HDW-Kapitalisten die Belegschaft in den Hamburger und Kieler Werken reduzieren. Dies kündigte HDW-Vorstandsvorsitzender Henke auf einer Pressekonferenz in Kiel an („Hamb. Abendblatt" 18.12.75). Gegenüber den Kollegen hat sich der Vorstand, zumeist durch den Mund von Heinz Scholz (ehemals IGM-Bezirksleiter Nordmark!) von einer Betriebsversammlung zur nächsten gelogen. Noch am 22.10. erklärte Henke: *„Es wird keine Massenentlassungen geben!"*

Bereits zu diesem Zeitpunkt war bekannt, daß es im Zusammenhang mit Rationalisierungen im Angestelltenbereich Entlassungen geben wird. Vier Wochen später warb Scholz auf einer Vertrauensleutesitzung um „Verständnis" für **650** Entlassungen im „Gemeinkostenbereich" (Angestellte, Lagerarbeiter usw.). Die Katze war aus dem Sack. *„Bevorzugt"* – so Scholz – sollten ältere Kollegen ab 59 Jahre gefeuert werden, was für die Betroffenen u.a. eine geringere Rente zur Folge hat.

Wenig später kam Scholz mit dem nächsten Hammer: In Kiel gab er – ebenfalls vor Vertrauensleuten – bekannt, daß **810** Kollegen auf der Entlassungsliste stehen, darunter auch Arbeiter aus dem „produktiven" Bereich.

Schritt für Schritt lügt sich so der Vorstand von einer Entlassung zur nächsten. So tauchen immer wieder Gerüchte über Kurzarbeit und Massenentlassungen um **1.500** bis zu **2.500** Kollegen auf. Auch eine Fusion mit der Hamburger Großwerft Blohm + Voß, die tausenden von Werftarbeitern den Arbeitsplatz kosten würde, liegt im Bereich des Möglichen. Beide Werften haben bereits über Kooperationsverträge eine engere Zusammenarbeit entwickelt.

Viele Kollegen erinnern sich in dieser Situation wieder an die Stillegung der ehemals größten Werft auf Hamburg-Finkenwerder. Bis zur letzten Minute wurden hier die Werftarbeiter verschaukelt, wurden neue „Subventionen aus Bonn" usw. versprochen.

Tatsache ist jedenfalls:

- **Im Rahmen der Zentralisierung der HDW-Verwaltung in Kiel sollen mehrere Angestellten-Abteilungen in Hamburg geschlossen werden;**
- **für mehrere Abteilungen liegen intern bereits genaue Entlassungszahlen fest;**
- **im Schiffsneubau sollen einige hunderttausend Stunden gestrichen werden, was nur durch Entlassungen erreicht werden kann;**
- **für alle Meister des Betriebes hat der Vorstand einen „Personalfragebogen" ausgearbeitet, in dem jeder Kollege mit Fehl-, Krankheitstagen, gesundheitlichen Schäden usw. aufgeführt ist. Weiterhin ist über jeden Kollegen auszufüllen, ob er eine „besonders schlechte Führung" (!) an den Tag legt, Vertrauensmann (!) ist und welche „betriebstechnischen und wirtschaftlichen Gründe zur Rechtfertigung" für eine Entlassung vorliegen.**

Das beweist deutlich, daß es hier an die Substanz geht und daß 810 Kollegen nach dem Willen der HDW-Bosse erst den Anfang machen sollen.

Stimme seines Herrn: Der Betriebsrat

Die weit rechtssozialdemokratische BR-Mehrheit steht treu zum „Kollegen" Scholz im Vorstand. Während BR-Vorsitzender Peters noch auf der letzten Betriebsversammlung tönte, er werde bei Entlassungen als erster auf die „Barrikaden" gehen, (passender Zuruf von Kollegen: *„ho ho, wie bei Finkenwerder?!"*) hat er sich längst mit den Entlassungen einverstanden erklärt. Einzige Sorge der meisten dieser Herrschaften ist, die Kollegenschaft ruhig zu halten und jeden Keim eines Widerstandes zu ersticken.

Das geht soweit, daß diese Leute sogar ihre Pflicht (!) nach dem BVG, vier Betriebsversammlungen durchzuführen, verletzen. Trotzdem innerhalb weniger Stunden fast 700 Unterschriften für eine Versammlung im Hamburger Betrieb gesammelt wurden, hat er dies abgelehnt!

Stattdessen konzentriert er seine ganze Aktivität darauf, die aktiven Kollegen unter Druck zu setzen und mit Gewerkschaftsausschlußverfahren zu bedrohen. Aktuell wurde bereits eine Angestellten-Vertrauensfrau, die es „gewagt" hatte, die Haltung des BR zu den Entlassungen öffentlich zu kritisieren, bedroht.

Selbst das DKP-Bundesvorstandsmitglied Mügo („DKP-Mügo"), seinerzeit berühmt-berüchtigt geworden durch seine Unterstützung der rechten Gewerkschaftsführer beim Gewerkschaftsausschluß von vier linken HDW-Jugendvertretern, gerät zusehends in die Schußlinie. Und das, obwohl die DKP – bei einer insgesamt guten Enthüllungsarbeit über die Vorstandspläne – eine total opportunistische Haltung gegenüber den rechten Betriebsräten an den Tag legt.

Den rechten Sozialdemokraten ist eben selbst die Information der Kollegen über die geplanten Entlassungen und Rationalisierungen zuviel. ●

Metallkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Kürzung des Arbeitslosengeldes für berufstätige Ehepaare

Im Bundestag wurde am 26.11. eine Gesetzesvorlage des Bundesarbeitsministeriums verabschiedet, in der unter anderem das Arbeitslosengeld für berufstätige Ehepaare *„ohne großes Aufsehen"* („FAZ", 27.11.) abgebaut wurde. Das funktioniert folgendermaßen:

Bisher wird der Netto-Lohn, der für die Höhe des Arbeitslosengeldes maßgeblich ist, aus dem durchschnittlichen Netto-Verdienst und den zuviel bezahlten Steuern errechnet (Splitting Tabelle).

Diese Berechnung der monatlich zuviel bezahlten Steuern auf den Netto-Verdienst im Monat fällt ab 1976 flach. Die „FAZ" bemerkt: *„Da die mit der Steuerreform 1975 eingeführten neuen Steurklo ~ durchweg höhere monatliche Steuerabzüge vorsehen, ... wird künftig bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes ein niedrigeres Nettoeinkommen zugrunde gelegt."*

Das kann je nach Fall bis zu 400 DM ausmachen (nach ‚FAZ")!

Im Gesetz ist sogar daran gedacht, daß, wenn die Steuerklasse gewechselt wird, nachdem ein Ehepartner arbeitslos geworden ist, um nicht mehr zuviel Steuern zu zahlen, dies bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes keinesfalls berücksichtigt wird!

Den Initiatoren solcher Gesetze sollte man den Sparschweinorden 1. Klasse verleihen! ●

Metalljugendzelle
KB/Gruppe Flensburg

Weitere Kurzarbeit in der Stahlindustrie !

Stahlwerke Röchling-Burbach, Völklingen:

Die Belegschaft wurde im Jahre 1975 um 700 auf 21.000 reduziert. Die seit Februar anhaltende Kurzarbeit, von der täglich 1.200 Mann betroffen sind, wird fortgesetzt. Über Weihnachten und Neujahr werden die Betriebe stillgelegt. Davon betroffen sind dann 12.000 Arbeiter und Angestellte.

Hoesch-Estel:

Während in Ijmuiden (Holland) für 6.000 Mitarbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit um 15 % im Dezember eingeführt wurde, zur Zeit arbeiten bereits 8.000 Arbeiter mit einer Arbeitszeitverkürzung von 10 bis 12 %, wird in Dortmund in der Stahlproduktion in der Zeit vom **19.12.75 bis 2.1.76** erstmals zur Kurzarbeit übergegangen. Durch die Stillegung der Anlagen sind 12.000 Arbeiter und Angestellte betroffen. Vorsorglich haben die Hoesch-Kapitalisten die nächste Kurzarbeitszeit vom 24.3. bis 31.3.76 schon angemeldet.

Thyssen-Niederrhein:

Im September arbeiteten 38 % der Belegschaft kurz. Für eine nicht bekannte Zahl von Kollegen wird die Kurzarbeit bis in den Februar '76 verlängert.

Stahlwerke Südwestfalen:

In der zweiten Jahreshälfte '75 wurden in fast allen Betriebsbereichen erhebliche Produktionskürzungen vorgenommen und Kurzarbeit eingeführt.

Krupp-Hüttenwerke Bochum:

Kurzarbeit wird auch noch in unmittelbarer Zukunft fortgesetzt. Die zur Zeit 9.500 Krupp-Kurzarbeiter können frühestens im Februar mit einer Veränderung der Lage rechnen.

Thyssen Edelstahlwerke Düsseldorf:

Im November waren 5.200 Kollegen (= 33 %) der Belegschaft von Kurzarbeit betroffen. Ein Ende der Kurzarbeit für die Arbeiter und Angestellten ist nicht abzusehen. Daß es auch andersrum geht, zeigt das Beispiel **Mannesmann**! Hier können und wollen die Kapitalisten „das gute Ergebnis" nicht verheimlichen. Die Aktieninhaber können mit 14 % Dividende rechnen und die 100.– DM-Aktie ist zur Zeit 301,– wert. Mannesmann-Chef Overbeck wurde von der Kapitalistenzeitung „Wirtschaftswoche" auch deswegen zum „Manager des Jahres" gewählt. ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief: „Gesundschrumpfen" auf Kosten der Postkollegen!

In den letzten Wochen machte die Post wieder „Schlagzeile". Allerdings war nicht mehr von den „mageren Jahren" die Rede, sondern von einem Gewinn im Jahre 1975 in Höhe von rund 300 Mio. DM, 1976 plant man sogar einen Gewinn von 380 Mio. DM. Als Grundlage für diese Kalkulation der Post stellt sich zum einen die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Std. pro Woche ohne Personalvermehrung, zum anderen auf die Ausnutzung des „natürlichen" Abgangs. **Für die Jahre 75/76 ist das ein Personalabbau von rund 7.000 Kollegen!** Womit sich hier die „Finanzexperten" der Post rühmen, stellt sich für die Kollegen als erhöhter Leistungsdruck heraus. Der verringerte Kreditbedarf der Post von 5,4 Mrd. DM 1975 und 4,1 Mrd. DM 1976 bezeichnete Bundesminister Gescheidle als *„günstige Entwicklung der Kapitalstruktur des größten deutschen Unternehmens"*. („SZ" vom 21.11.75)

Die verbesserte Kapitalstruktur stützt sich *„. . . . aber auch auf die Tatsache, daß die Post erstmals 1975 die in den Bundeshaushalt fließende, am Umsatz orientierte Ablieferung als Einlage des Bundes behalten durfte."* („SZ" 21.11.75) Wenn man aber bedenkt, daß im Rahmen der Krisen- und „Sparpolitik" des Staates durch Abbau von Sozialleistungen etc. im öffentlichen Dienst 1976 ganze 1,131 Mrd. DM eingespart werden, wird dieses „Geschenk" bei den Kollegen herausgeholt.

Einen wesentlichen Anteil am Gewinn der DBP hat der Fernmeldebereich. Gescheidle dazu: *„Ich habe die Zielvorstellung, mit den eingestellten Mitteln einen Nettozugang von 735.000 Telephon-Hauptanschlüssen zu erreichen gegenüber voraussichtlich rund 600.000 im Jahre 1975."* („SZ" 21.11.75)

Wenn Gescheidle von derartigen Zielvorstellungen spricht, zeigt schon die Entwicklung in den Baubezirken, daß durch indirekten Personalabbau ständig weniger Kollegen die Pläne des Bundespostministeriums verwirklichen sollen. Es werden z.B. durch die große Werbeaktion, die die Post momentan durchführt, sogenannte „Geschenktelephone" beantragt. Dadurch ist gerade jetzt vor Weihnachten ein großer Arbeitsanfall entstanden. Außerdem wird in allen Klein- und Großstädten saniert, wodurch sich die Arbeit für uns ständig häuft.

Bei uns wurde ein Großteil der Arbeiten im Sprechstellenbau von einer Privatfirma erledigt. Der Vertrag dieser Firma wurde nicht verlängert. Die von dieser Firma durchgeführten Arbeiten werden jetzt von den Kollegen übernommen. Um den erhöhten Arbeitsanfall auszugleichen, setzt die Amtsleitung verstärkt das 3. Lehrjahr ein. Andererseits werden diese Lehrlinge nach der Lehrzeit nicht im Fernmeldebereich übernommen. Sie werden nur weiter beschäftigt, wenn sie Arbeiten im Paket- oder Briefdienst übernehmen. Einige der Ausgelernten kommen auf Pförtnerposten.

Hier wird es deutlich, wie die DBP den Reingewinn von 3oo Mio. DM erwirtschaftet hat. Wachsender Leistungsdruck und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Kollegen, andererseits weniger Dienstleistungen und höhere Gebühren sind die Folgen für die Bevölkerung. ●

Eine Postkollegin

Glückstadt/Schleswig-Holstein:

Massenentlassungen bei Temming

Durch Aushänge am schwarzen Brett und die Presse wurde die Belegschaft der Peter Temming AG mit der Nachricht überrascht, daß die Geschäftsleitung 300 Kollegen (über 40 % der Belegschaft) entlassen will. Dieser Betrieb der Papierbranche ist mit seinen über 700 Beschäftigten, der größte Betrieb in Glückstadt/Schleswig-Holstein. Schon bisher lag der Bezirk Glückstadt mit 5,1 % (= 397) Arbeitslosen über dem Bundesdurchschnitt. Für die von den geplanten Entlassungen betroffenen Kollegen besteht so gut wie keine Möglichkeit, am Ort andere Arbeit zu bekommen.

Vorausgegangen waren zwölf Monate Kurzarbeit bei Temming, was die Kapitalisten ja immer als Mittel g e g e n Entlassungen hinstellen. Dem ganzen wird die Krone aber durch die Tatsache aufgesetzt, daß die Temming Kapitalisten aus Steuergeldern 12 Mio. DM zugeschossen bekamen, die jetzt zu Rationalisierungszwecken eingesetzt werden. Nach wie vor gilt: Konzernsubventionen für die Kapitalisten und „Spar"politik für die Arbeiter sichern eben keine Arbeitsplätze!

Die Parteien suchen die Gunst der Belegschaft

Nach einem Gespräch mit Dr. Temming meldete sich Bundestagsvizepräsident **Kai-Uwe v. Hassel (CDU)** zu Wort, daß *„die geplante Maßnahme notwendig* (sei), *um den Bestand des Gesamtwerkes zu sichern... die Maßnahme* (sei) *im guten* (!) *Einvernehmen mit der gesamten Belegschaft und dem Betriebsrat beschlossen worden"* (Nordd. Rundschau 21.11.75).

Tags darauf sah sich der Betriebsrat *„leider* (?!) *genötigt, sich von diesem Bericht zu distanzieren..."* (Rundschau 22.11.75)

Die Belegschaft hatte erst später Gelegenheit, sich auf einer Betriebsversammlung zu äußern. SPD-Vertreter marschierten bei Temming sogar mit einer ganzen Mannschaft auf, von MdL Oppositionsführer Mathiesen, bis hin zu örtlichen SPD-Mitgliedern. Hilfe allerdings bekam die Belegschaft von dieser Seite nicht.

Der MdB-Kandidat Leuschner (SPD) beteuerte, *„daß an dem Beispiel Temming auch die Wichtigkeit der paritätischen Mitbestimmung deutlich werde"* (Rundschau 26.11.). Aber nach anfänglicher Anteilnahme an der *„schweren Belastung für die Betroffenen"* (Mathiesen), lenkten die SPD'ler ein. *„Auch sei ihm* (Leuschner) *unverständlich, daß noch immer kein Sozialplan* (!!) *bestehe. Ein solcher Plan müsse rechtzeitig mit Betriebsrat und Belegschaft abgestimmt werden."* (ebenda)

Das Einmischen der diversen Parteienvertreter diente scheinbar nur dem Zweck, sich rechtzeitig um Stimmen für die nächste Wahl zu bemühen.

Währenddessen zeichnet sich bei Temming ein „fauler Kompromiß" auf Kosten der Kollegenschaft ab. ●

Ein Elmshorner Genosse

ÖTV-Führer mit Klerus vereint – gegen fortschrittliche Kollegen

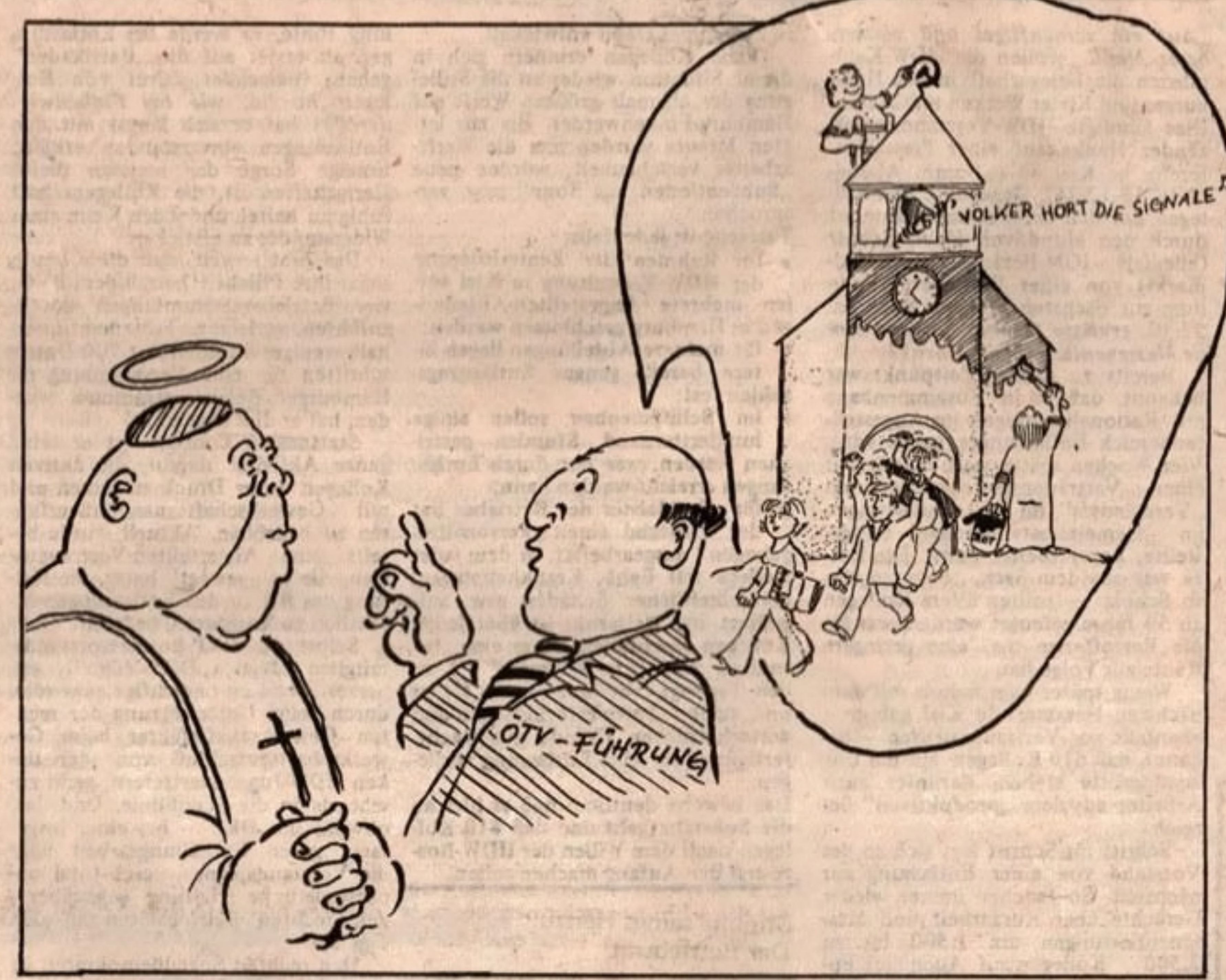
Anfang Oktober leitete der Hamburger Bezirksvorstand der ÖTV mehrere Ausschlußverfahren ein.

Sechs Kollegen aus der Abteilung Sozialarbeit sollten wegen Kandidatur auf einer Liste „Demokratischer Kampf", die – nach Meinung der ÖTV-Führer – „*in erster Linie von der Nachwuchsorganisation des Kommunistischen Bundes getragen wurde*", ausgeschlossen werden. Damit sollten sie an der Kandidatur für die anstehenden Vertrauensleutewahlen im studentischen Bereich gehindert werden.

Wenige Tage später erhielten drei Kollegen der gerade erst frisch eingerichteten Abteilung Religionsgemeinschaften der ÖTV die Mitteilung, daß gegen sie ein Ausschlußverfahren eingeleitet sei.

Der Ausschlußantrag wurde von den ÖTV-Führern mit der Unterstützung der Ziele des Kommunistischen Bundes und Mitgliedschaft im NAK (Nordelbischer Arbeitskreis Kirche – eine Gruppe kirchenoppositioneller Pfaffen) begründet. Anstelle von Argumenten, die ein mögliches gewerkschaftsschädigendes Verhalten hätten nachweisen können, ließen die ÖTV-Führer eine wüste Hetzkanonade vom Stapel: „*politische Traumtänzer*", „*Söhne und Töchter betuchter Bürger*"; „*auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung studiert*"; „*Drahtzieher linksextremistischer Theologen*"; „*Brunnenvergiftung linksextremistischer Akademiker*"; „*schrecken nicht davor zurück .... ganze Kirchengemeinden oder Gotteshäuser als linksextremistische Kaderschmieden ‚umzufunktionieren' und zu mißbrauchen*"; *etc. etc.* (Alle Zitate aus den „Gewerkschaftlichen (??) Mitteilungen").

In Zusammenhang dieser ganzen Hetze wurden die Namen der drei Kollegen öffentlich genannt (dagegen haben sie vor der bürgerlichen Justiz inzwischen eine Einstweilige Verfügung erreichen können).



ÖTV- und Kirchenführer – eine „christliche Solidargemeinschaft"

Diese grenzenlose antikommunistische Hetze ist ein Resultat der Kumpanei der ÖTV-Gewerkschaftsführer mit dem reaktionären (bzw. rechtsradikalen) Klerus.

„*Die ÖTV bemüht sich bekanntlich um ein partnerschaftliches Verhältnis zur Kirche...*" („GM", Okt. 75). In dem Ausschlußverfahren sah das „partnerschaftliche Verhältnis" so aus, daß der zuständige Hamburger ÖTV-Sekretär Bartnicki eine Anfrage über die drei Kollegen bei dem Landeskirchenamtspräsidenten, Dr. Katzenstein (CDU) startete, das heißt, direkt beim „Arbeitgeber"!

Vor etwa einem Jahr veranstalteten ÖTV- und Kirchen-Führer gemeinsam in Schleswig-Holstein ein Seminar mit dem aufschlußreichen Thema: „*Radikale in unseren Organisationen*"!

Auch sonst sind die ÖTV-Führer eng mit der Kirche verbunden. ÖTV-Sekretär Bartnicki ist Mitglied der Synode (Parlament-ähnliches Gebilde). Kein Wunder, daß sich die Gewerkschaftsführer noch damit rühmen, daß sie für Schleswig-Holstein (die einzige Kirche mit Tarifvertrag) „*bisher Aussperrung und Streik zugunsten eines Schiedsverfahrens*" ausgeschlossen haben („GM", Nov. 75).

Kein Wunder, daß die ÖTV-Führer den „Spar"maßnahmen und Stellenstreichungen nichts entgegensetzten als einen Appell an die „*christliche Solidargemeinschaft*".

Kein Wunder, daß die ÖTV Führer die Forderung nach Auszahlung des Weihnachtsgeldes in ihren „Gewerkschaftlichen Mitteilungen" damit „begründeten", daß „*doch die Kirche mit dem christlichen Fest der Freude besonders verbunden ist*" („GM", November 1975).

Und weil die Kirche dem Antikommunismus so „besonders verbunden" ist, schossen die ÖTV-Führer die drei mißliebigen Kollegen ab!

Die ausgeschlossenen Kollegen haben inzwischen alle Vorgänge im Zusammenhang ihres Ausschlusses dokumentarisch an die Kollegen im kirchlichen Bereich weitergegeben. Aus ihrer Darstellung geht eindeutig hervor, daß demokratische Interessenvertretung in jedem Fall erkämpft werden muß und den Gewerkschaftsmitgliedern nicht etwa von den Gewerkschaftsführern in den Schoß gelegt wird. Die Gewerkschaften müssen erst von den Mitgliedern zu Kampforganen gemacht werden. ●

Zelle Rauhes Haus
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Aluminium Werke (HAW)

Persönlichkeitsliste zur Betriebsrätewahl gegen IG Chemie-Führer durchgesetzt !

Nach der skandalösen Trennung der erst vor wenigen Jahren in Hamburg angesiedelten Reynolds-Aluminium-Hütte in zwei voneinander unabhängige Werke (HAW und Reynolds), müssen jetzt die Arbeiter und Angestellten neue Betriebsräte wählen und die Kollegen von HAW sollen von der IG Metall zur IG Chemie überwechseln (wir berichteten bereits mehrmals im AK darüber).

Damit sind von Seiten der Kapitalisten nicht nur materielle Verschlechterungen beabsichtigt, sondern zugleich erhoffen sie sich die Durchsetzung einer stramm antikommunistischen Linie bei den Betriebsräte- und Vertrauensleuteneuwahlen (wofür die Hamburger IG Chemie-Führung sorgen soll und ganz offensichtlich auch will).

Bis auf ein halbes Dutzend Leute haben sich die Arbeiter bei HAW (die künftig zum Chemie-Bereich gehören sollen) geweigert, aus der IGM auszutreten.

Das spornt offenbar die IG Chemie-Führer an, einen Zacken zuzulegen bei ihrem Bemühen, die fortschrittlichen Kräfte im Betrieb zu diffamieren und ihren eigenen unheilvollen Einfluß auszubauen.

Ende November verteilte die IG Chemie in großer Aufmachung (vier Verteiler) ihr erstes Flugblatt. Angeblich nur als „Betreuungsarbeit" für ihre zur Zeit fünf Mitglieder im Betrieb. Ihr Ziel ist ganz eindeutig, den Kampf von Belegschaft und Betriebsrat gegen die Verschlechterungen aus den Chemie-Tarifverträgen zu spalten oder wenn möglich zu verhindern, sowie die Zerschlagung der bisher einheitlichen gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb!

So meinten die Chemie'ler zu den Bemühungen des Betriebsrats: „*Lautstarkes Reden führt nicht zu den Ergebnissen, die für die Kollegen notwendig sind. Gespräche und Verhandlungen mit dem Arbeitgeber allein werden die materiellen Bedingungen der Kollegen regeln. Die von einer Gruppe betriebene einseitige politische Auseinandersetzung dient nur der Verfolgung ihrer eigenen fragwürdigen Ziele.*"

Die Gewerkschaftsführer gaben als Erfolg der IG Chemie-Verhandlungstaktik das Zugeständnis der Kapitalisten an, daß der Urlaub bis Ende 1975 weiter nach Metalltarif bezahlt wird. Das Zugeständnis gibt es – nur haben es die Belegschaft und der Betriebsrat den Kapitalisten abgerungen!

Auf der Betriebsversammlung am 2.12. erschien die IG Chemie-Führung zum ersten Mal im Betrieb. Mit Walter Holst aus dem Vorstand der Verwaltungsstelle Hamburg und in seinem Schlepptau auch noch die DAG.

Von so vielen Freunden umgeben wagten auch die IG Chemie-Anhänger im Betrieb in die Auseinandersetzung einzusteigen. Besonders Betriebsrat-Kandidat Kelle ging gleich scharf zur Sache: „*Wenn jeder zukünftig etwas mehr tun würde als das unbedingt Notwendige, dann würden alle bald mit Spaß und Freude an die Arbeit gehen.*" Diese Unverschämtheiten wurden ständig von Protesten und Zwischenrufen unterbrochen, was Kelle veranlaßte, den letzten Teil seiner Rede – eine Hetze gegen die Linken in Betrieb und Betriebsrat – vorsichtshalber wegzulassen. Als Reaktion hierauf hatten am nächsten Tag Kollegen an mehreren Stellen im Betrieb die Titelseite der „Metall" (eine blinde Kuh) mit der Unterschrift Kelle versehen.

Als Vorbereitung auf die Betriebsratsneuwahlen planten die IG Chemie-Führer, durch die Aufstellung einer IG Chemie-Spalterliste keine Persönlichkeitswahl zuzulassen. Auch hierbei war Kelle wieder besonders aktiv. Er boykottierte eine öffentliche Vertrauenskörper-Sitzung, zu der alle Kandidaten eingeladen waren, um eine gemeinsame Liste aufzustellen.

Aber die Spalter blieben allein und trafen auf den geschlossenen Widerstand der anwesenden Kandidaten, die sich einstimmig für Persönlichkeitswahl und die Aufstellung einer alphabetischen Liste aussprachen.

Angesichts dieser Tatsache bliesen die IG Chemie-Führer vorerst zum Rückzug und auch die treuesten Anhänger Kelle und Krämer ließen sich zähneknirschend auf der Einheitsliste eintragen.

So kommt es jetzt doch noch zur Persönlichkeitswahl. Für die Belegschaft die beste Möglichkeit, nur die Kollegen ihres Vertrauens zu wählen, und Leuten wie Kelle und Krämer eine Abfuhr zu erteilen. ●

Betriebszelle Reynolds/HAW
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig: P. Liebert, 33 Braunschweig, Postlagerkarte 081 368 A

Bremen: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 28 Bremen, Fedelhören 77, Öffnungszeiten: mittw. 16 - 19 Uhr, freitags 15 - 19 Uhr, sbds. 10 - 14 Uhr

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H. Lankau, 242 Eutin, Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 6 Frankfurt/M. 90, Kurfürstenstraße 8, öffentl. Bürostunde: Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen: KB/Gruppe Göttingen, Kontakt: R. Kruppa, über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg: ARBEITERKAMPF, Literatur-Vertrieb + Büro, 2 Hamburg 6, Susannenstraße 41, Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Arbeiterbuch, z.Hd. KB, 3 Hannover, Rehbockstr. 3

Hildesheim: 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider, 234 Kappeln/Schlei, Postlagernd

Kassel: Florian Rohs, 35 Kassel, Goethestraße 31

Kiel: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Landshut: SSB (Sozialistischer Schülerbund), 83 Landshut, Postlagerkarte A 041181

Lüneburg: KB/Gruppe Lüneburg, Samstag 11 - 13.00 Uhr in der Bäckerstraße

Lübeck: c/o Arbeiterbuch, 24 Lübeck 1, Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: P. Wurzbacher, 2410 Mölln, Postfach 1362

Nürnberg: G.N.K., Thomas Gradl, 85 Nürnberg 16, Postfach 16 03 65

Oldenburg: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 29 Oldenburg, Nadorsterstraße 190

Westberlin: A. Radtke, 1 Berlin 21, Thomasiusstr. 2, Freitag 16 - 19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Bremer GEW-Führung:

Mit der Brechstange gegen innergewerkschaftliche Demokratie

In Anlehnung an den verschärften Kurs des Bremer Senats gegen die Lehrer und der Verschärfung der Lage an den Schulen (wir berichteten wiederholt im AK hierüber), verschärft die GEW-Führung die innergewerkschaftliche Disziplinierung.

Jüngstes Beispiel dafür sind die Ausschlüsse von fünf GEW-Mitgliedern auf der Grundlage der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse". Ihnen wurde der Verkauf der „KVZ" und Beteiligung an Veranstaltungen des KBW vorgeworfen, ohne konkret gewerkschaftsschädigendes Verhalten nachweisen zu können.

Die Ausschlüsse alleine aber genügen der GEW-Führung nicht mehr. Gleichzeitig versucht sie jetzt zu verhindern, daß solche Ausschlüsse von den Mitgliedern auch nur diskutiert werden. Die ausgeschlossenen Kollegen sollen nicht einmal mehr ihre „Fälle" vor den Gewerkschaftsmitgliedern darstellen dürfen. Wenn dafür die satzungsmäßigen Grundlagen fehlen, werden sie eben von dem Vorstand geschaffen. Wie das gemacht wird, zeigen zwei Versammlungen der GEW-Bremen.

1. Auf der letzten Delegiertenversammlung (DV) des Bezirks Mitte-Ost waren 2 der ausgeschlossenen GEW-Delegierten dieses Bezirks – auf ausdrücklichen Wunsch der übergroßen Mehrheit der Versammelten – anwesend. Das mochte der Landesvorstand nicht hinnehmen und beeilte sich, ein Exempel zu statuieren. Brieflich teilte er den Mitgliedern kurzerhand mit, daß er sich eine neue Satzungsänderung ausgemauschelt habe:

„Aus der GEW ausgeschlossene Mitglieder haben sich gewerkschaftsschädigend und gewerkschaftsfeindlich verhalten (basta!). *Solche ehemaligen Mitglieder können nicht an Versammlungen von GEW-Gremien teilnehmen. Sollten sie sich an GEW-Versammlungen dennoch beteiligen, sind sie von der Versammlungsleitung aufzufordern, die Versammlungsräume zu verlassen. Sollten sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, sind die notwendigen rechtlichen Schritte einzuleiten (dreimalige Aufforderung; Strafantrag). Findet die Versammlung unter Duldung der Anwesenheit der ausgeschlossenen Mitglieder statt, wird die Versammlungsleitung wegen Satzungsverstoßes zur Rechenschaft gezogen.*

Beschlüsse gelten als nicht gefaßt."

Entgegen der Behauptung dieses Briefes hatte dieser Beschluß noch keine satzungsmäßige Grundlage.

Deswegen wehrten sich die Delegierten gegenüber diesen willkürlichen, unterdrückerischen Methoden. Sie beschlossen am Tag auf die Veröffentlichung des Landesvorstands-(LV)Briefes:

„1. die DV gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß sie am 20.10.75 nicht gegen die Satzung verstoßen hat... 6. Die DV fordert den LV auf, schriftlich nachzuweisen, gegen welche Satzungsbestimmungen der Landes- bzw. Bundessatzung durch das Vorgehen der DV vom 29.10.75 verstoßen wurde ."

Gleichzeitig allerdings erklärten sie sich einverstanden, die Arbeit solange auszusetzen, bis die Schiedskommission entschieden habe. Sie haben sich damit freiwillig dem Spruch einer Institution unterworfen, die fest in den Händen des Vorstands liegt und die zweifellos diese Verhöhnung des Willens der Delegiertenmehrheit absegnen wird.

2. Noch offener trat die Selbstherrlichkeit des Vorstands auf einer weiteren Versammlung zutage.

Auf einer Mitgliederversammlung des Bezirks Süd schickte Landesgeschäftsführer Martens zwei vom Ausschluß betroffene Mitglieder mit gleicher Begündung aus dem Raum. Er behauptete, das geschehe auf Beschluß der Bundes-GEW. Die Mitgliederversammlung ließ sich überrumpeln und die Rausgeschmissenen fuhren nach Hause. Dort kam einer auf die findige Idee, den GEW-Führer Frister höchstpersönlich anzurufen. Der wußte von einem derartigen Bundesbeschluß nichts. Selbst Lügen sind den Bremer GEW-Führern recht, wenn es darum geht, ihre undemokratische, senatsfreundliche Politik gegen die Mitglieder durchzusetzen, nach dem Motto: Die Gewerkschaft – das sind wir, die Führer.

Mittlerweile hat der Bremer Vorstand auch die Bundesführung hinter sich, wie auch nicht anders zu erwarten gewesen ist.

Das absolute Verbot für ausgeschlossene Mitglieder, an GEW-Versammlungen gleich welcher Art teilzunehmen, gilt jetzt für die gesamte GEW bundeseinheitlich.

Uns ist schon ein Fall bekannt geworden, wo dieser Beschluß bereits außerhalb Bremens angewendet wurde: Weil die Vorsitzende der Fachgruppe Grundschulen in Berlin, Ulla Widmer-Rockstroh, während einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe das eindeutige Votum der Anwesenden akzeptierte, eine aus der GEW ausgeschlossene Kollegin nicht des Saales zu verweisen, soll sie aus der GEW ausgeschlossen werden!

Für die Zukunft ist eine ganze Reihe solcher Aktionen der GEW-Führung zu erwarten. Ob dabei die Arbeit der betroffenen GEW-Gremien lahmgelegt wird (Aufhebung aller Beschlüsse) oder Versammlungsleiter mit dem Gewerkschaftsausschluß bestraft werden, weil sie sich an den Willen der Mitglieder gehalten haben, läuft auf das gleiche hinaus: **Ohne Rücksicht auf Verluste beseitigt die GEW-Führung die innergewerkschaftliche Demokratie. Sie will die Gewerkschaft zum willigen Nachbeter ihrer eigenen gewerkschaftsfeindlichen Politik machen, die darin besteht, reaktionäre Verhetzung und Verschlechterung der Ausbildung an den Schulen abzusegnen.** •

KB/Gruppe Bremen

Eine Kritik am Elmshorner IGM-Ortssekretär und die Folge: Gewerkschaftsausschluß

Seit dem 13. Mai 1975 versucht die IG-Metall Ortsverwaltung Elmshorn einen Kollegen aus der Gewerkschaft rauszuschmeißen. Anlaß dazu war ein „Gespräch" mit Ortssekretär Ladehoff über die Vorfälle der Firma Kremer (eine Werft mit damals etwa 300 Beschäftigten). Firma Kremer, kurz vor der Pleite, hatte zu diesem Zeitpunkt etwa 100 Kollegen rausgeschmissen. Ortssekretär Ladehoff meinte, es käme nun darauf an, neue Geldgeber zu finden, damit die Firma Kremer nicht vollends pleite ginge. Die rausgeworfenen Kollegen fielen in den „Ausführungen" von Ortssekretär Ladehoff einfach unter den Tisch. Hauptsache Herr Kremer findet neue Geldgeber, die Kollegen können zusehen, wo sie bleiben. Daß der Kollege diesen Ausführungen Ladehoffs entgegentrat (und noch öffentlich vor etwa 40 Kollegen) ging der IGM-Ortsverwaltung (OV) so sehr gegen den Strich, daß sie seinen Ausschluß aus der IGM betrieben!

Weil er seinen „Beitragsverpflichtungen" nicht nachgekommen sei, *„haben wir Sie endgültig aus unserer Gewerkschaft gestrichen"!* (Schreiben vom 13.5.75).

Als diese Masche nicht klappte, schalteten die örtlichen Gewerkschaftsgrößen auf politischen Angriff um. Monate später (am 14. Aug.) schickte IGM-Ladehoff ein Schreiben: *„Betr.: Ihre Zugehörigkeit bzw. Aktivitäten für eine gegnerische Organisation"* (natürlich gleich mit beiliegendem Revers).

Neben dem „Vorwurf", daß der Kollege in Elmshorn *„das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes ARBEITERKAMPF zum Kauf angeboten"* hat, warf ihm die OV interessanterweise auch vor, *„im Zusammenhang mit dem Konkurs der Firma D.W. Kremer Sohn haben Sie die Auffassung öffentlich vertreten"!*

Das ist natürlich ein dicker Hammer. Kommen die Ladehoff & Co. mit solchen Begründungen durch, können die Gewerkschaftsführer damit jeden, der gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen kämpft, in Kommunistennähe rücken und aus der Gewerkschaft ausschließen. •

Ein Elmshorner Genosse

Kurzarbeit in Bremens Häfen

Noch vor den Wahlen wurde es ängstlich dementiert, jetzt ist es zur Gewißheit geworden: rund 1.400 Arbeiter des Gesamthafen-Betriebs-Vereins (GHB) müssen kurzarbeiten! Veranschlagt wird zunächst mal ein Jahr, die Kurzarbeit kann allerdings um weitere sechs Monate verlängert werden. Hafensenator Brinkmann: „Das reicht bis 1977"! („Bremer Morgenpost", 26.2.75). Danach soll der Aufschwung wieder da sein. Wie sich die Hafenkapitalisten den Aufschwung vorstellen, machten sie schon vor der Kurzarbeit deutlich, indem sie den Personalbestand um rund 100 Kollegen nach und nach abgebaut haben. In den gesamten bundesdeutschen Seehäfen zusammen wurde die Zahl der Beschäftigten gegenüber Mitte 1974 um ca.
2.000 gesenkt. Das entspricht etwa
bundesdeutschen Seehäfen zusammen wurde die Zahl der Beschäftigten gegenüber Mitte 1974 um ca.
2.000 gesenkt. Das entspricht etwa zehn Prozent der dort beschäftigten Kollegen (nach „Bremer Nachrichten", 17.10.75).

Als „flankierende Maßnahme" einigten sich die Gewerkschaft ÖTV und der Hafenbetriebsverein im Lande Bremen auf einen „Personalstrukturplan". Dieser sieht vor:

- Regelungen, nach denen ca. 300 Kollegen, die älter als 59 Jahre sind, mit einer finanziellen Abfindung in den „Ruhestand" geschickt werden.
- Vorschriften, nach denen keine Aufstockung der Belegschaftsstärke des Hafens vorgenommen und Personalabgänge in der Regel nicht ersetzt werden sollen (schleichende Entlassungen!).
- Bestimmungen über den Urlaub der Hafenarbeiter, das heißt die Verteilung der Urlaubsansprüche über das gesamte Jahr (Zwangsurluab!).

Zusätzlich einigte man sich noch auf eine gemeinsame Erklärung, nach der *„der GHB in seiner jetzigen Funktion und Struktur für unerläßlich gehalten wird, um die Leistungskraft der bremischen Häfen unter Berücksichtigung der Beschäftigungsschwankungen 'mittel- und langfristig zu erhalten"* („BN", 26.11.75). Der GHB ist praktisch ein zusätzliches Arbeitskräftepolster. Die Kollegen werden immer dann, wenn Druck von den anderen Stauereien kommt, angefordert, um die Schiffe schnellstmöglich zu be- und entladen. Da dieses Arbeitskräftepolster naturgemäß nie ausgelastet ist (üblicherweise 3 bis 4.000 „Feierschichten" im Monat) und somit für die Kapitalisten auch ziemlich teuer ist, werden die Ausfallschichten normalerweise aus der Garantiekasse bezahlt. Die Einzahlungen in diese Garantiekasse erfolgen zu drei Fünftel von den Hafenkapitalisten, die restlichen zwei Fünftel zahlt die Stadtgemeinde Bremen.

Diese Garantiekasse sichert für alle Hafenarbeiter auch die Bezahlung der Mindestschichtzahl.

Bei rund 8.500 Feierschichten zur Zeit der jetzigen Flaute wird dieser Garantietopf allerdings zu teuer für die Kapitalisten.

Die Kollegen kriegen jetzt ihren Lohn eben über das Kurzarbeiter-
Garantietopf allerdings zu teuer für die Kapitalisten.
Die Kollegen kriegen jetzt ihren Lohn eben über das Kurzarbeiter-
geld vom Arbeitsamt, letztendlich also von dem Geld, was alle Arbeiter einzahlen. Die Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und Garantielohn wird allerdings weiterhin aus der Garantiekasse bezahlt.

Für die Hafenkapitalisten sieht die Situation übrigens nicht so mies aus, wie sie angesichts des Rückgangs der Exporte in den Bremischen Häfen um 17% in den ersten neun Monaten dieses Jahres behaupten: Zwar sanken die Exporte gegenüber dem Vorjahr um rund sieben Milliarden DM von 150 Mrd. auf 143 Mrd. DM, diese Zahlen allein sagen allerdings recht wenig aus, da das letzte Jahr ein ausgesprochenes Boom-Jahr war. Im Vergleichszeitraum 1973 waren es nämlich nur Waren im Wert von 114 Mrd. DM. Der Vergleich der mengenmäßigen Ausfuhrentwicklung zeigt, daß das Exportvolumen durch Preiserhöhungen aufgebläht wurde. Hier liegen die Zahlen für 1973 und 1975 (jeweils die ersten acht Monate) mit 90 bzw. 89 Mill. Tonnen fast gleich. 1974 waren es 108 Mill. Tonnen! Aber die Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG), mit rund 4.000 Beschäftigten größte Stauerei in Bremen und Bremerhaven, konnte für das Geschäftsjahr 1974 eine Dividende von zehn Prozent ausschütten. •

KB/Gruppe Bremen

GEW – Bosse auf Vormarsch

Am 29.11.75 tagte der Hauptvorstand der GEW-Bund. Er faßte zwei Beschlüsse:

1. Aus der GEW ausgeschlossene Kollegen haben keinen Zutritt zu gewerkschaftlichen Veranstaltungen. Wer dies trotzdem zuläßt, verhält sich „gewerkschaftsschädigend". Der Vorsitzende einer Versammlung ist für die Einhaltung dieses Beschlusses verantwortlich. Bei Zuwiderhandeln darf er sich nicht auf den Willen der Mehrheit einer Versammlung stützen (z.B. Abstimmung über Rederecht von Betroffenen), sondern ihm droht wegen „gewerkschaftsschädigendem" Verhalten selbst der Ausschluß.

2. Der Hauptvorstand schloß 18 Kollegen, davon 12 aus Hamburg, auf Grund des Unvereinbarkeitsbeschlusses aus der GEW aus.

Die 12 Kollegen aus Hamburg, die seit dem 7.4.75 auf der „schwarzen Liste" des Hamburger Landesvorstandes stehen, konnten bisher ihren Rausschmiß durch eine einstweilige Verfügung verhindern; denn bis zum 26.11. hatte der Hamburger Landesverband eine vollständige Abhängigkeit von der GEW Bund (und damit die Ausschluß-Befugnis für den Hauptvorstand) erfolgreich abgelehnt.

Mit den beiden Entscheidungen hat die Gewerkschaftsführung einen weiteren Schritt hin zur völligen Entmündigung der Mitglieder getan. Den Mitgliedern ist nicht nur die Entscheidung über Ausschlüsse aus der Hand genommen, ihnen wird unter Androhung des eigenen Ausschlusses der öffentliche Verkehr mit den Ausgeschlossenen untersagt.

Westberlin: Delegierte fassen Beschluß gegen den Hauptvorstand

Mitte November hatte die Vorsitzende der Fachgruppe VR von Frister persönlich einen Brief mit der Drohung ihres Ausschlusses erhalten, weil sie in der Fachgruppenversammlung auf Beschluß der Mehrheit der Mitglieder ausgeschlossenen Kollegen das Gastrecht gewährte. Auf der Landesvertreterversammlung beschloß nun die Mehrheit der Delegierten grundsätzlich, ausgeschlossene Kollegen als Gäste an GEW-Veranstaltungen teilnehmen zu lassen und ihnen dort das Rederecht zu gewähren. Dieser Beschluß wurde gegen den Protest des Landesvorstands gefaßt. Die „linke" Landesvorsitzende Kujawa distanzierte sich unmittelbar danach. Ihrem persönlichen Einsatz für die Bundessatzung (die sie auf dem Mainzer Kongreß noch vehement abgelehnt hatte) ist es auch zu verdanken, daß die Verwirklichung dieses Beschlusses – einige ausgeschlossene Kollegen waren auf der VV anwesend – scheiterte. Die Mehrheit der Delegierten entschied sich für die „Nichtbefassung" eines Antrags auf Rederecht für diese Kollegen.

Hamburg: Gewerkschaftsführer setzen sich durch

In Hamburg haben die „linken" Sozialdemokraten mit Unterstützung der DKP eine Manifestation des Widerstands gegen die Machtpolitik der Frister und Co. auf der Landesvertreterversammlung verhindert. Die LVV hatte zuvor (26.11.) die Unterwerfung unter die Bundessatzung nur unter der Bedingung eines „Kompromisses" vollzogen (siehe AK 70).

Die Anerkennung der Ausschlußpraxis sollte von der „Kontrolle" einer regionalen Fünfer-Kommission und von einer „Amnestie" für „Vergehen" vor dem 21.5.75 abhängig gemacht werden. Mit dem Ausschluß der 12 Hamburger Kollegen hat sich der Hauptvorstand nur drei Tage danach über diesen „Kompromiß" hinweggesetzt, von dem der Hamburger Landesvorsitzende Lemke den Delegierten versichert hatte, Frister werde „zähneknirschend" diese „politische Willenserklärung" des Landesverbands respektieren.

U.a. von der Fachgruppe Gymnasien und der Betriebsgruppe arbeitsloser Lehrer lagen daraufhin der nächsten LVV (9.12.) Anträge vor, in denen die Bestätigung der vollen Mitgliedsrechte der betroffenen 12 Kollegen durch die LVV gefordert wurde, um ihren Ausschluß zu verhindern. Diese Anträge durften zwar diskutiert werden, zur Abstimmung ließ der „linke" Lemke sie nicht zu!

Stattdessen „durften" die Delegierten eine unverbindliche „Rüge" an den Hauptvorstand verabschieden mit der Aufforderung, die Ausschlüsse zurückzunehmen. Einem betroffenen Delegierten, der eine persönliche Erklärung vor der LVV abgeben wollte, wurde das Mikrofon abgedreht.

Zwar gelingt es den derzeitigen „linkssozialdemokratischen" Hamburger Vorstandsmitglieder im Augenblick noch relativ leicht, ihre Politik durchzusetzen. Es wächst aber auch der Unmut vieler Mitglieder, weil es gar nicht zu verbergen ist, daß hier die antidemokratische Politik des Bundesvorstands zwar mit „Rügen", aber letztlich doch übernommen wird. •

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Über 3000 auf Betriebsräte-Veranstaltung



Mehr als 3000 Menschen waren am 6. Dezember einem Aufruf mehrerer Betriebsräte, Jugendvertreter und gewerkschaftlicher Kollegengruppen zu einer Veranstaltung in die Hamburger Messehallen gefolgt. Namentlich hatten Betriebsratskollegen aus folgenden Betrieben als Veranstalter unterzeichnet: Reynolds/HAW, Hanomag-Henschel, Texaco, Opel/Bochum, Pierburg/Neuß, Philips/Elektronik, HHLA, GHB, Schenker, Colgate, Iduna. Darüberhinaus hatten aufgerufen die HBV-Betriebsgruppe Iduna, der Arbeitskreis Transport, der Gesamtschülerrat der Gewerbeschule für Maschinenbau (G1) und Jugendvertreter von Conz–DEMAG, HDW/Hamburg, HDW/Kiel, Messerschmidt-Bölkow-Blohm, AEG, Rheinstahl/EK, T&N, Hauni und Vidal.

Die hohe Teilnehmerzahl bei dieser Veranstaltung kam vor allem dadurch zustande, daß in den Betrieben selbst sehr stark mobilisiert wurde (die aufrufenden Betriebsräte hatten vielfach selbst die Aufrufflugblätter vor den Werkstoren verteilt und Eintrittskarten in den Abteilungen etc. verkauft). Aus mehreren Hamburger Großbetrieben waren jeweils bis zu 40 Kolleginnen und Kollegen erschienen. Die mitveranstaltenden Betriebsräte von Opel/Bochum hatten aus ihrem Betrieb ebenfalls 50 Kollegen mobilisieren können.

Um den Erfolg dieser Betriebsräte-Initiative zu schmälern, hatten die Führer des DGB über Rundfunk (Regionalnachrichten!) und Presse („Hamburger Morgenpost") dazu aufgerufen, die Veranstaltung zu boykottieren.

Sie behaupteten, daß die veranstaltenden Betriebsräte nicht „echt" seien (Schlagzeile in der „Morgenpost": „*Vorsicht vor ‚Betriebsräten'*") und meinten, die Gewerkschaftsmitglieder vor „*Drahtziehern*" im Hintergrund dieser Veranstaltung warnen zu müssen.

> **Vorsicht vor „Betriebsräten"**
> **Hamburg – Vor einer sogenannten Betriebsräteversammlung warnt der DGB seine 280.000 Mitglieder. Die „Drahtzieher" der heute stattfindenden Veranstaltung sind nach Meinung der Hamburger Gewerkschaften kommunistische Gruppen, darunter der linksradikale „Kommunistische Bund".**

Der BR-Vorsitzende von Reynolds/Hamburger Alluminiumwerke, der die Veranstaltung eröffnete, wies diese Hetze unter großem Beifall der Teilnehmer zurück. Er berichtete u.a. davon, daß in seinem Betrieb der Betriebsrat mit zehn Ja-Stimmen (bei nur drei Gegenstimmen) für die Unterstützung der Veranstaltung eingetreten sei. Und weiter: „*Alle anderen als Veranstalter unterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen sind durch W a h l in die Betriebsräte bzw. Jugendvertretungen ihrer Betriebe geschickt worden. Ob das den DGB-Führern paßt oder nicht – das sind die Tatsachen!*" Zu den „Warnungen" der DGB-Führung vor kommunistischen „Drahtziehern" erklärte der Reynolds-BR-Vorsitzende: „*Dazu kann ich nur sagen, daß wir die veranstaltenden Belegschaftsvertreter nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgesucht haben, sondern daß für uns nur e i n e Frage von Interesse war: Engagieren sie sich für die Sache der Arbeiter und Angestellten oder nicht!*" Darüberhinaus wüßten die veranstaltenden Betriebsräte natürlich „*Den Unterschied zu würdigen, der zwischen SPD-Führung – wozu die DGB-Führer ausnahmslos gehören! – und den Kommunisten besteht: Die einen sind maßgeblich mitverantwortlich für die Durchsetzung der kapitalistischen Krisenpolitik. Die anderen kämpfen dagegen!*"

Wenngleich es den DGB-Führern ganz offensichtlich nicht gelungen ist, diejenigen Hamburger Kolleginnen und Kollegen, die sich zur Teilnahme an der Veranstaltung entschlossen hatten, davon abzubringen, so haben sie doch mit ihren Drohungen und Verleumdungen erreichen können, daß die Betriebsräte von Pierburg/Neuß ihre Beteiligung an der Initiative zurückzogen (also keinen Sprecher schickten und auch nicht den angekündigten Film über den 73'er Streik bei Pierburg zur Verfügung stellten).

Durch diese bedauerliche (aber in gewisser Weise verständliche) Entscheidung der Pierburger mußte der ursprünglich geplante Veranstaltungsablauf geändert werden, wodurch einige Schwierigkeiten entstanden.

„Gegen kapitalistische Krisenpolitik – die Einheit verstärken !"

Das war die Hauptlosung der Betriebsräte-Veranstaltung. Ein Betriebsrat von Texaco, der im Namen aller mitveranstaltenden Hamburger Betriebsräte sprach, führte dazu aus, „*daß sich die arbeitende Bevölkerung gegen die ihr aufgebürdeten Krisenlasten zur Wehr setzen muß und sich nicht der von Kapital und Staat betriebenen ‚Spar'-, Rationalisierungs- und Lohnraubpolitik unterwerfen darf – und daß Männer und Frauen, Erwachsene und Jugendliche, westdeutsche und ausländische Arbeiter sich nicht spalten lassen dürfen, sondern eine einheitliche Kampffront gegen den gemeinsamen Gegner – die Kapitalistenklasse – bilden müssen.*"

In den Referaten, freien Redebeiträgen und dem Film über die Arbeit der Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe bei Opel/Bochum wurde auf Ursachen und Folgen der kapitalistischen Krise, die besondere Verantwortlichkeit der „sozial-liberalen" Bundesregierung für die Abwälzung der Krisenlasten auf die werktätige Bevölkerung und die Anpassungspolitik der Gewerkschaftsführung in diesem Zusammenhang eingegangen.

Im Mittelpunkt des Interesses stand zweifellos die Frage, wie sich die Arbeiter und Angestellten gegen die kapitalistische Krisenpolitik zur Wehr setzen und Schritte zu einer einheitlichen Kampffront ihrer Klasse machen können. Anhand eigener Erfahrungen schilderten Kolleginnen und Kollegen von Opel/Bochum, Colgate (Hamburger Chemie-Betrieb), Broschek (Hamburger Druckbetrieb), Philips/Elektronik (Hamburger Metallbetrieb und „Hannoversche Allgemeine Zeitung" die Situation in Notwendigkeit einer selbständigen, oppositionellen Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit.

Es wurde anhand zahlreicher Beispiele nachgewiesen, daß die Gewerkschaftsführer und Leute ihres Vertrauens in den Betrieben nicht nur nichts zur Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Krisenpolitik unternehmen, sondern darüberhinaus diejenigen mit Gewerkschaftsausschlußverfahren und Funktionsentzug verfolgen, die für eine konsequente Politik im Interesse der Arbeiterklasse eintreten.

Der (schon oben zitierte) Betriebsrat von Texaco erklärte deshalb „*daß oppositionelle Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik kein Selbstzweck ist. Sie ist auch keine theoretische Frage. Das Vorgehen und die gesamte Funktion der Gewerkschaftsvorstände – wie es sich am deutlichsten jetzt in der Krise zeigt – z w i n g t geradezu zu einer oppositionellen Politik. Anders lassen sich auf Dauer Arbeiterinteressen nicht wirksam vertreten! Weder in den Betrieben noch gesamtgesellschaftlich!*"

Er kritisierte ausdrücklich rechtsopportunistische und „links"sektiererische Fehler in der Gewerkschaftsfrage: Zum einen die Haltung der DKP, die in der „*Abschwächung oppositioneller Politik, bis hin zum Verzicht auf eine solche*" besteht und zum anderen „ *die RGO-Projekte der ‚ML'-Organisationen*", die nicht nur „*bedeutungslos* (sind), *sondern ... zu allem Überfluß auch noch davon ab*(lenken), *daß es ja nicht die Linken, sondern die Gewerkschaftsführer sind, die .... eine Politik der Spaltung*



betreiben!"

Und es war im Sinne a l l e r Redner dieser Betriebsräte-Veranstaltung, als der Texaco-Kollege erklärte, „***daß wir von uns aus die Spaltung der Gewerkschaften ablehnen. Wir wollen Einheit, nicht Spaltung! Allerdings keine ‚EINHEIT UM JEDEN PREIS'. Einheit kann nicht bedeuten, daß wir uns den Gewerkschaftsvorständen unterwerfen, wenn sie die Wahl linker Betriebsräte verhindern wollen. Einheit bedeutet auch nicht, Unterwerfung unter die Tarifpolitik der Gewerkschaftsvorstände!***"

...„die Einheit verstärken !"

Von allen Rednern auf dieser Veranstaltung wurde betont, daß es notwendig sei, zu einer stärkeren Zusammenarbeit und größeren Einheitlichkeit zwischen den noch sehr zersplitterten Ansätzen selbständiger betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeiterpolitik zu kommen. Dabei gehe es vor allen Dingen darum, Erfahrungen breiter zugänglich zu machen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen.

In eine solche Koordination müßten weit mehr Kolleginnen und Kollegen einbezogen werden, als das zu der Hamburger Betriebsräte-Veranstaltung bereits möglich gewesen wäre. Einheitlichkeit bestand auch in der Auffassung, daß „KPD" und „KPD/ ML" nicht zu den Kräften zu zählen sind, mit denen man zusammenarbeiten kann. Schließlich kann kein ernstzunehmender Arbeiter sich mit Leuten zusammentun wollen, die für die Stärkung des westdeutschen Imperialismus eintreten und die jeden auch noch so vorsichtigen Ansatz zu einer selbstständigen Arbeiterpolitik lauthals für ihre„Partei reklamieren.

Heute kann es nicht darum gehen, irgendwelche „neuen" Organisationsformen zu propagieren, die dem Stand der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung überhaupt nicht entsprechen. Sondern es kommt darauf an, über die Zusammenarbeit, Informations- und Erfahrungsaustausch in einzelnen Fragen (Frauen- und Ausländerarbeit z.B.) oder branchenspezifische Fragen (z.B. Probleme der Automobilarbeiter, Chemie- oder Druckarbeiter) zu einer besseren Koordination und schließlich zu einer größeren Übereinstimmung zu gelangen.

Um das zu erreichen, können sowohl zweiseitige Kontakte zwischen oppositionellen Arbeiter- und Angestelltengruppen als auch Konferenzen auf breiterer Basis sinnvoll sein.

Die Hamburger Betriebsräte-Veranstaltung wurde von allen Beteiligten als ein Schritt in die richtige Richtung verstanden. Und sie hat darüberhinaus das Interesse von oppositionellen Betriebsräten und Gewerkschaftern aus mehreren Betrieben in der Bundesrupblik gefunden (so waren aus Bayern eine Reihe von Betriebsräten nach Hamburg gekommen, um an der Veranstaltung teilzunehmen und die Initiative der veranstaltenden Betriebsräte zu begrüßen). ●

Metall-Komitee
KB – Gruppe Hamburg

Gegen kapitalistische Krisenpolitik – Die Einheit verstärken

PRP-BR

MES

Kurs auf den „bewaffneten Aufstand"?

Die revolutionären Organisationen MES (Bewegung der Sozialistischen Linken) und PRP (Revolutionäre Partei des Proletariats) hatten sich in den letzten Wochen vor dem konterrevolutionären Putsch vom 25./26. November einander in einigen wesentlichen Positionen angenähert. Das betrifft insbesondere die Punkte der Aktualität der Machtfrage, des bewaffneten Aufstands, einer „revolutionären (Übergangs-)Macht" bzw. „Regierung der Revolutionären Einheit" u.ä.

MES und PRP sind Mitglieder der FUR (Revolutionäre Einheitsfront), ein Zusammenschluß von ursprünglich acht Organisationen. Von diesen verließ zunächst die „ML"-Gruppe „1. Mai" die FUR; kurz darauf wurde die revisionistische Partei, PCP, wegen ihres Paktierens mit der bürgerlichen „Sozialistischen" Partei (PS) des Mario Soares aus der FUR ausgeschlossen. Nach dem 25. November verließ die LUAR (Einheitsliga der Revolutionären Aktion – eine „Sponti"-Organisation) die FUR (dazu an anderer Stelle dieses AK). Gerüchte, daß auch die (verhältnismäßig unbedeutende) trotzkistische LCI (Internationale Kommunistische Liga) aus der FUR ausgetreten sein soll, konnten wir bisher nicht bestätigt finden.

MES und PRP haben in den letzten Wochen vor dem 25./26. November in der Frage der „revolutionären Übergangsmacht" und des „bewaffneten Aufstands" unserer Meinung nach falsche Vorstellungen vertreten. Diese sollen hier dargestellt und kritisiert werden. Keinesfalls schließen wir uns damit den bürgerlichen oder auch den revisionistischen und trotzkistischen Interpretationen an, die diese beiden Organisationen in i r g e n d e i n e r Weise für die Ereignisse vom 25./26. November verantwortlich machen wollen. Etwa in dem Sinn, daß sie mit einem „Abenteuer" der Reaktion den Vorwand zum losschlagen gegeben hätten, daß sie vielleicht die Fallschirmjäger von Tancos „zu einer unbedachten Aktion verleitet" hätten usw.

Es ist wohl sicher, daß die Aktion der Fallschirmjäger von Tancos (die sich überhaupt erst in den letzten Wochen, nach ihrem Einsatz bei der Sprengung des fortschrittlichen Rundfunksenders „Radio Renascenca", politisiert hatten) nicht von politischen Organisationen „gesteuert" war und ganz sicher nicht von MES und PRP. Die Ereignisse zeigten, daß diese beiden Organisationen von der Aktion der Fallschirmjäger ebenso überrascht wurden wie von der folgenden Demobilisierung der PCP.

Die Fehler, die MES und PRP unserer Meinung nach in ihrer Einschätzung und in ihren Schlußfolgerungen vor dem 25. November gemacht haben, sind grundlegend anderer Art als die „Fehler" der revisionistischen PCP. Diese Partei hat in Wirklichkeit keine F e h l e r begangen, sondern b e w u ß t an jedem Punkt des revolutionären Prozesses eine objektiv bürgerliche, massenverachtende und letztlich konterrevolutionäre Politik betrieben (vgl. dazu an anderer Stelle dieses AK). Die Fehler von MES und PRP sind auch von ganz anderer Art als die Fehler der Vaterlandsverteidiger und „Supermachts"-Fanatiker, von der „PCP/ML" (die offen ins Lager der Konterrevolution und der faschistischen Scharfmacher übergegangen ist) bis hin zur vergleichsweise „gemäßigten" UDP; diese war in der Situation des 25./26. November so sehr in ihre eigenen krausen Vorstellungen verstrickt, daß sie kaum handlungsfähig war.

MES und auch PRP kommt das Verdienst zu, die Entwicklung der FUR entscheidend vorangetrieben zu haben. Sie haben, als einzige, konsequent auf die Notwendigkeit der Bewaffnung der Arbeiterklasse hingewiesen. Am 25./26. November waren sie offenbar die einzigen wesentlichen Kräfte, die überhaupt die Massen zu mobilisieren versuchten.

Unsere Kritik an bestimmten Positionen des MES steht überhaupt nicht in Widerspruch zu den solidarischen und freundschaftlichen Beziehungen, die sich in diesem Jahr zwischen unseren beiden Organisationen herausgebildet haben. Wir würden es begrüßen, wenn es über die für uns offenen Fragen zu einer Diskussion, auch öffentlich, kommen könnte.

„Die Stunde ist gekommen ..."?

beginnt mit den Worten „Die Tage, die wir jetzt erleben, sind Tage des Aufstands" (S. 2). Es bestünde „die Drinelichkeit, daß die Arbeiter die

„Die Stunde ist gekommen ..."?

MES und PRP gingen in den letzten Wochen vor dem 25. November davon aus – zuletzt auch in gemeinsamen Erklärungen –, daß die Frage der Machtergreifung sich kurzfristig stellte, daß aktuell *„die einzige Losung, die es erlaubt, die Konterrevolution zu schlagen, in der Bildung einer Regierung der Revolutionären Einheit"* bestand (Gemeinsames Kommuniqué MES/PRP in der MES-Zeitung „Poder Popular" vom 25. November). Ausdruck dieser Politik war ein weiteres gemeinsames Kommuniqué MES/PRP, das gerade am Morgen des 25. November – also unmittelbar vor Beginn des konterrevolutionären Putsches – veröffentlicht wurde. Diese gemeinsame Erklärung schließt mit den Parolen: **„Nieder mit der VI. Regierung", „Nieder mit dem Konter-Revolutionsrat", „Vorwärts zur Regierung der Revolutionären Einheit", „Es lebe die bewaffnete Volksmacht", „Es lebe die sozialistische Revolution"** („Poder Popular", s. o.).

Die gesamte Propaganda von MES und PRP in den Wochen vor dem 25. November beweist, daß es hier nicht bloß um radikale Parolen, losgelöst von Ort und Zeit, ging, sondern um ein konkretes Verständnis der nächsten bzw. kurzfristig anstehenden konkreten Schritte:

Am 1./2. November fand die 5. „Nationale Versammlung" des MES statt. Dabei wurde eine Analyse mit 18 Thesen zur „Revolutionären Macht" erarbeitet. These 1 lautete: *„Der Klassenkampf in Portugal hat eine Phase erreicht, wo sich die Machtfrage stellt ... Die portugiesische Gesellschaft befindet sich in einer Phase des Umbruchs, am Vorabend eines neuen qualitativen Sprungs"* („Poder Popular", 18. November).

Die PRP brachte ein „Manifest" ihres Zentralkomitees als Broschüre heraus (10. November), das den Titel trägt „Gegen den Bürgerkrieg – bewaffneter Aufstand". Dieser Text beginnt mit den Worten *„Die Tage, die wir jetzt erleben, sind Tage des Aufstands"* (S. 2). Es bestünde *„die Dringlichkeit, daß die Arbeiter die Macht ergreifen"* (S. 3). *„In Portugal sind die Bedingungen für den Aufstand herangereift, der notwendigerweise bewaffnet sein wird"* (S. 26).

Der Aufstand wird dabei folgendermaßen definiert: *„Der Aufstand ist kein Wunder, das sich an einem schönen Tag ereignet; er ist eine Bewegung, die an Breite und Organisiertheit zunimmt und die niemand aufhält, bis sie mit der Machtergreifung ihren Höhepunkt erreicht. Diese Bewegung hat schon mit ihren ersten Schritten begonnen"* (S.1).

Das gemeinsame Kommuniqué von MES und PRP vom 25. November schließlich beginnt mit den Worten: *„Die Stunde ist gekommen, um der Bourgeoisie endgültig eine Lehre zu erteilen. Der Wille der Werktätigen ist mehr als bekräftigt. Die Stunde ist gekommen, um ihre Macht zu bekräftigen"*. Die Erklärung schließt mit den Worten: „ ... *Aber auf diese Angriffe der Bourgeoisie werden die Arbeiterklasse, die Bauern, die Soldaten und Matrosen mit der Gewalt antworten, die notwendig ist, um mit den faschistischen Umtrieben Schluß zu machen und vorwärts zu marschieren mit der Machtergreifung. Mit ihnen sind die revolutionären Soldaten und Offiziere, die sich zur Verteidigung derselben Ziele organisiert haben. Arbeiter und Bauern müssen in Massen zu ihren Arbeitsplätzen eilen und sich organisiert halten, bereit für die notwendigen Bewegungen. Das werktätige Volk muß vorbereitet sein, um an jedem Ort die wesentlichen Organe in seine Hände zu nehmen"*.

Es folgen die bereits erwähnten Parolen: „Nieder mit der VI. Regierung" etc. („Poder Popular", 25. November). Diese Erklärung erscheint zugleich am 25. November in der Tageszeitung „A Capital" – wohlgemerkt v o r dem Beginn der Aktion der Fallschirmjäger von Tancos und den folgenden putschistischen Maßnahmen der Rechten.

Das gemeinsame Kommuniqué vom 25. November zeigt gewissermaßen die Konkretisierung der von MES und PRP in den Wochen zuvor verfolgten Orientierung auf bewaffneten Aufstand und Machtergreifung. Anlaß dieser Erklärung war die Absetzung Carvalhos als Kommandeur der Militärregion Lissabon (die mit einigem Grund als Signal für das unmittelbare Bevorstehen eines Rechtsputsches gedeutet wurde) sowie die reaktionären Bauerndemonstrationen, Straßensperren, Barrikaden etc. im Gebiet von Rio Major.

Dies zeigt, daß MES und PRP, ungeachtet der konkreten Mobilisierungsmöglichkeiten, am Vorabend des 25./26. Novembers, ausdrücklich auf revolutionäre Massenaktionen, bis hin zur Übernahme der wesentlichen Machtorgane durch die Werktätigen, orientierten. Und zwar nicht allgemein, sondern als aktuelle Aktionslosungen.

Die „Revolutionäre Übergangsmacht"

Die Vorstellung war, daß die bürgerliche VI. Regierung abgewirtschaftet hatte und daß es möglich und notwendig sei, eine „Revolutionäre Übergangsmacht" („Poder Popular", 25. November) zu errichten, die meist mit dem Begriff der „Regierung der Revolutionären Einheit" bezeichnet wurde.

Genosse Lenin

Die klarste Definition dieser „Revolutionären Übergangsmacht" enthält ein Artikel unter eben diesem Titel in der „Poder Popular" vom 25. November. Danach soll diese *„noch nicht den Charakter einer Arbeiter- und Volksmacht"* haben, sondern *„eine Übergangsmacht zur Arbeiter- und Volksmacht"* sein. *„Die Errichtung der revolutionären Macht bedeutet das Ende der ‚demokratischen' Phase des revolutionären Prozesses und stellt den Beginn der sozialistischen Revolution dar"*. Als Aufgaben der „revolutionären Macht" wurden benannt: **„Stärkung der Volksmacht, mit Blick auf die Einberufung einer Nationalen Volksversammlung; Entwicklung der Arbeiterkontrolle über die Produktion und Kontrolle des werktätigen Volkes über die gesamte Wirtschaft; Vertiefung der Landreform und Ausdehnung aufs ganze Land; Politik der nationalen Unabhängigkeit; Einrichtung von Volksgerichten gegen Faschisten und andere Konterrevolutionäre; Bildung eines Revolutionären Volksheeres; Einleitung einer Kulturrevolution; Maßnahmen zur Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse des werktätigen Volkes"** (nach „Poder Popular", 25. Nov. – Abdruck von Thesen und Dokumenten der 5. Nationalen Versammlung des MES vom 1./2. November).

Die Errichtung einer derartigen „Übergangsmacht" wurde vom MES (und PRP ebenso) als eine aktuelle Aufgaben angesehen. Nicht beantwortet wurde die Frage, w i e eine solche „Übergangsmacht" zu errichten wäre und welche Bedingungen dafür konkret gegeben waren. Nicht beantwortet wurde die Frage, auf welche politischen Kräfte sich eine „Regierung der Revolutionären Einheit" hätte stützen können. Insbesondere nicht beantwortet wurde die Frage nach der Stellung der revisionistischen PCP in einem solchen Prozeß und in (bzw. zu) einer solchen „Übergangsmacht" und einer solchen „Regierung der Revolutionären Einheit".

Faschismus oder Sozialismus?

Zunächst mag es, insbesondere nach den Erfahrungen mit dem Ablauf des Rechtsputsches vom 25./26. November, schlicht absurd erscheinen, daß MES und PRP überhaupt die Frage des bewaffneten Aufstandes und einer „Revolutionären Übergangsmacht" auf die Tagesordnung setzen konnten.

Diese Politik läßt sich indessen besser verstehen, wenn man sich die zugrunde liegenden Überlegungen der portugiesischen Genossen ansieht: Die beiden Organisationen gingen davon aus, daß sich die Verschärfung der Klassenkämpfe in Portugal und die Krise der bürgerlichen Regierung auf die Frage „Faschismus oder Sozialismus" zuspitzte, so daß es nötig sei, der Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft durch eine revolutionäre Massenmobilisierung, durch den bewaffneten Aufstand (insbesondere von PRP propagiert) und durch die Errichtung der „revolutionären (Übergangs-)Macht" entgegenzutreten und zuvorzukommen.

So erklärte die PRP in der erwähnten Broschüre: *„Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Lage wird in kurzer Zeit entweder zum Faschismus oder zur sozialistischen Revolution führen"* ... *„Der Weg des Aufstands ist der einzige, der einen Bürgerkrieg vermeiden kann"* (S. 2 und 3). Hinter diesem zunächst etwas paradox anmutenden Satz steht folgende Überlegung: Die wirtschaftliche Lage verschlimmert sich immer mehr, wodurch mögliche Bündnispartner des Proletariats (Bauern, Kleinbürger) verelenden und an die Seite der Konterrevolution getrieben werden (siehe vor allem Nordportugal) und von dieser als Basis eines Bürgerkriegs eingesetzt werden könnten; daher sei es dringend notwendig, daß die Arbeiter die Macht ergreifen, da *„nur eine revolutionäre Regierung mit einem revolutionären Programm"* die Krise lösen könne (Broschüre, S. 3).

In den 18 Thesen der 5. Nationalen Versammlung des MES (s.o.) hieß es in These 7 und 8 zum selben Thema: *„Diese Krise der Herrschaft der Bourgeoisie ist an ihrem höchsten Punkt oder sehr nahe daran. Davon ausgehend kann die Lage sich nicht mehr viel länger hinschleppen: Entweder wird die Bourgeoisie von der Macht gestürzt oder die Wiedergewinnung ihrer Klassenherrschaft wird in kurzer Zeit erfolgen. Eine solche Wiedergewinnung erfordert, in einem Land wie unserem, den Einsatz der gewaltsamen Unterdrückung gegen die Werktätigen und den systematischen Angriff auf ihre Klassenorganisationen, was völlig unvereinbar mit einem Regime der bürgerlichen Demokratie und öffentlichen Freiheiten ist ..."* („Poder Popular", 18. November).

Die PRP wiederholte ihre Aussagen sogar ausdrücklich nach dem Rechtsputsch vom 25./26. November. In einer ersten Erklärung hieß es: *„Heute sagen wir erneut, daß es entweder Sozialistische Revolution oder Faschismus geben wird. Es gibt keinen Raum für Zwischensituationen und deshalb müssen die Werktätigen sich schleunigst organisieren, um die Macht zu ergreifen"* (Pol. Sekretariat der PRP, 30.11. – in „Revolução", Zeitung der PRP, vom 5.12.).

Anscheinend im Gegensatz zum Festhalten von PRP an der alten Linie hat der MES nach dem Rechtsputsch vom 25./26. November neue Parolen aufgestellt: *„Vereinigen wir uns gegen die Faschisten, die uns erneut ihre terroristische Diktatur des Kapitals aufzwingen wollen! Organisieren wir uns, verteidigen wir unsere Errungenschaften, unsere Kampf- und Machtorgane! VEREINIGEN, ORGANISIEREN, VOLKSWIDERSTAND!* (Anm. AK: Zum Vergleich, die Hauptparole der PRP ist nach wie vor **„Vereinigen, organisieren, bewaffnen"**) . . . *DER FASCHISMUS KOMMT NICHT DURCH!"* („Poder Popular", Sondernr. vom 1. Dezember – die Parolen des Gemeinsamen Kommuniqués MES/PRP vom 25. November zum Sturz der Regierung etc. sind fallengelassen worden).

Gerade der vollständige Wechsel der Parolen des MES beweist noch einmal (falls ein solcher Beweis noch nötig wäre), daß die Parolen von MES und PRP vor dem 25. November – vom Sturz der Regierung über die bewaffnete Volksmacht bis hin zur sozialistischen Revolution (!) nicht als allgemeine Parolen einer längerfristigen Strategie zu verstehen waren, sondern ziemlich konkret und aktuell gemeint waren.

Diese Parolen und die durch sie ausgedrückte Aufgabenstellung waren nicht das Ergebnis einer umfassenden Analyse a l l e r Seiten des revolutionären Prozesses, a l l e r objektiven u n d subjektiven Faktoren. Nicht gründlich analysiert wurde die Frage, welche Bedingungen für die sozialistische Revolution bzw. für eine „Revolutionäre Übergangsmacht" gegeben waren, ob dafür überhaupt Voraussetzungen bestanden. Der Hauptakzent lag auf der N o t w e n d i g k e i t des Aufstands, nicht aber auf der Frage nach der M ö g l i c h k e i t.

Lenin über den bewaffneten Aufstand

In „Poder Popular" vom 11. November waren über eine Seite die wesentlichsten Inhalte von Lenins Artikel **„Marxismus und Aufstand"** (Bd. 26, S. 4 - 10) nachgedruckt. Leider kommentarlos, ohne irgendwelche konkreten Schlußfolgerungen für die portugiesische Situation zu diesem Zeitpunkt.

Lenin bekräftigt in „Marxismus und Aufstand" (geschrieben im September 1917) die Auffassung von Marx, daß der Aufstand *„eine Kunst"* sei, und betont die Notwendigkeit, **„den Zeitpunkt für den Beginn des Aufstands richtig (zu) bestimmen"**. Hierfür nennt Lenin folgende Bedingungen:

„Um erfolgreich zu sein, darf sich der Aufstand nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, er muß sich auf die fortgeschrittenste Klasse stützen. Dies zum ersten. Der Aufstand muß sich auf den revolutionären Aufschwung des Volkes stützen. Dies zum zweiten. Der Aufstand muß sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der anwachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der vordersten Reihen des Volkes am größten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind . . .".

Von diesen Voraussetzungen ausgehend verglich Lenin die Situation im September mit der vom Anfang Juli 1917. Am 3./4. Juli hatte in Petrograd (Petersburg, heute Leningrad)

Forts. Seite 26

Kurs auf den „bewaffneten Aufstand" ?

Forts. von S. 25

eine spontane, bewaffnete Massendemonstration stattgefunden, unter der Parole „Alle Macht den Sowjets". Die Bolschewiki waren der Meinung, daß angesichts des Kräfteverhältnisses der Zeitpunkt für einen bewaffneten Aufstand und für den Übergang der gesamten Macht an die Sowjets noch nicht gekommen war. Sie beteiligten sich dennoch an den Massenkämpfen, um sie zu organisieren und die von ihnen richtig vorausgesehene Niederlage in Grenzen zu halten. Nach der Niederschlagung der Kämpfe vom 3./4. Juli setzte eine blutige und brutale Repression ein – die Bolschewiki wurden praktisch noch einmal in die Illegalität gedrängt.

Als wesentlichen Punkt, warum im Juli die *„Voraussetzungen für einen siegreichen Aufstand ... nicht gegeben"* waren, stellte Lenin heraus: **„1. Die Klasse, die die Avantgarde der Revolution ist, stand noch nicht hinter uns. Wir hatten noch nicht die Mehrheit unter den Arbeitern und Soldaten der Hauptstädte (d.h. Moskau und Petrograd – Anm. AK). Jetzt haben wir sie in beiden Sowjets. Sie ist e r s t durch die Geschichte des Juli und August geschaffen worden, durch die während der „Abrechnung" mit den Bolschewiki und aus dem Kornilowputsch gewonnenen Erfahrungen".**

Lenin betonte also die Notwendigkeit, die Mehrheit des Proletariats für die Revolution, für die Politik der Bolschewiki zu gewinnen. Er zeigte, daß diese Mehrheit erst durch konkrete Erfahrungen gewonnen wurde, insbesondere durch die Entlarvung und Isolierung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre vor den proletarischen Massen, u.a. im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an der Repression nach den Juli-Kämpfen (auf dem I. Allrussischen Sowjetkongreß Anfang Juni waren die Bolschewiki noch mit rund 100 Delegierten gegenüber 700 - 800 Menschewiki, Sozialrevolutionären Menschewiki, Sozialrevolutionären etc. deutlich in der Minderheit gewesen).

„Die Massen sagen ja zur Revolution"?

In Portugal gab es vor dem 25. November einen starken Aufschwung der Massenkämpfe gegen die Regierung – insbesondere der siegreiche Streik der Bauarbeiter und die Demonstration von 150.000 - 200.000 Menschen in Lissabon am 16. November sowie eine weitere machtvolle Demonstration am 20. November. Auf der Demonstration vom 20.11. wurde unter großer Begeisterung das „Manifest" der „18 fortschrittlichen Offiziere" verlesen, in dem die Bewaffnung der Arbeiter und der *„Aufbau einer revolutionären Macht"* propagiert wurden (siehe Übersetzung in dieINTERNATIONALE Nr. 18 – port. Text u.a. in „Poder Popular" vom 25. November).

Am 24. November organisierte das Provisorische Sekretariat der Arbeiterkommissionen des Industriegürtels von Lissabon einen zweistündigen Streik. In vielen Betrieben fanden Versammlungen statt. Mehrere der „18 fortschrittlichen Offiziere" waren in die Betriebe gegangen, um ihr „Manifest" zur Diskussion zu stellen. Unter anderem bei Lisnave, Setenave und Sorefame wurde das „Manifest" von den Arbeitern angenommen (lt. „Poder Popular" vom 25. November).

Dies zeigt, daß es eine starke Bewegung gegen die VI. Regierung gab und daß „revolutionäre" Positionen im Proletariat einen gewissen Anklang fanden. Dies konnte aber realistischerweise überhaupt nicht für den bewaffneten Aufstand ausreichen. Jedenfalls hätte ein solcher Aufstand einer Führung bedurft, und diese hätte allenfalls von revolutionären Organisationen wie MES, PRP und anderen Teilen der FUR kommen können – ganz sicher jedoch nicht von den Revisionisten der PCP, sicher auch nicht von den „autonomen Organen der Arbeiterklasse" (Arbeiterkommissionen etc.) und schließlich auch nicht von den „fortschrittlichen Offizieren".

Konkret hätte also die Frage gestellt und beantwortet werden müssen, ob die Mehrheit der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes bereit waren, der Politik und den konkreten Aufrufen und Anweisungen von MES/PRP und anderer revolutionärer Organisationen zu folgen. Ebenso hätte die Frage nach den politischen Mehrheitsverhältnissen in der Armee gestellt werden müssen.

Nachträglich läßt sich feststellen, daß hierzu gerade der MES nur sehr verschwommene und wohl auch leichtfertige Aussagen gemacht hat: Zwar wurde in „Poder Popular" vom 11. November im Leitartikel noch gesagt: **„Auch wenn heute die traditionelle Führerschaft der Reformisten (d.h. der PCP – Anm. AK) in Frage gestellt ist, ist sie doch keineswegs vernichtet. Das zu unterschätzen, wäre gefährliches Abenteurertum und ein praktischer Beweis der Ignoranz gegenüber dem tatsächlichen Kampf der Arbeiterschaft und der Massen...".** schaft und der Massen...".

Andererseits heißt es bereits in den mehrfach erwähnten 18 Thesen von Anfang November: *„Damit die Volksoffensive zum Sieg geführt werden kann, ist es unentbehrlich, daß der Stand der Organisierung und des Bewußtseins der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten neue und wichtige Schritte nach vorn macht.*

Die jetzige Phase ist durch die Möglichkeit gekennzeichnet, solche Sprünge nach vorn innerhalb kurzer Zeit auszuführen" (These 14 und 15 – „Poder Popular", 18. November, Hervorhebungen dort).

In einem Artikel derselben Nummer von „Poder Popular" wurde die Lage so eingeschätzt: *„Die jüngsten Arbeiterkämpfe und die Mehrheit der Aktionen der Massen zeigen, daß in der aktuellen Phase des Klassenkampfes die Werktätigen klar begreifen, daß ihre Probleme nicht von der Regierung der Bourgeoisie gelöst werden können.*

Indem die werktätigen Massen eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen fordern, demonstrieren sie zugleich die Überzeugung, daß ihnen die gegenwärtige politische Macht und der alte bürgerliche Staatsapparat nichts mehr zu bieten haben, sondern ihnen im Gegenteil alles nehmen wollen. Das heißt, die werktätigen Massen stellen in diesem Moment klar die politische Macht und ihren Charakter in Frage. Sie gewinnen die Überzeugung, daß sie nur mit ihrer revolutionären Aktion und mit der Machtergreifung Fortschritte bei der Lösung ihrer Probleme machen können.

In diesem Moment geben die Volksmassen immer mehr Beweise, daß sie Nein zum Reformismus und Ja zur sozialistischen Revolution sagen".

Man beachte, daß mit dem Begriff des „Reformismus" stets der Revisionismus und die Politik der PCP gemeint sind. Niemand konnte aber wohl wirklich daran zweifeln, daß die Mehrheit des Proletariats in den entscheidenden Fragen nicht hinter MES/PRP und anderen revolutionären Organisationen stand, sondern hinter der PCP. Ähnlich verhielt es sich mit dem Verhältnis PCP – revolutionäre Linke in der Armee.

Am 25./26. November, angesichts des konterrevolutionären Putsches, bewies es sich dann sehr deutlich, daß MES, PRP und andere revolutionäre Organisationen nicht in der Lage waren, die Massen zur Verteidigung des revolutionären Prozesses zu mobilisieren, nachdem die Revisionisten die Parole ausgegeben hatten, „ruhig" dem Vormarsch der Reaktion freie Bahn zu lassen. Ebenso war die revolutionäre Linke im wesentlichen nicht in der Lage, eine Mobilisierung und konkrete Bewegungen in der Armee zu erreichen.

Und sicher wäre die Organisierung des bewaffneten Aufstands und der Machtergreifung noch weit schwieriger gewesen als eine Mobilisierung der Massen zur Verteidigung ihrer Errungenschaften. Die Revolutionäre waren aber weit davon entfernt, die Mehrheit des werktätigen Volkes gewonnen zu haben – nicht einmal in Lissabon, von anderen Teilen des Landes noch ganz zu schweigen.

Eine wesentliche Lehre des Marxismus ist: *„Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht entschlossen ist, allen Konsequenzen des Spiels Trotz zu bieten"* (Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, Werke Band 26, Seite 117). Genau dies haben im Grunde PRP und MES vor dem 25. November getan – wobei ausgeprägter und wahrscheinlich treibend die Rolle von PRP war. PRP und MES stellten die Machtfrage, die „Revolutionäre Übergangsmacht", den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung, ohne konkret die politische Bewußtheit und Organisiertheit des Proletariats und der werktätigen Massen gerade in Hinblick auf die Frage der Machtergreifung und des Aufstands in Rechnung zu stellen. Die Lage war eben so, daß unter bestimmten Bedingungen, in bestimmten Situationen, die revolutionären Linken gewisse selbständige Mobilisierungserfolge zu verzeichnen hatten, daß manchmal die Revisionisten bereits zeitweise in schwachen Positionen zu sein schienen, daß „revolutionäre" Parolen bei den fortgeschrittensten Teilen des Proletariats, insbesondere in Lissabon, Zustimmung fanden. Solche Erfolge sind aber nicht gleichbedeutend mit einer dauerhaften Entlarvung und Zurückdrängung des Revisionismus und der PCP. Dazu fehlten und fehlen massenhafte konkrete Erfahrungen mit der Politik der PCP, die Entlarvung der PCP in der Praxis. Außerdem hatten die Organisationen der revolutionären Linken keinen scharfen und prinzipiellen Kampf, an jeder „großen" ideologischen Frage ebenso wie an jeder „kleinen", alltäglichen, taktischen Frage, gegen den Revisionismus und gegen die Politik der PCP geführt.

Wie konnte man vor diesem Hintergrund von Machtergreifung und gar sozialistischer Revolution sprechen?

Ein weiterer Punkt noch: MES und auch PRP waren sich in der Theorie darüber klar, daß bewaffneter Aufstand und sozialistische Revolution der Führung durch eine revolutionäre Partei bedürfen, daß es diese aber noch nicht gab. Schlußfolgerung?!

Die PRP kritisierte in der erwähnten Broschüre sogar die UDP: *„Die Mitglieder dieser Organisationen stellen das unmittelbare* (!) *Ziel der Machtergreifung durch die Werktätigen beiseite, weil sie meinen, daß die Macht nicht ergriffen werden kann, ohne daß diese Partei existiert. Sie schließen die Augen und Ohren vor den konkreten Fakten der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Situation und vor der Bedeutung der Alternative ‚Faschismus oder Sozialismus'..."* (Seite 16).

Die Argumentation von PRP liegt also auf der Hand: Entweder Faschismus oder Sozialismus. Da wir den Faschismus nicht wollen, müssen wir schleunigst die sozialistische Revolution machen. Ob die Bedingungen für die sozialistische Revolution gegeben sind (Partei, Massenbewußtsein u.a.), ist daneben unwichtig, da es eben nur diese Alternative gibt.

Dies kann man wohl nur als eine Argumentation der Verzweiflung verstehen: Die Möglichkeiten sollen sich gefälligst den Notwendigkeiten anpassen!



Sturm auf den Winterpalast

Von den Revisionisten enttäuscht ?

In den ersten Stellungnahmen nach dem Rechtsputsch erklärten MES und PRP, daß sie *„während der Tage des Putsches stets an der Spitze der Massenmobilisierung gestanden"* hätten (PRP in „Revolução" vom 5.12.) und *„sich revolutionär der entstandenen Situation gestellt"* hätten (MES in „Poder Popular" vom 1.12.).

Die Linie der beiden Organisationen (Aktualität der Machtfrage etc.) vor dem 25. November sei also richtig gewesen (eine Überprüfung liegt bisher offenbar nicht vor), am 25. November und in den folgenden Tagen taten beide Organisationen ihr Möglichstes – alles scheiterte nur daran, daß die PCP „Verrat übte".

Zweifellos hat die PCP bei dem Rechtsputsch eine ganz üble Rolle gespielt und sein Gelingen wohl überhaupt erst ermöglicht. Der MES überhaupt erst ermöglicht. Der MES beklagt sich denn auch, daß die Mitglieder und Sympathisanten der PCP zum Handeln bereit gewesen seien, aber von der Führung zurückgepfiffen wurden; daß wichtige Einheiten der Marineinfanterie (fuzileiros) zum Eingreifen bereit gewesen seien, aber vom *„‚starken Mann' der PCP in der Marine"* daran gehindert wurden („Poder Popular" vom 1.12.). Die PRP meint: *„Niemand zweifelt: Wenn (!) die Marine in Aktion getreten wäre und wenn (!) einige Heereseinheiten im Süden nicht neutral geblieben wären, dann wäre der Rechtsputsch gescheitert".* Hierfür wird direkt die PCP verantwortlich gemacht. An anderer Stelle klägt die PRP, daß nicht bloß die F ü h r u n g der PCP, sondern auch die von ihr beeinflußten Mitglieder etc. *„schändlich ihre Genossen und das werktätige Volk verraten"* hätten. Statt die Arbeiter zum Widerstand aufzurufen, hätten sie zur „Mäßigung" und zu einer „politischen Lösung" geraten.

Sicher eine weitgehend richtige Kennzeichnung der revisionistischen Politik. Aber sei es nun, wie es sei – ob die Mitglieder der PCP selbst Verräter sind oder ob sie bloß „zurückgepfiffen" wurden – in jedem Fall wird hier eine unserer Meinung nach falsche Herangehensweise an die Ereignisse vom 25./26. November deutlich.

Immerhin waren MES und PRP v o r dem 25. November schon soweit gewesen, die Frage der „revolutionären Macht" kurzfristig auf die Tagesordnung setzen zu wollen.

Entweder haben sie sich dabei über den noch vorhandenen Masseneinfluß der PCP total getäuscht, oder aber sie haben das Verhalten der Revisionisten falsch eingeschätzt. Richtigerweise hätte man davon ausgehen müssen, daß der Masseneinfluß der PCP vorherrschend ist (gegenüber den revolutionären Organisationen) und daß die PCP diesen Einfluß auch in einer bestimmten Weise einsetzen würde.

Möglicherweise haben aber MES und PRP zum einen die tatsächliche – nicht spontane, sondern gefestigte – Linksentwicklung der werktätigen Massen überschätzt und zum anderen damit gerechnet, daß die PCP-Führung durch den Aufschwung der Massenbewegung so unter Druck geraten würde, daß sie in einer Situation wie am 25. November „mitziehen" müßte, statt aktiv zu demobilisieren.

Die Erfahrung hat unserer Meinung nach bestätigt, daß es falsch ist, die Machtfrage und den bewaffneten Aufstand als kurzfristige Perspektive ins Auge zu fassen, solange der Masseneinfluß des Revisionismus nicht entscheidend gebrochen ist und solange keine einheitliche revolutionäre Führung existiert, hinter der an den entscheidenden Punkten die Mehrheit der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes steht.

Spenden-Kampagne für Portugal

Nachdem das Leitende Gremium (LG) des Kommunistischen Bundes im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 70) zu einer Spenden-Kampagne für die portugiesischen Revolutionäre aufgerufen hat, sind inzwischen die ersten Spendengelder (insgesamt fast 56.000,-) eingetroffen. Wir bitten alle unsere Genossen, Sympathisanten und Freunde, auch in den nächsten Wochen und Monaten alle Anstrengungen zu unternehmen, diese Spenden-Kampagne zu einem größtmöglichen Erfolg des proletarischen Internationalismus und der materiellen Unterstützung für die portugiesischen Revolutionäre zu bringen.

Wir werden auch zukünftig Spendengelder für alle Adressaten der portugiesischen revolutionären Linken, vorzugsweise für die revolutionäre Einheitsfront FUR (Frente de Unidade Revolutionaria) und für die einflußreichste revolutionäre Organisation MES (Movimento da Esquerda Socialista) im Rahmen dieser Kampagne entgegennehmen.

FUR	=	27.436,30
MES	=	26.531,98
Sonst.	=	1.980,72
		55.949,--

Die sechs Organisationen der F.U.R.: FSP (Sozialistische Volksfront), LCI (Liga internationaler Kommunisten), LUAR (Liga der revolutionären Einigung und Aktion), MDP/CDE (Portugiesische Demokratische Bewegung/Demokratische Wahlkomitees), MES (Bewegung der sozialistischen Linken), PRP/BR (Revolutionäre Partei des Proletariats/Revolutionäre Brigaden)

Die vollständige Spendenliste ist diesem AK beigelegt

Forts. von S. 1

Kampf dem Faschismus!

Verhaftungen

Laut „Republica" vom 8.12. waren zu diesem Zeitpunkt insgesamt 136 Militärs festgenommen worden; die „FAZ" vom 15.12. sprach von 123 verhafteten Militärs. Die genaue Zahl ist nicht bekannt, sie schwankt auch – wegen neuer Verhaftungen bzw. Entlassungen – von Tag zu Tag. Die Verhafteten sind fast durchweg hohe Offiziere.
Unter ihnen:
- Die Führung der Militärpolizei;
- Dinis de Almeida, Kommandeur des RALIS;
- Chef und Vizechef des Generalstabs des COPCON;
- Der Chef des Munitionsdepots von Beirolas;
- Almada Contreiras, Mitglied des Revolutionsrats und Leiter des MFA-Nachrichtendienstes SDCI;
- Miguel Judas, verantwortlich für die „Kommission zur Auflösung der PIDE" (ehem. faschistische Geheimpolizei);
- José Emilio da Silva, Minister für Erziehung und Kultur der Regierung Goncalves;
- Gegen den Arbeitsminister der Regierung Goncalves, Costa Martins, und gegen deren Gesundheitsminister liegen Haftbefehle vor.

Die Verhafteten dürfen zum Teil keine Besuche empfangen, ihre Post wird kontrolliert und zensiert usw. Die Familienangehörigen haben sich zu einem Kampfkomitee zusammengeschlossen.

Ausschaltung der Linken aus dem „Revolutionsrat"

Von ihren militärischen Posten abgelöst und aus dem (Konter-)„Revolutionsrat" ausgeschlossen wurden:
- Otelo de Cavalho, zuvor Kommandant des (jetzt aufgelösten) COPCON;
- Carlos Fabiao, zuvor Generalstabschef des Heeres;
- Admiral Rosa Coutinho;
- Armando Filgueiras Soares, zuvor Stabschef der Marine;
- Almada Contreiras, zuvor Leiter des SDCI.

Aufgenommen in den (Konter-) „Revolutionsrat" wurden u.a.
- Vitor Alves, Unterzeichner des sogenannten „Dokuments der Neun" von Anfang August, der damaligen Plattform der Rechten;
- Der neue Stabschef des Heeres, Eanes, der beim Rechtsputsch vom 25./26. November eine wesentliche Rolle spielte;
- Der Faschist Pires Veloso, Kommandant der Militärregion Nord.

Presse und Rundfunk

Presse und Rundfunk

Neben der Armee will die Bourgeoisie auch die Informationsmittel wieder fest in die Hand kriegen.

So wurden die bisher privaten bzw. teilprivaten Rundfunkstationen verstaatlicht, um sie unter Kontrolle zu bringen. Betroffen ist vor allem der Sender „Radio Clube Portugues" (RCP), der in der Vergangenheit stark die demokratische und revolutionäre Linke unterstützt hatte.

In den verstaatlichten Sendern wird radikal „durchgeholzt". Fortschrittliche Journalisten werden „beurlaubt", entlassen bzw. an Stellen „versetzt", wo sie keine Rolle spielen können.

Lt. „Republica" wurden 41 Journalisten und Arbeiter beim Sender „Emissora Nacional"(EN) und 34 bei „Radiotelevisao Portuguesa" (RTP) „beurlaubt". Die gesamte Leitung von RCP wurde abgelöst.

Ausgenommen von den Maßnahmen ist der – der Kirche gehörende – Sender „Radio Renascenca" (RR), der von den Arbeitern selbstverwaltet und in den Dienst des Volkes gestellt worden war. RR ist jedoch seit der Sprengung der Sendeanlagen am 7.11. stillgelegt.

Die 6 verstaatlichten Tageszeitungen von Lissabon (sie gehörten ursprünglich Großbanken, die inzwischen verstaatlicht wurden) sollen bzw. haben schon neue Verwaltungen bekommen. Insbesondere die Verwaltungsräte der linken Tageszeitungen „A Capital", „O Seculo und „Diario de Noticias" sollen völlig neu besetzt werden. Bis dahin dürfen die Zeitungen nicht wieder erscheinen, Die Tageszeitungen sollen später nach einem parteipolitischen „Proporz" an die großen Parteien aufgeteilt werden.

Im Rundfunk/Fernsehen und bei der Presse sind die Regierungsmaßnahmen auf entschiedenen Protest gestoßen. Als einzige fortschrittliche Tageszeitung erscheint in Lissabon wieder „Republica", die sich früher im Besitz der „Sozialistischen" Partei (PS) befand und dann von den Arbeitern übernommen wurde. Die „Rückgabe" der Zeitung an die PS ist eine alte Forderung der Bourgeoisie, und ein Angriff auf diese oppositionelle Stimme wird wohl kaum mehr lange auf sich warten lassen.

Durchsuchungen

Nach dem 25./26. November wurde ein Gesetz erlassen, das es der Polizei und der Armee erlaubt, willkürliche Durchsuchungen „nach Waffen" durchzuführen. Dieses Gesetz wird reichlich angewendet, um gegen die revolutionäre Linke und gegen Ansätze einer selbständigen Organisierung der Arbeiter und Bauern vorzugehen.

Durchsucht wurden u. a. Büros von MES, PRP, LUAR und FSP. Durchsucht wurden die „Volksklinik" von Cova da Piedade (von LUAR organisiert) und die „Proletarische Universität" (von PRP organisiert). Durchsucht wurden u. a. auch verschiedene landwirtschaftliche Genossenschaften, Mitglieder und Arbeitsräume von Arbeiter- und Einwohnerkommissionen und das Büro der Textilarbeitergewerkschaft in Porto.

Polizei und Armee organisieren auch Auto-Kontrollen – wie in der BRD zu Zeiten der „RAF"-Jagd gab es dabei auch schon die ersten Toten und Verletzten durch „nervös" um sich ballernde Bullen. Polizei und Armee sollen offenbar – unter dem Vorwand der „Waffensuche" – für Einsätze gegen das Volk gedrillt und politisch ausgerichtet werden. Hierbei werden bewußt auch Armee-Einheiten eingesetzt, die bisher nicht gerade als zuverlässige Instrumente der Bourgeoisie gelten konnten.

Schikanen gegen die revolutionäre Linke

Offenbar unrichtig war die im letzten Arbeiterkampf übernommene Meldung bürgerlicher Zeitungen von Haftbefehlen gegen die führenden Genossen der Linken, insbesondere gegen Isabel do Carmo und Carlos Antunes von PRP. Laut „Republica" vom 6.12. traten die beiden auf einer öffentlichen Kundgebung auf. Auch die Presse der revolutionären Linken erscheint wieder.

Vorerst „beschränkt" sich die Bourgeoisie auf Durchsuchungen von Büros und bei Genossen der revolu-
die Presse der revolutionären Linken erscheint wieder.
Vorerst „beschränkt" sich die Bourgeoisie auf Durchsuchungen von Büros und bei Genossen der revolu-
tionären Linken. Dem MES wurde angedroht, die von ihm seit dem 1. Mai „mißbräuchlich" besetzten Gebäude und Räume zwangsweise zu räumen.

„Republica" meldete am 3.12., daß Mitglieder der „Organisation ehemaliger politischer Gefangener" (AEPPA) und der OCMLP beim Verteilen von Flugblättern bzw. Zeitungsverkauf festgenommen und stundenlang festgehalten wurden. Das ist wohl kein Einzelfall.

Insgesamt läßt sich jedoch feststellen, daß die Bourgeoisie noch keine schweren Schläge gegen die revolutionäre Linke geführt hat. Es muß aber als sicher gelten, daß solche Angriffe für die nicht allzu ferne Zukunft geplant sind.

„Ausländische Extremisten"

Vasco Lourenco, Kommandant der Militärregion Lissabon und Unterzeichner des „Dokuments der Neun", hat angedroht, daß 10.000 „ausländische Extremisten" ausgewiesen werden sollen („FAZ", 15. 12.). Betroffen wären in erster Linie politisch Verfolgte aus Spanien und Lateinamerika.

Die ersten Verhaftungen und Ausweisungen hat es inzwischen schon gegeben. Beispielsweise wurden bei einer „Waffensuche" in einer landwirtschaftlichen Kooperative 6 Ausländer verhaftet und abgeschoben.

Am 6.12. wurde von der Polizei das Büro der AARPI untersucht. Die AARPI, Gesellschaft für die revolutionäre Freundschaft Portugal-Italien, wird insbesondere von der italienischen kommunistischen Organisation Lotta Continua unterstützt. Die Genossinnen Anna und Stefania von der AARPI sollen ausgewiesen werden („Republica", 9.12.).

Landreform

Die Regierung und der (Konter-) „Revolutionsrat" haben angekündigt, Landbesetzungen in Zukunft „strenger zu kontrollieren". Die Gesetzgebung soll „an die historische Realität, in der wir leben", „angepaßt" werden (lt. „SZ", 15.12.).

Für die bürgerliche Restauration auf dem Lande versucht die Bourgeoisie, wieder eine Massenmobilisierung zu schaffen. Wie bereits am 24. November (am Tag vor dem Beginn des Rechtsputsches) organisierte die Reaktion Mitte Dezember erneut einen zentralen Aufmarsch zehntausender Bauern in Rio Maior bei Lissabon, wo die Rückgängigmachung der Landbesetzungen und der Ansätze einer Landreform gefordert wurde.

Faschisten kriechen aus den Löchern

Zu den unmittelbaren Maßnahmen des Rechtsputsches vom 25./26. November gehörte auch die Auflösung zweier Organe, die bisher bei der Aufdeckung faschistischer Umtriebe eine wesentliche Rolle gespielt hatten:
- Der „Servico de Deteccao e Controlo da Informacao" (SDCI), Nachrichtendienst der Streitkräfte, wurde aufgelöst. Sein Leiter, Almada Contreiras, wurde verhaftet.
- Das Gebäude der „Comissao de Extincao do Ex-Pide" (Kommission für die Auflösung der früheren faschistischen Geheimpolizei) wurde von Polizeitruppen besetzt. Der Verantwortliche für die Kommission, Marineoberleutnant Judas, wurde verhaftet.

Während so auf der einen Seite antifaschistische Organe ausgeschaltet und ihre Leiter verhaftet wurden, wird auf der anderen Seite von der Bourgeoisie ganz offen über eine Amnestie für PIDE-Leute und andere Faschisten, für die Verantwortlichen der faschistischen Putschversuche vom 28. September '74 und vom 11. März '75 gesprochen („Republica", 12.12.).

Schon sind einige „große Fische" des Faschismus auf freien Fuß gesetzt worden. Unter ihnen Silva Cunha, führender Faschist unter den Diktatoren Salazar und Caetano, zuletzt vor dem Sturz des Faschismus „Verteidigungsminister". Einem weiteren führenden Faschisten, Henrique Tenreiro, wurde die „Flucht" ermöglicht.

Spinolas rechtsradikale „Demokratische Befreiungsbewegung" (MDLP) bemüht sich indessen ernsthaft um ihre Legalisierung („Republica", 16.12.). Spinolas früherer „Verteidigungsminister", der sich nach dem 11. März nach Angola verzogen hatte, ist wieder in Portugal aufgetaucht. Spinola selbst hielt sich nach dem Rechtsputsch vom 25./26. November in Paris und Madrid auf.

auf.



Konterrevolutionäre Panzertruppen beim Marsch auf Lissabon

Revisionisten – Wegbereiter der Konterrevolution

Die revisionistische PCP hat gegenüber dem Rechtsputsch vom 25./26. November ihre alte klassenverräterische Politik fortgesetzt. Indem sie die Arbeiterklasse und die Soldaten zur „Ruhe" und zur Passivität aufrief, hat die revisionistische Führung wesentlich dazu beigetragen, daß die Bourgeoisie mit zahlenmäßig äußerst schwachen Kräften einen relativ großen Sieg erreichen konnte, der das gesamte gesellschaftlieche und militärische Kräfteverhältnis entscheidend verändert hat.

Ob die PCP bei der Auslösung der Revolte der ‚paras' von Tancos einen entscheidenden Anteil hatte (wie von allen Kräften, von Reaktion bis revolutionärer Linken) übereinstimmend gemeint wird, ist kaum zu beweisen oder zu widerlegen. Sicher ist jedenfalls, daß die Revisionisten nach einigen Stunden des Zögerns zur aktiven Demobilisierung übergingen. Sicher ist außerdem, daß sie dies aufgrund konkreter Zusagen von Seiten der Rechten getan haben.

Die Revisionisten haben bei der Zerschlagung der faschistischen Putschversuche vom 28. September '74 und vom 11. März '75 eine wesentliche Rolle gespielt, indem sie ihre Basis und ihre Anhänger mobilisierten. Als im Juli die PS zu einer zentralen Demonstration nach Lissabon mobilisierte, gaben die Revisionisten sogar die abenteuerliche (und erfolglose) Parole aus, diesen „Marsch auf Lissabon" durch Blockaden etc. zu verhindern. Warum also hat die PCP gegen den Rechtsputsch vom 25./26. November nicht bloß nicht mobilisiert, sondern sogar aktiv demobilisiert?

In einer Erklärung des ZK der PCP vom 28. November ist immerhin die Rede von einer *„schweren Niederlage der Kräfte der militärischen Linken und der revolutionären Kräfte insgesamt"*. Weiter heißt es: ***„Die Gefahr einer faschistischen Diktatur erscheint deutlich am Horizont"*** (nach ‚horizont', Nr. 50/75). Aber die PCP hat am 25./26. November alles getan, um Widerstand gegen den Rechtsputsch zu verhindern. Sie



hat bis heute nicht etwa die Regierung verlassen, sondern läßt sich im Gegenteil von den Organisatoren des Putsches, den reaktionären und sozialdemokratischen Militärs, bestätigen, daß es ohne die PCP nicht gehe.

Mit derselben zynischen Leichtfertigkeit, mit der die Revisionisten im September den von ihnen unterstützten fortschrittlichen Ministerpräsidenten Goncalves fallenließen, um der reaktionären Regierung Azevedo beizutreten, haben sie jetzt ihre Sympathisanten in der gesamten Armee im Stich gelassen und der Repression ausgeliefert. PCP-Chef Cunhal besaß die Schamlosigkeit, angesichts von weit über 100 verhafteten Offizieren über Militärs zu klagen, die sich als Anhänger der PCP ausgäben und der Partei schon sehr geschadet hätten.

Zwar machte PS-Chef Soares zuerst demagogisch die Revisionisten

erst demagogisch die Revisionisten

für den angeblichen „Linksputsch" verantwortlich. Aber nur, um gleich seine Bedingungen zu stellen, unter denen die PCP in der Regierung bleiben kann: 1. Sie müsse den „Linksputsch" vom 25. November verurteilen; 2. Sie dürfe nicht durch Massenaktionen „die Regierungstätigkeit sabotieren". Beides scheint die PCP inzwischen zugestanden zu haben. Bereits in ihrer Erklärung vom 28.11. wurde gegen *„abenteuerliche Handlungsweisen von Gruppen und Bereichen"* gehetzt," *die mit ihrem ultrarevolutionären Radikalismus die Linkskräfte in die Isolierung und Diskoordinierung und in Konfrontationen hineinziehen, die von vornherein zur Niederlage verurteilt sind"*. Gleichzeitig hieß es: *„In der Militärregion Lissabon ist große Ruhe* (!!) *erforderlich, in der jedwede Provokationen vermieden und entlarvt und keine Vorwände zu repressiven Initiativen ... gegeben werden"*. Die Regeln des über Lissabon verhängten Ausnahmezustands (Demonstrationsverbot etc.) müßten eingehalten werden (lt. ‚horizont', s.o.).

Soares erklärte denn auch wenig später, es würde *„jede antikommunistische Hysterie nur zu einer Erschwerung der Dinge führen"* und *„eine Radikalisierung des Verhaltens der PCP zur Konsequenz haben"* („Rep.". 5.12.).

Von den rechten Militärs sprachen sich u.a. Melo Antunes, der Kommandant der Militärregion Mitte Charais und der Kommandant der MR Süd Pezarat Correia – alle drei Unterzeichner des „Dokuments der Neun"! – für ein Bündnis mit der PCP aus („Rep.", 3.12.).

Der PCP soll die Rolle zufallen, Massenkämpfe gegen die Repression und gegen die Abwälzung der immer schärferen Wirtschaftskrise auf die Werktätigen zu verhindern.

Die Revisionisten äußern sich bereit, diese Rolle zu übernehmen. Sie haben ihrer zeitweise verfolgten Politik des Bündnisses und der Aktionseinheit mit der revolutionären Linken sowie der Massenmobilisierung gegen die Azevedo-Regierung eine öffentliche Absage erteilt. *„Die Arbeitermassen müssen die neue Realität begreifen, sie müssen verstehen, daß unser System von Bündnissen und unsere Kampfformen revidiert werden müssen"*, sagte PCP-Chef Cunhal auf einer Kundgebung vor 20 000 Menschen in Lissabon (lt. Portugal-Nachrichten, 15.12.).

Stattdessen steuern die Revisionisten offen das Bündnis mit den sogenannten „gemäßigten" rechten Militärs wie Antunes an. Diese wollen, so meint die PCP, *„eine neue faschistische Diktatur verhindern"*. Dies ebenso (!) wie der ***„gemeinsame Kampf gegen linksextremistisches und pseudorevolutionäres Abenteurertum"*** soll die Basis des Bündnisses sein. (‚horizont', s.o. und ‚Portugal-Nachrichten', s.o.). Tatsächlich wäre es die einzige Aufgabe dieses makabren „Bündnisses", der offenen Konterrevolution und der faschistisch-terroristischen Herrschaft der Bourgeoisie den Weg zu bereiten.

„ML"er –
geoisie den Weg zu bereiten.

„ML"er – faschistische Einpeitscher

Die portugiesischen „Vaterlandsverteidiger" von der „ML"-scene haben anschaulich demonstriert, daß diese von der aktuellen chinesischen Außenpolitik inspirierte Linie geradewegs ins faschistische Lager führt. Am eindeutigsten bei der „PCP/ML". Die „PCP/ML" forderte dazu auf *„laut zu sagen, daß die PPD ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den Sozialfaschismus ist". „Heute, wo die demokratischen und patriotischen Kräfte in unserem Land stärker denn je sind, entstehen kapitulationistische Tendenzen... In Kriegszeiten werden, wie jeder Soldat weiß, die Kapitulanten an die Wand gestellt ... Es gibt Leute in der PS und einige Militärs, die bereit sind, vor den Cunhal-Nazis zu kapitulieren"* (zitiert nach „A Causa Operaria", Zeitung der ORPC (ml) vom 5.12.).

In einem Interview mit der „Roten Fahne" der „KPD" erklärte ein Vertreter der „PCP/ML", der Rechtsputsch habe *„eine günstige Lage geschaffen"*. Er begrüßte die Verhaftung von weit über hundert „sozialfaschistischen" Militärs; er bedauerte bloß, daß die „großen Fische" – Cunhal, Goncalves und Costa Martins (ehem. Arbeitsminister der Regierung Goncalves) – noch nicht verhaftet seien.

Auch in der Presse und im Rundfunk sei die Lage „günstig": „Sozialfaschistische" Journalisten würden entlassen und dafür von den „Sozialfaschisten" gefeuerte „patriotische" Kräfte wiedereingestellt (wahrscheinlich die alten Faschisten !!).

Forts. Seite 30

Soldatenbewegung in Frankreich:

„Wir alle haben aus Portugal gelernt"

In der Nacht vom 4. auf den 5. November erklärte das Soldatenkomitee des 19. Regiments in Besançon die Gründung der ersten „autonomen Gewerkschaftssektion" in der französischen Armee. Unterstützt wird dieses Komitee seit längerem von der lokalen Sektion der Gewerkschaft CFDT (Verantwortlicher dafür ist Charles Piaget, einer der Arbeiterführer bei der monatelangen Besetzung der Uhrenfabrik LIP) von der PSU („Vereinigte Sozialistische Partei", in etwa dem hiesigen Sozialistischen Büro, SB, vergleichbar) und von der Gruppe IDS („Information für die Soldatenrechte"; im April 74 von der PSU und dem Jugendverband der PS gegründet). Bereits am darauffolgenden Tag ereiferte sich der faschistische „Staatssekretär für Verteidigungsfragen" und Hauptthenker des algerischen Volkes während des franz. Kolonialkrieges, General Bigeard:

„Die Gründung einer Gewerkschaft innerhalb der Armee ist ein illegaler und unmöglicher Akt. Unsere Armee repräsentiert ein bereites und gesundes Frankreich. Es steht also außer Frage, vor einer Minderheit, die aus dem Mai 68 stammt, und deren Ziel die Schaffung der Unordnung um der Unordnung willen ist, zu kapitulieren ... Dies werden wir keinesfalls dulden. Im übrigen würde Frankreich uns das nicht verzeihen, denn es steht ganz außer Frage, uns von einer Minderheit führen zu lassen. Wir werden hart sein, weil wir es mit Leuten zu tun haben, die berufsmäßige Illegale (!) sind ... Diese Bewegung wird gestoppt und unterdrückt werden. Das ist zumindest meine Absicht" („Le Monde", 6.11. 75).

Daß Bigeard es mit dieser Ankündigung ernst war, und daß es sich dabei um die herrschende Absicht insgesamt handelte, zeigte sich schnell darauf: Sieben Soldaten, denen Mitgliedschaft in diesem Komitee vorgeworfen wird, wurden von der Militärpolizei verhaftet!

gesamt handelte, zeigte sich schnell darauf: Sieben Soldaten, denen Mitgliedschaft in diesem Komitee vorgeworfen wird, wurden von der Militärpolizei verhaftet!

„Die Gewehre gehören den Unternehmern. Wenn die Stunde schlagen wird, dann laßt uns sie auf diejenigen umdrehen, die uns belügen, unterdrücken und beleidigen." – das schrieben die Mitglieder des Soldatenkomitees der Luftwaffenbasis im südfranzösischen Casaux auf einem Flugblatt. Neun Soldaten wurden daraufhin verhaftet.

Am 23. November verteilten Mitglieder der PS (die Partei Mitterrands) vor dem Pariser Ostbahnhof Flugblätter an frz. Soldaten, die in der BRD kaserniert sind. Darin hieß es: *„Es geht heute nicht mehr darum, sich mit Revolten hier und dort zufriedenzugeben, sondern es geht darum, die Soldaten in den Kasernen zu organisieren."* Mehrere der Flugblattverteiler wurden daraufhin ebenfalls verhaftet.

Insgesamt waren bis zum 1o. Dezember 34 Personen wegen „Demoralisierungsversuch der Armee" angeklagt; davon saßen bereits 24 im Knast. Der Anklagepunkt beruht auf dem § 84 des frz. Strafgesetzes, der am 4. Juni 1960, während des Algerien-Krieges, erlassen wurde. Aufgrund einer Sonderermächtigung, die in der französischen Verfassung für Kriegs- und „Notstands"-Zeiten festgelegt ist, wurde dieser Paragraph nie einem parlamentarischen Votum unterworfen. Dieses Gesetz sieht fünf bis zehn Jahre Zuchthaus für „Demoralisierungsversuche der Armee" vor. Zumal dieser Begriff nicht genauer festgelegt ist, kann dieser Paragraph willkürlich zur Kriminalisierung jeder antimilitaristischen Aktivität angewandt werden. Daß damit aber auch noch viel weitreichendere Maßnahmen ermöglicht werden, geht aus einer Erklärung des Präsidenten der Richtergewerkschaft, Luis Joinet, hervor:

„Der Erlaß von 1960 hat den Unterschied zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufgehoben. Das hat unter einer allgemeinen Gleichgültigkeit erlaubt, die Todesstrafe (!) für politische Fälle wiedereinzuführen, die seit 1948 nur für Delikte und Angriffe gegen die äußere Sicherheit des Staates bestand ... Die Reform vom 4. Juni 1960 stimmt sehr besorgniserregend, da ihr Inhalt eher zu einem System faschistischen Stils als zu einem System liberalen Stils gehört." („Le Monde", 6.12.75)

Fünf verschiedene Ermittlungsverfahren sind gegen die 34 Angeklagten eingeleitet worden:

1. Ereignisse in Besançon und Casaux; in dieser Sache waren am 1o.12. insgesamt 24 Personen angeklagt: 16 Militärs, davon 15 bereits in Haft und acht Zivile, davon sechs in Haft.
2. Flugblätter der PCI („Internationalistische Kommunistische Partei"): Zwei Angeklagte, die sich zur Zeit in eigeschränkter Freiheit befinden (regelmäßiges Melden bei der Polizei usw.)

2. Flugblätter der PCI („Internationalistische Kommunistische Partei"): Zwei Angeklagte, die sich zur Zeit in eigeschränkter Freiheit befinden (regelmäßiges Melden bei der Polizei usw.)

3. Antimilitaristische Flugblätter, die in frz. Einheiten in der BRD verteilt wurden: Zwei zivile Angeklagte, die schon in Haft sind.
4. Antimilitaristische Flugblätter in Kasernen in der Region um Verdun: Ein PSU-Mitglied und ein Mitglied der LCR („Revolutionäre Kommunistische Liga", frz. Sektion der trotzkistischen „Internationale") befinden sich in Haft.
5. Aufbau einer Gewerkschaftssektion im Artillerie-Regiment von Chaumont: Vier Angeklagte, davon drei Soldaten und ein CFDT-Mitglied. In Chaumont befinden sich im übrigen noch 40 weitere Soldaten zur Zeit im Militärknast.

Der Prozeß gegen diese 34 Angeklagten soll vor dem „Cour de Sécurité de l'Etat" (Staatssicherheitsrat) stattfinden. Der Staatssicherheitsrat wurde durch ein Gesetz am 15. Januar 1963 gegründet. Unmittelbarer Zweck war damals die „Abrechnung" mit der faschistischen Parallel-Armee OAS. Daß dieser Staatssicherheitsrat aber selbst ein faschistisches Instrument ist, vergleichbar dem spanischen Kriegsgerichten, zeigt sich an folgendem: In ihm sitzen Zivil- und Militärrichter, die direkt von der Regierung ernannt werden und nur ihrer Befehlsgewalt unterstehen. Allein die Regierung entscheidet auch, wer vor den Staatssicherheitsrat zitiert wird. Die Richter brauchen keine einzige ihrer Maßnahmen zu begründen (!) und eine Revision ist ausgeschlossen.



Soldaten-Demonstration in Verdun



Demonstration der CFDT und der revolutionären Organisationen am 6.12.75 in Paris. 20.000 riefen: „Soldat, unter der Uniform bleibst du ein Arbeiter"

Eine Welle von Verhaftungen gegen Antimilitaristen

Eine Welle von Verhaftungen gegen Antimilitaristen

Weiterhin laufen verschiedene andere Ermittlungsverfahren gegen Antimilitaristen:

– In Valence wurde ein Soldat des 75. Infanterie-Regiments eingesperrt, weil er Zeitungen und Flugblätter in seiner Kaserne verteilt hat.
– In Strasbourg wurden zwei CFDTler angeklagt und sofort nach Paris deportiert, weil sie den Aufruf des Soldatenkomitees aus Besançon veröffentlicht haben und weil sie zum anderen einen Saal für eine Veranstaltung mit einem Vertreter der portugiesischen SUV angemietet hatten!
– Ein Pfarrer, ebenfalls aus Strasbourg, der ein antimilitaristisches Plakat und Flugblatt mit seinem Namen unterzeichnet hatte, erhielt daraufhin eine Anzeige durch das „Verteidigungs"-Ministerium. Dreizehn politische und gewerkschaftliche Organisationen aus dem Elsaß riefen zu einer Protestdemonstration gegen diese Willkürmaßnahmen in Strasbourg auf. Die CFDT verteilte dabei Flugblätter von Soldatenkomitees der CFDT und CGT.
– In Aix-en-Provence wurde am 6.12. ein Student der Pädagogischen Hochschule verhaftet, der gerade seinen Militärdienst in Besançon quittiert hatte.
– In Chaumont wurde am 5.12. eine Lehrerin, PSU-Mitglied, verhaftet, der vorgeworfen wird, Räume für eine geheime Pressekonferenz des dortigen Soldatenkomitees zur Verfügung gestellt zu haben. Desweiteren wurden in diesem Zusammenhang ein Lehrer und ein CFDT-Verantwortlicher verhaftet. In allen Schulen von Chaumont wurde daraufhin ein Solidaritätsstreik organisiert.
– In Bordeaux wurde am 4.12. der Sekretär der regionalen CFDT verhaftet. 8.000 Menschen folgten daraufhin dem Aufruf der CFDT und revolutionärer Organisationen zu einer Protestdemonstration.

Am 4.12. führte die politische Polizei eine Durchsuchungsaktion im Büro der CFDT in Verdun durch und nahm dabei vier gewerkschaftliche Delegierte fest.

– Am 5.12. wurden in Paris zwei verantwortliche Gewerkschafter der Post-Sektion der CFDT festgenommen, weil sie im Juni einer französischen Kaserne in Tübingen einen Besuch abgestattet hatten. Gleichzeitig wurde eine Hausdurchsuchung bei einem CFDT-Verantwortlichen der RATP (Transportsektion) durchgeführt, weil er die Presse-Verantwortung für die Zeitung des Tübinger Soldatenkomitees übernommen hatte. Schließlich wurde noch der Leiter der CGT-Jugendabteilung zu einem polizeilichen Verhör vorgeladen.
– Am 7.12. wurden auf einem Marktplatz in Paris ca. 20 Verkäufer revolutionärer Zeitungen kurzfristig festgenommen.

(Angaben weitgehend nach Libération, 6.12. und 8.12.).

fer revolutionärer Zeitungen kurzfristig festgenommen.
(Angaben weitgehend nach Libération, 6.12. und 8.12.).

Regierung und Faschisten Hand in Hand gegen die Antimilitaristen

Diese massive Verfolgung von Antimilitaristen in der jüngsten Zeit wurde begleitet von einer breiten Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse und Angriffen auf die Parteien der „Linksunion", insbesondere auf die PCF, im Parlament. Kriegsminister Yvon Bourges erklärte am 30.11. in einer Pressekonferenz, daß *„am Sonntag, dem 23. November, nach einer Flugblattbeschlagnahme am Ostbahnhof in Paris die Ermittler unbedingt einen Zusammenhang sehen mußten zur Einreise portugiesischer Soldaten nach Frankreich, die wieder ausgewiesen wurden, und die nicht zur Unterstützung gekommen waren, sondern um die französischen Soldaten zur Rebellion aufzuwiegeln ... Kann es politische oder gewerkschaftliche Aktivitäten in der französischen Armee geben? Das Gesetz sagt: nein. Wo würde es hinführen, wenn wir politisierte Regimenter hätten, die teils UDR (*Gaullisten) *wären, teils Unabhängige Republikaner* (die Partei Giscards), *oder kommunistisch - oder noch besser* (?)*: CGT-Regimenter, CFDT-Regimenter oder FO-Regimenter* (die FO, „Arbeiterkraft", ist eine sozialdemokratische Streikbrecher-„Gewerkschaft", Anm. AK)*? Es ist ganz klar, daß dies genau das wäre, was heute in Portugal ist; und wir wissen, wo Portugal gelandet ist"* (Le Monde, 2.12.).

Innenminister Poniatowski, der am liebsten schon heute jegliche Opposition mundtot machen würde, geiferte in der Nationalversammlung am 5. Dezember: *„Zu behaupten, daß die Freiheiten oft angegriffen werden, ist unrichtig und verlogen ... In unserem Land ist die Demonstrationsfreiheit total.. Innerhalb der letzten zehn Monate haben allein in Paris 452 Demonstrationen stattgefunden* (da scheint der Herr Minister wohl ein bißchen zu übertreiben, Anm.AK). *Gegenüber denjenigen, die die Armee zu zersetzen versuchen, muß die Justiz ihre Aufgabe wahrnehmen. Es ist absolut normal, daß ein Land seine Armee gegen jeden Zersetzungsversuch verteidigt."* Zwischenruf eines PCF-Abgeordneten: *„Die Unsicherheit und Gewalt sind Ergebnisse ihrer Politik!"* Poniatowski: *„Die Franzosen wissen, daß Sie lügen. Die Wahrheit ist, daß Sie eine Organisation der Unordnung und der Illegalität sind; daß sie überall die Unordnung organisieren wollen, in den Schulen, in den Betrieben, in den Bahnhöfen, überall, durch öffentliche und politische Versammlungen. Was die Armee betrifft, wollen wir nicht die Diskussionsfreiheit angreifen, sondern diejenigen, die in Flugblättern zum Bürgerkrieg aufrufen und die die Rekruten dazu auffordern, auf ihre Offiziere zu schießen. Das sind die Flugblätter, die Sie verteilen"* – was natürlich in bezug auf die PCF nicht stimmt (Le Monde, 6.12.).

Die Reden Bigeards und Poniatowskis von „berufsmäßigen Illegalen", „Unordnung um der Unordnung willen", „Organisation der Unordnung und der Illegalität" usw. sollen ein Klima der allgemeinen Kriminalisierung jeglicher antimilitaristischen Aktivität schaffen. Insbesondere richten sich die Angriffe dabei heute gegen die CFDT, die ziemlichen Anteil an der Organisierung demokratischer Soldatenkollektive hat und auch in den Arbeiterkämpfen meist radikaler auftritt als die mit der PCF verbundene CGT: von den eingangs erwähnten 34 Angeklagten vor dem Staatssicherheitsrat sind mindestens 13 CFDT-Verantwortliche. Auch unter den weiteren Verhafteten befinden sich viele CFDT-Mitglieder. Gleichzeitig bezwecken diese Angriffe auch eine

klagten vor dem Staatssicherheitsrat sind mindestens 13 CFDT-Verantwortliche. Auch unter den weiteren Verhafteten befinden sich viele CFDT-Mitglieder. Gleichzeitig bezwecken diese Angriffe auch eine

weitere Spaltung zwischen den Parteien der „Linksunion" (PCF und PS), die auch weitgehend geglückt ist (dazu später noch).

Es ist auch kein Wunder, daß in solchem Klima offen faschistisch-militaristische Verbände breiter an die Öffentlichkeit treten. Bereits Anfang dieses Jahres wurden eine Reihe terroristischer Attentate auf antimilitaristische Gruppen und einzelne Personen verübt: u.a. ein Bombenattentat im Ostbahnhof von Paris, wobei der Soldat Claude Lejac ermordet wurde; Bombenattentate und bewaffnete Überfälle auf die Wohnung eines der Larzac-Bauern (die sich im Kampf gegen die Ausweitung eines Militärlagers befinden), auf bretonische Genossen, auf antimilitaristische Treffen in Paris, Versailles, Nancy und in anderen Orten, wobei u.a. die Mutter eines Antimilitaristen mit Eisenstangen schwer verletzt wurde, auf Streikposten des Betriebs Chausson, wobei ebenfalls ein Arbeiter ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, auf den Sitz der kommunistischen Organisation Révolution!, usw. (siehe „DIE INTERNATIONALE" Nr.16, Sept.75). Verantwortlich dafür zeichnete in vielen Fällen eine „Gruppe nationalistischer Aktion" (GIN). In gleichem Zusammenhang ist der Attentatsversuch Anfang Dezember auf die portugiesische Botschaft in Paris zu sehen und die Veranstaltung eines „Komitees zur Unterstützung der Armee" am 9.Dezember in Paris, an der laut „Le Monde" mehrere Tausend teilnahmen. Dieses Komitee wurde im Frühjahr letzten Jahres gegründet und will nach eigenen Angaben bereits 35.000 Mitglieder und 70 verschiedene Ortsgruppen haben. Ein Gegenaufruf dieses Komitees gegen den „Aufruf der 100" (Forderungskatalog demokratischer Soldaten, der wesentlich zur Verbreiterung der Soldatenbewegung in Frankreich beigetragen hat; dazu auch noch später) hat immerhin 80.000 Unterschriften bis März dieses Jahres bekommen. Auf der Veranstaltung am 9.12. stellte der Führer dieser Bewegung, Joel Dupuy de Méry, die Forderung auf, Marchais (PCF-Generalsekretär), Mitterand (PS-Chef), Séguy (CGT-Vorsitzender)

Letzte Meldung: Durchsuchung bei den revolutionären Organisationen!

Am 15.12. sind zahlreiche Mitglieder revolutionärer Organisationen in Frankreich kurzfristig festgenommen worden. Es wurden Hausdurchsuchungen in den Büros der Organisation Communiste Révolution!, der Ligue Communiste Révolutionnaire, des CAM (Antimilitaristisches Komitee) und des CDA (Komitee zur Verteidigung der Wehrpflichtigen) durchgeführt. Zwei Führer der LCR und der OCR, Alain Krivine und Henri Maler, sind zu polizeilichen Verhören vorgeladen worden.
Dies deutet an, daß die Regierung ihre Schläge nunmehr auf den Kern der antimilitaristischen Bewegung, die revolutionären Organisationen, konzentrieren will. Es ist abzusehen, daß weitere Verhaftungen vorgenommen werden.
15.12.75

und Maire (CFDT-Vorsitzender) vor den Staatssicherheitsrat zu zitieren. Was die revolutionäre Linke betrifft, wären sie sowieso alle „Illegale". Am Schluß der Veranstaltung riefen die aufgeputschten Teilnehmer: „Erschießt Krivine" (Führer der trotzkistischen LCR), „Linksradikale, Terroristen, Mörder" und „Marchais an die Laterne".

Ausgangspunkt der Soldatenbewegung sind die Mißstände und die Willkür in der bürgerlichen Armee

Die Situation in den französischen Kasernen ist in der Tat noch weitaus skandalöser als in einigen bürgerlichen Armeen vergleichbarer Länder:

So bekommen die französischen Soldaten knapp DM 40.- monatlich als Sold. Die militärischen Vorgesetzten sind oft ehemalige Indochina-, bzw. Algerienkrieger, mit der entsprechenden Gesinnung. Bis vor einem Jahr waren insgesamt 250 Zei-



Im Betrieb, wie in der Kaserne: Kampf für gewerkschaftliche Freiheiten!

tungen verboten, heute sind es „nur noch" 10, allerdings sind sämtliche antimilitaristischen Zeitungen verboten. Im vergangenen Jahr hatte die Giscard-Regierung angesichts der breiten Unruhe in den Kasernen die sogenannten „10 Maßnahmen zur Liberalisierung des Wehrdienstes" erlassen, die im großen und ganzen an der Situation der Soldaten überhaupt nichts änderte. Im wesentlichen handelte es sich um solche Dinge, wie die Möglichkeit, seinen Führerschein während der Dienstzeit kostenlos zu machen ... Bei der Ausgangs- und Urlaubsregelung sind die Soldaten den größten Schikanen und Willkürmaßnahmen ihrer Vor-
zeit kostenlos zu machen ... Bei der Ausgangs- und Urlaubsregelung sind die Soldaten den größten Schikanen und Willkürmaßnahmen ihrer Vor-
gesetzten unterworfen. Am schlechtesten sind diejenigen französischen Soldaten dran, die in der BRD kaserniert sind, und die aufgrund ihres skandalösen minimalen Solds nur selten nach Hause fahren können. In vielen Fällen handelt es sich auch gerade bei den in der BRD stationierten Soldaten um Strafversetzungen wegen politischen und militärischen „Ungehorsams". Der Vorteil für die französische Armeeführung ist dabei, daß die Soldaten hier naturgemäß sehr viel mehr von der Bevölkerung isoliert sind als in ihrem Heimatland.

Die Willkür der Offiziersränge erstreckt sich auch auf die bedenkenlose Durchführung extrem anstrengender und gefährlicher Manöver, bei denen es immer wieder zu physischen Zusammenbrüchen und auch Todesfällen kommt. In der Nacht vom 22. auf den 23. November 1974 wurde eine Gruppe von Soldaten beispielsweise durch den Eisenbahntunnel von Chézy gejagt und von einem Zug erfaßt: acht Soldaten wurden dabei getötet, drei weitere schwer verletzt!

Angesichts dieser „Mißstände" hat sich die Soldatenbewegung kontinuierlich weiter verbreitert.

Zwischen 1968 und 1973 wurden in den Kasernen überall kleine antimilitaristische Kerne aufgebaut, die wie zum Beispiel beim 22. Regiment in Nizza auch Sabotage-Aktionen auf Armee-Material durchführten.

Im Frühling 1973 gingen 600.000 Schüler, Lehrlinge und Gymnasiasten und Studenten überall in Frankreich auf die Straße, um gegen das Debré-Gesetz (Aufhebung der Wehrdienstrückstellungen) zu protestieren.

Im Frühling 1974 wurden die ersten Soldatenzeitungen veröffentlicht. Im Osten Frankreichs: „Bidasses en lutte" (Kämpfende Soldaten), im Süden Frankreichs: „Le col rouge" (Die roten Matrosen).

Im Mai 1974 unterzeichneten 100 Soldaten einen offenen Brief, der den verschiedenen Präsidentschaftswahlkandidaten zugeschickt wurde. In diesem „Aufruf der 100" (siehe auch DIE INTERNATIONALE Nr.9, November 1974, wo der Aufruf vollständig abgedruckt ist) treten die Soldaten für einen garantierten Mindestlohn ein, für kostenlose Transporte, für Informations- und Meinungsfreiheit, für die Auflösung der Militärgerichtsbarkeit, für die Aufhebung des Wehrdienstes außerhalb der französischen Grenzen. Unmittelbar bevor dieser Aufruf verfaßt wurde, hatte es besonders in einigen Kasernen im Nordosten (Metz, Reims, Mourmelon) wieder mehrere Verhaftungen gegeben, wobei die betroffenen Soldaten teilweise über Monate hinweg an unbekannten Orten gefangengehalten und selbst den Angehörigen nur falsche oder gar keine Angaben gemacht wurden.

In den darauffolgenden Monaten unterzeichneten trotz schärfster Repressionen weitere 5.000 Soldaten den „Aufruf der 100".

Am 10. September 1974 demonstrierten im südfranzösischen Draguignan 200 uniformierte Soldaten. Drei Soldaten wurden dabei der Rädelsführung angeklagt und vors Militärgericht zitiert.

Am 7. und 8. Januar fand ihr Prozeß statt. Aufgrund der massiven Solidarität erhielten zwei der angeklagten Soldaten noch relativ „milde" Strafen (1 Jahr auf Bewährung); einer mußte ganz freigesprochen werden.

Am 15. Januar 1975 folgt die Demonstration der 300 Soldaten in den Straßen von Karlsruhe.

Am 31. Januar 1975 wird General Bigeard von Präsident Giscard zum Staatssekretär für Verteidigungsfragen ernannt. Im Frühling dieses Jahres finden in verschiedenen Kasernenstädten, wie Verdun und Nancy, Soldatendemonstrationen statt.
res finden in verschiedenen Kasernenstädten, wie Verdun und Nancy, Soldatendemonstrationen statt.

Im Sommer 1975 gibt es bereits 100 verschiedene Soldatenkomitees und 60 antimilitaristische Soldatenzeitungen. Am 1. Mai 1975 nahmen an der gewerkschaftlichen Demon-



Links: Bigeard
Rechts: Bourges

stration in Paris über 200 uniformierte Soldaten teil.

In den meisten französischen Kasernen in der BRD existieren jetzt auch Soldatenkomitees, die je nach Stand und Entwicklung der Bewegung, mehr oder weniger regelmäßig eine Zeitung herausgeben.

Da das französische Gesetz den Soldaten das Verteilen von Zeitungen oder Flugblättern verbietet, brauchen die Soldatenkomitees Unterstützung außerhalb der Kasernen.

Insgesamt unterstützen rund 30 verschiedene lokale gewerkschaftliche Sektionen - überwiegend der CFDT - Aktivitäten von Soldatenkomitees. Das heißt: Sie übernehmen Druck, Vertrieb usw. für Flugblätter und Zeitungen. Die meisten dieser Komitees arbeiten auf der Grundlage des „Aufrufs der 100".

Die „Union de la Gauche" und die Soldatenbewegung

Die Positionen der revsionistischen PCF und der mit ihr verbundenen Gewerkschaft CGT sind klar: auf der einen Seite vehemente Abgrenzung nach links, auf der anderen Seite Herausputzen des eigenen „Patiriotismus" und Heraufbeschwören der Verbindung von „Nation und Armee".

Was das erste – Abgrenzung nach links – betrifft, konnten PCF- und CGT-Führungen es anläßlich der aktuellen Einschüchterungswelle gar nicht oft genug betonen.

So lehnten PCF und CGT, und die PS ebenfalls, eine Beteiligung an der von der CFDT organisierten Protestdemonstration am 6.12. in Paris ab. Grund: die CFDT war nicht bereit, die Einbeziehung revolutionärer Organisationen bei dieser Demonstration abzulehnen. In einem offenen Brief der CGT an die CFDT heißt es ganz offen:

„Jede Aktionseinheit in dieser Frage hat als Vorbedingung die kategorische und explizite Verurteilung der unverantwortlichen antimilitaristischen Aktionen der linksradikalen Gruppen und ihren konsequenten Ausschluß aus jeder Aktionseinheit" („Le Monde", 8.12.).

Nach dem bekannten Muster „alle linken Gruppen werden von der Reaktion bezahlt", hieß es in einer Erklärung des Generalsekretärs der PCF, Marchais:

„Was die Probleme der Armee betrifft, sind die Positionen unserer Partei klar. Unsere Partei hat nichts Gemeinsames mit den dunklen Aktivitäten und den provokatorischen Reden von Gruppen, die Herr Poniatowski sicherlich besser kennt als wir. Man braucht nur zu sehen, wem diese Aktivitäten dienen, nämlich Staat und Reaktion, um zu wissen, von wem sie bezahlt und gesteuert werden" („Humanité", Zentralorgan der PCF, 6.12.75). Wie am 6.12. in Paris machten CGT und PCF in zahlreichen anderen Städten ihre Beteiligung an Demonstrationen von der Abwesenheit revolutionärer Organisationen abhängig. Dies führte zu einer harten öffentlichen Auseinandersetzung zwischen CGT- und CFDT-Führungen.

CGT- und PCF-Führungen sind gegen den Aufbau von Soldatengewerkschaften, weil diese ihrer Meinung nach nicht sinnvoll sind. Die Soldaten seien ja nur kurzfristig Soldaten, außerdem würde es dann Schwierigkeiten geben, da in Frankreich mehrere Gewerkschaften existieren; man müsse dann schon eine einheitliche Gewerkschaft aufbauen.

Das Gegenkonzept von PCF und CGT ist der Entwurf eines „demokratischen Soldaten-Statuts". In jeder Einheit sollen sogenannte „Delegierte" gewählt werden, die die Kooperation mit der militärischen Hierarchie, die Organisierung des sozialen und kulturellen Lebens und die Informationstätigkeit innerhalb der Kasernen gewährleisten. Die Basisorganisation in jeder Kaserne soll dann ein sogenannter „Klub der Soldaten" sein. Die weiteren Forderungen sind die des gemeinsamen Regierungsprogramms von PCF und PS unter an-
sein. Die weiteren Forderungen sind die des gemeinsamen Regierungsprogramms von PCF und PS, unter an-
derem:

- **Sechs Monate Wehrdienstzeit;**
- **Einberufung in der Nähe des Wohnorts;**
- **Rückstellungs-Möglichkeit;**
- **Recht auf Informationen;**
- **Sold in Höhe von 300 Francs (!),**
- **Transporte umsonst.**

Wenn sie sich auch formal bereit erklärt haben, sich mit jedem von den jetzigen Repressionen Betroffenen solidarisch zu erklären, haben PCF und CGT auf der anderen Seite recht deutlich erklärt, daß sie sich nie (!!) mit solchen Leuten solidarisieren werden, die zum Beispiel fordern, im Kriegsfall die Gewehre umzudrehen. Denn getreu ihrer reformistischen Weltanschauung gehen sie von der Vision einer klassenneutralen Armee aus.

Der Bündnispartner der PCF, die „Sozialistische" Partei hat eine eigene Organisation zu Fragen der Armee: die „Konvention für eine neue Armee" (Abkürzung: „CORAN"). Auch die PS ist gegen Gewerkschaften in der Armee und gegen „illegale" Soldatenkomitees. Etwas unpräziser als die PCF, tritt die PS für die Wahl von „Vertrauensmännern" ein. Allerdings scheinen Widersprüche bis hin in die Führung der PS zu dieser Frage zu bestehen. So nahmen Mitglieder der PS-Führung an der Demonstration der CFDT vom 6.12. teil – wofür sie von Parteichef Mitterand auch öffentlich gescholten wurden.

Charles Hernu, „Verteidigungsspezialist" der PS erklärte in der Zeitschrift „Le Point":

„Zum Unterschied von vielen anderen sind wir nicht der Auffassung, daß in der Armee der Offizier ein Chef ist und der Soldat ein Arbeiter sein soll. Diese Klassenbeziehung existiert dort nicht (?!) .... Wir wollen keineswegs den einfachen Soldaten in Gegensatz zu seinen Vorgesetzten bringen" (zitiert nach „FAZ", 9.12.75), denn wie ein anderes prominentes Mitglied der PS-Führung – Robert Pontilon – am 11.12. erklärte: *„Die Sozialisten haben nichts Gemeinsames mit denjenigen, die meinen, daß der Sturz des Kapitalismus über die Zersetzung der bürgerlichen Armee läuft. ... Die mögliche Machtübernahme durch den Sozialismus über demokratische Wege bedeutet in der Konsequenz, daß die Sozialisten es gar nicht nötig haben, die Armee auf ihre Seite zu bringen (!)* " (Zitat aus „Politique-Hebdo", Nr. 201).



Pressekonferenz des 10. Regiment in Besancon, rechts: Charles Piaget

Alles in allem nimmt die „Union de la Gauche" heute eine rein defensive Stellung ein, und möchte am liebsten zu den Verhaftungen der Antimilitaristen keine Mobilisierung machen. Ihr Vorschlag lautet: Kampf gegen die Krise, gegen die Arbeitslosigkeit, und dort irgendwie „eingebettet" die Verteidigung der Rechte der Soldaten. So wurde tatsächlich am 6.12 auf der Demonstration der „Parteien der Linken" keine einzige Parole (!!) zu den Angeklagten und Gefangenen gerufen. Die rund 30.000 Demonstranten riefen „Ponia – Faschist – Rücktritt" und „Einheit – Aktion – Gemeinsames Regierungsprogramm".

Die linker auftretende Gewerkschaft CFDT, die nun auch das gemeinsame Regierungsprogramm unterstützt, hat spätestens seit der Karlsruher Demonstration das Konzept der Soldatengewerkschaft unterstützt, die ihrer Meinung nach die Isolierung der Komitees aufheben würde und daher den Kampf der Soldaten wirksamer gestalten würde.

Öffentlich hat die CFDT-Führung in den vergangenen Tagen die CGT-Führung scharf kritisiert. Die CGT – und damit auch die PCF – würde in die Falle der Spaltung reinrennen und somit das Spiel des Staates mitmachen. Auch wenn die CFDT natürlich den Antimilitarismus verurteilt (da sind sie sich doch alle einig!) müsse die CGT verstehen, daß es notwendig sei, die größtmögliche Gegenmobilisierung aufzubauen, denn letztendlich gehe es überhaupt um die de-
wendig sei, die größtmögliche Gegenmobilisierung aufzubauen, denn letztendlich gehe es überhaupt um die de-
mokratischen Freiheiten; dies gehe genauso die CGT wie die CFDT an.

Die Forderungen der CFDT bezüglich der Soldaten lauten:

- **Recht auf Kriegsdienstverweigerung;**
- **Schluß mit Repressalien und Beleidigungen;**
- **Meinungs-, Versammlungs-, Ausdrucks- und Organisationsfreiheit;**
- **Angleichung des Solds an den Mindestlohn (1.200 Francs)**
- **Transporte umsonst**
- **Wehrdienstzeit von sechs Monaten;**
- **Freie Wahl des Einzugsalters zwischen 18 und 25 Jahren;**
- **Recht auf Ausgänge ohne Einschränkungen;**
- **Auflösung der Militärgerichtsbarkeit;**
- **Einberufung in der Nähe des Wohnorts.**

Immerhin gibt es aber innerhalb der CFDT ein weitreichenderes Spektrum von Aktivitäten zur Unterstützung der Soldatenbewegung. So hat die Postgewerkschaft der CFDT im letzten Jahr eine Resolution verabschiedet, mit der eine engere Verbindung zwischen den Soldaten und den Arbeitern gefordert wird. Es heißt darin:

„Um den Bürgerkrieg, den die Armee vorbereitet, zu bekämpfen, gibt es kein besseres Mittel, als die Isolierung der Soldaten zu verhindern. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften und jeder Arbeiterorganisation, die Gewerkschaftsmitglieder zu organisieren, um sie darauf vorzubereiten, die Armee nicht passiv zu erdulden. Die Kontakte zwischen dem Soldaten und seiner Gewerkschaft aufrechtzuerhalten, ihn weiterhin als vollwertiges Gewerkschaftsmitglied zu betrachten, bedeutet, daß man die Kämpfe der Arbeiter mit denen der Soldaten verbindet, heißt, daß man die militärische Dressur ganz konkret zerstört." („Rouge" Nr. 259, zitiert nach „Was tun", 23.10.74)

• • •

• • •

Der Artikel wird in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF fortgesetzt; vor allem über die Positionen und die Arbeit der revolutionären Organisationen. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Disziplinarrecht innerhalb der französischen Armee

„Die Strafen dienen dazu, das Verhalten des Schuldigen zu korrigieren, und sollen durch ihren exemplarischen Wert eine Einschüchterung für alle sein. Sie sind eine moralische Sanktion, wobei sie auch, bei schwerwiegenden Fehlverhalten, zu Freiheitsstrafen werden können."

Die „Fehlverhalten" sind im Disziplinarrecht der Militärhierarchie in sieben Kategorien eingeteilt.

Die zweite Kategorie umfaßt das *„Fehlverhalten gegen die Ehre, gegen die Pflicht"*.

Darunter fallen:

- **„Aufmunterung zu disziplinwidrigen Aktionen: Militärgericht;**
- **Organisierung oder Provozierung von disziplinwidrigen Aktionen: 60 Tage verschärfter Stubenarrest;**
- **Versuch, einen Soldaten von seinen Pflichten abzuhalten: 30 Tage verschärfter Stubenarrest;**
- **Antimilitaristische Propaganda:**
- **30 Tage verschärfter Stubenarrest."**

Die dritte Kategorie umfaßt das *„Fehlverhalten gegen die allgemeine Disziplin"*:

- **„Subversive oder antimilitaristische Lieder: 15 Tage Stubenarrest;**
- **Disziplinwidrige Zeitungen liefern oder besitzen: 15 Tage Stubenarrest;**
- **Beteiligung an einer politischen Demonstration in Uniform: zehn Tage Stubenarrest;**
- **Aufmunterung der Soldaten zu einer kollektiven Forderung: 30 Tage verschärfter Stubenarrest;**
- **Beteiligung an einer kollektiven Forderung: 20 Tage Stubenarrest;**
- **Forderungen stellen, ohne den hierarchischen Weg zu nehmen; sechs Tage Stubenarrest;**
- **die Fahne nicht grüßen: 15 Tage Stubenarrest;**
- **einen empfangenen Befehl ausdrücklich nicht befolgen: 60 Tage verschärfter Stubenarrest;**
- **einem empfangenen Befehl bewußt nicht folgen: 30 Tage Stubenarrest;**
- **einen empfangenen Befehl nicht durchführen: 15 Tage Stubenarrest;**
- **einen höheren Soldaten nicht grüßen: vier Tage Stubenarrest."**

Die vierte Kategorie umfaßt das *„Fehlverhalten gegenüber den Anweisungen"*:

- **„Während der Wache schlafen: Militärgericht;**
- **rauchen, lesen, reden, sitzen während der Wache: 20 Tage Stubenarrest".**

Die Liste der „Fehlverhalten" geht noch weiter. Das Ziel dieses Disziplinierungskatalogs ist deutlich:

Repression gegen jeden individuellen oder kollektiven Widerstand, Repression gegen jeden Versuch einer politischen Meinungsäußerung, um der edlen Mission der bürgerlichen Armee nachzukommen: aus den Wehrpflichtigen bereitwillige Roboter zu machen, die nach Ende des Militärdienstes bereit sind, die Sklaverei des Betriebs mitzumachen, ohne je aufzumucken. ●

Forts. von S. 27

Kampf dem Faschismus!

Der „PCP/ML"er kritisierte dann, daß es in der liberalen (?!) Bourgeoisie" leider „versöhnlerische Tendenzen" gegenüber dem „Sozialfaschismus" gebe, die sogar ein Bündnis mit ihm eingehen wollen (Antunes, Soares etc.). Jedoch gebe es auch, so der „PCP/ML"er weiter, „konsequente patriotische Kräfte" im Kampf gegen den „Sozialfaschismus". Hier nannte er Faschisten wie Jaime Neves (Chef der reaktionären „Comandos" von Amadora) und Pires Veloso (Kommandant der Militärregion Nord).

Kräfte wie die „PCP/ML" gehören nicht nur ins Lager der Reaktion, sondern sind dort auch unter den rabiatesten Schreihälsen, den wildesten arbeiterfeindlichen Hetzern.

Ähnlich verhielt sich die MRPP, die gleichfalls die „Unentschlossenheit" der Bourgeoisie gegenüber dem „Sozialfaschismus" anklagte.

UDP

Eine andere Politik verfolgt seit einigen Monaten die ORPC (ml) und ihre „Massenorganisation" UDP. Die ORPC (ml)/UDP schwatzt zwar auch vom „Ringen der Supermächte" um Portugal und vom „Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus". Es ist aber eindeutig, daß sie den Kampf gegen den Faschismus als ihre Hauptaufgabe ansieht. Nach dem Rechtsputsch hat sie dazu aufgerufen, „der Rechtsentwicklung den Weg zu versperren".

Die ORPC(ml)/UDP hat in letzter Zeit offenbar stark an Masseneinfluß verloren. Ein rein theatralisches und ziemlich sektiererisches Verweilen bei Aufgaben des „Parteiaufbaus" hat die ORPC(ml)/UDP offenbar den realen Klassenkämpfen und der realen Arbeiterklasse ziemlich entzogen und entfremdet. Bezeichnend dafür ist, daß die erste Nummer ihrer Zeitung „A Causa Operaria" nach dem Rechtsputsch mit Schlagzeile und großem Leitartikel zum „Parteiaufbau" sowie einem aufgedonnerten „Grußtelegramm" nach Albanien auf der Titelseite erschien, während die Überschrift „Der Rechtsentwicklung den Weg versperren" nur ein winziges Eckchen füllte.

ORPC(ml)/UDP hat den „Parteiaufbau" als isolierten Zusammenschluß dreier „ML"-Gruppen geplant: Sie selbst, dann die CMLP und schließlich die OCMLP. Mit der OCMLP hat es jedoch Schwierigkeiten gegeben, weil sie allzu sehr ins rechte (vaterländische) Lager abgetrudelt war. Die beiden anderen Organisationen haben schließlich mit Hinweis auf den „Ernst der Lage" nach dem Rechtsputsch das Ultimatum gestellt, „innerhalb von 15 Tagen" (!!) eine Konferenz zur Proklamation der Partei durchzuführen („A Causa Operaria", 5.12.). OCMLP hat abgelehnt.

FUR – Revolutionäre Linke

Die „Revolutionäre Einheitsfront", FUR wurde am 25. August von zunächst acht Organisationen und Gruppen gebildet. Ihr gehörten zunächst auch die „ML"-Gruppe „1. Mai" und die PCP an. Nach deren Austritt bzw. Ausschluß verblieben MES, PRP(/BR), LUAR, FSP (Linkssozialisten), MDP (den Revisionisten nahestehend) und die trotzkistische LCI.

Die FUR hatte in den letzten Monaten bei verschiedenen Massenmobilisierungen, auch ohne die PCP, eine wichtige Rolle gespielt. Unter ihrem Einfluß standen unter anderem der Soldatenverband SUV und verschiedene wichtige Arbeiterkommissionen.

Gegenüber dem Rechtsputsch vom 25./26. November kam es jedoch nicht zu einer einheitlichen Reaktion der FUR-Organisationen. Bis jetzt liegt auch keine Stellungnahme der FUR zu den Ereignissen vor, nachdem schon in den Wochen vor dem 25. November von der FUR kaum einheitliche Impulse ausgegangen waren.

Innerhalb der FUR hatten MES und PRP vor dem 25./26. November auf die revolutionäre Machtergreifung und den bewaffneten Aufstand als kurzfristige Perspektive orientiert (siehe dazu Artikel in diesem AK). Dies wurde nach dem Rechtsputsch von der trotzkistischen LCI kritisiert.

Die LUAR hat inzwischen die FUR verlassen. In ihrer Erklärung dazu heißt es, die *„Niederlage der revolutionären Kräfte und des Sozialismus"* habe *„die politische Schwäche, die Inkonsequenzen und die Unfähigkeit der revolutionären Linken gezeigt, die ihr zustehende historische Rolle zu übernehmen"*. Die LUAR kritisiert den *„leichtfertigen Triumphalismus und die übereilte, abenteuerliche Aufstandstümelei"*. Die FUR sei nicht fähig gewesen, ihre inneren Widersprüche zu lösen und eine einheitliche Linie zu entwickeln (nach „Republica", 12.12.).

Es hat sich gezeigt, daß der zeitweise Masseneinfluß der FUR insgesamt sehr labil war. Die FUR war zwar in der Lage, in einzelnen Situationen breit zu mobilisieren und poli tischen Einfluß bis in die Reihen der PCP-Basis hinein auszuüben. Letztlich war sie aber nicht in der Lage, angesichts des Rechtsputsches einheitlich zu handeln und trotz der Abwiegelei der Revisionisten die Arbeiter zu mobilisieren. Insbesondere die Organisationen, die von der Aktualität der revolutionären Machtergreifung ausgegangen waren, hatten offenbar ihren Masseneinfluß überschätzt.

Dennoch wäre es verfrüht, vom Ende der FUR zu reden. Noch weniger kann man behaupten, daß der Gedanke der revolutionären Einheitsfront als solcher widerlegt worden wäre.

„Faschistischer Putsch in drei Schritten"?

In einer Erklärung des MES nach dem Rechtsputsch heißt es: *„Im Einverständnis mit dem Imperialismus und dem CIA will die Bourgeoisie in Portugal einen chilenischen Putsch in drei Schritten durchführen. Die erste und zweite Phase wurden schon realisiert; es waren die Versammlung von Tancos im September* (Anm.: MFA-Versammlung, wo unter anderem der Sturz von Goncalves und die Umbesetzung des 'Revolutionsrates' zugunsten der Rechten beschlossen wurden) *und der '25. November'.*

Die dritte Phase des Plans ist die Durchführung des faschistischen Putsches. Dieser dritte Moment kann in relativ kurzer Zeit stattfinden, da die Bourgeoisie nicht mit einem sozialdemokratischen System regieren kann. Die Alternative bleibt also weiterhin die zwischen Faschismus oder Sozialismus. Wie zuvor. Aber jetzt ist der Faschismus eine reale Gefahr. Die Bourgeoisie hält noch eine „demokratische" Fassade aufrecht, aber nur bis zum faschistischen Putsch, der stattfinden soll, wenn die Arbeiter nicht aufhören, sich gegen den Vormarsch der Bourgeoisie zu wehren" (nach „Republica", 12.12.).

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß wir gleichfalls nach der berüchtigten 'MFA-Versammlung' in Tancos vom 5. September von einem „schleichenden Putsch" sprachen (siehe AK 66). Im Grunde begannen die Vorbereitungen der Bourgeoisie auf diese Entwicklung hin schon bald nach dem gescheiterten Putschversuch von Spinola & Co. am 11. März. Eine erste Phase war die, von Kirche und PS angekurbelte, reaktionäre, antikommunistische Massenmobilisierung in Nordportugal im Sommer. Das Anfang August veröffentlichte „Dokument der Neun" wurde zur vorläufigen Plattform der Organisatoren des 'schleichenden Putsches'.

Der 'schleichende Putsch' hat mit dem 25./26. November praktisch seinen Abschluß gefunden. Nunmehr laufen in der Tat die Vorbereitungen auf den offenen faschistischen Putsch.

Die Entwicklung in Portugal – Sturz des Faschismus am 25. April '74, faschistische Putschversuche vom 28. September '74 und 11. März '75, „schleichender Putsch" bis hin zum Rechtsputsch vom 25./26. November – haben erneut bewiesen, daß Kapitalismus und Imperialismus ihre Herrschaft nicht freiwillig abtreten werden. Es hat sich weiter bewiesen, daß die Sozialdemokratie eine wichtige Kraft als Wegbereiter des Faschismus spielt, auch wenn sie schließlich dessen letzte Konsequenzen beklagt und teilweise selbst von ihnen betroffen ist. Auf anderer Ebene spielen die Revisionisten eine vergleichbare Rolle. Ebenso wie in den Zeiten Spinolas haben die portugiesischen Revisionisten wieder offen die Rolle übernommen, die Massenkämpfe abzubremsen, die Arbeiterklasse zu spalten, den Kapitalisten bei der Abwälzung ihrer Schwierigkeiten zu helfen usw.

Die Gefahr eines neuen Faschismus war in Portugal von Anfang an gegeben. Heute stellt sie sich unmittelbarer als zuvor. Der Elan und Enthusiasmus, mit dem die internationale revolutionäre Linke den portugiesischen revolutionär-demokratischen Prozess in der Phase seines Aufschwungs und seiner Erfolge begleitete, darf heute in der Stunde der Rückschläge und Schwierigkeiten um nichts schwächer werden. Notwendig ist im Gegenteil eine erhebliche Verstärkung der politischen und materiellen Solidarität mit den portugiesischen Werktätigen und ihrem Kampf.

Wir rufen alle Genossen, alle Sympathisanten unserer Organisation, alle fortschrittlichen Arbeiter und Werktätigen, alle Organisationen der Linken und der Arbeiterbewegung auf, ihre Anstrengungen in diesem Sinn zu steigern. ●

Portugal darf nicht das Chile Europas werden!

CIA und Gewerkschaften

Zum weiten Feld der weltumspannenden „verdeckten Aktionen" des amerikanischen Geheimdienstes CIA gehört auch die politische und finanzielle Unterstützung stark antikommunistisch ausgerichteter Gewerkschaften in verschiedenen Ländern. In einer nach dem Grad der Einmischung abgestuften Aufzählung der verschiedenen „verdeckten Aktionen", deren sich die CIA bei ihrer Wühlarbeit für den US-Imperialismus in der ganzen Welt bedient, nennt Richard M. Bissel, langjähriger Chef der „Heimlichen Dienste" der CIA unter Punkt 3 und 4: „... (3) finanzielle Unterstützung und 'technische Hilfe' gegenüber politischen Parteien (siehe z.B. PS in Portugal – d. Red.); (4) Unterstützung privater Organisationen einschließlich Gewerkschaften (!), Firmen, Genossenschaften usw ..." (zitiert nach Marchetti/Marks, CIA, S. 452).

Im Gegensatz zu anderen Organisationen, die CIA unter ihre „Fittiche" nimmt, dürfte sie bei ihrer „Gewerkschaftsarbeit" in den seltensten Fällen auf eine geheime Infiltration der Gewerkschaftsvorstände angewiesen sein (was nicht bedeutet, daß dies nicht auch geschieht). Denn bei den stark antikommunistisch ausgerichteten Gewerkschaften der „freien Welt" sind die Ziele der Gewerkschaftsführer und der CIA in einem grundlegenden Punkt identisch: Beide verfolgen das Ziel, die herrschende kapitalistische Ordnung aufrechtzuhalten und zu verteidigen. Die Geheimoperatoren der CIA können hier also nicht zu Unrecht auf ein recht reges Entgegenkommen vieler Gewerkschaftsführer hoffen.

Auch für die westdeutschen DGB-Gewerkschaften sind, zumindest für die Vergangenheit, Kontakte zum amerikanischen Geheimdienst nachweisbar.

Die späteren westdeutschen Gewerkschaften wurden nach dem Krieg in den besetzten Westzonen wesentlich von ehemaligen ADGB-„Emigranten" wiederaufgebaut, die während ihrer „Emigrationszeit" in England oder den USA von Geheimdienstorganisationen auf ihr „Comeback" vorbereitet wurden.

Aufgabe dieser „amerikanischen Gewerkschaftsführer", wie die KPD damals diese Kerle treffend bezeichnete, war es vor allem, den starken Einfluß der Kommunisten in den lokalen Gewerkschaftsorganisationen und in der Arbeiterbewegung insgesamt zurückzudrängen.

Wie Tom Braden, von 1950 bis 1954 Leiter der CIA-Abteilung für „Internationale Organisationen" 1967 enthüllte, übergab er während seiner Amtszeit (also Anfang der 50-er Jahre) an einen gewissen Victor Reuther 50.000 US-Dollar in 50-Dollar-Noten. Wie er in einem Artikel der „Saturday Evening Post" unter der Überschrift *„Ich bin froh, daß die CIA 'unmoralisch' ist"* schrieb, *„verbrauchte Victor das Geld vornehmlich in Westdeutschland, um Gewerkschaften zu stützen ..."* (zitiert ebenda, S. 85).



George Meany (links) in „guter Gesellschaft": Kettenhunde des US-Imperialismus

Ab Mitte der 50-er Jahre hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit derartiger Unterstützung, mit Antikommunismus und Ausschlußterror ihr Ziel weitgehend erreicht.

Wenn auch gegenwärtig nicht direkt nachweisbar, so ist doch zu vermuten, daß die Kontakte zwischen Gewerkschaftsvorständen und CIA niemals völlig abgebrochen wurden, sondern immer jeweils für bestimmte Aktionen gemeinsamen Interesses" neu intensiviert werden. Man denke hier nur an den jüngst bekannt gewordenen Devisenschmuggel von IG-Metall-Geldern in Höhe von 100.000 DM zur Finanzierung einer antikommunistischen Kampagne der finnischen Sozialdemokraten bei den anstehenden Metallarbeitergewerkschaftswahlen gegen die dortigen Revisionisten (siehe letzten AK). Aus der Vergangenheit weiß man, daß die CIA bei derartigen Unternehmen immer ihre Finger im Spiel hat und die Vermutung ist naheliegend, daß dieser Coup nicht allein auf Eugen Loderers Mist gewachsen ist.

In diesem Zusammenhang sind auch die jüngst bekanntgewordenen finanziellen Transaktionen der CIA für die portugiesische Konterrevolution nicht uninteressant. Die monatlich zwischen zwei bis zehn Millionen Dollar betragende Summe wird über sozialdemokratische Organisationen nach Portugal geschleust; wie die Nachrichtenagentur „Associated Press" angibt, u.a. auch über 'westeuropäische sozialdemokratische Gewerkschaften („ND", 29.9.75).

Es wäre doch schön, könnte man mal in den nächsten Wochen in der Presse lesen, daß revolutionäre portugiesische Grenzsoldaten ungeheuerlicherweise einen „völlig harmlosen Touristen" festgenommen haben. Grund: Ein in Washington D.C. ausgestellter und mit den besten Grüßen von Heinz O. Vetter versehener Scheck an die portugiesische Konterrevolution ...

US-(Geheimdienst) Gewerkschaften

Die USA, das am weitesten entwickelte kapitalistische Land, haben alle Erscheinungen des Kapitalismus radikal auf die Spitze getrieben. So ist auch hier die Entfremdung der Gewerkschaften von ihrem ursprünglichen Zweck als einem klassenmäßigen Zusammenschluß zur Verteidigung der Arbeiter gegen das Kapital, ihre Entartung zu einer Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, am weitesten fortgeschritten.

Es ist bekannt, daß diese Gewerkschaften mehr oder weniger offen mit der in den USA ansässigen Mafia paktieren, daß innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen mehr als nur einmal von bezahlten Killern entschieden wurden usw. Dem US-Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO (American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations) steht mit dem 81-jährigen und gerade für eine elfte (!) Amtszeit bestätigten George Meany ein Mann vor, der sich was darauf zugute hält, ein eifriger Verfechter der US-Politik in Indochina und heute noch ein entschiedener „kalter Krieger" zu sein. Meany selbst zählt es zu seinen Hauptaufgaben in der Gewerkschaftsspitze, gegen die angeblichen „Entspannungsillusionen" der US-Regierungen (!) Front zu machen!

Diese „Kettenhunde des Kapitalismus", wie Lenin diesen Typ von Gewerkschaftsführer einmal charakterisierte, sind natürlich mehr als nur offen für die Zusammenarbeit mit allen schmutzigen Organisationen des Kapitals und diese Zusammenarbeit macht auch vor den Geheimdiensten des US-Imperialismus keinen Halt.

Das läßt sich insbesondere an den Auslandsverbindungen des AFL-CIO exemplarisch nachweisen.

Bereits seit 1961 gibt es unter Leitung des AFL-CIO das sogenannte AIFLD, das „American Institute for Free Labor Development". Dieses gewerkschaftliche Institut unterhält über sogenannte Schulungen, Organisationshilfe, Sozialprogramme usw. Verbindungen zu einer Reihe von ausländischen Gewerkschaften, mit Schwerpunkt in Lateinamerika, ist aber auch in Afrika und Asien vertreten.

Aufgabe der unter Federführung dieses Instituts ausgearbeiteten Auslandsprogramme ist es, die kontaktierten Gewerkschaften von *„einer grundlegenden Änderung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse"* in ihren (kapitalistischen) Ländern abzuhalten (zitiert bei Lenny Segal, Ge(heimdienst)gewerkschaft?, in Rotbuch 135, S. 133; im folgenden beziehen wir uns besonders auf diesen Artikel).

Inzwischen ist auch hier bekanntgeworden, daß die CIA an der Ausarbeitung und Durchführung dieser „gewerkschaftlichen" Programme federführend beteiligt war und es auch weiter ist. In mehreren Fällen konnte sich der Geheimdienst sogar bei offen konterrevolutionären Unternehmungen, wie etwa Militärputschen dieser Programme bedienen.

Der ehemalige CIA-Agent Philip Agee schrieb 1974 in einer amerikanischen Zeitung, daß *„das AIFLD, die International Confederation of Free Trade Unions, deren lateinamerikanischer Ableger, ORIT, die Public Services International (in denen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zusammengeschlossen sind) sowie die verschiedenen internationalen Gewerkschaftssekretariate geheime politische Programme unter der Leitung des CIA stark unterstützt haben"* (ebenda, S. 144).

Agee selbst berichtet, in Ecuador, getarnt als AIFLD-Mitarbeiter, als CIA-Agent eingesetzt worden zu sein. In Argentinien und Brasilien wurde der AIFLD-Repräsentant James Holway als CIA-Agent enttarnt. Bevor Holway in Brasilien Direktor des AIFLD-Sozialprogramms wurde, hatte er nie mit Gewerkschaften jemals zu tun gehabt, sondern war vorher Vizekonsul der USA und Stabsassistent im State Department (dem US-Außenministerium). Dies ist durchaus kein Einzelfall. Eine „Kennerin" der Szene, Ruth Needleman, schreibt, daß eine große Anzahl angeblicher „Gewerkschafter" aus ganz anderen „Sparten" kommen, *„darunter ein pensionierter Marine-Kapitän, zwei Luftwaffen-Obersten, ein ehemaliger Beamter des Verteidigungsministeriums und eine Bande aggressiver Typen, die ihre berufliche Ausbildung im Office of Strategic Services* (dem Vorläufer der CIA – d. Red.), *im Counter Intelligence Corps* (offensichtlich Spionage„abwehr" – d. Red.) *und*

im CIA erhielten" (ebenda zitiert, S. 145).

Es ist fast müßig noch hinzuzufügen, daß das AIFLD im Auftrag des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes (und wohl der CIA) Geheimdienstinformationen über die lateinamerikanische Gewerkschaftsbewegung sammelt.

Angesichts dieser Tatsachen kommt Lenny Segal in ihrer Untersuchung zu dem Schluß, daß *„es auf höherer Ebene* (des AFL-CIO – d. Red.) *eine bewußte Kooperation mit dem CIA geben muß"* (S. 145).

Bei soviel Interesse und Unterstützung der AFL-CIO-Aktivitäten durch die amerikanischen Geheimdienste ist es lohnenswert, sich das AIFLD-Programm etwas genauer anzusehen.

AFL und CIO – schon immer an der Seite des US-Imperialismus

Die Kontakte zwischen US-Gewerkschaften und lateinamerikanischen Verbänden wurden erstmals 1916 in einem Dachverband institutionalisiert. In diesem Jahr gründeten die AFL (AFL und CIO fusionierten 1955) und mexikanische Gewerkschaftsführer die Pan American Federation of Labor (PAFL). Sofort nach ihrer Gründung erhielt das neue Geschöpf Subventionen von der US-Regierung Woodrow Wilsons, da es für den US-Imperialismus vor allem ein Stoßtrupp gegen den wachsenden Einfluß der revolutionären, syndikalistischen Gewerkschaftsorganisationen Lateinamerikas war. 1924 zerfiel die PAFL.

Nach dem Zweiten Weltkrieg organisierte der antikommunistische sozialdemokratische Einwanderer italienischer Abstammung, Serafino Romualdi, 1948 erneut eine Konferenz konterrevolutionärer lateinamerikanischer Gewerkschaftführer und gründete als Alternative zu der linksgerichteten CTAL (Confederacion de Trabajadores de America Latina) die Confederacion Interamericana del Trabajo (CIT). Interessant ist hier allein die Figur Romualdis: Bevor er im Auftrag des AFL die CIT als Agentur des US-Imperialismus in der lateinameri-

des AFL die CIT als Agentur des US-Imperialismus in der lateinameri-kanischen Arbeiterklasse gründete, war er u.a. für Nelson Rockefellers (!) interamerikanisches Büro (Office for Inter-American Affairs) tätig. Ein neuer „Job", wie man in USA sagte, und eine alte Aufgabe ...

Nach dem Beitritt der US-Gewerkschaft CIO, wurde die CIT 1951 in ORIT (Organizacion Regional Interamericana del Trajo) umgenannt. Der ORIT gehören heute ca. 50 (!) verschiedene lateinamerikanische Arbeiterorganisationen an, die offensichtlich politisch die Schichten der Arbeiteraristokratie vertreten, und wie L. Segal schreibt, *„das eher konservative, pro-amerikanische Element in der lateinamerikanischen Arbeiterschaft repräsentieren"* (S. 131).

Nach einem 1956 begonnenen und erfolgreich beendeten Versuch der US-Gewerkschaften, lateinamerikanische „Gewerkschafter" auszubilden und zu schulen, wurden für eine systematische Organisierung dieser Arbeit vom AFL-CIO 35.000 Dollar bereitgestellt und 1961 das AIFLD gegründet.

Es ist kein Zufall, daß die Anstrengungen, engere und organisiertere Kontakte und damit festere Einflußmöglichkeiten auf die lateinamerikanischen Gewerkschaften zu bekommen, von der AFL-CIO gerade in diesen Jahren intensiviert wurden. 1959 siegte auf Cuba die Revolution, und der US-Imperialismus fürchtete zu Recht, daß diese Entwicklung auf den Kontinent übergreifen könnte und in den dortigen Gewerkschaften zu einer starken Linksentwicklung führen würde. In diesen Jahren wurde auch unter den „tausend Tagen Kennedy" die „Allianz für den Fortschritt" gegründet, in der die USA und ihre lateinamerikanischen „Verbündeten" vertreten waren. Unter dem Deckmantel einer stärkeren und vor allem „gerechteren" interamerikanischen Kooperation sollten die bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse verdeckt und weiter aufgerichtet werden. Die AIFLD wurde von den USA 1962 fest in die „Allianz" integriert, um auch die „soziale Kooperation" zu unterstreichen. Tatsächlich verbarg sich hinter diesen Manövern des US-Imperialismus die Absicht, die bestehenden Machtverhältnisse mit diffizileren und „moderneren" Methoden zu verschleiern.

Es ist allerdings bemerkenswert, daß sich das gewerkschaftliche AIFLD-Programm bereitwillig in eine „Allianz" integrieren ließ, die von den ersten Tagen ihrer Gründung selbst von bürgerlichen Kreisen als ein neues Instrument des US-Imperialismus kritisiert wurde.

Das AIFLD profitierte erheblich davon. Ab 1962 wurde es finanziell von der AID (Agency for International Development – US-Behörde für internationale Entwicklungshilfe) unterstützt. Im Laufe der Zeit stellte das AID bis zu 90% der benötigten Mittel für das Gewerkschaftsprogramm zur Verfügung. Waren es 1966 noch vier Millionen Dollar, so liegt die jährliche Summe heute bei ca. sechs Millionen, während die Mitgliedsverbände des AFL-CIO jährlich nur 200.000 Dollar bereitstellen. Die AID hat mit „Entwicklungshilfe" selbst so gut wie gar nichts zu tun, sondern tritt immer dort als Tarnbehörde in Erscheinung, wo es gilt, konterrevolutionäre Aktivitäten des US-Imperialismus vor allem finanziell abzusichern. So organisiert die AID im Rahmen der „Polizeihilfe" für reaktionäre Regimes die Ausbildung von Polizei und Folterspezialisten für die Aufstandbekämpfung besonders in Lateinamerika (Marchetti, S. 168) und finanzierte den Untergrundkrieg der CIA gegen das laotische Volk mit ca. einer halben Milliarde (!) Dollar (Marchetti, S. 299).

„Demokratie oder Kommunismus"

Der US-Imperialismus sieht seine Gelder in nicht unbeträchtlicher Höhe in der auswärtigen „Gewerkschäftsarbeit" des AFL-CIO gut angelegt. Aufgabe des AIFLD-Programms ist es nach George Meany, *„die demokratischen Arbeiterbewegungen in Lateinamerika und in der Karibik beim Aufbau starker, lebensfähiger Gewerkschaften zu unterstützen"* (zitiert ebenda, S. 129).

Gegen wen diese Gewerkschaften stark und lebensfähig sein sollen, macht ein anderer Gewerkschaftsführer, Doherty, klar: *„Die Schlüsselfrage unserer Zeit für Lateinamerika ist die Zukunft der dortigen Revolution: Kommunismus oder Demokratie"* (ebenda, S. 134). Entsprechend werden im Rahmen des AIFLD-Programms nur die Gewerkschaften „unterstützt", die *„mit den USA und freiem Unternehmertum sympathisieren"* (ebenda, S. 133).

Seit 1962 hat das AFL-CIO-Institut über 200.000 lateinamerika-

Seit 1962 hat das AFL-CIO-Institut über 200.000 lateinamerika-nische Gewerkschafter „geschult" und ausgebildet. Für diese Zwecke unterhält es sowohl in den einzelnen Ländern selbst, wie auch in den USA verschiedene Schulungsinstitute; die Schulungen für „Fortgeschrittene" werden ausschließlich in den USA, nahe Washington, durchgeführt. In der Regel werden die Kandidaten vom AIFLD-Institut selbst ausgewählt und anfangs in ein- bis dreimonatigen Seminaren zusammengefaßt. Die angehenden zukünftigen Gewerkschaftsführer werden dann einer weiteren Schulung in den USA unterzogen, wo sie auf ihre zukünftigen „Führungsaufgaben" vorbereitet werden.

In einer Untersuchung über die Inhalte dieser „Seminare" hieß es: *„Alle AIFLD-Studenten erwerben ein Diplom in Antikommunismus, ein Studienfach, das zu lehren ihre Ausbilder, viele davon Exilkubaner, bestens qualifiziert sind"* (ebenda zitiert, S. 139).

In Zusammenarbeit mit dem AID, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und ähnlichen US-Organisationen hat das AIFLD sich neben der umfangreichen Schulungsprogramme durch verschiedene „Sozialprojekte" Einflußmöglichkeiten auf die lateinamerikanische Gewerkschaftsbewegung zu verschaffen versucht. Bis 1972 wurde unter Leitung des AIFLD, aber zumeist unter Finanzierung anderer US-Institutionen fast 17.000 Wohnungen in Lateinamerika gebaut, die aber alle *„Instrumente der Patronage"* (Segal) sind. Das bedeutet, daß finanzielle Mittel nur den Gewerkschaften zugebilligt werden, die eine „positive" Haltung gegenüber dem „freien Unternehmertum" und den US-Imperialisten einnehmen und den Gemeinden, wo Mitglieder dieser Gewerkschaften wohnen. Die von der AIFLD gebauten Häuser können nur von Personen bezogen werden, die über ein bestimmtes Einkommensminimum verfügen und Mitglieder der ihm genehmen Gewerkschaften sind.

Die Komplizenschaft der US-Gewerkschaftsführer mit dem US-Imperialismus geht soweit, daß in den Vorstand des „gewerkschaftlichen" AIFLD-Instituts von Anfang an namhafte Vertreter des US-Kapitals berufen wurden: *„Obgleich die Gewerkschaften im Treuhänderausschuß des AIFLD stets die Mehrheit hatten, gehörten diesem Gremium auch eine Reihe von Spitzenmanagern internationaler Firmen an. Einige der Unternehmer waren sogar an der Entstehung des ganzen Projekts beteiligt"* (ebenda, S. 136).

Mindestens 95 Konzerne haben nach Recherchen dem AIFLD finanzielle Unterstützung zukommen lassen, im Durchschnitt in Höhe von 150.000 Dollar pro Jahr!

Zur tatkräftigen „Gewerkschaftsarbeit" des US-Kapitals äußerte der Direktor der W.R. Grace-Firmengruppe: *„Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß heute in Lateinamerika die Alternative Demokratie oder Kommunismus lautet. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir der kommunistischen Propaganda nicht erlauben dürfen, uns aufzuspalten in Liberale gegen Konservative, Unternehmer gegen Arbeiterschaft, oder das amerikanische Volk gegen seine Regierung. Vor allem müssen wir als Amerikaner zusammenstehen, unsere Interessen im Ausland verteidigen ..."* (zitiert ebenda, S. 137).

Und Gewerkschaftsführer George Meany pflichtete diesem plumpen imperialistischen „Volksgemeinschafts"-Ideologen begeistert bei: *„Gewerkschaften und Management ... sollten in diesem großen Kampf unserer Zeit zusammenstehen, einen Kampf, der über die Zukunft und vielleicht das Überleben (!?) der Menschheit entscheiden wird"* (ebenda). Das ist nichts anderes als faschistische Ideologie eines Gewerkschaftsführers – und das dieser waschechte Faschist Meany auch entsprechende Taten gutheißt, beweisen nicht zuletzt seine Haßtiraden gegen das vietnamesische Volk, gegen das er selbst auf dem Höhepunkt der US-aggression eine Eskalation des Völkermordes verlangte.

Die besondere Aggressivität des US-Imperialismus, seine innere Verfaultheit drücken sich wie man sieht in einer ganz besonderen Verkommenheit der US-Arbeiteraristokratie aus, die sich längst offen auf die Seite der Imperialisten gestellt hat.

US-Gewerkschaften putschen mit

Eine wesentliche Aufgabe des AIFLD besteht darin, auf die gewerkschaftsinterne Politik der lateinamerikanischen Verbände Einfluß zu nehmen. Das ist allerdings längst noch nicht alles. AFL-CIO sind über ihr Institut unmittelbar an Putschvorbereitungen und ihrer Durchführung beteiligt gewesen, die vom CIA koordiniert und geplant wurden.

- In British-Guayana – heute Guyana – waren AIFLD-Leute 1963, unterstützt und finanziert durch CIA-Personal und Gelder, führend an der Organisierung eines reaktionären Streiks gegen die linksgerichtete Cheddi Jagan-Regierung beteiligt. Der Streik diente den englischen Kolonialisten als Vorwand, den bereits festgesetzten Termin der Unabhängigkeit hinauszuzögern und diese Zeit für die gewaltsame Beseitigung der linken Regierung zu benutzen.
- In Brasilien waren ebenfalls Absolventen der AIFLD-Seminare in den USA am Sturz der linksgerichteten Joao Goulart-Regierung 1963 beteiligt. Kurz nach dem Putsch sagte der US-Gewerkschaftsführer Doherty dazu: *„Einige der (brasilianischen Absolventen) waren so aktiv, daß sie unmittelbar in gewisse geheime Operationen der Revolution (?!) einbezogen wurden, bevor diese dann am 1. April stattfand. Was am 1. April in Brasilien stattfand, geschah nicht einfach – es war geplant – und Monate im voraus geplant. Viele der Gewerkschaftsführer – von denen manche in unserem Institut ausgebildet wurden – waren an der Revolution und am Sturz des Goulart-Regimes beteiligt"* (zitiert ebenda, S. 143).
- Auch beim Sturz der Allende-Regierung in Chile hatte die US-Gewerkschaftsführung ihre Finger mit im Spiel. 1972 wurden von der AIFLD in Front Royal in den USA 29 „Gewerkschafter" ausgebildet, während es in den zehn Jahren zuvor insgesamt nur 79 gewesen waren. AIFLD arbeitete eng mit der Matrosengewerkschaft und mit berufsständischen Vereinigungen und Unternehmerverbänden (!) zusammen, Gruppierungen, die den mili-militantesten Widerstand gegen die Unidad Popular trugen. Es waren auch die in den USA ausgebildeten „Gewerkschaften", die 1973 beim reaktionären Fuhrunternehmer-„Streik" die organisierende Rolle spielten. Einzelgewerkschaften des AFL-CIO-Dachverbandes spendeten reaktionären Vereinigungen in Chile für konterrevolutionäre Kampagnen gegen die Unidad Popular Millionenbeträge.

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg



lateinamerika aktuell

Chile

Anläßlich des Begräbnisses seines Gesinnungskumpanen Franco weilte Pinochet in Madrid. Dort erklärte er vor der Presse, er lehne eine Demokratie, *„wie sie heute existiert"*, als eine *„veraltete Staatsform"* ab. Sein Regime errichte in Chile eine *„neue Demokratie"*, in der politische Parteien *„nur eine begrenzte Rolle"* zu spielen hätten. Sie dürften nur als *„Informationsmittel und nicht als Mittel der Machtergreifung"* dienen. („Frankfurter Rundschau", 25.11.75) Über Kommunisten sagte Pinochet: *„Ich mache sie aus, greife sie an, und wenn ich kann, liquidiere ich sie."*

Gleichzeitig bestritt dieser Mörder die Existenz von politischen Gefangenen in Chile. („Wahrheit", 26.11.75)

Nach Chile zurückgekehrt, verkündete Pinochet in einer Rundfunkansprache (anläßlich der UN-Resolution über Menschenrechtsverletzungen in Chile seit 1973) folgendes: *„Chile ist ein Land, in dem die Würde des Menschen schon immer beispielhaft geachtet wurde. Der Geist der Freiheit geht bis in unser Innerstes."* Um die *„Grundrechte"* zu schützen, müßten vorübergehend *„einige unbedeutende Rechte beschränkt werden"*. („FR", 15.12.75)

Chile

In der südchilenischen Stadt Lota sind in einem Monat 272 Säuglinge verhungert. Viele Tausende chilenischer Kinder befinden sich in alarmierendem Gesundheitszustand und leiden an Unterernährung. Dies geht aus einem Bericht einer internationalen kirchlichen Organisation in Genf hervor, die mit dem nunmehr illegalisierten „Friedenskomitee" zusammenarbeit. („Wahrheit", 26.11.75)

Der Brief einer Lehrerin aus Chile bestätigt diese verzweifelte Situation. Sie schrieb, daß am Unterrichtsvormittag täglich ca. 15 Kinder vor Hunger ohnmächtig zusammenbrechen.

Bolivien

Aus Bolivien gelangte ein Geheimdokument des militärischen Geheimdienstes der Armee an die Öffentlichkeit, das sich gegen die bolivianische Kirche richtet. In dem Dokument werden detaillierte Maßnahmen und Anweisungen zur Verfolgung fortschrittlicher Teile der Kirche angegeben:

Es komme vor allem darauf an, *„den ausländischen Klerus anzugreifen, der mit den politischen Parteien der Linken, vor allem der ELN* (Nationale Befreiungsarmee, die der Revolutionären Koordinationsjunta angehört) *in Verbindung steht"*.

Außerdem müßten besonders die Orden kontrolliert werden, die enge Verbindungen zu den Baumwollarbeitern und den Arbeitern in den Minen unterhalten.

Es müsse dabei immer wieder propagiert werden, daß diese Teile der Kirche *„mit dem internationalen Kommunismus in Verbindung stehen und den bewaffneten Kampf predigen"*. Die Zusammenarbeit mit dem CIA sei weiterzuentwickeln. Der CIA habe bereits wertvolle Informationen über Nonnen und Priester, insbesondere nordamerikanische (ihre persönlichen Daten, Freundschaften, Kontakte zum Ausland usw.) beschafft, und man habe bereits mit dem Aufbau einer *„Spezialkartei für Nonnen und Priester"* begonnen.

Zum konkreten Vorgehen gegen fortschrittliche Priester wird empfohlen, von Hausdurchsuchungen in den Ordenshäusern zunächst abzusehen, *„weil das zuviel Aufsehen erregt"*. *„Die Priester sollen auf der Straße verhaftet werden, am besten, wo es wenige Leute gibt, oder auf dem Land. Die Agenten sollen in zivil gehen oder mit angemieteten Taxen. Es stehen auch einige VWs zur Verfügung, ohne offizielle Nummernschilder, aber mit Sprechfunk"*.

„Ist ein Priester erst mal verhaftet, so muß versucht werden, in seinem Gepäck oder in seiner Wohnung subversives Material (am besten eine großkalibrige Pistole) zu verstecken. Ebenso muß seine Vergangenheit bekannt sein, um ihn vor den Bischöfen und der öffentlichen Meinung schlecht machen zu können". Insgesamt muß über die Massenmedien eine Verleumdungskampagne gegen alle Vertreter der Kirche eingeleitet werden, die eine fortschrittliche Linie vertreten; wobei aber gleichzeitig freundschaftliche Beziehungen zu hohen Kirchenvertretern aufrechterhalten werden müssen, um den Eindruck zu vermeiden, daß es sich um eine systematische Verfolgung der gesamten Kirche handele.

„Den Agenten, die sich bei der Durchführung dieser Maßnahmen am besten bewähren, wurde das Eigentum der verhafteten Nonnen und Priester versprochen".

Der Chef des Geheimdienstes, General Arabe, der sich gegen die Durchführung dieses Plans gewendet hatte, ist inzwischen gegen Majo Vacaflor – bekannt durch seine persönliche Teilnahme an skrupellosen Folterungen – ersetzt worden.

Ereignisse aus der letzten Zeit, wie die Besetzung der kirchlichen Radiostation Pius XII, Hausdurchsuchungen in Pfarreien, Ausweisung zahlreicher Priester bestätigen, daß das Dokument tatsächlich existiert und angewendet wird (nach „Dialogo Social", Nr. 69, Panama).

Kolumbien

Seit Juni dieses Jahres ist über das ganze Land der Ausnahmezustand verhängt. Im August verabschiedete die Regierung unter dem angeblich „liberalen" Präsidenten Lopez Michelsen ein Gesetz, nach dem die Teilnahme an Demonstrationen, Propagandatätigkeit und andere politische Aktivitäten durch Kollektivurteile mit Haft bis zu 60 Tagen bestraft werden können. Von den Wahlversprechungen Michelsens (vor einem Jahr) ist nichts übrig geblieben. Die Lebenshaltungskosten stiegen – nach offiziellen Angaben – um 25,1% Während die Abgeordnetendiäten auf 30.000 Peso im Monat heraufgesetzt wurden, verdienen 93% der Kolumbianer weniger als 2.500 Pesos im Monat („ND", 22.10.75).

Trotz des Belagerungszustandes und des neuen Gesetzes hat es zahlreiche Protestaktionen gegeben; so in La Mesa, Paujil, La Virginia, Bucaramanga. Überall wurde mit Polizeieinheiten brutal gegen die Demonstranten vorgegangen („ND", 22.10.75).

Kürzlich wurde bekannt, daß am 28. Juli Pedro Leon Arboleda in einem Haus in der Stadt Cali von 500 Soldaten umzingelt und erschossen wurde. Arboleda war Führer der Volksbefreiungsarmee EPL und Mitbegründer der KP/ML Kolumbien. Höchstwahrscheinlich wurde Arboleda Opfer eines Verrats, seine Ermordung fiel zusammen mit einer ungeheuren Repressionswelle gegen alle, die in Verdacht stehen, Helfer oder Sympathisanten der EPL zu sein.

Nach der Ermordung Arboledas gab die Armee eine Pressemitteilung heraus, in der es hieß, *„ein noch nicht identifiziertes Subjekt sei gestorben"*. Dabei wußte der Geheimdienst des Heeres sehr wohl, um wen es sich handelt, denn über Arboleda wurde vorher schon dreimal in der Presse berichtet, daß er getötet worden sei. 1970 hieß es z.B., er sei von seinen eigenen Genossen erschossen worden (nach „alternativa", Nr. 45,4. – 11. Aug. 75, Bogota).

Forts. Seite 32

Forts. von S. 31



Polizeieinsatz gegen fortschrittliche Jugendliche in Kolumbien

Uruguay

In Uruguay wurde vor einigen Wochen eine neue Terrorwelle eingeleitet.

Seit Anfang November sind mehrere hundert Personen verhaftet worden. Über ihren Aufenthaltsort ist in den meisten Fällen nichts bekannt.

Es handelt sich um Gewerkschaftsführer, Arbeiter, führende Mitglieder der illegalen revisionistischen KP Uruguay. Gleichzeitig richtet sich die Verhaftungswelle gegen Mitglieder der bürgerlichen Opposition, wie den Vorsitzenden der christlich-demokratischen Partei, gegen einen Redakteur und den Direktor der Zeitung „El Telegrafo" gegen bekannte Wissenschaftler („ND", 17.11. und 26.11.75).

Sogar die katholische Kirche erhob gegen diese Maßnahmen öffentlichen Protest. Der Erzbischof von Montevideo und 15 weitere Bischöfe wollten in allen Kirchen Uruguays einen „Hirtenbrief" verlesen lassen, in dem das Regime angeklagt und Freiheit für politische Gefangene gefordert wird. Diese Aktion wurde von der Regierung verboten und alle Zeitungen, die über die Vorbereitungen berichteten, wurden beschlagnahmt („ND", 29.11.).

Chile

Die Pinochet-Junta hat der katholischen Kirche, die zum Fest der „Mariä Empfängnis" am 8. Dezember vorbereitete 8 km lange Prozession nach dem Santiagoer Vorort Maipu zur dortigen Votivkapelle untersagt. An dieser Wallfahrt hatten in den letzten Jahren immerhin zwischen 100.000 und 150.000 Menschen teilgenommen.

Die Junta begründete diesen Erlaß mit *„Sicherheitsmotiven". „Von einem angeblichen Plan der Marxisten (ist) die Rede, die Pilgerfahrt zu einer Manifestation gegen die Regierung umzufunktionieren."* („NZZ", 8.12.) Diese Begründung der Junta ist sicherlich überzogen. Dennoch konnte Pinochet anscheinend nach seinen letzten repressiven Maßnahmen auch gegen jedes nur humanitäre Engagement kirchlicher Kreise für die verfolgte und notleidende Bevölkerung nicht ausschließen, daß aus der Prozession heraus dagegen protestiert würde (verl. dazu AK 70).

Die katholische Kirche beugte sich – ähnlich wie im Fall der aufgelösten Friedenskomitees – der Entscheidung und meldete nur halbherzigen Protest an: Enriquez Alveaj verlas als amtierender Stellvertreter von Kardinal Raul Silva Henriquez seinen „schmerzhaften Protest". Weiter stellte er fest, daß die Maßnahme *„das Vertrauensverhältnis zwischen Kirche und Staat (beeinträchtige)"* und *„eine offene Verletzung der kirchlichen Freiheit (bedeute)."* („NZZ", 8.12.) Die Kirche sagte alle Veranstaltungen zum 8. Dezember ab, darunter auch die, an denen die Juntageneräle teilnehmen wollten.

Währenddessen weilte Kardinal Silva in Rom, um die Haltung seiner Kirche zu Pinochet nach den letzten Ereignissen abzusprechen. Man wird davon ausgehen müssen, daß die Führung der katholischen Kirche Chiles auch zukünftig keineswegs, wie vielerseits erhofft, entschiedenen Protest gegenüber der Junta erheben wird, sondern sich mit Protest nur in dem engen Rahmen bewegen darf, der durch die vielfältig mit dem Imperialismus verbundene Hierarchie der Spitze der katholischen Kirche gezogen wird.

Lateinamerika-Kommission



Willkürliche Leibesvisitationen in den Straßen von Montevideo

Letzte Meldung
Gladyz Diaz ermordet?

Im chilenischen Widerstand wird berichtet, daß die MIR-Genossin Gladys Diaz seit Ende November aus dem KZ Tres Alamos in Santiago verschwunden ist. Dies bedeutet – analog zu anderen Fällen – sehr wahrscheinlich, daß die Genossin entweder schon von den chilenischen Faschisten ermordet worden ist oder diese im Begriff stehen, sie zu ermorden. Gladys Diaz arbeitete bis zum Sturz der Unidad Popular am 11.9.73 als engagierte Journalistin bei „Radio Agricultura". Sie war gleichzeitig Vorsitzende der Journalistengewerkschaft im chilenischen Gewerkschaftsbund CUT.

Für den wahrscheinlichen Mord an der Genossin machen wir den SPD-Staatssekretär Wischnewsky unmittelbar verantwortlich, der im Juli dieses Jahres wegen angeblicher „Sicherheitsbedenken" der 34 jährigen Gladys und ihrem sechsjährigen Sohn die Einreise in die Bundesrepublik verweigert hat. Eine Befreiung von Gladys aus Folter und KZ-Haft wäre damals möglich gewesen, da die DGB-Stiftung Mitbestimmung die entsprechenden Bedingungen für eine Aufnahme der Genossin in der BRD bzw. Westberlin erfüllt hatte und mit Hilfe des DGB (!!) sogar schon ein fester Arbeitsplatz besorgt worden war. ●

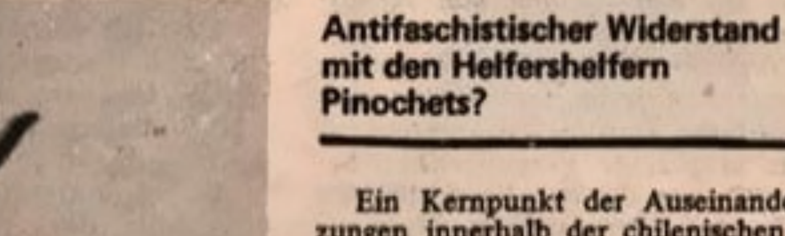
Lateinamerika-Kommission

Chile: Immer noch keine Einheitsfront des Widerstands

Obwohl sich das chilenische Volk unter sehr schweren Bedingungen an seiner Basis zunehmend gegen die faschistische Diktatur organisiert, ist es trotz zweijähriger Bemühungen des MIR („Bewegung der Revolutionären Linken") bisher nicht zu einem einheitlichen Vorgehen der gesamten chilenischen Linken im Widerstand gekommen.

„... Das Fehlen der Einheit der politischen Führungen, die nicht mögliche Konstituierung der politischen Widerstandsfront, in der die PC, PS, MAPU, PR, MAPU/OC, IC, die Sektoren, die die Kleinbourgeoisie und die mittlere Bourgeoisie im PDC vertritt, die demokratisch und gorillafeindlich ist, und der MIR zusammenarbeiten, kostet das chilenische Volk einen harten Preis. Einen Preis, der mit Blut und Tod bezahlt wird. Wieviel tausende von Gefangenen und Gefolterten würden frei sein können, wieviel Misere und Leid könnte gelindert werden, wenn sich alle diese politischen Kräfte vereinen würden und so den Kampf einen großen Schritt weiterbringen. Der Widerstand könnte mit Riesenschritten die schwarzen Tage der Diktatur verkürzen."

Diese Mahnung des MIR an die Führungen der Unidad Popular-Parteien und der demokratischen (sogenannten „Linken") Sektoren der PDC (Christdemokratie) stammt aus dem „Offenen Brief" des MIR an die Führungen und Basen dieser Parteien bzw. Partei-Sektoren und ist mittlerweile fast ein Jahr alt (1.1.75). Dem „Offenen Brief" vorausgegangen waren ebenfalls schon fast einjährige Bemühungen der chilenischen Revolutionäre zur Aktionseinheit auf der Grundlage eines Minimalprogramms zum Sturz der Diktatur.



Antifaschistischer Widerstand mit den Helfershelfern Pinochets?

Ein Kernpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der chilenischen Linken um den Aufbau der Widerstandsfront ist das Bemühen der chilenischen revisionistischen KP, diesen Aufbau von der Teilnahme der g e s a m t e n PDC abhängig zu machen. Dieses Bemühen ist die logische „Weiterentwicklung" der abenteuerlichen „Selbstkritik" der KP zum Scheitern der Unidad Popular: *„Der größte Mangel der UP war ihre Unfähigkeit, die Isolierung der Arbeiterklasse zu verhindern und die Mehrheit der Bevölkerung zu veranlassen, sie zu unterstützen. Dabei hatten die Auffassungen der ultralinken Kräfte, die einen Druck auf die UP und die Regierung ausübten, ein entscheidendes Gewicht ... Auf politischem Gebiet dienten die sektiererischen und engen Auffassungen des linken Opportnismus dem Spiel des von Frei angeführten Flügels und drängten (!!) die Christdemokratie in eine Politik der unnachgiebigen Opposition zur Volksregierung".* (Aus einer sogenannten „Erklärung der UP vom 1. Mai 74", die aber nur von der KP mit Unterstützung des rechten Flügels der PS verabschiedet wurde, zitiert nach „horizont" 30/74 und „Chile-Nachrichten" Nr. 18.)

Dies war nicht nur auf die revolutionäre Linke außerhalb der UP (MIR) gemünzt, sondern auch auf die „zentristischen" UP-Parteien wie MAPU („Bewegung der Volkseinheit", eine linke Abspaltung der Christdemokratie aus den Anfängen der UP, die sich heute als „marxistisch-leninistische Partei" bezeichnet) und IC („Christliche Linke", ebenfalls eine frühere Abspaltung aus der Christdemokratie) bzw. den damals starken linken Flügel der PS („Sozialistische Partei"). Diese erkannten gegen Ende der UP-Zeit immer mehr, daß die Strategie vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" in einem konterrevolutionären Blutbad enden würde und suchten dagegen das Bündnis mit dem MIR.

Mit der vorgeblichen „Selbstkritik" versuchte die KP, die Verantwortung für das blutige Scheitern ihrer Politik denen anzulasten, die – wenn auch vergeblich – den Versuch unternommen hatten, die Arbeiterklasse und das Volk auf die Konterrevolution vorzubereiten und für einen erfolgreichen Abwehrschlag zu rüsten. Der faschistische Putsch wird als eine Reaktion der von der Arbeiterklasse „isolierten" Bourgeoisie, deren Hauptpartei die PDC war und ist, auf diese Bemühungen der Revolutionäre hingestellt – in bedenkenloser Fälschung der historischen Fakten, die die systematische Vorbereitung der chilenischen Bourgeoisie und des Imperialismus auf den Sturz der UP-Regierung schon von der Zeit an beweisen, als Allende 1970 noch nicht einmal als Präsident im Amt bestätigt worden war.

Damit wies die „Selbstkritik" der KP Chiles in die Richtung, trotz des blutigen Putsches der Armee zukünftig noch opportunistischer und noch unmarxistischer an den bürgerlichen Staat, seine einzelnen Organe und die Hauptpartei der Bourgeoisie heranzugehen.

Für die Bündnispolitik im antifaschistischen Kampf bedeutete dies, die gesamte PDC zur Teilnahme am Widerstand einzuladen: *„Vom politischen Standpunkt aus ist die immer aktivere Teilnahme der Christdemokratie am antifaschistischen Kampf unbedingt notwendig. Wir wünschen, daß sich die G e s a m t h e i t der Christdemokratie in den Widerstand und die antifaschistische Front integriert. Wir wissen, daß das ein schwieriger* (!!) *Prozeß ist. Aber wir meinen, daß uns die Erfahrung lehrt, daß wir gemeinsame Feinde haben, die Feinde der Heimat ..."* (Quelle s.o., Hervorh. AK).

Damit machten die chilenischen Revisionisten den Aufbau eines antifaschistischen Bündnisses zum Sturz der Diktatur, Bestrafung der Mörder etc. von der Teilnahme derjenigen abhängig, die zu den direkten Drahtziehern und Nutznießern eben dieser faschistischen Diktatur gehören und deren Rolle durch -zig hohe und höchste Funktionärsposten im jetzigen Regime nur schlecht zu verstekken ist. Ein Bündnis mit Frei, damit er für seine Machenschaften bestraft wird?!

Um ihrer Strategie einen Anschein von „Realität" zu geben, wurden in der revisionistischen Presse hinfort Widersprüche zwischen der Pinochet-Clique und der PDC hochgespielt. Geht man diesen „Widersprüchen", die auch die Berichterstattung der bürgerlichen Presse international von Zeit zu Zeit durchziehen, auf den Grund, so ergibt sich folgendes:

1. Tatsächliche klassenmäßige Widersprüche existieren nur und ausschließlich zu den Sektoren der Christdemokratie, die das demokratische Kleinbürgertum und die Mittelbourgeoisie Chiles repräsentieren, dem „linken" und nichtherrschenden Flügel der PDC. Die Führer dieser Strömung, u.a. Tomić und Leighton, haben von Anfang an den Putsch – natürlich im Gegensatz zum Jubel von Frei und Konsorten – scharf verurteilt und leben im Ausland. (Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das faschistische Attentat auf Leighton und seine Frau in Rom am 7. Oktober dieses Jahres, bei dem beide schwer verletzt wurden – vergl. AK Nr. 68.) Die Klassen der chilenischen Gesellschaft, die dieser Teil der PDC vertritt, werden vom Faschismus ebenfalls brutal unterdrückt – deswegen haben die chilenischen Revolutionäre immer wieder ihre Bereitschaft zur antifaschistischen Zusammenarbeit betont und dies in den vielfältigen Widerstandskomitees an der Basis des chilenischen Volkes auch praktisch durchgeführt.
2. Zwischen gewissen Teilbereichen bzw. einzelnen Personen des herrschenden Flügels der PDC bestehen insofern Widersprüche, als sie bei der Verteilung der Beute durch Pinochet (Rückgabe der staatlichen Betriebe, der enteigneten Güter, Staatsposten usw.) schlechter weggekommen sind als andere. Diese Leute sind nur „gegen Pinochet", weil sie selbst nicht oder noch nicht an seiner Stelle sitzen ...
3. haben die chilenische Monopolbourgeoisie und der Imperialismus natürlich ein Interesse daran, daß die Menschen in aller Welt und besonders in Chile die blutigen Verbrechen der Junta ihnen selbst nicht anrechnen. Nur wenn ihnen das weitgehend gelingt, können sie dem absehbaren Sturz der Junta zuvorkommen und auf eine (Schein-)Alternative zurückgreifen, und bis dahin müssen die Westen von Frei,



KP-Führer Teitelboim



Eduardo Frei ist stolz darauf, „beim Verdrängen von Allende geholfen zu haben."

Aylwin usw. wieder reingewaschen sein. So berichtete die „Frankfurter Rundschau" z.B. vor einem Jahr (am 25.11.), daß die PDC-Führer ihre Funktionäre im Dienste Pinochets vorher gebeten hätten, aus der PDC (zum Schein) auszutreten: *„Die Frage, welche Haltung man der Junta gegenüber einnehmen sollte, bildet für die Christdemokraten eine ständige Quelle der Zwietracht. Verschiedene Technokraten, insbesondere Nationalökonomen, erklärten sich bereit, mit den Militärs zusammenzuarbeiten, wurden aber angehalten, vorher aus der Partei auszutreten ... Sowohl Finanzminister Jorge Cauas* (der „Superminister" der Junta, für das Programm der zügellosesten Ausblutung des Volkes verantwortlich. AK) *als auch der kürzlich ernannte Wirtschaftsberater Carlos Massad waren* (!!!) *Mitglieder der Partei gewesen".* In diesem Sinne sind die sich in letzter Zeit häufenden Meldungen über „kritische Bemerkungen" der PDC-Führer zu verstehen, und in diesem Sinne müssen sie entlarvt werden. Dazu der MIR:

„Die Bourgeoisie erkennt immer mehr an, daß diese Militärregierung zum Scheitern verurteilt ist und deshalb sich innerhalb ihres Lagers Tendenzen herausgebildet haben, die auf eine Alternative zur gegenwärtigen Militärregierung hinauslaufen ... Es gibt andere (neben Alternativen, auf die der MIR vorher eingegangen war) *Gruppen, die den Wechsel der gegenwärtigen Militärregierung durch eine neue Zivilregierung vorschlagen, eine Regierung, die zwar einigen Unterdrückten Freiheiten gewähren soll, die aber mit der Unterstützung des Militärs den repressiven Charakter des Regimes beibehalten und die Überausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse, des Volkes und anderer Organisationen fortsetzen soll".* (Antwortbrief des MIR an die Führung der KP, Februar '74.) (Das gesamte Dokument, eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Positionen der Revisionisten im antifaschistischen Widerstand, ist in DIE INTERNATIONALE Nr. 16, September '75 nachgedruckt.)

Die absurde Bündnispolitik der KP im antifaschistischen Widerstand hatte einmal zur Folge, daß sie kein Bündnis mit der revolutionären Linken eingehen konnte, 1., weil der MIR nicht bereit war, den antifaschistischen Widerstand der Monopolbourgeoisie unterzuordnen und 2., weil die KP mit revolutionären Bündnispartnern natürlich auch nicht bei der PDC anfragen mochte. Weiter folgte daraus, daß die KP sich auch mehr und mehr von ihren alten Bündnispartnern der UP löste und im Landesinnern wenig Widerstand leistete. Die Revisionisten hielten sich für den Fall einer kontrollierten Ablösung des Regimes durch Frei bereit, in der Spekulation, daß das in- und ausländische Großkapital ihre Bremserrolle gegenüber einem „Auswuchern" der Massenbewegung im Falle einer solchen Ablösung zu würdigen wisse. Die alten UP-Partner, die überwiegend links von dieser Position standen, wären da nur hinderlich gewesen.

Wiederbelebung der Unidad Popular –

Wiederbelebung der Unidad Popular – Zentristen suchen mit der KP das PDC-Bündnis

Der Imperialismus scheint jedoch derzeit (noch) keineswegs die Aufhebung der Junta zu planen, so daß die Angebote der KP ihr nichts als Ablehnung von Seiten der PDC eingebracht haben. Von daher ist die KP seit Anfang des Jahres wieder mehr dazu übergegangen, das UP-Bündnis zu beleben, allerdings ohne einen grundsätzlichen Wandel ihrer alten Bündniskonzeption.

Die zentristischen Organisationen, die zuvor zumindest noch ein Bündnis mit der gesamten PDC ablehnten (wenn auch keine dieser Organisationen je ausdrücklich die Vorschläge der KP kritisiert hat) und in Worten (allerdings nicht in Taten) auf einer antifaschistischen Einheitsfront unter Einschluß des MIR bestanden, sind dabei inzwischen der KP in den wesentlichen Punkten entgegengekommen.

Dabei wurden die selbstkritischen und revolutionären Standpunkte, die eine Reihe der Führer dieser Organisationen (vor allem PS und MAPU, aber auch IC) kurz nach dem Putsch vertreten hatten, inzwischen wieder über Bord geworfen. Hierin kommt unter anderem auch die Schwächung dieser Organisationen in Chile selbst zum Ausdruck, hervorgerufen durch die Nicht-Vorbereitung auf die illegale Untergrundarbeit und die massenhafte Emigration zahlreicher Kader ins Ausland, die rechtsopportunistschen Tendenzen starken Auftrieb verleiht (und es bezeugt die Richtigkeit der Entscheidung des MIR, seine Mitglieder zu verpflichten, im Lande zu bleiben!).

O h n e den MIR kamen die UP-Parteien im Juli dieses Jahres in Berlin/DDR zusammen. In der Erklärung, die von allen Organisationen unterzeichnet wurde, umfaßt die „Selbstkritik" zur gescheiterten UP-Politik die folgenden drei seltsamen Sätze:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß der faschistische Putsch eine tiefgreifende, wenn auch zeitweilige Niederlage der Volksbewegung bewirkt hat. Andererseits stimmt es, daß Fehler in der Führung des Prozesses zu dieser vorübergehenden Niederlage beigetragen haben. Dennoch mindert nichts von alledem die Richtigkeit (!) *und die soziale Notwendigkeit* (?) *des von der UP eingeleiteten Prozesses".* (Zit. nach dem offiziellen Text für die BRD.)

Noch im Herbst 1974 hatte Altamirano, der Vorsitzende der PS, dagegen erklärt: „ ... *Ich wage zu behaupten, daß der revolutionäre Prozeß nie geschlagen worden wäre, hätte er über Waffen geboten. So groß war der Kampfgeist der Massen, so groß ihre Kampfbereitschaft, ihre Tapferkeit und ihr revolutionäres Bewußtsein"* („Chile-Nachrichten" Nr. 23). In dem UP-Dokument von Berlin wird nicht zum bewaffneten



Razzia in Santiago

Kampf gegen die Diktatur Stellung genommen.

In der Entwicklung ihrer Vorstellungen zum Aufbau einer antifaschistischen Kampffront ist die UP-Erklärung vage und verschwommen, wohl in der Hoffnung, daß sich durch schwammige, nicht genau eingrenzbare Absichtserklärungen eine Auseinandersetzung mit den allerorten durchschimmernden revisionistischen und reformistischen Positionen vermeiden ließe. Die antifaschistische Sammlung sei, so heißt es, *„eine Organisation mit breiter sozialer Basis* (??) *und tiefgreifenden Vorhaben* (??); vermeiden ließe. Die antifaschistische Sammlung sei, so heißt es, *„eine Organisation mit breiter sozialer Basis* (??) *und tiefgreifenden Vorhaben* (??); *eine Organisation, die die humanistischen Werte der Christen, Freidenker und Marxisten einschließt; eine Organisation mit einem höheren ideologischen Pluralismus* (??) ..., *die g l e i c h e r m a ß e n die historischen Ziele der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in Betracht zieht u n d die Wahrung der Interessen aller in ihr vertretenen Kräfte berücksichtigt".* (UP-Erklärung für die BRD, Hervorhebungen AK.) Wie soll man letzteres verstehen, da die Teilnahme des Frei/Aylwin-Flügels an der Sammlung mit keinem Wort ausdrücklich ausgeschlossen wird? Zur Teilnahme der PDC heißt es nicht weniger verschwommen: „ ... *In der letzten Zeit ... haben sich unter den Christdemokraten Positionen herausgebildet, die einer Aktionseinheit günstig gesinnt sind".* Damit kann unmöglich ausschließlich der demokratische Sektor der PDC gemeint sein, der ja bekanntermaßen von Anfang an (und nicht erst *„in der letzten Zeit"* seine antifaschistische Haltung bekundet hat.

Andererseits mochten die zentristischen Parteien noch nicht so ohne weiteres ihre früheren Positionen aufgeben und das Bündnis mit der revolutionären Linken gänzlich ausschließen: *„Wir bekräftigen unseren Willen nach einer Politik der Einheit mit denjenigen Kräften der Linken, die nicht zur UP gehörten und von denen uns Meinungsverschiedenheiten zu strategischen und taktischen Fragen trennten. Die bedeutendste unter diesen Kräften ist der MIR, die, wie die gesamte Volksbewegung, Gegenstand einer erbitterten Repression war. Die antifaschistische Einheit mit dem MIR ist möglich auf der Grundlage einer gemeinsamen Politik, die jeglichen spalterischen und eine Alternative verfolgenden Versuch ausschließt und die sich auf eine gegenseitige Achtung stützt".* Da der MIR seit nunmehr fast zwei Jahren seine Bereitschaft zum Aufbau einer antifaschistischen Kampffront mit allen Kräften des chilenischen Volkes außer der Monopolbourgeoisie und ihren Parteien erklärt hat, bedeutet der Hinweis auf „spalterische Alternativen" letztendlich wohl nichts anderes, als daß eine Voraussetzung für die gemeinsame Front ist, daß der MIR diese Position (die „Spaltung" des antifaschistischen Widerstandes von der Monopolbourgeoisie und ihrer Hauptpartei) aufgibt.

Rechts in den Sumpf

Daß diese Interpretation der UP-Erklärung richtig ist, hat sich in den letzten Wochen zunehmend bewiesen. Während die praktischen Fragen des Aufbaus einer einheitlichen Widerstandsfront keinen Schritt weiter kamen, „vertieften" die zentristischen Organisationen (PS und vor allem MAPU, eine gewisse Ausnahme bildet die IC, die z.B. als einzige der UP-Parteien die Frage des bewaffneten Kampfes positiv geklärt wissen möchte, so ein Vertreter der IC in einem Interview mit „Probleme des Friedens und Sozialismus" 10/75) ihre Annäherung an die KP, die ihrerseits als „Interpretation" der UP-Erklärung wieder voll ihre alten Positionen vertritt.

Orlando Millas, Mitglied des ZK der KP Chiles, im August in einem „horizont"-Interview: *„Mit diesen Monopolen* (gemeint sind ausschließlich die ausländischen Konzerne, AK) *wirken unter* zont"-Interview: *„Mit diesen Monopolen* (gemeint sind ausschließlich die ausländischen Konzerne, AK) *wirken unter dem Schutz der Militärjunta e i n i g e G r u p p e n der chilenischen Finanzoligarchie zusammen".* („horizont" 35/75, Hervorheb. AK.) Ist das nicht die abgestandene „Untermauerung" für ein Bündnis mit angeblichen a n d e r e n G r u p p e n der chilenischen Finanzoligarchie, die antifaschistisch, „fortschrittlich" seien? In einer der UP-Konferenz folgenden Erklärung der KP Chiles in Moskau heißt es dementsprechend schon, die gesamte PDC sei zur Opposition übergegangen: *„Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß die Isolierung des Faschismus andauert und sich verstärkt. In dem Maße, wie die Usurpatoren Repressalien gegen die linken Parteien verüben, drohen sie auch den Parteien, die nach dem Putsch zur Opposition übergingen, inbesondere der christdemokratischen Partei".*

(Inzwischen scheinen die Revisionisten völlig verrückt geworden zu sein, wenn sie von *„d e n Partei e n"* reden, die zur „Opposition" übergegangen seien. Neben der PDC bleibt nämlich nur noch die offen faschistische „Nationalpartei" übrig!!)

Mit keinem Wort wird auf die Passagen des UP-Dokuments zur Einheit der gesamten Linken eingegangen: *„Die KP hat gemeinsam mit den Parteien der UP aufgerufen, eine antifaschistische Front zu schaffen. Die christdemokratische Partei hat sich n o c h n i c h t für eine breite Einheit ausgesprochen".* (Zitiert nach „Neues Deutschland", 30/31. August 75, Hervorhebungen AK.)

Wie weit sich die Zentristen den spalterischen Positionen der Revisionisten genähert haben, läßt sich am besten anhand der jüngsten Aussagen Garretons (Generalsekretär der MAPU) aufzeigen. Dabei ist zu beachten, daß der MAPU, der vom KBW immer gern zur bedeutendsten revolutionären Widerstandsorganisation Chiles erklärt wird, sich selbst als antirevisionistische „marxistisch-leninistische Partei" bezeichnet, die den „linkesten Flügel" der UP einnehme. Garreton in einem Interview der revisionistischen Zeitung „Probleme des Friedens und Sozialismus" (10/75) mit mehreren UP-Führern: *„Die übergroße Mehrheit der einfachen Mitglieder der PDC wendet sich gegen die Diktatur. Nun müssen die Führer dieser Partei F a r b e b e k e n n e n. D i e Christdemokratie hielt sich stets für eine antifaschistische Partei, für eine Partei der Diktaturgegner. Und heute kann s i e, indem s i e sich gemeinsam mit anderen Parteien in den Kampf einreiht, i h r e p o l i t i s c h e K o n s e q u e n z u n t e r B e w e i s s t e l l e n."* *„Die Kommunisten alle Parteien der UP sind für die Schaffung einer antifaschistischen Front. Doch die Christdemokraten geben dazu keine offiziellen Erklärungen ab ... Die Führung der PDC muß Stellung beziehen, das fordert das Volk. E i n e a n t i f a s c h i s t i s c h e F r o n t l ä ß t s i c h u n s e r e r A n s i c h t n a c h n i c h t e i n s e i t i g b i l d e n."* (Hervorhebungen AK) Frei und Konsorten sollen also „Farbe bekennen"!? Als wenn sie das nicht schon längst getan hätten durch ihre Beteiligung an den Putschvorbereitungen, der Durchführung des Putsches selbst ... Garreton spricht aus, was aus dem UP-Dokument nur zwischen den Zeilen hervorschimmerte:

1. „Antifaschistische" Widerstandsfront mit der gesamten PDC, mit der Monopolbourgeoisie, mit den Helfershelfern von Pinochet und damit ohne die revolutionäre Linke.
2. Eine solche Front läßt sich „nicht einseitig bilden", d.h., man wird mit dem Aufbau einer Widerstandsfront so lange warten müssen, bis die Monopolbourgeoisie von ihrer Nützlichkeit auch überhezugt ist. Zum bewaffneten Kampf gegen die faschistische Diktatur äußert sich Garreton wie folgt: *„Der derzeitige Kampf ist vor allem ein politischer* (Das ist die alte Leier der Revisionisten, die den „politischen" gegen den „bewaffneten" Kampf, also das Ganze gegen einen Teil ausspielen ..., AK), *und daher lehnen wir individuellen Terror u n d das Vorgehen kleiner bewaffneter Gruppen, die den Kampf des Volkes ersetzen möchten, ab".* Derzeit gibt es in Chile noch keine Voraussetzungen für einen bewaffneten Kampf der Massen (Volkskrieg, bewaffneter Aufstand) und „individueller Terror", sei es einzelner Personen oder kleiner Gruppen, k a n n schädlich sein, das ist so allgemein wie richtig. Aber was soll man davon halten, wenn sich eine „marxistisch-leninistische" Partei zur Frage des bewaffneten Kampfes nur und ausschließlich abgrenzend äußert, und soll der Hinweis Garretons auf das *„Vorgehen kleiner bewaffneter Gruppen"* nicht so verstanden werden, daß die MAPU derzeit jede bewaffnete Aktion in Chile ablehnt? Ob ein chilenischer Antifaschist, der schon beim Verteilen eines Flugblattes oder dem Malen einer Parole mit Tod und Folter rechnen muß, wenn er nicht durch Waffen geschützt ist, sich so äußern würde?

Zusammenfassend läßt sich sagen: Der revisionistischen KP Chiles ist es offensichtlich gelungen, das alte UP-Bündnis auf ihren Positionen neu zu beleben. Die mehrfach in Worten bekundete Absicht, mit der revolutionären Linken Chiles (MIR) zusammenarbeiten zu wollen, hatte keine praktischen Konsequenzen! Im Gegenteil: Ernstgemeint sind offenbar nur die Offerten der UP-Parteien an die Hauptpartei der chilenischen Monopolbourgeoisie, die PDC. Der die Christdemokratie beherrschende profaschistische Frei-Flügel hat indessen mehrfach die Angebote der Revisionisten zur Zusammenarbeit zurückgewiesen: Gegen Ende September '75 erklärte die PDC nochmals und in „endgültiger Form", daß sie „eine gemeinsame Front mit den Parteien der ehemaligen Unidad Popular" ablehne (so der PDC-Vorsitzende Aylwin, lt. „Neue Zürcher Zeitung", 24.9.).

Niemand anderes als die revisionistische KP Chiles trägt die Verantwortung dafür, daß es in Chiles heute noch immer keine Einheitsfront der Organisationen der Linken gibt und daß der Widerstand nicht die Stärke hat, die er haben k ö n n t e. Die zentristischen Kräfte im Bündnis ermöglichen durch ihre Politik der Anpassung erst, daß die KP Chiles weiter ihre spalterischen Manöver fahren und ihre insgesamt verantwortungslose Politik weiterbetreiben kann. ●

Lateinamerika-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Ein Gruß von KARAXU

Die Gruppe „KARAXU", die zur Unterstützung des MIR arbeitet und zu den besten Musikgruppen des chilenischen Widerstands zählt, ist vielen Freunden und Genossen in der BRD von Solidaritätsveranstaltungen her bekannt.

Die „KARAXU" - Genossen werden in Zukunft nicht mehr in der bisherigen Zusammensetzung spielen, sondern übernehmen teilweise andere und weitergehende Aufgaben an der kulturellen Front.

Wir erhielten den nachstehend abgedruckten Brief, mit dem „KARAXU" die westdeutschen Antiimperialisten grüßt.

„An die Genossen des KB,
an die internationalistischen Genossen!

Während des vergangenen Jahres ist die KULTURELLE FRONT DES MIR durch ihre Gruppe KARAXU mehrere Male bei Euch aufgetreten. Damit haben wir die zwei grundlegenden Ziele verfolgt, die wir außerhalb von Chile haben: erstens politische Beziehungen enger zu gestalten und die internationale Solidarität zu entwickeln, um so das Vermächtnis des Marxismus-Leninismus und der politischen Erbschaft des Kommandanten Che Guevara einzulösen; und zweitens um Eure Unterstützung für unsere Partei, für den chilenischen Volkswiderstand und die Befreiungskämpfe anderer Völker auf eine konkrete materielle Ebene zu bringen.

Das alles ist zu unserer tiefsten Zufriedenheit abgelaufen, besonders weil unsere jeweiligen Bemühungen von Erfolg gekrönt gewesen sind. Die Bilanz der bis heute geleisteten Arbeit betrachten wir als äußerst zufriedenstellend und das verpflichtet uns, unsere Bemühungen, unsere Hingabe für die Bedürfnisse der Partei und der Entwicklung der kulturellen Front zu verstärken.

Die Analyse der in naher Zukunft anstehenden Aufgaben überzeugte uns, daß es notwendig ist, diese kulturelle Front zu erweitern und zu entwickeln und mehr Genossen in ihr aufzunehmen: (Solo-Sänger, Solo-Instrumente-Spieler, Theatergruppen, Filmer, sonstige Gruppen, etc.). Deshalb können die Beziehungen der Solidarität zwischen Euch und unserer Partei, die auch auf kultureller Ebene bestehen, mit und durch die Gruppe KARAXU weiterentwickelt werden, sowie auch durch die Genossen, die von unserer Partei für diese Aufgaben bestimmt werden. Wir hoffen in Kürze einen Auftritt der kulturellen Front des MIR in Hamburg in voller Besetzung („massiv") durchführen zu können.

Wir danken Euch noch einmal für die Solidarität, Festigkeit und Überzeugung, mit der Ihr an die revolutionäre Aufgabe herangeht, die um ihre Befreiung kämpfenden Völker zu unterstützen.

Mit brüderlichen Grüßen
Gruppe Karaxu"

Deutsche Botschaft in Santiago auf Junta-Kurs

Die westdeutsche Botschaft in Santiago entpuppt sich immer mehr als ein faschistenfreundliches Nest. Seit einiger Zeit ist es ihren Angehörigen per Weisung durch Genschers Auswärtiges Amt untersagt, irgendwelche Kontakte zu Oppositionellen zu unterhalten, selbst wenn diese privater Natur sind. Viele Botschaftsangehörige haben dagegen Verbindungen zur „Deutschen Kolonie", einer faschistischen Brutstätte, die geschlossen die Junta unterstützt. Als Vertrauensanwalt der Botschaft fungiert ein Dr.Ramdohr. Dieser schräge Vogel ist gleichzeitig der juristische Berater der abgespaltenen rechtsradikalen, lutherischen Kirche und Mitglied ihres Synodalrates und war selbst an der Verfolgungskampagne und Ausweisung von Bischof Frenz am aktivsten beteiligt.

Frenz war als evangelischer Bischof im kirchlichen „Friedenskomitee" tätig, das sich humanitär um die verhafteten und „verschollenen" Gefangenen bemühte. Nach der Ausweisung von Frenz wurde seiner Frau und seinen Kindern von der westdeutschen Botschaft kein Schutz gewährt. Ihnen wurde lediglich der Hinweis gegeben, sie könnten sich, wenn etwas passiere, an den Militärattaché wenden.

Im Fall der Festnahme des westberliner Studenten Diethard Küsten durch die DINA, der als Tourist im Rahmen einer mehrmonatigen Südamerikareise auch Chile besuchte, ließ sich die Botschaft nach der Benachrichtigung noch neun Tage Zeit, bis sie seine Freilassung bewirkte („Stern", 44/75). In der Botschaft wurde es nicht für nötig befunden, daß Küster in der Nacht vor seiner Ausreise im Botschaftsgebäude übernachten konnte. Küster mußte noch eine weitere Nacht in den chilenischen Folterkammern zubringen und wurde in Handschellen zum Flughafen gebracht.

Der neue Botschafter Strätling, zuvor im faschistischen Südafrika, wird die faschistenfreundliche Politik weiter verstärken, die bisher vor allem vom Kanzler der Botschaft, von Hassel, einem Bruder des Bundestagsvizepräsidenten, der kürzlich erst Pinochet besuchte, vertreten wurde. Von v.Hassel wird berichtet, daß er deutschen Staatsangehörigen in Chile sogar mit Sanktionen droht, bei denen er Verbindungen zur chilenischen Linken vermutet („Chile-Nachrichten" 32). Strätling und v.Hassel werden sicherlich ein übles Gespann abgeben: Die Familie von Hassel stammt aus Südwestafrika und hat immer die besten Beziehungen zu den südafrikanischen Faschisten gepflegt!

Inzwischen hat die Santiagoer Botschaft die (DGB-)„Stiftung Mitbestimmung" aufgefordert, sich nicht mehr um die Ausreise politisch Verfolgter aus Chile zu bemühen und die Stipendienangebote an oppositionelle Chilenen – eine Voraussetzung für ihre Einreise in die BRD – einzustellen (!!).

Schon bisher wurden die Bemühungen der DGB-Stiftung hintertrieben: Von ca. 190 nach Chile übersandten Stipendienangeboten (sie enthielten ein Sprachstipendium und die Zusage einer späteren Arbeitsbeschaffung) wurden ca. 150 von der Botschaft verschleppt, so daß bisher nur ca. 40 Gefangenen über die Stiftung eine Ausreise in die BRD ermöglicht wurde. Dazu Prof. Knothe, Vorsitzender der Chile-Kommission der „Stiftung Mitbestimmung" in einem Brief vom 30.10.75 (zit. nach „Chile-Nachrichten"):

„... *Eine Schlüsselstellung in dem ‚vereinfachten zentralisierten Verfahren'* (Knothe meint anscheinend, daß z.Zt. Chilenen nur noch über ein Aufnahmeverfahren der Bundesregierung einreisen können, nachdem die Bundesländer ihre schon früher äußerst gering gesteckten Quoten erfüllt haben, AK) *dürfte die deutsche Botschaft in Santiago haben. Das betrifft sowohl Vorschläge für die Aufnahme in die Aktion der Bundesregierung als auch letztlich die Erteilung eines Einreisevisums. (Es ist zumindestens ein Fall bekannt, bei dem von Seiten der deutschen Botschaft das Einreisevisum nicht erteilt wurde, obwohl in der Bundesrepublik die Genehmigung zur Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung vorlag). Es ist weiterhin anzunehmen, daß von Seiten der Deutschen Botschaft in Santiago zumindest ein Teil des Materials zusammengetragen wird, aufgrund dessen anschließend ‚Sicherheitsbedenken' vorgebracht werden ... Während derzeitig der Bundesregierung eine Liste 102 besonders dringender Fälle chilenischer politischer Gefangener vorliegt, die Bischof Frenz aus Chile mitbrachte, hat die Deutsche Botschaft Santiago die ‚Stiftung Mitbestimmung' aufgefordert, ihre Aktion der Stipendienvergabe an chilenische politische Gefangene einzustellen, da die Quoten erschöpft seien.*"

... unterstützt von der BRD - Regierung

Naiv wäre zu glauben, die Santiagoer Botschaft der BRD handele nicht mit der Unterstützung bzw. nicht auf direkte Anweisung der SPD/FDP-Regierung. Die SPD wird z.B. in Worten nicht müde, ihre uneingeschränkte Solidarität mit den verfolgten Chilenen zu beteuern:

„... *Die sozial-liberale Koalition hat im Zusammenwirken mit den Kirchen, zuweilen gegen den Widerstand CDU-regierter Länder, wesentlich dazu beigetragen, daß ein Teil der politischen Gegner der Junta wenigstens nicht mehr um das Leben fürchten muß, wenn auch um den hohen Preis des Exils. Das im Grundgesetz Art.16.2 verbürgte Asylrecht gewährt jedem politischen Flüchtling ohne Rücksicht auf seine Überzeugung Schutz vor Verfolgung und Unterdrückung. Dieser Schutz muß auch solchen Personen zugute kommen, die aufgrund der besonderen Umstände ihrer Verfolgung außerstande sind, vor der Einreise in die Bundesrepublik Antrag auf Asylgewährung zu stellen ...*" (Chile-Resolution des SPD-Parteitages).

Prof. Knothe, der als Vorstzender einer DGB-Kommission über beste Verbindungen zur SPD-Spitze verfügt, berichtete dagegen anläßlich der bisher bekannt gewordenen Ablehnungen von sechs Einreiseanträgen, daß die Bundesregierung in der Behandlung von Chile-Flüchtlingen längst eine Entscheidung gefällt hat, die die salbungsvolle SPD-Parteitagsresolution Lugen straft: „...*In der Öffentlichkeit ist bisher kaum bekannt geworden, daß die Bundesregierung es abgelehnt hat, politisch aufs höchste gefährdete Chilenen aus ‚Sicherheitsbedenken' eine Aufenthaltsgenehmigung/Einreisevisum zu erteilen ...*".

Knothe vermutet, auf einer Zusammenkunft des Bundesinnenministers mit den Länderinnenministern, die sich mit „*Internationalem Terrorismus*" (!!!) befaßt habe, sei ein Beschluß gefaßt worden, daß „*führenden Mitgliedern des MIR die Einreise in die BRD nicht gestattet werden kann*". Im weiteren wendet sich Knothe gegen diese Entscheidung und kommt zu folgender Einschätzung der Handhabung des „Radikalenerlasses" gegen die Gefangenen Pinochets: „...*Ursprünglich war von führenden Mitgliedern die Rede. Das wurde ausgedehnt auf Angehörige der MIR. Inzwischen werden, nicht einmal schriftlich, nur noch allgemeine Sicherheitsbedenken ins Feld geführt. Ich habe den Verdacht, daß diese Sicherheitsbedenken sich inzwischen gegen tatsächliche oder angebliche Angehörige der KP Chiles richten. Ich habe außerdem den Verdacht, daß die Zahl der Ablehnungen wesentlich höher ist, als es bisher bekannt geworden ist ...*".

Allein bei der DGB-Stiftung sind inzwischen fünf Einreiseanträge abgelehnt worden:

- Gladyz Diaz Armijo (schriftliche Ablehnung wegen MIR-Mitgliedschaft, vgl. AK 63)
- Nora Edilia Becker Alvarez (ähnliche Ablehnung)

Mündlich wurden abgelehnt:

- Galvarino Araya Vasquez
- Bernadita Weisser Soto
- Alonso Azocar Avendano.

Hinzu kommt von den Knothe bekannten Fällen die Ablehnung von Romero Guzman, einem Führungsgenossen des MIR.

Die Verweigerung der Einreisegenehmigung hat zur Folge, daß die Gefangenen weiter in den chilenischen KZ's und Folteranstalten verbleiben. Der Gesundheitszustand von Gladyz Diaz war z.B. schon kurz vor ihrer vermeintlichen Abreise wegen der brutalen Foltern, die sie erleiden mußte, sehr schlecht.

Die SPD/FDP-Regierung und ihr Santiagoer Botschaftspersonal tragen die Verantwortung dafür, daß für zahlreiche verfolgte Chilenen trotz der erfolgreichen Bemühungen vieler Menschen und Organisationen um einen Aufenthalt in der BRD, das Foltern und Morden weiter geht.

Uneingeschränktes Asylrecht für politisch verfolgte Chilenen! Schluß mit ihrer Bespitzelung! ●

Lateinamerika-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Aus einem Brief von Nora Beckers Schwager

„...*Mein Bruder Raúl René Burgos Conejeros wurde zusammen mit seiner Frau Nora Edilia Becker Alvarez am 10.12.73 in der Stadt Castro verhaftet. Von dort wurde er in das Zuchthaus von Temuco (Landkreis Cautin) gebracht, seine Frau wurde im ‚Buen Pastor' (Guten Hirten!) in Temuco eingekerkert, beide befinden sich heute noch in den gleichen Kerkern. Nach einer langen Periode von Folterungen und jeglicher Mißachtung der Menschenrechte – wie es in aller Welt bekannt ist – wurde ein Gerichtsverfahren gegen sie durchgeführt und sie wurden am 14.4.74 als schuldig verurteilt. Nora bekam zehn Jahre, ihr Mann siebzehn Jahre Freiheitsstrafe...*

In einem Brief vom 30.9.75 haben wir erfahren, daß es eine Möglichkeit gibt, das Land zu verlassen. Es handelt sich um das, von der Junta geschaffene ‚Gesetz der Entfremdung'. Als Bedingung zur Entlassung muß der Antrag das entsprechende Visum eines Landes enthalten, das sie als politische Flüchtlinge akzeptiert. Seit April 1975 liegt ein Angebot des DGB mit einem offiziellen Antrag vor, um die Freiheit der beiden zu erwirken. Kurz danach entstanden mit den Beamten der Deutschen Botschaft in Santiago Schwierigkeiten. Sie behaupten, in dem Fall nichts unternehmen zu können, da eine Bestimmung der Bundesregierung vorliege, wonach Chilenen, die als ‚Extremisten' gelten, nicht in die BRD einreisen könnten..." ●

**Juana Burgos Conejeros
Via R. Fauro,
76 Interno 9 Cottarell
00197 Roma, 22.10.1975**

CHILE: KZ–Häftlinge mit Westdeutschem Anti-Krebsmittel zu Tode gequält

Die ASTA-Werke in Brackwede/ Westfalen liefern der chilenischen Militärjunta ein Anti - Krebsmittel, Zytostotikum Endoxan (Cyklophoshamid), das in den Konzentrationslagern der Junta zu Menschenversuchen und planmäßigem Morden mißbraucht wird. Von dem Medikament werden überhöhte Dosen in die Blase gespritzt, was nach längerer Zeit zum Tode führt.

Über diese Praxis in den chilenischen KZ's berichtete die Londoner Sonntagszeitung „The Observer" am 6.10.75 unter dem Titel: „Chile is killing people with drug" (Chile tötet Menschen mit Medikamenten).

Schon im Juli letzten Jahres hatte eine führende medizinische Fachzeitschrift in den USA (The New England Medical Journal) über Medikamentenmißbrauch an Gefangenen in Chile berichtet, ohne jedoch konkrete Angaben zu machen. Nunmehr liegen dem „Observer" Zeugnisse eines Arztes vor, der in Santiago ehemalige Häftlinge behandelt. Danach wurde den Häftlingen Cyklophosphamid in hoher Konzentration in die Blase gespritzt. Ergebnis dieser „Behandlung": Starke Schmerzen, allmähliches Schrumpfen der Blase, zeitweiliges Ausscheiden von Blut, so daß die behandelte Person nicht mehr urinieren kann und schließlich stirbt. Im „Observer" heißt es: „*Aus der Sicht der Junta liegt der Vorteil der neuen Technik darin, daß der Gefangene entlassen wird und einige Jahre später zu hause stirbt, ohne daß die Regierung für den Tod verantwortlich gemacht werden kann.*"

In diesem Bericht der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler in Hamburg an Amnesty International heißt es über das Medikament:

„*Cyclophosphamid wird im wesentlichen von zwei pharmazeutischen Firmen hergestellt, und zwar von ASTA in Brackwede unter dem Namen Endoxan und von der US-Firma Mead Johnson unter dem Namen Zytoxan. Es handelt sich um ein Antikrebsmittel, das wegen seiner vielfältigen Nebenwirkungen (u. a. Kopfschmerzen, Übelkeit, Dickdarmentzündungen, Haarausfall, Hautveränderungen, Ausfall der Funktion der Geschlechtsorgane, Lungenentzündung, Absinken der Blutzellen, Gewebezelltod in Nieren- und Harnblasenbereich) nur bei außerordentlich strenger Indikation und bei Erfolglosigkeit anderer Behandlungsmethoden verabreicht werden darf...Bei Indikation in die Harnblase kommt es zu schweren Gewebeschädigungen mit irreversiblen (nicht wieder gut zu machenden) Folgen. Die Harnblase verändert sich aus einem Gummiballon in Form und Konsitenz in einen Tennisball Für die Betroffenen heißt dies schweres Siechtum mit starken Schmerzen, Beeinträchtigung des Wasserlassens und der Gefahr eines Nierenversagens.*"

Am 14.11. richtete der Westberliner Extra-Dienst („ED") folgende Anfrage an die Presseabteilung der ASTA-Werke: „*1. Ist es zutreffend, daß sie im Rahmen von Handelsbeziehungen mit Chile dortigen Institutionen das Medikament Endoxan oder ein anderes Medikament, das Cyklophosphamid enthält, zur Verfügung stellen ? 2. Ist Ihnen der Artikel des Londoner „Observer" bekannt, wonach Cyklophoshamid für Menschenversuche in Konzentrationslagern in Chile verwandt werden soll? 3. Vorausgesetzt, die unter Punkt zwei genannte Information erwies sich als stichhaltig: Wäre dies ein Grund für Sie, die Geschäftsverbindungen mit Chile abzubrechen?*"

Der Extra-Dienst informierte zudem die ASTA-Werke über den Sitz des Bonner „Observer"-Korrespondenten, damit sie sich dort aus erster Hand informierten. Darauf antworte- ihnen der Artikel im „Observer" nicht vorliege und sie auf Mutmaßungen keine „*geschäftspolitischen Entscheidungen*" träfen.

In der Annahme, die ASTA-Werke hätten sich inzwischen über den Sachverhalt informiert, richtete der „ED" zehn Tage später nochmals die Anfrage an die Firma. Die umgehend folgende Antwort: „*Auf Ihr Fernschreiben von soeben können wir nicht umhin, auf unser Fernschreiben vom 14. 11. an Sie zu verweisen, und zwar dahingehend, daß geschäftspolitische Entscheidungen in unserem Hause nicht auf hypothetischen Überlegungen' aufgebaut werden. Zum anderen spielen bei der Belieferung von lebenswichtigen (!) Medikamenten politische Entscheidungen eine untergeordnete Rolle (!!). Bei dem Zytostotikum Endoxan (Cyklophosphamid) handelt es ich um ein international eingesetztes lebenswichtiges Medikament.*"

An dieser Antwort wird der ganze Zynismus der Geschäftsinhaber der ASTA-Werke deutlich, die sich sonst gern wegen ihrer Produktion von Medikamenten als besonders „menschenfreundlich" herausputzen. Indirekt bestätigen sie die Lieferungen an die chilenischen Faschisten. Daß das Medikament dort zum qualvollen Mord an Gefangenen verwandt wird, ist trotz entsprechender Beweise nichts weiter als eine „hypothetische Überlegung". Hauptsache, die Kasse stimmt ! ●

Lateinamerika Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Eine gefälschte und eine echte Erklärung des MIR



Anfang November mußten Andres Pascal Allende, Generalsekretär des MIR, und die Genossin Anne Marie Beausire in der Botschaft von Costa Rica in Santiago Zuflucht suchen. Inzwischen hat Costa Rica beiden politisches Asyl gewährt. Costa Ricas Außenminister Gonzalo Facio teilte mit, er habe mit Pinochet über eine Ausreisemöglichkeit für die beiden Genossen in Madrid verhandelt, als dieser zur Bestattung seines Faschistenfreundes in der spanischen Hauptstadt weilte („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 4.12.).

Am 6. Dezember lehnte die Militärjunta nochmals ein freies Geleit zum Verlassen des Landes für die beiden Flüchtlinge ab. Gleichzeitig forderte sie den Botschafter auf, Pascal Allende „*unverzüglich auszuliefern*". „*Außenminister Patricio Carjaval erklärte, die Regierung werde mit allen Mitteln verhindern, daß der wegen ‚Subversion und Banküberfällen' gesuchte Generalsekretär der verbotenen linksrevolutionären Bewegung MIR das Land verlasse. Zugleich kündigte er ähnliche Forderungen an die Botschaften Österreichs und Venezuelas sowie an die Apostolische Nuntiatur an, wo sich ebenfalls polizeilich gesuchte linksgerichtete Chilenen aufhalten sollen*" („Frankfurter Rundschau", 9.12.). (In der Nuntiatur befindet sich u.a. Nelson Gutierrez, Mitglied des Politischen Büros des MIR.) Die Forderung der Junta lehnte die Botschaft Costa Ricas ab („FR", 10.12.).

Parallel zum Auslieferungsbegehren startete die faschistische Junta weitere Aktionen, um sich ihrer Todfeinde zu bemächtigen. Täglich marschierten „Demonstranten" – aus faschistischem Gesindel zusammengestellt – vor den Botschaften auf, um Rache zu fordern und gegebenenfalls auch zu nehmen. Am 30. November lancierte die Pinochet-Bande eine gefälschte MIR-Erklärung an die Presse, nach der die Führung des MIR Allende und Gutierrez wegen Verrats auf Lebenszeit aus der Organisation ausgestoßen und zum Tode verurteilt habe. Um der Fälschung einen Anschein von Glaubwürdigkeit zu geben, versuchten die Faschisten zu nutzen, daß der MIR nach dem Putsch 1. alle Mitglieder verpflichtete, in Chile zu bleiben und an der Seite der chilenischen Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur zu kämpfen und nicht, wie bei Reformisten und Revisionisten weit verbreitet, freiwillig zu exilieren, und 2. ein knappes Dutzend früherer Mitglieder, die sich bereit erklärten, mit der Junta zur Verfolgung und Zerschlagung des MIR zusammenzuarbeiten, öffentlich zum Tode verurteilt hatte.

Die Fälschung sollte somit den Eindruck erwecken, Pascal Allende

Forts. S. 35

Eine gefälschte und eine echte Erklärung des MIR

Forts. von S. 34

und Nelson Gutierrez als Leitungsgenossen des MIR hätten ohne Not Asyl gesucht. Der MIR habe sie anschließend verurteilt, nachdem sie angeblich auf Bemühen, zu ihnen Kontakt aufzunehmen, nicht reagiert hätten.

Mit der Fälschung kann die Junta bezwecken, die Genossen, die vorerst ihrem Zugriff entzogen sind und offiziell nur unter dem massiven Bruch völkerrechtlicher Prinzipien verhaftet werden können, durch einen faschistischen Mordtrupp umbringen zu lassen, der in die Botschaftsgebäude eindringt. Anschließend könnte sie versuchen, diesen Stoßtrupp als ein MIR-Kommando hinzustellen.

Das Auslandskomitee des MIR in Havanna hat sofort die Fälschung als solche entlarvt (siehe unten stehende Erklärung) und auf die Mordpläne verwiesen, die schon zuvor von der Botschaft Costa Ricas aufgedeckt worden waren. (Schon Mitte November hatte die französische Zeitung „Humanite" von einem Mord-Plan der faschistischen DINA berichtet, die Botschaft von Costa Rica zu stürmen. „Neues Deutschland", 23.11.)

Im weiteren soll die Fälschung als Verwirrung und Enttäuschung über den MIR in den Widerstand und das chilenische Volk tragen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die gefälschte Erklärung in der Juntapresse und ausländischen Presse weite Verbreitung fand, die Gegenerklärung in der Juntapresse natürlich überhaupt nicht und auch in der Auslandspresse nur in geringem Maße. Selbst in der internationalen Solidaritätsbewegung scheint die Junta anfang zum Teil erfolgreich Verwirrung gestiftet zu haben, obwohl z.B. anläßlich der Flucht des MIR-Leitungsmitgliedes Sotomayors 1974 die großzügige Haltung des MIR auch gegenüber den Genossen, die ohne Not aus Chile fliehen, im Ausland bekannt ist. (Sotomayor hatte sich im September 1974 nach dem Feuergefecht, bei dem Miguel Enriquez getötet wurde, mit wichtigen Unterlagen über Waffenverstecke in die italienische Botschaft geflüchtet und war trotz verschiedener Diskussionen mit MIR-Genossen nicht mehr bereit, den Widerstandskampf weiter zu führen. Daraufhin ermöglichte der MIR ihm und seiner Familie die Flucht nach und Aufnahme in Kuba und schloß ihn auf Lebenszeit aus der Organisation aus. In DIE INTERNATIONALE Nr. 18 haben wir eine Stellungnahme des MIR zum Ausschluß Sotomayors und dessen anschließende Selbstkritik abgedruckt.)

Lateinamerika-Kommission

Nr. 18 haben wir eine Stellungnahme des MIR zum Ausschluß Sotomayors und dessen anschließende Selbstkritik abgedruckt.)

Lateinamerika-Kommission

Erklärung

Am 30. November 1975 verbreiteten die internationalen Presseagenturen in Santiago de Chile eine Nachricht, nach der Andres Pascal Allende, Generalsekretär des MIR, und Nelson Gutierrez Yanez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, die sich nach einer mehr als 20 Tage andauernden Hetzjagd in die Botschaft von Costa Rica bzw. die Apostolische Nuntiatur geflüchtet haben, vom Zentralkomitee des MIR wegen „Verrat der Partei und der Arbeiterklasse" zum Tode verurteilt worden wären. Die Nachricht beruft sich auf eine angeblich offizielle Mitteilung unserer Parteiführung, die der Presse in Chile übergeben worden sein soll.

Diese Nachricht ist haltlos und offensichtlich falsch. Sie ist ein Teil des schmutzigen Planes des Geheimdienstes der Militärjunta, den Widerstand des Volkes zu entmutigen sowie die Organisation, die wegen ihrer Entscheidung zu kämpfen, in Chile die Hauptlast der Repression zu tragen hat: den MIR.

Diese Machenschaften der Junta schließen sich an die Pläne an, die die Botschaft von Costa Rica aufgedeckt hat und die in der vorigen Woche in der europäischen Presse veröffentlicht worden sind, nach denen Andres Pascal Allende aus der Residenz des Botschafters entführt und ermordet werden sollte, wie es zu den Terrormethoden dieser Mörderbande paßt. Solche Manöver bringen trotz allem die Schwierigkeiten zum Ausdruck, die der Junta der Volkswiderstand und der MIR machen.

Wir rufen die internationale Öffentlichkeit und die Revolutionäre der ganzen Welt auf, ihre Aktionen zur Anklage, Isolierung und Boykottierung der Henker des chilenischen Volkes zu vervielfachen.

DER VOLKSWIDERSTAND WIRD SIEGEN!

1. Dezember 1975

Auslandskomitee des MIR

indochina aktuell



Demokratische Republik Vietnam (DRV):

Weitere Fortschritte macht der Wiederaufbau im Land. In verschiedenen Wirtschaftszweigen konnten erhebliche Produktionssteigerungen erzielt werden. So konnten „*510.000 Kubikmeter Holz gefällt und 34.000 Hektar Boden neu bepflanzt werden. Dies stellt eine Steigerung von 93 % (!) bei der Holzausbeute und 52 % bei der Neubepflanzung dar*" („VKB", 26/27). Die Nahrungsmittelindustrie konnte ihre Produktion um sechs Prozent erhöhen. In Bereichen des Exports treten ebenfalls erhebliche Steigerungen ein (z. B. Bananen und Ananas um 300 %).

Bereits Ende September verurteilte das Hanoier „Komitee für die Verteidigung des Weltfriedens" die chilenischen Faschisten: „*Wir protestieren energisch gegen die Politik des Terrors und der Unterdrückung, die von der faschistischen chilenischen Junta gegen das chilenische Volk ausgeübt wird*" (Erklärung des Komitees am 29.9., nach „VKB", 26/27).

Republik Süd-Vietnam (RSV):

In der RSV ist die Umsiedlungskampagne inzwischen voll angelaufen. Um das durch den Krieg brachliegende Land zu nutzen und die totale Überbevölkerung der Großstädte (Saigon: vier Millionen – gebaut für 1,5 Millionen) müssen „insgesamt 3 Mio. Menschen" umgesiedelt werden. Mehrere zehntausend Süd-Vietnamesen nahmen während der Kampagne bis jetzt das Angebot der Regierung an, auf brachliegendem Land zu siedeln. Alleine aus Saigon sind „bereits rund 300.000 Menschen freiwillig auf ihre Dörfer zurückgekehrt" („SZ", 25.11.).

Auch in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Land sind Fortschritte zu verzeichnen. Alleine in Long Chau Tien gelang es „*Arbeit für 90.000 Menschen zu finden, die unter dem Thieu-Regime und dem amerikanischen Neokolonialismus zur Bettelei und Kleinkriminalität verurteilt waren*" („VKB", 26/27). Laut „Süddeutscher Zeitung", vom 25. 11. wurden Kraftwerke, Häfen und Fabriken in großem Stil wieder in Betrieb gesetzt.

Eine höchst erfreuliche Sache am Rande: Wie jetzt bekannt wurde, mußte der „Apostolische Delegierte H. Lemaitre" (Gesandter des Vatikans) im Juni Saigon verlassen, „*da die Anwesenheit eines Gesandten des Vatikans allenfalls ein Überbleibsel des Kolonialregimes*" ist („VKB", 26/27). Auch andere hohe „Würdenträger", wie der Erzbischof von Saigon, sollen ihren Talar nehmen.

Kambodscha:

Mitte Dezember wurde in Kambodscha eine neue Verfassung verabschiedet. 500 Vertreter der Bauern, 300 Vertreter der Arbeiter und 300 Vertreter der Soldaten „*haben die Verfassung ... zum Abschluß eines dreitägigen Kongresses angenommen*". Über den Inhalt der Verfassung ist momentan noch nichts bekannt.

Volksrepublik Laos:

Der thailändische Boykott gegen Laos (durch die Grenzschließung wird Laos von Treibstoff- und Lebensmittellieferungen abgeschnitten) wird jetzt durch die DRV durchbrochen. Die DRV hat sich bereit erklärt, die vom Boykott betroffenen Waren zu liefern. „Eine erste Lastwagenkolonne von Nord-Vietnam in Richtung Vientiane" soll bereits unterwegs sein. Durch den Bau einer Straße will die DRV überdies „Laos den Zugang zur vietnamesischen Küste ... eröffnen" (d.o.).

Zur kurzfristigen Versorgung vor allem mit Treibstoff wurde eine Luftbrücke mit einem „erbeuteten amerikanischen Transportflugzeug" eingerichtet. „Die Luftbrücke soll bis Weihnachten fortgesetzt werden" („SZ", 16.12.).

Thailand:

Die Farce des amerikanischen „Rückzugs" aus Thailand wird immer offensichtlicher. Immer deutlicher wird, daß es sich hierbei lediglich um eine Umorientierung auf andere Kräfte handelt. So erklärte US-Botschafter Whitehouse, daß „*auch nach Abzug aller amerikanischen Truppen ... Militärberater der USA in Thailand stationiert bleiben. Die Berater würden weiterhin thailändische Truppen ausbilden* (... und befehligen, d. Red.) *beim Aufbau einer Waffenindustrie helfen (!) und die militärischen Einrichtungen unterhalten*" („SZ", 12.12.). Eindeutig wird, daß sich die USA verstärkt auf die 300.000 Mann-Armee Thailands stützen wollen.

Diese Armee ist hochmodern ausgerüstet und wird teilweise von den US-Beratern befehligt. Außerdem sind die USA in der Lage, jederzeit 100.000 US-Soldaten nach Thailand zu fliegen. Im letzten AK berichteten wir bereits über den Aufbau von Söldnertruppen durch den CIA.

In arroganter Weise erklärte Whitehouse noch, daß dies solange bleiben werde, wie „*die amerikanische (!) und die thailändische Regierung dies als notwendig erachten*" („SZ", 12.12.).

In Nordostthailand hat sich offensichtlich der Kampf der „Volksstreitkräfte" (Befreiungsarmee) verstärkt. „*Führende Militärs*" aus Thailand meinten, daß „*die Insurgententätigkeit in den an Laos grenzenden thailändischen Provinzen in den letzten Monaten erheblich verstärkt*" wurde. („FAZ", 16.12.). Gleichzeitig wird natürlich betont, daß es sich hierbei um Pathet-Lao-Kämpfer handelt.

Nun ja, in Süd-Vietnam gab's lt. der bürgerlichen Presse ja auch keine FNL, sondern nur „nordvietnamesische Divisionen ...".

Desweiteren „klagen thailändische Militärs über regen Waffenschmuggel" von Laos nach Thailand und „*über die Unterstützung der thailändischen Kommunisten durch ‚ausländische Berater'. Damit meinen sie die Vietnamesen* ..." („FAZ", 12.12.). Die Nachbarschaft von solidarisch verbündeten revolutionären Staaten schafft den imperialistischen Statthaltern in Thailand offensichtlich Kopfzerbrechen. Noch mehr Schwierigkeiten wird ihnen aber die Tatsache bereiten, daß die bewaffneten thailändischen Befreiungskräfte den gleichen Weg gehen, wie die FNL, die Pathet-Lao und die Roten Khmer!

Neue „Pazifik-Doktrin" der US-Imperialisten

Die US-Imperialisten denken auch nach ihrer Niederlage in Indochina nicht an einen Rückzug aus Süd-Ost-Asien. Im Gegenteil. Bei seinem Besuch in Indonesien und den Philippinen machte Ford dies deutlich. Er verkündete eine „Pazifik-Doktrin": „*1. Für ein stabiles Machtgleichgewicht im Pazifik ist die Stärke der USA von wesentlicher Bedeutung. 2. die Partnerschaft mit Japan ist ein Pfeiler der US-Pazifik-Strategie ...*" („SZ", 9.12.).

Gleichzeitig betonte Ford, „*daß die Niederlage der USA in Indochina nicht als Vorankündigung eines Rückzuges vom Pazifik aufgefaßt werden dürfe ... Die USA als Anliegerstaat (?) des pazifischen Raums hätten ein vitales Interesse an Asien ...*" („SZ", 9.12.).

Daß der US-Imperialismus auch weiterhin bereit ist, mit brutaler Gewalt wie in Vietnam, Laos und Kambodscha vorzugehen, machte Ford deutlich: „*Wir erkennen an, daß Gewalt alleine (!) nicht ausreicht, die Sicherheit zu gewährleisten*" („SZ", 9.12.).

In der UNO hat die US-Pazifik-Politik eine Abfuhr erlitten. „Mit 89 gegen 32 Stimmen bei sechs Enthaltungen" („SZ", 10.12.) wurde eine Resolution angenommen, die „*die amerikanischen Militäreinrichtungen auf Guam als unvereinbar mit der UNO-Charta erklärt*" („SZ", 10.12.).

Indochina-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Volksrepublik Laos gegründet!

Volksrepublik Laos gegründet!

Am 3.12.75 wurde aus dem 600-jährigen Königreich Laos die Volksrepublik Laos. Die nach dem 1. Mai 1975 gebildete Koalitionsregierung aus „Neutralisten" und Pathet Lao wurde aufgelöst. König Savang Vathana dankte ab, desgleichen Ministerpräsident Souvanna Phouma. Präsident der jungen Republik wurde der Vorsitzende des ZK der Patriotischen Front (Neo Lao Haksat), Prinz Souvanouvong. Ministerpräsident wurde der stellvertretende ZK-Vorsitzende Kaysone Phomivan. Es wurde ein Volkskongreß aus 264 Mitgliedern gebildet – die Mitglieder wurden am 1. und 2. Dezember in örtlichen Wahlen gewählt (lt. „Le Monde", 5.12.75).

Radio Vientiane will die Volksrepublik Laos enge Beziehungen mit Vietnam, Kambodscha und anderen sozialistischen Staaten eingehen und neue Beziehungen mit den nichtpaktgebundenen Staaten Südostasiens herstellen ... Den Westen und vor allem Thailand und die USA forderte er (der Präsident, Anm. AK) *auf, die Souveränität und Unabhängigkeit von Laos zu respektieren. Laos ‚werde den neuen und alten imperialistischen Staaten' Widerstand entgegensetzen ...*" („Süddeutsche Zeitung", 5.12.).

Mittlerweile erklärte die neue Regierung die Abkommen über Laos von 1962 (Genfer Laos-Abkommen) und 1973 (Friedensvereinbarung) für ungültig (lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 8.12.). Beide Abkommen wurden kurz nach Abschluß von den US-Imperialisten und seinen Marionetten gebrochen. Beide Abkommen sind heute – wo die US-Militärmacht in Indochina geschlagen ist und wo in Laos die Macht eindeutig in der Hand des Volkes und seiner politischen Führung liegt – allerdings auch überflüssig!

Der Gründung der Volksrepublik Laos gingen breite Demonstrationen in Laos voraus. Bereits zum 30. Jahrestag der Verkündung der laotischen Unabhängigkeit, am 12. Oktober demonstrierten 200.000 Menschen alleine in Vientiane. Insbesondere in den letzten Tagen vor der Gründung der VR Laos kam es zu starken Demonstrationen. „*Auf Massendemonstrationen hatten in den letzten Tagen im ganzen Land Arbeiter, Soldaten, Beamte und Bauern das Ende der gegenwärtigen Koalitionsregierung zugunsten einer Volksregierung verlangt, weil die letzten Spuren von Kolonialismus und Feudalismus beseitigt werden müßten*" („SZ", 3.12.). Zur Ausrufung der VR Laos hingen „*rote Transparente*" in Vientiane, „*Lautsprecher*" verbreiteten die „*Nachricht von der Regierungsbildung*" und die „*Einwohner der Hauptstadt*" kauften „*im Nu alle Zeitungen*" („SZ", 5.12.).



Demonstration in Vientiane, der Hauptstadt von Laos

Es ist wohl offensichtlich, daß sich die revolutionären Kräfte der Pathet Lao auf eine breite Unterstützung durch das laotische Volk stützen können.

Die Reaktion hingegen machte sich weitgehend aus dem Staube. Nachdem bereits nach dem 1. Mai 75 der größte Teil von ihnen nach Thailand oder in die USA abdampfte, ging jetzt ein weiterer Teil. So flohen beispielsweise größere Teile der Königsfamilie nach Thailand, weil – so Prinz Soriyawong – „*die Pathet Lao die Mitglieder der königlichen Familie wie alle anderen auch auf den Feldern arbeiten lassen*" wolle („FAZ", 4.12.). Das ist ja denn auch'n starkes Stück ...

VR Laos – ein weiterer, entscheidender Sieg der indochinesischen Revolution!

Die Gründung der VR Laos ist ein klarer Ausdruck für das Voranschreiten der revolutionären Kräfte nach dem Rausschmiß der US-Imperialisten aus Indochina. Nach dem 1. Mai '75 wurde zwar der Einfluß der Pathet Lao insgesamt stark vergrößert – auch in der Regierung. Reaktionäre Militärs und Politiker mußten seitdem abtreten. Die Sondereinheiten und Söldnertruppen der Yankees in Laos (sog. Meo-Einheiten unter Vang Pao) sind von den laotischen Streitkräften offensichtlich weitgehend ausgeschaltet worden. So berichtete die „SZ" am 20.11. von einer „Säuberungsaktion" gegen diese Banden.

Trotzdem bestand während dieser Zeit noch eine Koalitionsregierung, bestehend aus sogenannten „Neutralisten" und der Pathet Lao. Während dieser Zeit gelang es eben nicht nur, die offenen Reaktionäre weitgehend zu vertreiben, sondern auch breite Teile des Volkes für eine revolutionäre Entwicklung von Laos zu gewinnen. Dies muß selbst die bürgerliche Presse zugeben: „*Mit der Verarmung, mit dem Entschwinden der Oberschicht (!) und der wirtschaftlichen Proletarisierung des Kleinbürgertums wurde immer fragwürdiger, wen eigentlich Souvanna Phouma und seine Neutralisten in der Koalition noch vertraten; immer leichter fiel es den Pathet Lao, die Jugend in den Städten für sich zu mobilisieren; immer lauter wurde der Ruf nach ‚totalem Bruch mit Korrupten und Reaktionären'. Da Amerika sein Versprechen, großzügig beim Wiederaufbau zu helfen, in Laos ebensowenig hielt, wie nachher in Vietnam, verloren die bürgerlichen Politiker ihre Nützlichkeit, sie beklagten sich offen darüber, mit den Dollars auch ihr Gewicht in der Koalition verloren zu haben (!!)*" („SZ", 5.12.).

Gerade in der Mobilisierung der Bevölkerung und dem Abwirtschaften der „seichten" bürgerlichen Politiker besteht ein entscheidender Sieg der revolutionären Kräfte in Laos.

Der vollständige Sieg der revolutionären Kräfte in Laos, dessen sichtbarster Ausdruck jetzt die Proklamation der Volksrepublik ist, schließt das ruhmreiche Kapitel der indochinesischen Befreiungskriege ab. Die Volksrepublik Laos wird nun – zusammen mit Vietnam und Kambodscha – an den Aufbau einer revolutionären Demokratie und damit den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft gehen können.

Indochina-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Vietnam-Flüchtlinge und die verbrecherische Politik der US-Imperialisten

Nachdem die US-Imperialisten im Zuge ihrer Niederlage in Indochina ca. 300.000 Menschen mit Versprechungen, Zwang und Gewalt „evakuierten" – vollziehen sie heute in genauso verbrecherischer Weise die Lösung dieses – von ihnen selber verursachten – Flüchtlingsproblems.

Abgesehen von der Sorte „Flüchtlinge", die tatsächlich etwas zu befürchten hatte, (wie Thieu, General Ky und deren Anhang) wurden tausende gezwungen, ihr Land zu verlassen. Bekannt sind die Fälle, wo die Bevölkerung von ganzen Ortschaften in Schiffe verfrachtet wurde. Statt zur Evakuierung nach Saigon fuhren die Schiffe z.B. nach Guam und anderen US-Stützpunkten. Mit der Drohung von Flächenbombardements durch US-Bomber wurden tausende aus ihrer Heimat vertrieben. Der so entstandene Flüchtlingsstrom wurde auch noch als „Massenflucht vor den Kommunisten" ausgegeben.

Die Flüchtlinge wurden weitertransportiert in die USA (ca. 150.000), nach Guam (mehrere Zehntausend), nach Thailand (60.000) sowie in andere Länder (auch in die BRD, nach Dänemark usw.). Die Flüchtlinge in den US-Lagern leben heute unter katastrophalen, menschenunwürdigen Bedingungen.

50.000 Menschen in Zeltlagern

In den drei „Notlagern" der USA – Camp Pendleton, Fort Chaffee und Luftstützpunkt Eglin, hausten bis vor kurzem noch 50.000 Vietnamesen in „Bretterbuden mit Zeltwänden, unheizbar, abstoßend" („Stern", 21/75). „Großzügigerweise" erhielt jeder Flüchtling zehn Dollar „Taschengeld für private Ausgaben". Aus den Lagern kam nur raus, wer entweder genug Geld hatte – oder einen US-Bürger vorweisen konnte, der für ihn bürgte. Arbeit gab und gibt es für die Vietnam-Flüchtlinge nicht, es sei denn, man rechnet offene Sklaverei dazu: von einer „anscheinend wohltätigen Dame aus Orlando" wurden beispielsweise zwei Großfamilien für „leichte Arbeiten" eingestellt. „*Monate später stellte sich heraus, daß die beiden Familien in einen Wohnwagen gepfercht worden waren – ohne Licht, Wasser und Toilette. Abgestellt wurden sie in einem abgelegenen Orangenhain, wo sie für ihre ‚Wohltäterin' die Ernte einbringen sollten. Dazu wurde ihnen noch Pacht abverlangt – 166 Dollar je Monat*" (!!) („Stern", 11.9.75) Entsprechend erhielt ein gewisser Halleck Rose, Direktor des internationalen Rettungskomitees auch so schweinische Anfragen wie folgende: „*Ich hätte gern ein paar von diesen Vietnamesenmädchen. Tun Sie einfach ein paar in eine Kiste und schicken Sie sie mir ... Beurteilen Sie sie einfach wie man Pferde beurteilt!!*" (von einem Marine-Sergeanten!)

Mittlerweile sind die Lager aufgelöst – was mit den Flüchtlingen geschehen ist, bleibt unklar. Es ist anzunehmen, daß heute der größte Teil von ihnen in einem noch größeren Elend leben muß, als in den Lagern.

Auch wenn man berücksichtigt, daß unter den Flüchtlingen sicherlich ein größerer Teil Kollaborateure, Thieu-Getreuen etc. sind (die eine andere Behandlung sicherlich nicht verdient haben), so muß doch festgehalten werden, daß die Grundlage für dieses Flüchtlingselend die eiskalte Politik des US-Imperialismus ist. Einerseits werden die Flüchtlinge als politische Manöveriermasse mißbraucht – andererseits sind sie in den USA selber einem ungeheuren Chauvinismus und Rassismus ausgesetzt.



Vietnamesische Mädchen im US-Lager Pendleton

„Gook Klux Klan"

„In der örtlichen Oberschule gründeten Schüler einen Gook Klux Klan" (Gook ist ein Schimpfwort der US-Soldateska gegen das vietnamesische Volk) **und berieten, wie man die verhaßten Südvietnamesen abschießen könne**" („Stern", 21/75).

Diese militante Form des Rassismus in den USA ist Resultat der Verhetzung der US-Bevölkerung gegen die Vietnamesen, gegen die „gelben Horden". Offensichtlich wurde von Politikern systematisch der Haß gegen die Vietnamesen geschürt. Da spricht der demokratische Senator Sam Nunn aus Georgia davon „*es sei nicht fair, daß amerikanische Bürger die ganzen Kosten für diese ewige Tragödie zahlen müssen*" und Senator Robert C. Byrd (stellvertretender Fraktionschef der „Demokratischen Partei") forderte, daß man „*uns die Last mit diesen Leuten vom Hals*" schaffen solle. (aus „Stern", 21/75)

In Städten, in deren Nähe die Flüchtlingslager liegen, werden diese boykottiert. „*In Niceville besserte sich die Stimmung erst, nachdem die Flugplatzleitung versichert hatte, die Gooks (!) würden in den Zeltstädten derart isoliert gehalten, daß sie kaum jemand zu Gesicht bekäme!*" („Stern", 21/75) Praktisch kommt dies einer Gefangenschaft gleich!

Dem Gelumpe geht es gut!

Im Gegensatz zur katastrophalen Lage der meisten Vietnamesen in den USA geht es den geflüchteten Kreaturen der ehemaligen Saigoner Faschistenregierung blendend.

General Ky, erklärter Bewunderer Adolf Hitlers, bekam von Gesinnungsfreund John Wayne eine Farm geschenkt. Auf Vortragsreisen, bei einem Honorar von mehreren tausend Dollars pro Abend, fordert er einen erneuten Vietnam-Krieg von den USA. General Tran Sitan, Polizeichef von Saigon kam im Gegensatz zu fast allen anderen Flüchtlingen ohne die geringsten Schwierigkeiten durch die US-Einwanderungsbehörden und -kontrollen.

Der Militärverwalter des Saigoner Flughafens, Ngoan kam mitsamt seinen vier Millionen Mark (!!!)ebenfalls ohne die geringsten Schwierigkeiten aus dem Lager.

Dies sind einige Beispiele dafür, wie die US-Imperialisten mit verdienten Handlangern verfahren.

Flüchtlinge verlangen Rückkehr!

Angesichts dieser scharfen Unterdrückung der Vietnam-Flüchtlinge in den USA haben offensichtlich viele von ihnen eingesehen, daß es doch besser ist, im Südvietnam der Arbeiter und Bauern zu leben als im imperialistischen USA. (Soweit sie nicht ohnehin im erzwungenen Exil waren). Zahlreiche Vietnamesen verlangten von den US-Behörden die Rückkehr nach Vietnam. Dies wurde in der Regel verweigert! Bekannt ist der Fall, wo mindestens 59 Vietnamesen unter Drogen gesetzt wurden und von Thailand nach Guam (US-Stützpunkt) geflogen wurden. Die Flüchtlinge hatten die Heimkehr verlangt ... Einige Flüchtlinge drohten mit Selbstverbrennung.

Auf Guam griffen die US-Imperialisten darauf hin zu einem besonders brutalen Mittel zur „Lösung" dieses Problems:

Der Fall „Thuong Tin"

Mitte Oktober verfrachteten die US-Behörden nach eigenen Aussagen 1.500 Menschen auf den Frachter „Thuong Tin", der im Hafen von Agana auf Guam lag. Ohne irgendeine Absprache mit der Regierung der Republik Südvietnam (PRGRSV) wurde das Schiff nach Vietnam losgeschickt, ohne das klar war, ob es überhaupt einen vietnamesischen Hafen anlaufen durfte!

Nachdem die PRGRSV sich zuerst weigerte, die Flüchtlinge so ohne weiteres aufzunehmen (aus naheliegenden Gründen ...), entschloß sie sich später aus humanitären Gründen doch für die Aufnahme. (Das Schiff war bereits unterwegs!)

Über die Ankunft des Schiffes, die alle Erwartungen übertraf, meldete Radio Saigon am 4.11. folgendes: „*In Durchführung der milden humanitären Politik der PRGRSV empfing die Ortsverwaltung das Schiff Thuong Tin am 27.10.1975. Von den 2.543 (!!!) Personen, die sich an Bord befanden, gehörten mehr als zwei Drittel zum Personal der früheren Marionetten-Streitkräfte und -verwaltung, (!!) darunter Hunderte von Stabsoffizieren verschiedener Dienstgrade. (...) Viele Personen auf dem Schiff litten an Durchfall, Lungenkrankheiten etc., aber es gab keinen Arzt und keine Medizin(!!!) für sie. Keiner war vor der Einschiffung geimpft worden. (...)*

Die Lebensmittel, mit denen die US-Regierung sie (die Passagiere) *versorgte, setzten sich aus Büchsennahrung zusammen, die vor über fünf Jahren (!!) produziert wurde und viele Krankheiten auf diejenigen übertrug, die sie zu sich nahmen. Eine Person starb während der Reise, und ihre Leiche mußte im Meer versenkt werden.*

Jetzt werden die zurückgekehrten Evakuierten, nachdem sie geimpft worden sind und Medikamente gegen Seuchen eingenommen haben, von der revolutionären Ortsverwaltung aufs Festland gebracht, wo sie Unterkunft und Kost erhalten und man sich gründlich um sie kümmert und für sie sorgt." (zitiert nach „MD" 6.11.)

Die Enthüllung dieser Vorgänge wirft ein bezeichnendes Licht auf die menschenverachtende Politik der US-Imperialisten, die doch ihre „Flüchtlingskampagne" unter dem Deckmantel der Humanität (!) gestellt hatten (Motto: „wir helfen den vom Kommunismus bedrohten Südvietnamesen").

Angesichts dieser Politik der US-Imperialisten gegenüber den von ihnen selber zwangsevakuierten Vietnamesen hat die PRGRSV folgenden Aufruf veröffentlicht: „*Die PRGRSV ruft die Patrioten auf, die zur Zeit gezwungen sind, im Ausland zu leben, gegenüber diesen schlechten Absichten* (zusammen mit den Flüchtlingen Agenten einzuschleusen; Anm. AK) *der USA wachsam zu sein und sich zusammenzuschließen, um sich selbst und die Souveränität des Staates gegen alle hinterhältigen Anschläge des US-Imperialismus zu schützen. Die PRGRSV fordert entschlossen, daß die US-Regierung aufhört, die Frage der ‚Flüchtlinge' auf ihre eigene Weise zu lösen. Falls sie mit ihren illegalen Aktionen wie im Fall der SS ‚Thuong Tin' fortfährt, wird sie für alle Konsequenzen geradestehen müssen.*" (VNA, Hanoi, 25.10., zitiert nach „MD", 27.10.) ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

So unmenschlich wie vor Monaten Hunderttausende von Vietnamesen von Norden nach Süden getrieben wurden, so werden heute tausende nach Vietnam zurückverfrachtet

Südkorea:

Prozeß gegen demokratische Studenten



Studenten von Seoul im Kampf gegen das faschistische südkoreanische Regime

Studenten von Seoul im Kampf gegen das faschistische südkoreanische Regime

Am 24. November begann vor einem Distriktgericht in Seoul ein Prozeß gegen 22 demokratische und antifaschistische Studenten.

Die Studenten hatten infolge der Verkündung der „Notverordnung Nr. 9" durch den faschistischen südkoreanischen Staatschef Pak Jung Hi mehrere Versammlungen in einer Kirche in Seoul abgehalten, wo sie ihre Bereitschaft zum Kampf für die Beseitigung der „Notverordnung Nr. 9" erklärten. Mit dieser Notverordnung war eine neue Eskalation des faschistischen Terrors in Südkorea eingeleitet worden.

Beim ersten Verhandlungstag am 10.11. erklärten die Studenten, daß sie die Notverordnung nicht anerkennen und deshalb den Prozeß ablehnen. Auch am 2. Verhandlungstag griffen sie die faschistischen Notverordnungen und das Regime an. Einer der Angeklagten betonte, „*wir werden einen entschlossenen Kampf gegen die wiederbelebte faschistische Verfassung, gegen Notverordnungen und Unterdrückung der Redefreiheit beginnen*" und drückte seinen festen Entschluß aus, sich nicht dem Schandgericht zu ergeben. Andere Studenten betonten ihre Ablehnung des Prozesses mit der Erklärung: „*Wir wollen lediglich Freiheit, wenn wir auch gehängt oder erschossen werden.*" Sie lehnten jede Antwort auf die Befragungen der Richter ab. Der Prozeß mußte unterbrochen werden. Auch der Versuch der faschistischen Richter, „Einzelbefragungen" durchzuführen, konnte das Schweigen der Studenten nicht brechen.

Bei einer der nächsten Verhandlungsrunden waren außer den Familien der Angeklagten mehr als 200 Studenten gekommen, die während der Verhandlung Solidaritätslieder zum Kampf der angeklagten Studenten sangen und bei deren Abtransport aus dem Gerichtssaal Beifall klatschten (nach „The Pyong Yang Times", v. 6.12.).

Einer anderen Meldung zufolge sollen neun der Studenten am 2.12. zu Gefängnis zwischen drei und acht Jahren verurteilt worden sein, während die Urteile gegen die übrigen wegen der starken Proteste nicht verkündet werden konnten.

Dieser Prozeß macht deutlich, mit welchem Kampfbewußtsein demokratische und antifaschistische Studenten in Südkorea für demokratische Rechte eintreten und sich auch durch den berüchtigten südkoreanischen Folterappart nicht einschüchtern lassen.

Unterdessen erklärten sich mehr als 20.000 Jugendliche und Studenten bei einer Großkundgebung in Pyong Yang uneingeschränkt solidarisch mit dem Kampf der gefangenen und angeklagten Studenten in Seoul. In Massensprechchören forderten sie die sofortige Freilassung der illegal gefangenen fortschrittlichen Jugendlichen und Studenten, forderten den Sturz der faschistischen Pak Jung Hi - Clique, den Abzug der Truppen des US-Imperialismus aus Südkorea und bekundeten ihre Unterstützung des Kampfes der südkoreanischen Jugend für Demokratie und Wiedervereinigung des Landes. ●

KB/Gruppe Bremen



afrika aktuell

Nigeria

Der sogenannte „Zementskandal" in Nigeria ist nicht zuletzt wegen seiner außergewöhnlichen Größenordnung beispielhaft für den Versuch des internationalen Finanzkapitals, ein Land der „Dritten Welt" noch mehr als bisher unter Kontrolle zu bringen.

Am 2.12.'75 wurden bei der Deutschen Bank gemäß einem vom Frankfurter Landgericht stattgegebenen Antrag eines Lichtensteiner Fabrikanten zwölf Mio. US-Dollar der nigerianischen Zentralbank „eingefroren", d.h. also beschlagnahmt. Weitere „Arrestverfügungen" gegenüber nigerianischem Geld im Ausland sind zu erwarten.

Die Vorgeschichte:
Nigeria, aufgrund seines Erdölreichtums eines der *„Zukunftsländer des afrikanischen Kontinents"* (Deutsche Bank), erlebt seit einigen Jahren eine hitzige Baukonjunktur. In den nächsten fünf Jahren wird eine Menge von 20 Millionen Tonnen Zement (Wert: eine Milliarde US-Dollar) für diverse Bauvorhaben benötigt. Nun wurde diese gewaltige Menge mit einer Lieferzeit von einem (!!) Jahr auf einmal gefordert – bezeichnenderweise unter dem inzwischen abgelösten General Gowon. Allein das Verteidigungsministerium bestellte 16 Mio. t Zement. Wie nicht anders zu erwarten, reichten die ohnehin knapp bemessenen Hafenanlagen Nigerias nicht für ein reibungsloses Löschen aus. Folge: Bis Mitte Oktober stauten sich 410 beladene Schiffe im Hafen und auf der Reede von Lagos, zahlreiche Schiffe sind noch unterwegs nach Nigeria – die meisten mit Zement. Für die nigerianische Regierung bedeuten die wartenden Schiffe einen täglichen Kostenanfall von 2,5 Mio. DM (Schadenersatz für Liegegebühren)! Die Verzögerungen belaufen sich schon bis zu 450 Tagen („Business Week" v. 3.11.75).

Sowohl für die Besteller wie für die Lieferanten war sonnenklar, daß der Hafen von Nigeria angesichts solcher Mengen nicht mit der Abfertigung nachkommen und zusammenbrechen würde. Die Größenordnung der Bestellungen schließen einen „bedauerlichen Irrtum" bei der Bestellung selbstverständlich aus. Massive Bestechung und Korruption nigerianischer Politiker durch Kreise des internationalen Finanzkapitals sind die einzig erklärbare Ursache. Bei dieser Kostenlawine, die Nigeria an den Rand des Staatsbankrotts bringen kann, haben u.a. die „Morgan Guaranty Trust & Co.", Englands „Midland Bank", „Deutsche Bank", „Banque Nationale de Paris" und „Bank of Tokyo" ihre Hände im Spiel. Das sechstgrößte Erdölland in finanzieller Klemme – was bieten sich da doch für phantastische Einflußmöglichkeiten für das internationale Finanzkapital...!

Dieser Würgeschlinge versuchte die neue nigerianische Regierung dadurch zu entkommen, daß sie die Bestellungen nachträglich kurzerhand um die Hälfte kürzte und alle Schadenersatzzahlungen für die Liegegebühren bis auf weiteres einstellte. Dieser *„einmalige Fall im internationalen Handel"* („Business Week") hat den o.g. Lichtensteiner Fabrikant in enger Zusammenarbeit mit Gericht und Großbank veranlaßt, Nigeria die Daumenschraube der Devisenbeschlagnahme anzulegen. Er war mit Sicherheit nur Vorreiter. Das Finanzkapital wird sich in der ihm eigenen Weise weiterhin um das „Zukunftsland des afrikanischen Kontinents" „bemühen"...!

Angola — China

Auf einer Großkundgebung in Luanda am 4. Oktober mit A. Neto wurde eine Resolution verabschiedet, in der die chinesische Regierung kritisiert wurde, weil sie *„die Lakaien des Imperialismus unterstützt hat und damit eine Haltung gezeigt hat, die das angolanische Volk, unabhängig von seiner tiefen Achtung vor dem heldenhaften chinesischen Volk und seiner revolutionären Avantgarde, weder verstehen noch akzeptieren kann ..."* Ferner beschloß die Versammlung laut Radio Luanda vom 5.10., *„das chinesische Volk und die chinesische KP anläßlich des Jahrestages der Machtübernahme letzterer zu grüßen und die chinesische Regierung aufzufordern, sofort ihre Unterstützung der UPA/FNLA/UNITA einzustellen und die MPLA anzuerkennen, ebenso wie das angolanische Volk die legitime revolutionäre Avantgarde des chinesischen Volkes anerkannt hat."*

Zumindest was die Unterstützung der FNLA durch „Berater" und „Experten" betrifft, hat sich die VR China zu deren Rückruf entschlossen. Am 27.10. reisten sie aus Zaire nach Peking zurück. Radio AZAP aus Kinshasa (Zaire) zitierte den Leiter der chinesischen Gruppe Li Tung, der sich „erfreut" über den „angenehmen Aufenthalt" in Zaire äußerte und Präsident Mobutu und FNLA-Führer Holden Roberto für *„ihre ständige Fürsorge, die es ihnen ermöglicht hätte, ihre Aufgaben (...) zu erfüllen"*, dankte. Li Tung versicherte ferner der CIA-Marionette Roberto „und dem angolanischen Volk" die immerwährende Freundschaft (nach „China Aktuell", Nov. 75).

Was das angolanische Volk von derartigen „Freundschaftsbeweisen" hält, hat es u.a. am 4. Oktober in Luanda zum Ausdruck gebracht!

Südafrika

Unter dem Verdacht der „kommunistischen und terroristischen Betätigung" wurden in der Republik Südafrika (RSA) erneut Dozenten und drei Studentenführer in Haft genommen.

Allein in den letzten Monaten (ca. 1 Jahr) wurden 139 Farbige unter diesem Verdacht festgenommen. Von ihnen befinden sich noch immer 59 in Haft, ohne daß sie bisher überhaupt angeklagt worden sind (nach FAZ, 4.12.75).

Am 9.12.75 wurden in der RSA wieder neun Todesurteile vollstreckt. Damit hat sich die Zahl der vollstreckten Todesurteile in der RSA 1975 auf über 30 erhöht!! (nach SZ, 10.12.75).

Südafrika – BRD

Gemeinsam mit den RSA-Faschisten aus der westdeutschen Botschaft der RSA versuchten Bullen vom Verfassungsschutz der BRD das „Anti-Apartheid-Komitee" in Bonn zu kriminalisieren und einzuschüchtern. (Das Komitee war wesentlich an der Veröffentlichung der nuklearen Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA beteiligt).

Um einen Hausdurchsuchungsbefehl zu erlangen, wurde einem Mitglied des Komitees die Mitnahme eines alten Teppichs vom Sperrmüll als „Diebstahl" ausgelegt.

Innerhalb weniger Minuten durchsuchten sechs Polizisten den Privatwagen des Komiteevorsitzenden, den dieser unvorsichtigerweise für einen Moment unverschlossen stehengelassen hatte (nach Extra-Dienst 97, 2.12.75).

Funktionäre der Fa. Siemens haben ein sehr ausgeprägtes Gefühl der „Solidarität" mit dem Rassistenstaat. Sie besuchen als „Privatpersonen" Veranstaltungen von Apartheidsgegnern in der BRD, um sofort die Botschaft der RSA über den Verlauf der Veranstaltung zu unterrichten und Teilnehmer zu denunzieren.

Das gleiche gilt für die evangelische Kirche in Bayern, die sich bei der RSA-Botschaft dafür entschuldigt hat, daß in Räumen der Kirche eine „einseitige" Veranstaltung gegen die Faschisten stattgefunden hatte. Sie versprach darum, daß „diese Tagung ... noch ein Nachspiel haben" werde (nach FR, 3.12.75).

Eine leicht kuriose Variante dieser „Zusammenarbeit" stellt jedoch folgendes dar: Auf der Suche nach der vermuteten undichten Stelle in der westdeutschen RSA-Botschaft – die es möglich machte, daß etliche Dokumente an den Widerstand (ANC) und die Presse gingen – wurde der Fahrer der Botschaft entlassen.

„Sicherheitsüberprüfungen" des gesamten 70köpfigen Botschafts-Personals ergaben, daß der Fahrer früher in der DDR gelebt hatte.

Die Geschichte hatte jedoch einen Haken: Westdeutsche Behörden mußten zugeben, daß der entlassene Fahrer schon in der DDR für den BND gearbeitet hatte und nach seiner Rückberufung zur geheimdienstlichen Beobachtung der südafrikanischen Botschaft dort eingeschleust worden war. – Peinlich, peinlich!

Telegramm von Kim Il Sung an Agostino Neto (VR Angola)

„Seine Exellenz Agostino Neto
Präsident der Volksrepublik Angola, Luanda

Im Namen der Regierung der demokratischen Volksrepublik Korea und des koreanischen Volkes und in meinem eigenen Namen überbringe ich Ihnen und über Sie der Regierung der Volksrepublik Angola und dem angolanischen Volk herzliche Glückwünsche und Grüße aus Anlaß der Unabhängigkeitserklärung der Volksrepublik Angola, des Erwerbs der nationalen Unabhängigkeit für Angola und Ihrer Ernennung zum Präsidenten.

Die Unabhängigkeit Angolas und die Gründung der Volksrepublik Angola ist ein glänzender Sieg, errungen durch das angolanische Volk im langandauernden bewaffneten Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, sie ist ein bedeutender Beitrag im Kampf für die vollständige Befreiung Afrikas und die gemeinsame antiimperialistische Sache der Länder der dritten Welt.

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die Regierung der demokratischen Volksrepublik Korea beschlossen hat, die Volksrepublik Angola anzuerkennen.

Im Vertrauen darauf, daß die im gemeinsamen antiimperialistischen Kampf gefestigten freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit unserer beiden Völker weiterhin verstärkt werden und sich auf allen Gebieten weiterentwickeln, wünsche ich Ihnen und Ihrem Volk von Herzen große Erfolge beim Kampf für den Aufbau einer neuen, freien und glücklichen Gesellschaft.

Kim Il Sung
Präsident der demokratischen Volksrepublik Korea
Pyonyang, 15. November 1975"

(aus Pyonyang – Times, vom 22.11.75).

Angola: MPLA schlägt Aggressoren zurück!

Der Jubel der Imperialisten über das unmittelbar bevorstehende Ende der jungen Volksrepublik Angola unter Führung der MPLA war offensichtlich verfrüht. Der Gegenschlag der MPLA – eingeleitet durch die „Generalmobilmachung des Volkes" und begünstigt durch einen gewissen Ausgleich an wattentechnischem Material durch verstärkte Lieferungen vor allem seitens der Sowjetunion – hat die zairischen und südafrikanischen Invasoren in die Defensive gedrängt und schwer geschlagen.

Die südafrikanische und US-imperialistische Aggression ist zwischenzeitlich nicht mehr zu vertuschen gewesen und offiziell bestätigt. Dies führte einerseits zu einer positiven Kräfteverschiebung unter den afrikanischen Staaten zugunsten der MPLA, andererseits zu einer gewissen Umorientierung der US-imperialistischen Taktik, deren Kern es ist, eine offene Unterstützung seiner Marionetten FNAL/UNITA zugunsten einer schein-neutralen (jedoch kaum weniger effektiven) Position aufzugeben.

Die militärische Lage

Vor knapp vier Wochen noch hatten die Imperialisten frohlockt, daß *„die Einnahme Luandas nur noch eine Frage von Tagen"* sei. *„Es ist kein Geheimnis, wie bedrohlich die Lage der MPLA geworden ist: Eine große Zahl ihrer Führer hat sich mit den letzten Flugzeugen der Luftbrücke von Luanda nach Lissabon abgesetzt"* („Welt am Sonntag", 23.11.).

Tatsächlich hatte es im November einen raschen Vormarsch der Konterrevolution gegeben, der Resultat der schlagartig zunehmenden zairischen Invasion im Norden, des massiven Einmarsches der „Republik Südafrika" (RSA) im Süden und des Zustroms tausender faschistischer Söldner zu FNLA/UNITA gewesen war (Vergleiche hierzu AK 70). Inzwischen hat sich das Blatt eindeutig zugunsten des angolanischen Volkes verändert. Jüngste Meldungen („SZ", 19.12.) sprechen davon, daß im N o r d e n (wo die Invasoren bis auf 40 km an die Hauptstadt rangekommen waren) die Städte Caxito (60 km nördlich Luandas) sowie das ehemalige FNLA-Hauptquartier Ambirz befreit wurden und MPLA sich auf dem Vormarsch zum momentanen Sitz der FNLA-Führung Carmona (300 km nordöstlich von Luanda) befindet.

In Z e n t r a l a n g o l a kontrolliert die MPLA mittlerweile wieder einen 400 km breiten Streifen, der die Städte Manlanje, Salazar, Henrique de Carvalho und Luso einschließt, und ist darüberhinaus in der Lage, von dort aus offensiv gegen den „Regierungssitz" der Marionettenregierung (UNITA/FNLA) in Nova Lisbao vorzugehen (ebenda).

An der S ü d f r o n t ist die Söldnerkolonne bis hinter Novo Redondo zurückgeschlagen worden!

Auch wenn diese Angaben nicht vollständig abgesichert sind, mußten selbst „Südafrikanische Beobachter" eingestehen, daß ihre Söldner *„auf der ganzen Linie zum Rückzug"* gezwungen wurden.

Die Einnahme städtischer Zentren gibt außerdem nur einen relativen Einblick in das militärische Kräfteverhältnis, da es gerade in der Natur der imperialistischen Aggression liegt, sich auf diese Zentren zu konzentrieren, während eine Volksbefreiungsbewegung wie MPLA auch „hinter den Fronten" präsent ist. So hat es mehrfach von Radio Luanda zum Anweisungen an die Genossen „hinter den Linien" gegeben.

Die jüngsten Erfolge der MPLA zeigen eindrucksvoll die Bereitschaft tausender Angolaner, sich der imperialistischen Aggression entgegenzustellen, die „Generalmobilmachung des gesamten Volkes" (siehe AK 70) hat die bekannte Gleichsetzung „MPLA ist das Volk" vollauf bestätigt. (vergl. z.B. „FR", 20.12.!)

B e g ü n s t i g t wurde diese Offensive – und eben nicht e r m ö g l i c h t, wie die bürgerliche Presse demagogisch behauptet – durch verstärkte Waffenlieferungen besonders der UdSSR an die VR Angola. Dadurch konnte die katastrophale waffentechnische Unterlegenheit der MPLA – deren Opfer zehntausende Patrioten geworden waren – teilweise ausgeglichen werden. Die in der Lumpen-Presse erfundene Überlegenheit der MPLA in waffentechnischer Hinsicht ist allerdings nach wie vor Zweckpropaganda, sie würde zweifellos einen weit rascheren Zusammenbruch der Söldnerhorden bewirken.

Die MPLA selbst („FR" 20.12.) nennt als weiteren Grund ihrer Erfolge, die Hilfe bei der neuen Ausbildung der Massen an neuen Militanten durch ausländische Genossen (Kubaner), die selbstlos ihre proletarisch-internationalistischen Pflichten gegenüber dem angolanischen Volk erfüllen!

Ausländische Aggression offiziell bestätigt!

Die Faschisten-Regierung der RSA hat mehrfach offiziell ihren Einmarsch in Angola bestätigt und den offensichtlichen Unsinn von der „Notwendigkeit, den Cuene-Staudamm zu sichern" zugunsten einer nicht minder demagogischen „Sicherung der Grenzen vor einem MPLA-Überfall" revidiert. Journalisten w... den RSA-Stellungen 80 km (von der Grenze entfernt) im Landesinnern von Angola vorgeführt („NZZ", 6.12. und 10.12), von denen aus *„Patroullien und Aufklärungs*(!?)*-Flugzeuge weit ins Zentrum von Angola vorstoßen."* Diese Aggression wird offen legitimiert mit dem Einverständnis des UNITA-Chef Savimbi (so RSA-„Verteidigungs"minister Botha, laut „FR", 1.12.).

Die namibische Befreiungsbewegung SWAPO gibt die Zahl der nach Süd-Angola eingedrungenen Faschisten mit 12.000 (!!) an („FR", 1.12.).

Ebenfalls bestätigt wurde zwischenzeitlich, daß die RSA Nachschub und Versorgung für FNLA/UNITA übernommen hat („NZZ", 10.12.). Das ganze Ausmaß der Südafrikanischen Aggression – und besonders ihrer weiteren Planung – wird deutlich an der Erhöhung des Rüstungsetats der RSA für 1976 um 50% (!!) auf 1,75 Miliarden Dollar mit ausdrücklichem Hinweis auf den angolanischen „Bürgerkrieg".

Die Rolle des US-Imperialismus

Durch Enthüllungen der „New York Times" und „Washington Post" ist die ohnehin bekannte US-imperialistische Finanzierung und Ausrüstung von FNLA/UNITA detailliert belegt. Nach diesen Quellen haben die USA bisher 130 Millionen DM für die Aufrüstung ihrer Marionetten verwendet und vorwiegend Maschinengewehre, Granatwerfer, Geschütze, Fahrzeuge, Raketenwerfer und Munition über Zaire und Sambia ihren Zöglingen zugeleitet. Allein die Vielfalt des „Sortiments" macht deutlich, daß die angegebene Höhe der Unterstützung wesentlich zu gering veranschlagt ist. Trotzdem machen selbst diese Zahlen die Demagogie Kissingers deutlich, der noch vor gut drei Wochen von *„strikter Neutralität"* und davon, daß *„die Angolaner ihre Streitigkeiten ohne ausländische Einmischung beilegen"* müßten („Welt", 26.11.), geschwafelt hatte.

Die zwischenzeitlich von Kissinger und CIA-Chef Colby bestätigten Enthüllungen, haben im US-Senat zu einer Debatte über die richtige imperialistische Taktik gegen das angolanische Volk geführt. Offenbar zu diesem Zweck waren die Informationen auch der „New York Times" zugespielt worden, denn das US-Engagement war bereits im Juni durch sechs (!) Ausschüsse in Senat und Repräsentantenhaus genehmigt worden und somit mehreren der sich heute als „Einmischungsgegner" darstellenden Politikern bekannt.

Während damals offenbar die Einschätzung bestand, die MPLA kurzfristig vernichtend schlagen zu können, sind diese Vögel nunmehr zu dem – durchaus richtigen – Schluß gekommen, *„die USA setzen mit Roberto auf einen Verlierer"* („SZ" 15.12.). Beim heutigen Stand der Dinge in Angola werden offenbar Überlegungen von Kreisen des US-Imperialismus angestellt, ihr Eingreifen in Angola stark zu erhöhen („vietnamesische Dimensionen").

Hiergegen führen die „Schein-Pazifisten" k e i n e prinzipiellen Bedenken an, lediglich mangelnde Erfolgsaussichten lassen sie in Opposition zu diesen Plänen treten. Darüberhinaus haben sie erkannt, daß ein o f f e n s i c h t l i c h e s Engagement für FNLA/UNITA zu einer gefährlichen weiteren Isolierung des US-Imperialismus in Afrika führen würde, da sich abzeichnet, daß die OAU-Mehrheit wegen der unübersehbaren Verquickung von FNLA/UNITA mit der „Südafrikanischen Republik" die MPLA zum einzigen legitimen Vertreter des angolanischen Volkes erklären wird.

Dies trifft z.B. heute bereits auf Nigeria, dem zweitgrößten Erdöllieferanten des US-Imperialismus, zu.

Die Gesamtstrategie der „Tauben" im US-Senat scheint es zu sein, durch eine mehr schein-neutrale Haltung des US-Imperialismus gegenüber Angola, auch nach dem möglichen Sieg der MPLA, Möglichkeiten für die US-Konzerne in Angola zu erhalten.

Bisheriger Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen ist das vom Senat ausgesprochene „Verbot" an die US-

Forts. Seite 38

Forts. von S. 37

Regierung, weitere Unterstützung der FNLA/UNITA zu betreiben – ein allerdings bisher bedeutungsloses Verbot, da das „Repräsentantenhaus" erst zustimmen muß („Tagesschau", 20.12.). Insgesamt sollte das Auftreten der „Tauben" nicht überbewertet werden, sondern in erster Linie als Aufforderung an den US-Imperialismus, seine Abenteuer besser zu t a r n e n, begriffen werden (siehe z.B. die Erhöhung des RSA Militärhaushaltes).

Schließlich muß gesehen werden, daß völlig unbehelligt von dieser ganzen Debatte in den USA eine großangelegte Kampagne zur Werbung schwarzer, vietnamerfahrener Söldner läuft! Durchgeführt wird die Kampagne von einer Organisation „Kongreß für rassische Gleichheit" (!). Ihr Führer Roy Innes bestreitet natürlich entschieden, irgendetwas mit dem CIA zu tun zu haben ...

Die algerische Zeitung „El Moudjahid" (7.12.) meldet, daß bereits mehrere hundert dieser US-Söldner in den Reihen von FNLA/UNITA kämpfen!

OAU: Eine Mehrheit für MPLA wird möglich !

Die bisherige demagogische Haltung der OAU-Mehrheit zu Angola – „Gleichberechtigung der drei Bewegungen", verbunden mit der Aufforderung, eine „Regierung der Nationalen Einheit" zu bilden – ist offenbar ins Wanken geraten. Besonders die offizielle Zusammenarbeit der RSA mit FNLA/UNITA hat den Stand der offen reaktionären Kräfte innerhalb der OAU verschlechtert.

Die UNITA versucht deshalb krampfhaft, die – früher offen zugegebene – Zusammenarbeit mit der RSA zu leugnen (siehe z.B. „FAZ", 8.12.). Dies geht so weit, daß UNITA-Chef Savimbi sich zum Freund der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO aufspielt, der er angeblich logistische Unterstützung (z.B. zur Verfügung-Stellung militärischer Einrichtungen, d. Red.) gewährt („SZ", 10.12.).

Diese Manöver kommen jedoch offensichtlich zu spät.

Von besonderer Bedeutung ist, daß Tansania – einer der maßgeblichen Staaten der OAU – seine Haltung geändert, die VR Angola diplomatisch anerkannt und die MPLA als *„einzig rechtmäßigen Vertreter des angolanischen Volkes"* anerkannt hat. Gleichzeitig hat Tansania die Schliessung der FNLA und UNITA-Büros in Daressalam angeordnet, weil *„keinen Gruppen Gastfreundschaft gewährt werden könne, die die afrikanische Freiheit und Unabhängigkeit verrieten. FNLA und UNITA hätten sich als Agenten des Imperialismus entpuppt"* („SZ", 12.12.).

Ebenfalls bezeichnend für den Umschwung zugunsten der MPLA in Afrika ist das Angebot Nigerias – das ansonsten mit Sicherheit nicht zum fortschrittlichen Lager Afrikas zählt – der VR Angola *„moralische und materielle Unterstützung in seinem Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Rekolonialisierung"* zu gewähren.

Tansania hat bereits den Generalsekretär der OAU und Kompagnon Idi Amins, Eteki (Kamerun), angegriffen, weil er das von Somalia und Tansania angestrebte Gipfeltreffen der Staatschefs der afrikanischen Staaten verzögert, auf dem die bisher reaktionäre Haltung der OAU-Mehrheit zu Angola korrigiert werden soll. MPLA-Kommandant und Mitglied des „Politischen Büros der MPLA", Genosse „Juju", hierzu:

„Politisch ist der Krieg fast gewonnen, denn es wird immer klarer, daß es sich um einen Konflikt zwischen dem Volk der Volksrepublik Angola und fremden Mächten, die unseren Prozeß in ihrem Sinne beeinflussen wollen, handelt. Es ist heute klar, daß Zaire auf unsere Entwicklung Einfluß nimmt, und es wird immer klarer, daß auch die Südafrikanische Republik ihre Hände im Spiel hat. Militärisch liegt immer noch ein weiter Weg vor uns. Wir haben die Offensive des Gegners gestoppt und sind jetzt in einer Phase der Gegenoffensive. Ein großer Teil des Landes ist aber immer noch unter der Kontrolle dieser ausländischen Koalition, und wir schätzen, daß es noch eine ganze Zeit dauern wird, bis wir das ganze Land befreien können." („FR", 20.12.).

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Genosse Dr. Jose Luis Campino (MPLA) in Stuttgart

Auf Einladung der MPLA besuchten im September drei Mitglieder der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch, eine fortschrittliche, antiimperialistische Organisation, Angola. Sie informierten sich ausführlich über die Arbeit der MPLA und vereinbarten, verschiedene Projekte des Gesundheitsdienstes SAM zu unterstützen.

Eines dieser Projekte ist der Posto Medico in Cazenga. Cazenga ist das größte der 16 Elendsviertel Luandas. Auf ca. 25 qkm leben an die 100.000 Menschen ohne Kanalisation, Elektrizität, Müllbeseitigung und ausreichender Wasserversorgung. Unter Anleitung der MPLA unternahm die Bevölkerung große Anstrengungen, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern. So war eine der ersten Maßnahmen des von der Bevölkerung Cazengas gewählten Bewohnerrates der Bau einer Schule und einer Krankenstation. Um diese Station mit dem Notwendigsten zu versorgen, müssen allein 30.000 DM aufgebracht werden. Ferner vermittelt die VIK fortschrittliche Mediziner und medizinisches Hilfsperson, die bereit sind, eine zeitlang für den SAM zu arbeiten. Diese Hilfe ist umso dringender, als die Versorgung mit ausgebildetem Personal kaum entwickelt ist und in den Städten modern eingerichtete Kliniken von ihrem portugiesischen Personal im Stich gelassen wurden. Eine erste Gruppe von Medizinern aus der BRD bereitet sich gegenwärtig auf ihren Einsatz in Angola vor.

Vor ähnlichen Problemen steht die MPLA in der Provinz Cabinda. Hier war bis vor kurzem Dr. Jose Luiz Campinos der einzige Arzt und zuständig für ca. 80.000 Menschen. Genosse Campinos besuchte nun auf Einladung der VIK mehrere Städte in der Bundesrepublik und der Schweiz, um dort über die aktuelle Lage in Angola zu berichten und für eine Unterstützung der MPLA zu werben.

Auf der Veranstaltung in Stuttgart überbrachte Genosse Campinos den 350 Anwesenden die revolutionären Grüße der MPLA und besonders der zweiten politischen militärischen Front von Cabinda. Er berichtete über die massiven Angriffe der imperialistischen Kräfte auf die junge Volksrepublik, die die MPLA zu einer konventionellen Kriegsführung zwang. Ende November griffen gepanzerte Einheiten aus Zaire die erdölreiche Provinz an. Sie wurden von portugiesischen, französischen, belgischen und amerikanischen Söldnern unterstützt, von der FAPLA (militärischer Arm der MPLA) jedoch zurückgeschlagen.

Wenn die Imperialisten auch alles daran setzen, die MPLA zu zerschlagen, so sind sie doch untereinander nicht ganz einig. Französische und US-Konzerne streiten sich hinter den Kulissen um das Cabinda-Öl, was sich nach Aussagen des Genossen Campinos auch in der Ausrüstung verschiedener Marionetten-Organisationen und Söldnergruppen zeige. Ein Ölkonzern habe nun sogar mit der MPLA Verhandlungen angeboten.

Nach einem kulturellen Beitrag und Dias der VIK-Delegation ging der MPLA-Genosse auf Fragen des Publikums ein. Mitgliedern des KABD, der in dieser Frage schon einige Seiltänze aufgeführt hat, blieb er die Antwort nicht schuldig. Es gebe in Angola keine drei Befreiungsorganisationen, wie die KABD-ler in ihrer Frage unterstellten, sondern eine Befreiungsorganisation, in der verschiedene Kräfte des angolesischen Volkes organisiert seien und mehrere Marionettenorganisationen, die eine militaristische und tribalistische Linie verfolgten und die von faschistischen Söldnern und offiziellen Truppen aus Südafrika und Zaire unterstützt würden. Mit ihnen könne es keine Einheit geben. Die MPLA orientiere ihre Politik an den Bedürfnissen des angolanischen Volkes. Sie sei kein Schiedsrichter zwischen der VR China und der UdSSR, geschweige denn der Handlanger einer ausländischen Macht. Die Haltung der OAU-Mehrheit, die auch von der VR China unterstützt wird, keine der drei Bewegungen mit Waffen zu beliefern, eine Einigung zwischen ihnen anzustreben und die Einmischung der Supermächte zurückzuweisen, könne die MPLA nicht akzeptieren. Denn einmal stehen Truppen Zaires auf der Seite der FNLA in Angola, zum anderen habe der Faschist Idi Amin Dada, derzeit Präsident der OAU, sich geweigert, eine Sitzung der OAU einzuberufen, als Südafrika mit Truppen in Angola einfiel.

Auf der Veranstaltung, bei der der Eintrittspreis schon fünf DM betrug, wurden insgesamt 1.100 DM für die MPLA gesammelt. Die politische und materielle Unterstützung der MPLA muß intensiviert werden. Es wäre zu wünschen, wenn sich die VIK bei der Vorbereitung solcher Solidaritätskampagnen auch mit anderen Organisationen in Verbindung setzen würde, die ein Auftreten der MPLA auch dort garantieren könnten, wo es keine Ortsgruppen des VIK gibt. ●

Ein KB-Sympathisant aus Stuttgart

Eritrea: Der Befreiungskampf des Volkes ist unaufhaltsam



Emblem der EPLF
(Eritreische Volksbefreiungskräfte)

Die Hälfte der gesamten US-Militärhilfe an afrikanische Staaten fließt nach Äthiopien. Daran hat der Sturz Haile Selassies 1974 nichts geändert. Im Gegenteil: Weil der eritreische Unabhängigkeitskampf sie immer mehr in Bedrängnis brachte, hat die äthiopische Junta noch verstärkte Waffenlieferungen von den USA gefordert und auch erhalten („Neue Züricher Zeitung", 6.6.75).

Mittlerweile stehen 80% der gesamten äthiopischen Armee in Eritrea, bis zum letzten Knopf vom US-Imperialismus ausgerüstet, doch sind diese Soldaten durch ihre ständigen Niederlagen demoralisiert.

Die Befreiungsstreitkräfte kontrollieren bereits das gesamte ländliche Eritrea, die Land-Verkehrsverbindungen zwischen den Städten und zur Küste, und nachts auch die Städte. Um die Hauptstadt Asmara halten sie seit Monaten einen Kesselring geschlossen, der nur wenige Kilometer vor den Randgebieten der Stadt beginnt. (Über die Entwicklung in Äthiopien und Eritrea nach dem Sturz Haile Selassies berichteten wir bereits im AK 58/April '75).

Äthiopien – nach wie vor Stützpunkt des Imperialismus

Die äthiopische Militärregierung wird von verschiedenen Seiten, vor allem den DDR- und Sowjetrevisionisten als revolutionär bezeichnet und erhält zumindest propagandistische Unterstützung für alle ihre Schritte, auch ihre Politik gegenüber Eritrea. In diesem Lichte erscheint der eritreische Befreiungskampf als „konterrevolutionärer Separatismus". In der Tat dient derartige Propaganda und auch das sozialistische Mäntelchen, was sich die Militärjunta selbst umhängt, zur Verwirrung.

Die seit etwa einem Jahr in Äthiopien herrschende Militärjunta (der „DERG") trat an mit dem Versprechen, die national-demokratische antiimperialistische Revolution in Äthiopien durchzuführen. Im Frühjahr '75 wurde sogar ein Bodenreform-Gesetz erlassen – entscheidende Frage in der äthiopischen Entwicklung, da 90% der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben.

Inzwischen hat sich jedoch ganz deutlich gezeigt, daß die Junta in Addis Abeba lediglich eine etwas modernisierte Form der alten Schrekkensherrschaft ist, wie sie unter der kaiserlichen Mumie Haile Selassie bestanden hatte.

Von Beginn an trat sie jeder s e l b s t ä n d i g e n Aktion der äthiopischen Arbeiter, Bauern und Studenten brutal entgegen, wie sich das bei der militärischen Niederwerfung von Streiks, Demonstrationen und Landbesetzungen zeigte.

Ein Beispiel ist der Krieg gegen die landbesetzenden Bauern aus der Umgebung von Jimma (Provinz Kaffa, siehe „Le Monde" vom 4.10.75).

Ein scharfer Kampf wurde aber vor allem in den letzten Wochen gegen die Gewerkschaftsbewegung in Äthopien geführt. Deren Dachorganisation CELU brachte im September ein Manifest heraus, in dem sie die Forderung nach den wesentlichsten demokratischen Freiheiten erhob, die die Junta unter dem Vorwand des Kampfes gegen Reaktionäre dem äthiopischen Volk bis heute vorenthalten hat: Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit. Seit Ende August hatte die Junta für ganz Äthiopien den Ausnahmezustand erlassen. Über 1.600 Menschen (manche Quellen sprechen sogar von 3.000) wurden seitdem verhaftet, darunter die gesamte Gewerkschaftsführung, zahlreiche Todesurteile wurden vollstreckt.

Und nach wie vor hat der Imperialismus das Heft in der Hand: Äthiopien und Eritrea sind der größte Militär-Brückenkopf der USA in ganz Afrika.

Von „Kagnew Station" nahe Asmara (Hauptstadt Eritreas) – einer der fünf größten elektronischen Überwachungszentren der USA in der ganzen Welt – können Mittel- und Nordafrika, die südliche Sowjetunion, vor allem aber der gesamte Vordere Orient überwacht werden.

In der eritreischen Hafenstadt Massaua am Roten Meer befindet sich ein Stützpunkt der siebten US-Flotte.

I s r a e l hat die eritreischen Inseln Fatmah und Haleb als Marinebasen und trainiert für die äthiopische Armee Spezialtrupps für den Anti-Guerilla-Kampf sowie Geheimdienst-Trupps.

Die B R D hat seit 1965 über 38 Millionen DM zur Ausrüstung und Ausbildung der äthiopischen Polizei ausgegeben, hat äthiopische Bullen in der BRD ausgebildet und ständige „Berater" in Äthiopien stationiert. 1965 wurde hierzu zwischen BRD und Äthiopien ein „Militärhilfevertrag" abgeschlossen, an dem sich bis heute nichts geändert hat.

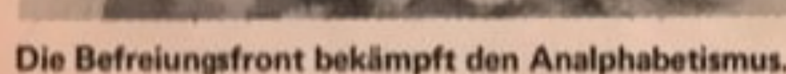
Gerade in den letzten Monaten haben sich die Kämpfe in Eritrea wieder stark eskaliert. Dieser Krieg gegen das eritreische Volk ist immer deutlicher zur Schlüsselfrage für das Überleben der äthiopischen Militärjunta geworden.

Der US-Imperialismus ist überall im arabischen Raum in eine allseitige Offensive gegangen. Die wenigen revolutionären Kräfte, die sich der-



Flüchtlingselend: Vor dem Ausrottungskrieg der äthiopischen Besatzung sind ca. 40.000 Eritreer in den Sudan geflüchtet. Zusätzlich sind in Eritrea ca. 300.000 Menschen vom unmittelbaren Hungertod bedroht.
(„Guardian", 10.10.75)





Die Befreiungsfront bekämpft den Analphabetismus.

Eritrea: Der Befreiungskampf des Volkes ist unaufhaltsam

Forts. von S. 38

zeit dagegen wehren, sind Palästina, Dhofar und Eritrea!

– Eine weitere Tatsache, die Eritrea für die Imperialisten begehrenswert macht, ist sein Reichtum an Bodenschätzen: Es gibt reichliche Ölvorkommen, Erdgas, Kupfer, Kali Gold, Eisenerz und andere Minerale.

– Noch aus einem weiteren Grund ist der Kampf Eritreas strategisch wichtig: Falls es den Volksbefreiungskräften gelingt, sich durchzusetzen, könnten große Teile der Küsten am südlichen Ausgang des Roten Meeres in den Händen antiimperialistischer Regierungen sein. Die weiter südlich gelegene Küste gegenüber Eritrea, sowie die Kamaran-Inseln und Aden gehören zur Demokratischen Volksrepublik Jemen. Das könnte bedeuten, daß sich nach der Wiedereröffnung des Suez-Kanals eine der meistbefahrenen Wasserstraßen der Welt nicht mehr voll unter der Kontrolle der Imperialisten befindet.

– Vor allem aber ist der Kampf des Volkes in Eritrea auch ein entscheidendes Beispiel für die übrigen von der äthiopischen Zentralmacht unterdrückten Völker, z.B. die Afar im Südosten Äthiopiens an der Grenze zu Somalia und Djibouti.

Auf welche Weise die äthiopische Junta die Befreiung Eritreas zu verhindern sucht, hat der „starke Mann" der Junta zum Ausdruck gebracht. „Major" Mengistu Haile Mariam, der übrigens seine gesamte militärische Ausbildung in den USA erhalten hat: *„Wenn man die Fische ausrotten will, muß man das Wasser austrocknen. Wenn wir die eritreische Revolution zerschlagen wollen, müssen wir mit dem eritreischen Volk ein Ende machen".*

So kennt die Brutalität der Besatzer in Eritrea keine Grenzen. Es regnet Kugeln und Bomben und Napalm vor allem auf die Zivilbevölkerung.

Es ist bekannt, daß (wie My Lai in Vietnam) systematisch ganze Ortschaften ausgerottet werden. Ein Beispiel, über das die „Washington Post" vom 14.2.75 berichtete, steht für viele:

In einem Dorf drangen die äthiopischen Soldaten in die Häuser ein, plünderten sie und töteten die Bewohner. „ ... *Soldaten, die Ohrringe stahlen, hackten einigen Frauen einfach die Ohrläppchen ab, um diesen Schmuck zu erbeuten. Im Dorfe Wol Duba trieben die äthiopischen Truppen alle Bewohner zusammen, beschuldigten sie, den Guerillas zu helfen und befahlen ihnen, in die Kirche zu gehen. Dann begannen sie zu schießen. 100 Dorfbewohner wurden getötet, darunter vier Priester sowie Frauen und Kinder".*

Die Junta betreibt im großen Maßstab eine „Politik der verbrannten Erde", getreu dem Vorbild der Hitler-Faschisten in Polen und der US-Armee in Vietnam:

Erde", getreu dem Vorbild der Hitler-Faschisten in Polen und der US-Armee in Vietnam:

Auf alles, was sich bewegt, wird geschossen – ob Mensch oder Tier. Wohnhäuser und Getreidefelder werden niedergebrannt. So wurden unzählige Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Seit Juli '75 hat man begonnen, Getreide und Lebensmittel zwangsweise zu sammeln und nach Äthiopien abzutransportieren, um den Willen des Volkes durch Hunger zu brechen. (Die nächste Ernte ist erst wieder Weihnachten zu erwarten. Internationalen Hilfsorganisationen, wie dem Roten Kreuz, wird von der Junta jedes Eingreifen in Eritrea verwehrt.) Geplant ist ferner eine Demontage aller Fabrikanlagen Eritreas und ihr Wiederaufbau in Addis Abeba und Umgebung.

Für die Unabhängigkeit von Eritrea

Dieser brutale Ausrottungskrieg hat den größten Teil der Bevölkerung auf die Seite der Befreiungskämpfer gebracht – viele Menschen haben auch einfach nur noch die Wahl, zu verhungern, gefoltert, beraubt oder ermordet zu werden – oder aber am Befreiungskampf teilzunehmen.

Durch den fast vollständigen Informationsboykott der bürgerlichen BRD-Presse und die Schwierigkeit direkter Verbindungen nach Eritrea gibt es viel zu wenige aktuelle und direkte Nachrichten über den konkreten Kampf der eritreischen Befreiungsfront.

- So gelang z. B. im Februar '75 ein besonders großartiger Coup: Als Regierungssoldaten verkleidet, befreiten sie mitten in Addis Abeba rund 1000 politische Gefangene aus zwei Gefängnissen, ohne daß dabei ein einziger Schuß fiel. („FR", 14. 2.)
- Ein anderes Beispiel wurde in einem schwedischen Äthiopien-Film im 3. Programm am 21. 10. 75 berichtet:

In der Gegend von Asmara hat eine japanische (!) Kupfergesellschaft Kupferminen bauen lassen. Alle Anlagen waren fertig, die wichtigsten Schächte gegraben. Nach Abbau sollte das Kupfer zur Veredelung nach Japan verladen werden. Die Befreiungsfront verhinderte jedoch den Raub der eritreischen Bodenschätze: Zunächst wurde ein Gesuch an die japanische Gesellschaft und die Zentralregierung in Addis Abeba geschrieben mit der Aufforderung, daß die Japaner sich zurückziehen sollten. Es kam keine Reaktion.

Daraufhin erhielt eine Einheit der Befreiungsbewegung ELF/EPLF den Auftrag, die Grube zu sprengen. Ein Flugblatt wurde an die Grubenarbeiter verteilt, um die geplante Aktion zu erklären. Außerdem wurde in dem Flugblatt mit Datum und Uhrzeit genau für einige Tage später um 17.30 Uhr die Sprengung angekündigt.

An dem bezeichneten Tag um 16.30 Uhr war die Guerillaeinheit in der Grube. Zusammen mit den Arbeitern wurde dafür gesorgt, daß sich kein Mensch mehr im Sprengungsbereich befand. Und pünktlich um 17.30 Uhr wurde gesprengt! – Heute bewacht zwar firmeneigene

gungsbereich befand. Und pünktlich um 17.30 Uhr wurde gesprengt! – Heute bewacht zwar firmeneigene

Polizei das Grubengelände, doch wurde die Grube nicht wieder in Betrieb genommen, die Japaner sind abgereist.

Am 14. Juli und am 12. 9. 75 entführten die Guerillas je zwei amerikanische Nachrichtentechniker, sowie sechs ihrer äthiopischen Helfer. Über eine Botschaft im Nahen Osten wurden die Bedingungen für die Freilassung dieser Geiseln nach Washington übermittelt:

- Einstellung der US-Waffenlieferungen an Äthiopien
- Schließung der US-Horchstation Kagnew bei Asmara
- Schließung des Marinestützpunktes der 7. US-Flotte in Massaua
- Freilassung aller in äthiopischer Haft befindlichen eritreischen Kämpfer
- Entschädigung für Verluste in eritreischen Gebieten, die durch Angriffe der mit US-Flugzeugen ausgerüsteten äthiopischen Luftwaffe im Februar entstanden sind. („FR", 12. 9. 75)

Am 17. 9. 75 meldete „Le Monde", daß die ELF/EPLF mit der Erschießung dieser Geiseln drohte, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden.



Der Kampf gegen fremde Eroberer hat in Eritrea schon eine lange Tradition: Es gab Widerstandsbewegungen gegen die Ottomanischen Türken (1557 - 1865), die ägyptischen Eroberer (1865 -1875), gegen die italienischen Imperialisten (1898 - 1941) und schließlich die Briten (1941 -1952).

Nach dem Abzug der Briten wurde Eritrea durch UN-Beschluß in ein „Bündnis" mit dem feudalistischen äthiopischen Kaiserreich gezwungen. Dieser Beschluß diente in erster Linie den Interessen Äthiopiens, welches sich durch dieses „Bündnis" erstmals Zugang zum Meer verschaffte.

In den folgenden zehn Jahren gelang es dem Haile-Selassie-Regime, durch Morde und militärischen Druck, die bürgerlich-demokratische Regierung Eritreas durch ein Marionettenregime zu ersetzen. Nach dieser „Vorbereitung" wurde dann 1962 der UN-„Bündnisbeschluß" vom äthiopischen Regime einseitig außer Kraft gesetzt, Eritrea dem Kaiserreich gewaltsam angegliedert und zur „14. Provinz" Äthiopiens erklärt.

1961 wurde in Eritrea die „Eritreische Befreiungsfront" (ELF) gegründet, die den bewaffneten Wider-

1961 wurde in Eritrea die „Eritreische Befreiungsfront" (ELF) gegründet, die den bewaffneten Wider-

stand gegen die äthiopischen Besatzer aufnahm.

Die unterschiedlichen Strömungen der Befreiungsbewegung – stammespolitisch oder religiös motiviert (z. B. zwischen Christen und Moslems) – spiegeln die Klassenwidersprüche in Eritrea wider:

Einerseits die Kräfte, die eine national-demokratische Revolution anstreben und eine echte Unabhängigkeit Eritreas, andererseits diejenigen, die auf „Zusammenarbeit" mit der äthiopischen Regierung setzen, also letzlich mit den dahinterstehenden Imperialisten.

Diese Auseinandersetzungen innerhalb der Befreiungsbewegung führte schließlich zu ihrer Spaltung: Anfang 1970 wurde die "EPLF" (oft auch „PLF" genannt) gegründet („Eritreische Volksbefreiungskräfte").

Die EPLF warf der ELF vor, den Kompromiß mit den Besatzern zu suchen, die Kampffront in Eritrea in stammespolitische und religiöse Cliquenwirtschaft zu zerspalten, ferner eine Entfremdung der vom Ausland aus operierenden Führung der ELF von den realen Erfordernissen des Kampfes.

Dagegen proklamiert die EPLF die nationale demokratische Revolution als Grundstein für eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft, geführt von einer proletarischen Linie des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern.

Nach der Spaltung hat es – nach Aussage der EPLF – innerhalb der Befreiungsbewegung einen regelrechten Bürgerkrieg gegeben, der dem Kampf gegen die Besatzer sehr schadete. Dabei hatte sich – laut EPLF – die alte ELF-Auslandsführung das Ziel gesetzt, in Eritrea alle Kämpfer der EPLF zu liquidieren und erklärte die EPLF zum Hauptfeind.

Demgegenüber bestand die EPLF darauf, daß der gemeinsame Hauptfeind die Imperialisten und ihre äthiopischen Statthalter sind, daß der Kampf möglichst gemeinsam mit der ELF gegen sie geführt werden muß. Mit der ELF sei zwar eine breite politische Auseinandersetzung zu führen, aber eine militärische Auseinandersetzung nütze nur den Imperialisten.

Zu Beginn dieses Jahres wurde bekannt, daß sich kurz vor Weihnachten '74 in der Nähe von Asmara eine große Anzahl von Kämpfern der ELF und der EPLF versammelt haben, um die Errichtung einer gemeinsamen Kampffront beider Organisationen zu beschließen. Über die danach folgenden, für die Befreiungsfront erfolgreichen „Februarkämpfe" haben wir schon im AK 58 berichtet. Das von der EPLF geforderte Bündnis hat sich also durchgesetzt.

Auch in den an Eritrea angrenzenden Landesteilen Äthiopiens finden heftige Widerstandskämpfe gegen die Junta in Addis-Abeba



Kind mit Napalmwunden. Die Befreiungsfront bemüht sich um die medizinische Versorgung der Bevölkerung und Kämpfer.

Kind mit Napalmwunden. Die Befreiungsfront bemüht sich um die medizinische Versorgung der Bevölkerung und Kämpfer.

statt, jedoch unter der Führung der jeweils mächtigsten Feudalfürsten und ehemaligen höchsten kaiserlichen Beamten der Provinzen. Auch mit ihnen hat die EPLF das Bündnis gesucht, den Aufruf dazu zitierten wir bereits auszugsweise im AK 58.

Auch dieses Bündnis scheint zustande zu kommen. Laut Meldung der „Le Monde" vom 3.10. fand am 7.9. in Saudi-Arabien ein Treffen aller „Oppositionsführer" statt:

– Ras Mengesha Seyoum, ehemaliger kaiserlicher Gouverneur von Tigre,
– General Tegegne, ehemaliger kaiserlicher Gouverneur von Begemder,
– Sultan Ali Mirah, Führer der Afar im Ogaden-Gebiet und in „französisch-Djibouti",
– und Osman Saleh Sabieh,

Sprecher der EPLF! (U.E. ist dieses Bündnis als ein reines „Zweckbündnis" einzuordnen, da es derzeit politisch – und auch vom Kräfteverhältnis her – notwendig erscheint, alle Kräfte im Kampf für nationale Unabhängigkeit zusammenzufassen.)

Interessant ist in dem Aufruf zu diesem Pakt zu lesen, welche Staaten von arabischer Seite den Befreiungskampf in Eritrea unterstützen: Es heißt dort, *„man habe eine großzügige Unterstützung der arabischen Bruderstaaten Syrien, Irak und Südjemen"* (Volksrepublik Jemen) *„sowie der nationalen palästinensischen Bewegung und der Bewegung Al Saika erhalten"* (aus „Le Monde", nach „FAZ", 6.2.).

Daß der Befreiungskampf in Eritrea darüber hinaus auch von Regimes wie Saudi-Arabien Unterstützung erhält, zeigt zum einen seine große strategische Bedeutung, zum anderen das Bemühen fast sämtlicher arabischer Regierungen außer Ägypten, Jordanien, hier Einfluß zu gewinnen. Welche politische Auswirkung das hat, läßt sich heute kaum beurteilen.

Gegen einen „Verhandlungsfrieden"

Es hat wiederholte Versuche gegeben, den Kampf in Eritrea durch Verhandlungen zu beenden. Zunächst (Ende '74) versuchte die äthiopische Junta, das gegnerische Lager zu spalten:

Man verhandelte nicht mit der Befreiungsfront, sondern griff sich „Persönlichkeiten" der herrschenden Klassen Eritreas heraus.

Dieser Versuch scheiterte jedoch nicht zuletzt daran, daß sogar diese „Persönlichkeiten" nur unter denselben Bedingungen verhandeln wollten wie die ELF/PLF:

Zusicherung der völligen Unabhängigkeit Eritreas, Abzug der äthiopischen Truppen.

Bisher gab es noch mehrere derartige Versuche einer „politischen Lösung", wobei sich Numeiri vom Sudan als Vermittler aufspielte. Sie sind bisher jedoch alle gescheitert, weil die äthiopische Junta bisher die zwei Grundbedingungen der Befreiungsfront nicht anerkannt hat und auch jeweils zugleich ihre militärischen Überfälle verstärkte.

Anfang September '75 verkündete die Junta die Bildung einer „interministeriellen Eritrea-Kommission", weil *„seit einem Jahr die Situation in Eritrea sich nur ständig verschlimmert"* hat aufgrund *„des Ausmaßes an Mobilisation, den in Eritrea die Rebellen und ihre Freunde erreicht haben, sowie der Entscheidung bestimmter arabischer Regierungen, den Rebellen eine moralisch und materiell unbegrenzte Unterstützung zu gewähren."* („Le Monde", 5.9.)

Dieser Erklärung der Junta folgte eine Erklärung der ELF/EPLF, daß sich für sie die Kämpfe im „Stadium des Endsieges" befinden („Guardian", 4.9.75).

Über die Hintergründe und die neuere Entwicklung der Kämpfe in Eritrea haben eritreische Genossen jetzt die erste Ausgabe eines Bulletins herausgebracht, welches dreimonatlich erscheinen soll. Die Genossen gehören zu der Organisation „Eritreans for Liberation in Europe/BRD", die mit der EPLF sympathisiert.

Die kleine Broschüre kostet 2,-DM und ist im ARBEITERBUCH erhältlich.

Sie kann auch bestellt werden bei:
T. Michael
2 HH 26, Borgfelder Str. 16 ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Waffen für die Faschisten

Im letzten AK (Nr. 70) sind wir auf das faschistische Potential in Organisationen wie Bürgerwehren, Schützenvereinen und Privatpolizeien eingegangen. In diesem Artikel soll untersucht werden, wie es mit der Bewaffnung der Faschisten aussieht, die unserer Meinung nach ein bedrohliches Ausmaß hat.

Wenn Waffenlager der Faschisten von der Polizei ausgehoben werden, ist der Staatsapparat immer sehr schnell mit teilweise obskuren Bemäntelungen bei der Hand: das Märchen vom „Waffennarren", der halt nur Waffen „sammelt" ist bekannt. Der „Spiegel" umschreibt diesen Kreis nach der letzten Razzia in der BRD im Oktober dieses Jahres folgendermaßen: *„Es sind vielmehr sogenannte brave Bürger, meist nicht vorbestraft, fest ins Geschäftsleben integriert. Darunter machten die Ermittler neben Gelegenheitshändlern und Sammlern auch solche Bundesdeutsche aus, die offenbar privat aufrüsten, um gegen vermutete Kriminelle oder politische Gewalttäter gewappnet zu sein".*

Die Polizei fand insgesamt: 436 Pistolen und Revolver, 526 Gewehre, 80 Maschinenpistolen, 13 Maschinengewehre, eine Flak-MG, 33 Panzergranaten, zwölf Handgranaten, einen Granatwerfer, eine Lenkrakete, eine Panzerabwehrrakete und 42.500 Schuß Munition. Bei verschiedenen Einzelpersonen wurden bis zu 170 (!) verschiedene Waffen gefunden – allesamt einsatzbereit! – Samm-
(!) verschiedene Waffen gefunden – allesamt einsatzbereit! – Samm-
ler?? (Alle Angaben nach „Spiegel")



Ein Waffennarr nach dem anderen?

23.7.75
Bei einer Durchsuchung von insgesamt 21 Wohnungen im Raum Arnstein/Unterfranken fand die Polizei größere Mengen von Gewehren, Revolvern und Pistolen, eine Maschinenpistole und eine erhebliche Menge Munition. Die Polizei gibt keine weiteren Auskünfte!

22.7.75
In Herongen/Kleve findet die Polizei ein Waffenlager mit Gewehren, Pistolen, Munition und Uniformen! Um was für Uniformen es sich handelt, teilt die Polizei nicht mit, Vermutungen in Richtung RAF („Baader-Meinhof-Gruppe") hält selbst die Krefelder Kriminalpolizei für absurd. Weitere Informationen werden nicht gegeben!

1.7.75
Bei einem Bergmann in Ennigerloh wird eine „Waffenschmiede" nebst einigen schußfertigen Waffen ausgehoben. Für die Polizei ist der Mann ein *„leidenschaftlicher Bastler"*. Näheres wird nicht bekannt! (nach „Frankfurter Rundschau", 2.7.75).

25.6.75
In München werden bei einem 36-jährigen Bundeswehrangestellten 30 Gewehre, (!) mehrere Pistolen und Revolver nebst Munition gefunden. Für die Polizei *„ein geständiger Waffennarr"* („FR", 26.6.75).

14.5.75
In Braunschweig und Göttingen werden zwei Lager ausgeräumt: 525 Gewehre, Pistolen, Revolver und Maschinenpistolen sowie 60.000 Schuß Munition. Kuriose Begründung der Polizei: Die Täter seien *„Antiquitätenhändler"*. Kontakte zu rechten Terroristen seien nicht nachweisbar – logisch!

2.5.75
In Bonn werden bei zwei Schülern (!) sechs Jagdgewehre, fünf Revolver, vier Pistolen, eine Flak-Granate, zwei Panzerminen, ein Minensuchgerät und zahlreiche Zünder gefunden. Die Polizei: „Waffennarren"

17.4.75
In Frankfurt findet die Polizei ein Waffenlager mit sieben Gewehren, zwei Revolvern, einer Pistole und 25.000 Schuß Munition. Wie üblich ein „Waffennarr"

13.3.75
Bei einem Kriminalhauptmeister der Hagener Kripo werden bei einer Hausdurchsuchung 28 Pistolen und Gewehre gefunden. Die Staatsanwaltschaft Hagen ist ebenfalls nicht sehr einfallsreich: wieder ein „Waffennarr".

16.2.75
Die Polizei entdeckt in einem Schließfach im Stader Bahnhof drei Schnellfeuergewehre und sechs Pistolen. Hausdurchsuchungen am selben Tag ergeben den Fund von Dutzenden von Gewehren, italienischen Karabinern und Maschinenpistolen, dazu Visiereinrichtungen für MGs, speziell für die Flug-Abwehr. Die Waffen stammen zum größten Teil aus Bundeswehrbeständen.

Die Reihe der Waffenfunde aus den vorhergehenden Jahren ließe sich beliebig fortsetzen, wir beschränken uns auf das Jahr '75. Bezeichnend ist die Tatsache, daß weder Polizei noch Staatsanwaltschaft bei ihren Funden sehr gesprächig sind: Namen werden fast nie genannt; was mit den Verhafteten passiert, ob und wie jemand verurteilt wurde, alles das bleibt in der Regel im Dunkeln. Über wahrscheinliche Verbindungen der meisten „Waffensammler" zur militanten Rechten kommt erst recht kein Wort heraus.

Demgegenüber muß man sich vor Augen halten, wie der Staatsapparat verfährt, wenn es sich um sogenannte „linke Terroristen" handelt: Da können die Vermutungen nicht weit genug reichen, sind diffamierende Namensnennungen völlig Unbeteiligter an der Tagesordnung, wird die große internationale Verschwörung nur zu oft auf den Plan gerufen!

Ebenso wie über Einzelheiten über die ausgehobenen Waffenlager läßt die Polizei in der Regel über die Quellen, aus denen die Waffen kommen, nichts verlauten. Dennoch lassen sich im wesentlichen drei Hauptquellen feststellen:

1. der legale Kauf mit und ohne Waffenschein,
2. die Bundeswehrbestände,
3. das internationale Geflecht der neofaschistischen Gruppen und der damit verbundene illegale Waffenhandel.

Der legale Kauf

Seit dem Inkrafttreten des Bundes-Waffengesetzes am 1.1.73 haben sich die Gerichte bemüht, außer den im Gesetz vorhandenen Lücken für z.B. Jäger, Schützen, Privatpolizisten, Werkschutz etc., noch weitere hinzuzufügen, die den Kauf einer Waffe ermöglichen. So veröffentlichte das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin am 29.6.75 folgende Interpretation: *„Der Besitz einer Waffe sei nur angebracht, wenn dadurch in einer für die Verhältnisse des Antragstellers typischen Verteidigungssituation eine erfolgreiche Abwehr zu erwarten sei"* (Az: BVerwG 1 C).

Nach dieser Interpretation, nach der in der Tat jeder Biedermann sich seine „typische Verteidigungssituation" zurechtbasteln kann, ist z.B. der Waffenbesitz für Apotheker (!) bereits enthalten (Az 1 C 2/74). So nimmt es nicht Wunder, daß ein Großteil von Waffenscheinbesitzern nebenbei ein beachtliches Lager hält und einen lukrativen Handel betreibt – ein reiches Betätigungsfeld für Faschisten. Selbst der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Heinrich Kohl, gibt zu, daß derartige Delikte *„nicht als Marotte von Waffenliebhabern zu verharmlosen seien"* („FR", 25.7.75).

Im Gegenteil dazu werden sogenannte „Waffenliebhaber" allerdings mit Samthandschuhen angefaßt, ihre Verbrechen als „Kavaliersdelikte" abgetan.

Auf der anderen Seite ist es laut Bundeswaffengesetz erlaubt, scharfe Revolver und Gewehre bis zu vier Millimeter Kaliber frei zu kaufen. So bieten gleich mehrere Waffen-Versande, wie der „Tina-Versand", „LTF-Service", „Imex-Versand", „Eldorado-Waffenversand" vorwiegend in Schund- und Landser-Literatur scharfe Waffen an. Unter dem Slogan: „Schützen Sie sich mit scharfen Waffen" verschickt allein der „Tina-Versand" monatlich 500 bis 600 (!) Trommelrevolver. Diese oftmals als „ungefährlich" bezeichneten Waffen sind durchaus in der Lage, einen Menschen zu töten.

Diebstähle aus Bundeswehrbeständen

Große Mengen der gefundenen Waffen stammen direkt aus Bundeswehrdepots. Oftmals haben es die Faschisten allerdings gar nicht mal nötig, bei der Bundeswehr einzubrechen: Sie werden direkt von ihren Gesinnungskumpanen in der Bundeswehr (BW) mit Waffen beliefert, wie z.B. im Fall des Bundeswehrangestellten in München im Juni '75. Hier nur ein kleiner Teil der bei der BW entwendeten Waffen:

28.4.73
In einer Kaserne in Freising/Oberbayern werden 40 Handgranaten gestohlen.

10.6.72
Auf dem Standortübungsplatz in Erlangen werden während einer Übung 24 Panzerminen gestohlen.

19.5.72
In einer Lüneburger Kaserne werden 16,6 kg Sprengstoff gestohlen.

27.12.71
Aus einer BGS-Kaserne in Hangelar bei Bonn werden 12 Maschinenpistolen gestohlen.

(2.11.75)
Drei Soldaten entwenden aus einer Kaserne bei Hanau 15 Panzerabwehrraketen.

24.10.70
In Starnberg werden 87 (!) Armeepistolen, zwei MGs, 18 Maschinenpistolen, zwei Leuchtpistolen und Munition gestohlen.

Natürlich ist bis jetzt nicht bei jedem Einbruch nachzuweisen, daß Neofaschisten am Werk waren, es stimmt allerdings mehr als nachdenklich, wenn ein Teil der in Starnberg gestohlenen Waffen in einem Waffenlager der italienischen Gruppe „Ordine Nero" wiedergefunden wurden. Diese Gruppe ist die Nachfolgeorganisation der verbotenen faschistischen „Ordine Nuovo", deren Führer nachweislich Kontakt zu BW-Offizieren und zum Bundesnachrichtendienst (BND) haben!

Die faschistische Internationale

Unter den faschistischen Gruppen in ganz Europa findet ein reger Austausch und Handel von Waffen statt. Dabei hat die italienische Polizei direkte Hinweise dafür, daß ein Teil der für Italiens Neofaschisten gelieferten Waffen direkt vom BND kommt!

Der Führer der Gruppe „Ordine nero", Pino Rauti, nahm mehrmals an Lehrgängen an der „Bundeswehrschule für Innere Führung" in Koblenz teil, wo er mit seinen Komplizen Guido Gianettini und Gino Ragno in Kontakt mit BND-Agenten kam. Gianettini wiederum war auf mehreren Nato-Tagungen anwesend und hatte zudem Zugang zu Geheimbereichen der BW. So ist er auf einem Foto zu sehen, wo eine geheime Variante des „Leopard"-Panzers vor BW-Führungskräften gezeigt wird. Nach anderen Aussagen war Gianettini sowohl Mitarbeiter im BND, als auch im italienischen Geheimdienst. Gleichzeitig als Mitbegründer von „Ordine nero" wurden unter seiner Leitung Waffenlager in Italien angelegt (nach „die tat", 9.11.74 und 14.12.74).

„Ordine nero" beliefert gleichzeitig die Faschisten in der BRD mit Waffen und umgekehrt. Im November 1974 teilte der saarländische Innenminister Wilhelm mit, die Polizei habe Informationen über ein ganzes Netz von Waffenlagern in der BRD. Ein Teil sei von der Polizei bereits ausgehoben. Aus einem dieser Lager in der Nähe von München soll der Sprengstoff für den Anschlag auf den Brenner-Expreß vom 4. August 74 stammen, bei dem zwölf Menschen ums Leben kamen und für den „Ordine nero" verantwortlich gemacht wird.

Im August 74 wurde bereits ein Waffenlager in Neviges/ Düsseldorf ausgehoben. Der Besitzer fungierte als „Obersturmbannführer" in einer neofaschistischen Organisation. Ebenfalls ausgehoben wurden zwei Lager in Mainz und Solingen, die von einem Polizeischüler, einem Offizier der BW, einem Unteroffizier der Feldjäger und einem Zollbeamten (!) angelegt wurden. Die Faschisten wurden nach vier Wochen U-Haft wieder entlassen!

Im Januar 1975 ergaben sich weitere Hinweise auf die Zusammenarbeit der Faschisten beim Waffenhandel.

Die italienische Polizei hob in Modena eine Firma namens „MGM-Export-Import" aus, die als Deckfirma für die Waffenschiebereien der Neofaschisten aufgebaut worden war. „MGM" hatte Waffen im Wert von 1,5 Milliarden Dollar (!) unter den Faschisten verteilt. Neben dem Firmenchef Conte Boschetti fungierte als Kontaktmann der Hamburger Kaufmann Rudolf Lentz! Die Waffen gingen unter anderem zu faschistischen Gruppen und Söldnerheeren in Zentral- und Südafrika!

Ein weiterer Hauptlieferant ist die exil-kroatische faschistische „Ustascha-Bewegung", die über ganz Europa, im wesentlichen Jugoslawien, Tschechoslowakei, Österreich und BRD verstreut ist. Bereits 1972 wurden in Böhmen mehrere Waffenlager aufgebracht, 38 Personen wurden verhaftet. Am 28.1.75 sprengte sich ein Mitglied in Frankreich beim Bombenbasteln selbst in die Luft.

Der bisher größte Hinweis ergab sich am 28.10.74 in St. Ingbert. Dort hatte der Bäckermeister Rudolf Wack im Auftrag der „Ustascha" ein Waffenlager zusammengestellt, das ausreichte, um eine Infanteriekompanie auszurüsten: zwei überschwere MGs, neun Maschinengewehre, 26 Gewehre, 22 Pistolen, 61.200 Schuß Munition, 103 Munitionsgurte für MGs, 29 gefüllte Magazintaschen, 55 Munitionskisten, 37 Riegel Plastik-Sprengstoff, zwei Kisten TNT-Sprengstoff, 60 Zünder, 95 Handgranaten, drei Panzerminen, eine Fla-Rakete, 86 Panzerabwehrraketen. Insgesamt wurden 28 Personen festgenommen. Wack war so etwas wie Hauptverkaufsleiter für in- und ausländische Faschistengruppen.

Ein weiterer Fall, der belegt, daß der internationale illegale Waffenhandel zu einem großen Teil von direkten Faschisten betrieben wird, ist das Beispiel des Frankfurter Waffenschiebers Eckhard Gottfried Damaschke. Er wurde am 28.2.75 zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt, weil er in den Jahren 1969-1974 mit einer Bande von Waffenschiebern ca. 6.000 Waffen in ganz Europa verkaufte. Ein Großteil der Waffen ging an Exil-Kroaten. Das jedenfalls bestätigte der ehemalige Geheimdienst-Agent Heinz Karbe, der vor Gericht zugab, selbst 2000 ungarische Pistolen für Damaschke geschmuggelt zu haben!

Damaschke selbst hält seine Geschäfte für „absolut legal", er sei ein „Opfer östlicher Intrigen", weil er eingeschriebenes NPD-Mitglied (!) sei. – Na bitte! (nach FAZ,1.3.75)

Diese Verbindungen der Faschisten beweisen, daß sie bereits heute wieder fast uneingeschränkte Möglichkeiten haben, selbst an größere Mengen von Waffen heranzukommen. Unter diesem Aspekt ist auch das Verhalten des Staatsapparates zu werten, wenn Faschisten als „Waffennarren" verharmlost und vor dem Zugriff der Gerichte geschützt werden. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Der Fall Asbach: „Alle Zweifel zu... Gunsten" eines Nazi- Mörders „berücksichtigen" ?

Unter diesem Motto beantragte die Staatsanwaltschaft Kiel am 17.11. beim Landgericht Lübeck den Nazimörder Asbach „außer Verfolgung" zu setzen! Die Asbach *„zur Last gelegten Taten würden in einer Hauptverhandlung nicht mit der für eine Verurteilung erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden können"* (Presseerklärung des Schleswig-Holsteinischen Justizministeriums vom 3.12.75).

Zu den einzelnen Anklagepunkten, über die wir im letzten AK breiter berichtet haben, hieß es in der Presseerklärung:

Zur Erschießung von 500 Juden am 2.10.41 in Brzezany:

„Obwohl der Angeschuldigte Asbach damit (gemeint ist die Zusammenstellung der 500 Juden) *objektiv* (!) *einen Beitrag zur Ermordung dieser Juden geleistet hat, wird ihm nicht nachzuweisen sein, daß er zum damaligen Zeitpunkt, als die Vernichtungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung in Polen gerade erst anliefen, wußte, daß die ausgesonderten Juden erschossen werden sollten."*

Ein Eiertanz sondergleichen um die erdrückende Beweislast.

Zur Erschießung von 600 Juden im Dezember '41 in Brzezany. Auch hier stellte Asbach die Juden zusammen.

„Aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen und in Anbetracht der Tatsache, daß Kreishauptleute in der Regel (!) *nicht von Aktionen der Sicherheitspolizei benachrichtigt zu werden pflegten, ist nicht nachzuweisen, daß der Angeschuldigte Asbach bei der Zusammenstellung des Transports von der beabsichtigten Ermordung der Juden gewußt hat."*

Zur Erschießung von 2.000 Juden in Rohatyn am 20.3.42 (wobei die Ermordeten in von ihnen selbst ausgehobene Massengräber geworfen wurden):

„Nach Aussagen etlicher (!) *Zeugen soll der Angeschuldigte Asbach die Aushebung der Gruben angeordnet und überwacht haben. Alle Zeugen haben ihr Wissen nur vom Hörensagen. Eine Personenverwechslung ist nicht ausgeschlossen."*

Hinsichtlich der weiteren Verbrechen des Mörders macht sich die Kieler Staatsanwaltschaft nicht die Mühe langer Erklärungen: Mit lapidaren Bemerkungen wie, es lägen „keine zuverlässigen Hinweise" oder „keine zuverlässigen Beweise" vor, werden die konkreten Anschuldigungen gegen Asbach abgetan.

Summa summarum kommt die Staatsanwaltschaft zu dem Schluß: *„im Ergebnis führen diese Umstände dazu, daß den Angeschuldigten die ihnen zur Last gelegten Taten nicht mehr bewiesen werden können, da alle Zweifel zu ihren Gunsten* (!) *zu berücksichtigen sind."*

Es ist zu erwarten, daß die Schwurgerichtskammer am Landgericht Lübeck diesem Antrag nachkommen wird, hat doch dort bereits im Jahre 1969 der Staatsanwalt und Altnazi Schattenberg alles getan, um das Verfahren zu hintertreiben, nachdem es bereits acht (!) Jahre vorher verschleppt wurde.

Mit diesem Schritt würde somit ein endgültiger Schlußstrich unter ein seit 20 (!) Jahren bekanntes Verbrechen gezogen werden.

Wenn der Antrag von der Schwurgerichtskammer bestätigt wird, ist damit jegliches Vorgehen gegen Asbach kriminalisiert. Diesen tausendfachen Nazi-Mörder als Mörder zu bezeichnen, kann dann von der Justiz jederzeit belangt werden.

Wir werden vor dieser Sympathiebekundung des Staatsapparates gegenüber Asbach jedoch nicht zurückstecken und die Enthüllungen über Asbach und seinesgleichen weitertreiben. Und wir werden Nazi-Kreaturen wie ihn weiterhin als das benennen, was er ist: ein

MÖRDER!
SOFORTIGE ERÖFFNUNG DES HAUPTVERFAHRENS GEGEN ASBACH!!
VERURTEILUNG DES NAZI-MÖRDERS!!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Staatsanwaltschaft beschlagnahmte Kartei in Aachener Drogenzentrum

Anfang November beschlagnahmte die Aachener Staatsanwaltschaft die Akten der Drogenberatungsstelle des Caritasverbandes.

Allem Geschwätz von „Verständnis" und „Wiedereingliederung" zum Hohn wurde hier brutal eine Möglichkeit für Drogenabhängige zerschlagen, sich ohne Kriminalisierung beraten und helfen zu lassen.

Nach den Angaben der „Frankfurter Allgemeine", (5.11.) hatte dieser Modellversuch mit einer Therapie über Teestuben, Wohngemeinschaften usw. gewisse Erfolge zu verzeichnen (bei rund 500 Süchtigen pro Jahr).

Die Empörung der Psychologen, Sozialarbeiter, Ärzte und Helfer, die dort seit fünf Jahren mitarbeiten, ist verständlicherweise groß. Jedem Patienten hatten sie schriftlich zugesichert, daß seine Angaben ohne seine Erlaubnis keinem Dritten zugänglich gemacht wird. Ihre Beschwerde gegen die Beschlagnahme und Auswertung ihrer Kartei wurde mit der Begründung abgelehnt: *„Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft entspricht den gesetzlichen Bestimmungen und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel."*

Verhältnismäßigkeit! Auf der einen Seite steht die Zerstörung dieser Beratungsstelle – nicht nur für kurze Zeit, weil das Vertrauen nie wieder hergestellt werden kann, da niemandem mehr versprochen werden kann, daß seine Angaben nicht der Polizei in die Hände fallen!

Caritas-Direktor Buchholz erklärte dazu: *„Die Tätigkeit jeder Art von Beratungsstellen, bei der strafbare Handlungen erwähnt oder aktenkundig werden – sei es bei Ehe-, Erziehungs- oder Ausländerproblemen – ist praktisch in Frage gestellt, wenn die Akten beschlagnahmt werden können."*

Auf der anderen Seite: *„Fünf junge Leute wurden im Polizeipräsidium überprüft, ein Klein-Dealer kam vorübergehend in Gewahrsam. Man beschlagnahmte 50 g Haschisch, eine geringe Menge Heroin und eine leere Spritze."!*

Der verantwortliche Oberstaatsanwalt Knipfer hatte sich mit dieser Aktion angeblich einen Schlag gegen den internationalen Drogenhandel versprochen ...

CDU-Minister schreiben in einem Faschisten-Blatt

Offene Gönner und Sympathisanten hat die italienische Faschisten-Partei MSI unter Baden-Württembergs CDU-Ministern. Anläßlich eines „Pressefestes" der italienischen Faschisten in Stuttgart beglückwünschten der baden-württembergische Innenminister Schieß und der Kultusminister Hahn diese zu ihren rechtsradikalen, publizistischen Umtrieben.

Ende Oktober feierten die MSI-Faschisten in der BRD auf einer „Antikommunistischen Veranstaltung der italienischen Presse im Ausland" das sechsjährige Erscheinen der Zeitung „Oltreconfine" (Auflage: 20.000). Auf diesem „Fest", zu dem die Glückwünsche der oben genannten Minister vorlagen, war neben dem Herausgeber der Zeitung, Bruno Zoratto, auch der MSI-Abgeordnete Tremaglia erschienen.

Die CDU-Minister ließen es nicht bei den Glückwünschen bewenden. In der Sondernummer zum sechsjährigen Erscheinen von „Oltreconfine" prangten die beiden Minister auf der Titelseite als Autoren. Mit Bild und Amtsbezeichnung und neben dem italienischen Faschistenchef Almirante. Als dieser Skandal publik wurde, reagierte das Innenministerium prompt: Man habe die MSI-Nähe von „Oltreconfine" „übersehen", aber leider könne man das ja nicht mehr rückgängig machen.

Nur, an ein „Versehen" mag man nicht so recht glauben, erscheint doch das Faschistenblatt seit sechs Jahren wöchentlich in Stuttgart und sagt in seiner Selbstdarstellung sowohl den Kommunisten als auch den Gewerkschaften den Kampf an. Neben Hahn und Schieß betätigte sich noch weitere Stuttgarter Lokalprominenz als Autoren: Helmut Paulik, Direktor des Stuttgarter Arbeitsamtes und die Landespolizeidirektion Stuttgart II. Franz Josef Strauß schließlich – nicht zum erstenmal Gastschreiber – äußerte sich zum „Europa der Völker" und bekam bescheinigt: „Der Führer der CSU ist ohne Zweifel der bedeutendste deutsche Politiker."

Auf italienischer Seite schrieben nicht mal DC-Politiker, sie fürchteten wohl, sich zu sehr dadurch zu kompromittieren. Nur die Faschisten Tremaglia und Almirante tauchen noch als Autoren auf.

In der Gesellschaft dieser Herren fühlen sich die CDU/CSU-Politiker offensichtlich am wohlsten . . .

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Sammler"-Depot hortet legal 6.000 Waffen

Der Waffenhandel in der BRD blüht. Die Nachfrage von sog. „Sammlern" wächst ständig. Das „Deutsche Waffen Journal" (11/75) schreibt offen, daß es keineswegs seltene Einzelexemplare nicht mehr schießfähiger historischer Waffen sind, die gehandelt werden. Nein, das ist die Ausnahme! Die Regel ist es hingegen, daß Waffenhändler vollständige Arsenalaussortierungen aus Regierungsbeständen aufkaufen. Hauptsächlich kommen die Waffen aus Japan, Indien, Afghanistan, USA, Südamerika und dem Orient. Das „DWI" berichtet davon, daß der Waffenhändler Th. Wäsch in Schwäbisch-Hall 5.000 schießfertige Karabiner gekauft hat.

Damit kann auf einen Schlag eine Privatarmee bewaffnet werden.

Derselbe Th. Wäsch hat darüber hinaus ständig ca. 1.000 Waffen auf Lager. Er handelt jedoch nicht nur mit Waffen, sondern er hat auch eine Werkstatt. Nach dem Waffengesetz ist es vorgeschrieben, daß Waffen an „Sammler" nur abgegeben werden dürfen, wenn sie nicht mehr schießfertig sind. Deshalb werden in dieser Werkstatt die Patronenlager zugeschweißt – ein „Schaden", der sich schnell beheben läßt. So schreibt dann das DWJ auch, daß in der Werkstatt Reparaturen **aller** Art durchgeführt werden können. Na also!

Das Sammler-Depot Th. Wäsch ist sicher keine Ausnahme dafür, wie in der BRD **legal** mehrere tausend intakte Gewehre samt Zubehör gehortet bzw. weiterverkauft werden dürfen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Schallplatten

20 Jahre Bundeswehr:

Disziplinarrechte gegen die Soldaten erneut verschärft!

Anläßlich des zwanzigjährigen Bestehens der Bundeswehr sparten die Militaristen und Bundesregierung nicht mit schönen Worten. Die *„Streitkräfte seien zuverlässig"* und *„gehören zu den am besten ausgerüsteten Armeen in der Welt"*. Verteidigungsminister Leber sagte, *„daß sich die Disziplin in der Bundeswehr spürbar verbessert hat"* („KVZ", 6. 11. 75).

Daß sich die Disziplin innerhalb der Bundeswehr „gebessert" hat, liegt wesentlich daran, daß in diesem Jahr sämtliche Soldatengesetze verschärft wurden.

1. Das Wehrstrafgesetz (WStG)

Das WStG dient *„der Aufrechterhaltung der Manneszucht und damit der Sicherung der Schlagkraft der Bundeswehr. Manneszucht (Disziplin) ist oberstes Gebot jeder Wehrmacht"*. Diese Aussage stammt nicht aus dem Dritten Reich, sondern steht in einem Kommentar zum neuen Wehrstrafrecht.

Das WStG behandelt „Vergehen" von Soldaten wie „Eigenmächtige Abwesenheit von der Truppe", „Fahnenflucht", „Rädelsführerschaft und Meuterei", „Gehorsamsverweigerung", „Hochverrat".

Diese „Vergehen" können unterschiedlich „geahndet" werden:

1. durch Arreststrafen in bundeswehreigenen Knasts. Bis zu 6 Monate kann die Strafe betragen.
2. Es können Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren verhängt werden; diese werden vor „zivilen" Gerichten entschieden.
3. Es können ferner noch Geldstrafen verhängt werden, die gerade die Wehrpflichtigen mit ihrem elenden Sold sehr hart treffen.

Seit 1972 ist das Disziplinarrecht verschärft worden. Der unmittelbare Disziplinarvorgesetzte kann unverzüglich eine Arreststrafe von 7 Tagen gegen Soldaten verhängen. Zuvor war nur der Bereichskommandeur dazu befugt. Ferner ist der Kompaniechef zur sofortigen Vollstreckung der Strafe befugt.

Im gleichen Jahr verschaffte sich die reaktionäre Bundeswehrgeneralität eine Handhabe gegen die Soldaten, die „unerlaubt von der Truppe ferngeblieben" sind. Die „eigenmächtige Abwesenheit" ist das häufigste
„Dienstvergehen" der Soldaten
ferngeblieben" sind. Die „eigenmächtige Abwesenheit" ist das häufigste
„Dienstvergehen" der Soldaten. Neben Disziplinararrest kann dabei zusätzlich eine Geldstrafe verhängt werden.

Die wichtigste Änderung der Wehrstrafordnung ist die, daß „aus Gründen militärischer Ordnung der Disziplinararrest sofort vollstreckt werden kann" – also ohne Einspruch bzw. Beschwerde der Soldaten dagegen!

Dazu kommentiert das „Weißbuch": *„Beschwerden können die Vollstreckung von Disziplinararrest nicht mehr so lange verzögern, daß der zeitliche Abstand zwischen Dienstvergehen und Arrest den erzieherischen Zweck der Maßnahme beeinträchtigt"*.

Als „Trostpflaster" ist nur noch festgelegt worden, daß dem Soldaten eine Entschädigung gezahlt wird, falls er die Strafe unberechtigterweise absitzen mußte.

Es ist klar, daß der letzte Passus praktisch kaum zur Anwendung kommen wird. Zwar kann der Soldat jederzeit eine dienstliche Beschwerde beim Truppendienstgericht einlegen; normalerweise trug das Gericht die Kosten des Verfahrens. Im „Weißbuch" heißt es aber nun: *„War der Antrag offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet, können dem Soldaten die Verfahrenskosten vor dem Truppendienstgericht auferlegt werden. Diese Neuerung verspricht, die Vielzahl der Beschwerden einiger weniger Querulanten (!) einzuschränken."*

Als letzte wichtige Änderung des Wehrstrafgesetzes (1975 beschlossen) ist der Passus zu nennen, daß sich ein Soldat strafbar macht, wenn er andere zur Verweigerung eines Befehls „verleitet" und durch die Befehlsverweigerung „schwerwiegende Folgen" eintreten würden.

Diese Verschärfung ist vor allem gegen fortschrittliche und kommunistische Soldaten gerichtet, die den Kampf innerhalb der Bundeswehr führen.

2. Änderung der Wehrdisziplinarordnung (WDO)

Noch schwerwiegender sind die Änderungen der WDO, die gegenwärtig im Bundestag beraten werden und wohl auch in der bestehenden Form durchkommen werden. Ministerialdirektor Hahnenfeld faßte die Änderung der WDO in einem Interview in der Bundeswehrpostille „bundeswehr aktuell" (11/87) zusammen:

„Erweiterung des Rechts der Durchsuchung und Beschlagnahme im Zusammenhang mit der Aufklärung des Dienstvergehens; Schaffung einer Vorschrift, die es der Polizei ermöglicht, auf Ersuchen der Bundeswehr unerlaubt nach Dienstantritt abwesende Soldaten festzunehmen".

Der erste Punkt – Durchsuchung und Beschlagnahme – bedeutet, daß *„der Disziplinarvorgesetzte bei Gefahr im Verzug die Durchsuchung und Beschlagnahme zur Aufklärung eines Dienstvergehens nicht nur bei den Soldaten vornehmen kann, die beurlaubt, kommandiert, versetzt oder entlassen werden sollen, sondern bei jedem Soldaten, gegen den sich der Verdacht eines Dienstvergehens richtet oder der Gegenstände bei sich führt, die für die Aufklärung eines Dienstvergehens von Bedeutung sein können"* („bundeswehr aktuell").

Damit beabsichtigt die Bundeswehrführung vor allem zwei Dinge: Erstens gibt die WDO den Kompaniechefs die Handhabe, schnell und gegen alle Soldaten vorgehen zu können, wenn „Gefahr im Verzuge" ist. Zweitens reicht der bloße Verdacht schon aus, um größere Räumungs- und Beschlagnahmeaktionen gegen die Soldaten durchführen zu können.

Die Einschaltung der Polizei bei Abwesenheit der Soldaten von der Truppe zielt klar gegen das häufigste „Vergehen" der Soldaten: daß sie einfach länger zu Hause bleiben, nicht zum Dienst erscheinen usw. Bemerkenswert ist, wie weit die Befugnisse der Bullen reichen: *„Die Polizei ist befugt, zum Zweck der Zuführung (des gesuchten Soldaten) die Wohnung und andere Räume des Soldaten zu betreten und nach ihm zu suchen. Das gleiche gilt außer der Nachtzeit für a n d e r e Wohnungen und Räume, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sich der Soldat dort aufhält"*. (Aus dem WDO-Gesetzentwurf). Der
sich der Soldat dort aufhält". (Aus dem WDO-Gesetzentwurf). Der
Bullenwillkür sind damit keine Grenzen gesetzt; sie können jederzeit irgendwelche Wohnungen durchsuchen, wenn der „Verdacht" besteht, daß sich der Soldat dort aufhält. Dieses Gesetz setzt das Grundrecht auf „Unverletzlichkeit der Wohnung" praktisch außer Kraft.

3. Der Vertrauensmann der Bundeswehr

Bei Gründung der Bundeswehr 1956 mußte die Bourgeoisie einige „demokratische" Zugeständnisse machen. Um der Bundeswehr einen „demokratischen" Anstrich zu geben, erhielten die Soldaten damals rechtliche Möglichkeiten, sich gegen Unterdrückungsmaßnahmen zu wehren: Dies war zum einen das Beschwerderecht nach der Wehrbeschwerdeordnung, nach der sich (zumindest auf dem Papier!) jeder Soldat, der sich ungerecht behandelt glaubt, ohne daraus entstehende Nachteile beschweren konnte. Zum zweiten können sich die Soldaten einen Vertrauensmann wählen, der allerdings überhaupt keine Rechte im Interesse der Soldaten wahrnehmen darf:

- So soll der Vertrauensmann ein „vertrauensvolles Verhältnis" zwischen Kompaniechef und Untergebenen herstellen,
- Streitfälle zwischen Untergebenen und Vorgesetzten schlichten und zu einem „kameradschaftlichen Verhältnis" beitragen,
- dem Vorgesetzten „Vorschläge" in Fragen des Dienstbetriebes, der Fürsorge usw. unterbreiten;
- er darf, wenn nicht „dienstliche Gründe" dagegen sprechen, Sprechstunden einführen.

Im Fall von Disziplinarstrafen ist der Vertrauensmann „zu hören". Ferner erfordert das Amt des Vertrauensmanns „Neutralität".

Seit dem 1. Mai 1975 sind im wesentlichen zwei Änderungen eingetreten:

1. Soldaten, die schon einmal bestraft worden sind, sind nicht wählbar.
2. Das Truppendienstgericht kann einen Vertrauensmann „wegen sonstigen Verhaltens" abberufen, wenn sein Verhalten *„dazu geeignet ist, die verantwortungsvolle Zusammenarbeit ernsthaft zu beeinträchtigen."* (ami 10/75).

Kommentar der „Bundeswehr", Zeitschrift des Deutschen Bundeswehrverbandes:

„Damit kann radikalen Vertrauensmännern das Handwerk gelegt werden". („Bundeswehr", Mai 1975).

Tatsächlich ist es in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen zwischen fortschrittlichen Vertrauensmännern und Wehrpflichtigen einerseits und reaktionären Offizieren andererseits gekommen, wo Vertrauensmänner z. B. über Gespräche mit Offizieren berichtet haben, wo Vertrauensmänner die Soldaten zu bestimmten Aktionen aufgefordert haben usw.

Auch hier will die Bundeswehr-
bestimmten Aktionen aufgefordert haben usw.
Auch hier will die Bundeswehr-
führung einen Riegel vorschieben.

Minister Leber scheint in den verschärften Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Soldaten bestärkt worden zu sein, nachdem er von einem Besuch aus Portugal zurückgekehrt ist. Revolutionäre Situationen wie in Portugal werden den Imperialisten noch so manches Kopfzerbrechen bereiten... ●

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Erzieher in Uniform

Mit der „Fachschule für Erziehung" in Munster (Fachrichtung Truppendienst) richtete die Bundeswehr (BuW) eine weitere Kampftruppenschule ein. Diese Schulen führen zu einem staatlich anerkannten Abschluß.

Während normalerweise die praktische Ausbildung der Erzieher in Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen absolviert wird, brauchen die Feldwebel nur „ein Jahr in der Truppe" vorzuweisen. Offenbar ist dies nach Meinung des Verteidigungsministeriums die geeignete Umgebung, um sich als Erzieher zu „qualifizieren".

Gleichzeitig wird es für „zivile" Sozialpädagogen und Erzieher immer schwerer, Stellen zu finden, vor allem für fortschrittliche Pädagogen, die reihenweise aus den Heimen und Kindergärten rausgesäubert werden.

Mit den BuW-Hochschulen versucht der Staatsapparat, die steigende soziale Unsicherheit auszunutzen und Kollegen, die eigentlich nicht „zum Bund" wollten, für seine militaristischen Ziele anzulocken. So sagt Herrmann Schmidt (Verteidigungsministerium) laut „Kieler Nachrichten", vom 12.11.75, *„er sehe in den Fachschulen gute Chancen, den Soldatenberuf attraktiver zu machen, individuelle Fähigkeiten zu fördern, die Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft noch weiter zu verbessern, die militärische Fachausbildung der zivilen anzunähern und mit den Fachschulen auch Impulse für den zivilen Bereich zu geben."*

Doch nicht nur der „werbende" Effekt dieses Ausbildungsangebots ist ausschlaggebend für die Einrichtung solcher Schulen. Hier wird ein Ausbildungssystem angestrebt, das jegliche Oppostion unmöglich, Rationalisierung und Unterdrückung der Kollegen beim Bund aber perfekt macht. So werden REFA-Grundschein (REFA=kapitalistisches Bewertungssystem) und Ausbildungseignungsprüfung während dieser „Erzieher"ausbildung abgelegt.

Das Ziel dieser Militarisierung des Erziehungswesen ist klar: Die Jugend soll von klein auf reaktionär erzogen werden, schon in Kindergärten soll militaristischer Drill geübt werden.

Wir sollten uns schon heute hierauf vorbereiten und die Diskussion mit den betroffenen Jugendlichen und Eltern suchen. ●

Metallzelle
KB/Gruppe Kiel



in der BRD

Verurteilung linker Propaganda

Köln: Der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne" und eine kommunistische Lehrerin wurden wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" (§ 90 a) zu insgesamt 2.500 DM verurteilt. In der Urteilsbegründung von Richter Stuke heißt es, daß Ausdrücke wie „*,Polizeibüttel, herrschende kapitalistische Ausbeuterordnung' usw. besonders verletzend* (sind) *und damit eine Beschimpfung"* darstellen.

Dortmund: Wegen eines Flugblattes, in dem der Mord an Günther Routhier angeprangert wurde, verurteilte die Staatsschutzkammer Dortmund nach dreitägiger Verhandlung zwei Genossen zu vier Monaten und sechs Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 400 bzw. 600 DM. Das Gericht, das damit noch über die Anträge der Staatsanwaltschaft hinausging, führte dazu in der mündlichen Urteilsbegründung aus, daß die beanstandeten Äußerungen *„besonders heftig und in den Anschauungen der Angeklagten tief verwurzelt seien. Die Strafe soll die Angeklagten dazu bringen, kritischer zu denken* (!) *und ihre Ansichten sachlicher* (?!) *auszudrücken".*

Terrorurteile in den Routhier-Prozessen

Duisburg: In Duisburg wird in einigen dutzend Prozessen gegen Mitglieder und Sympathisanten der „KPD/ML" verhandelt, die gegen den Mord an Routhier und die in diesem Zusammenhang erfolgten Polizeiüberfälle Stellung genommen haben. Pit Routhier, der seinem Vater zu Hilfe kam, als er von den Bullen angegriffen wurde, bekam dafür vom Gericht sieben Monate (!) Gefängnis wegen *„Widerstand gegen die Staatsgewalt"* und *„Körperverletzung".* Ein weiterer Angeklagter, der am Tag der Beerdigung von den Bullen verhaftet wurde und dabei keinen Widerstand leistete, was von mehreren Zeugen bestätigt wurde, bekam dennoch 840 DM Geldstrafe aufgebrummt.

Münster: In einem weiteren Prozeß gegen ein „KPD/ML"-Mitglied wurde deutlich, daß für eine Aburteilung die „kommunistische Gesinnung" des Angeklagten das Ausschlaggebende ist. Anlaß war eine Demonstration gegen die Ermordung Routhiers, auf der der „KPD/ML"er verhaftet wurde.

Die Anklage warf ihm schwere Körperverletzung, Widerstand und Gefangenenbefreiung vor. Als Nebenkläger trat der Polizeioffizier und damalige Einsatzleiter Zinn auf, der damals angeblich von dem Angeklagten verletzt worden war. In der Verhandlung sagten nur Polizisten (!) aus, alle Zeugen, die A. angegeben hatte, wurden abgelehnt. Durch Photos konnte dennoch nachgewiesen werden, daß die Anklage der Körperverletztung usw. aus der Luft gegriffen war. Trotzdem forderte der Staatsanwalt 18 Monate Gefängnis ohne Bewährung! Er begründete das damit, daß es nicht so schlimm sei, daß die Tatsachen nicht einwandfrei festzustellen seien. Entscheidend sei die Einstellung des Angeklagten. Das Gericht verurteilte A. zu vier Monaten auf drei Jahre „Bewährung". Der Staatsanwalt hat gegen das Urteil Berufung eingelegt!!!

„Wehrkraftzersetzung" wird strengstens geahndet

Lüneburg: „Stammheimer Verhältnisse" herrschen seit dem 5.12. in Wendisch-Evern, einem Dorf bei Lüneburg. In die Mehrzweckhalle dieses Dorfes, umgeben von Stacheldrahtverhau und schußbereiten Polizisten, verlegte die Staatsschutzkammer Lüneburg den Prozeß gegen den ehemaligen Soldaten Klaus Öllerer. Klaus Öllerer, Anhänger der „KPD", ist laut Anklageschrift vom Mai 1973 der „Wehrkraftzersetzung" angeklagt. Von „offizieller" Seite verlautete, daß das Verfahren Grundsatzcharakter haben wird, da es sich bei diesem Fall um die erste Aufdeckung einer „Roten Zelle" bei der Bundeswehr durch den militärischen Abschirmdienst handele. Deshalb seien auch die besonderen „Sicherheitsvorkehrungen" notwendig. Öllerer wird vorgeworfen, *„fortgesetzt auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD .. untergraben"* zu haben. Dies wird u.a. mit einem Flugblatt zum Kampf des vietnamesischen Volkes begründet, das Öllerer und einige Soldaten seiner Kaserne verfaßt hatten

Die „KPD", inzwischen ins Lager der Vaterlandsverteidiger übergeschwenkt, kommt bei der Einschätzung des Prozesses sichtlich in Schwulitäten. So wird der Prozeß zwar treffend als Angriff auf alle fortschrittlichen Menschen in der Bundeswehr gewertet, gleichzeitig muß die „KPD" aber zur Stärkung der Bundeswehr aufrufen. So heißt es in einem Artikel zum Prozeß gegen Öllerer in der „Rote-Hilfe-Zeitung" der „KPD", nachdem der „Hauptkriegstreiber Sozialimperialismus" gebrandmarkt wurde: *„Die Soldaten müssen sich auch in der Bundeswehr für den Zusammenschluß der europäischen Völker und Staaten zur Stärkung ihrer militärischen Einheit und Unabhängigkeit* (!!!) *gegen die Hauptkriegstreiber einsetzen, für die nationale Unabhängigkeit unseres Landes eintreten können."* Wasser auf die Mühlen der westdeutschen Militaristen und Kriegstreiber ... und ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die (wie derzeit Öllerer) für ihre antimilitaristische Arbeit vor Gericht stehen!

München: Ein Genosse, der im Zusammenhang mit einer Soldatenzeitung wegen *„Wehrkraftzersetzung"* angeklagt war, erhielt jetzt einen Strafbefehl über 4.900 DM wegen „Widerstand", weil er im Prozeß schriftliche Unterlagen, die der Staatsanwalt ihm wegnehmen wollte, zerrissen und in die Zuschauermenge geworfen hatte. Der Staatsanwalt bemühte sich anschließend, die Schnipsel vom Boden aufzusammeln, wobei ihm der Genosse beinahe (!) auf die Hand getreten haben soll.

Urteile im Vietnam- und Hirohitoprozeß gefällt!

Nach mehrmonatiger Prozeßdauer sind jetzt sowohl im Kölner „Vietnamprozeß" als auch im „Hirohito-Prozeß" die Urteile der Berufungsinstanzen gefällt worden. Im Kölner „Vietnamprozeß" wurde den Angeklagten „Landfriedensbruch", „Widerstand" und „Körperverletzung" vorgeworfen. Sie waren auf einer Vietnamdemonstration im Dezember '72 festgenommen worden. In der ersten Instanz hatte der reaktionäre Amtsrichter Kaufmann insgesamt 51 Monate Gefängnis ohne Bewährung und 22 Monate mit Bewährung verhängt. In der zweiten Instanz wurde jetzt dieses Terrorurteil etwas „abgemildert". Drei der Angeklagten wurden wegen Landfriedensbruch zu acht Monaten Gefängnis, einer zu sieben und einer zu sechs Monaten Gefängnis, alle auf drei Jahre Bewährung, verurteilt. Zwei Angeklagte mußten freigesprochen werden, einer wurde zu einer Geldstrafe von 1.000 DM verurteilt. Die rund 100.000 DM (!) Prozeßkosten müssen die Angeklagten tragen, ein Drittel davon wurde ihnen „erlassen".

Wie im Kölner „Vietnamprozeß" waren auch im „Hirohito-Prozeß" vor allem „KPD"-Mitglieder die Angeklagten. Im Oktober 1971 hatte der japanische Kaiser Hirohito die BRD besucht. Aus diesem Anlaß fand in Bonn eine Demonstration statt, auf der Hirohito als *„Kriegsverbrecher und Faschist"* bezeichnet wurde. Die Bullen überfielen den Demonstrationszug und nahmen während der Auseinandersetzung die Angeklagten fest.

In der zweiten Instanz wurde vor einem Sondergericht unter Leitung des berüchtigten Richters Hasse verhandelt. Hasse verhängte an den 30 Prozeßtagen über 80 Tage Ordnungsstrafe gegen die Angeklagten und mehrere Zuschauer, gegen einen Zuschauer erkannte er sogar auf 14 Tage (!) Ordnungshaft. Während des Prozesses verweigerte Hasse die Zulassung von Beweisanträgen und die Anhörung von Sachverständigen, die bewiesen hätten, daß Hirohito tatsächlich ein „Kriegsverbrecher und Faschist" ist.

Drei der Angeklagten wurden von Hasse zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt, zwei der Angeklagten wurden freigesprochen. Die 80.000 DM Prozeßkosten müssen die Angeklagten tragen! ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Weitere Einschränkung der Verteidigerrechte

In den letzten Wochen sind von den Staatsschutzgerichten eine ganze Reihe neuer Urteile gefällt worden, die einen weiteren Abbau der Rechte politischer Verteidiger darstellen. Hierbei zeigte sich wieder deutlich die Tendenz, die erst vor einem Jahr eingeführten Sondergesetze durch eine richterliche Unrechtsfortbildung weiter zu verschärfen.

Verteidigerausschluß für mehrere Prozesse

Außer dem Schauprozeß in Stuttgart findet gegenwärtig in Kaiserslautern ein weiterer Prozeß gegen Mitglieder der RAF statt. Dort sind Klaus Jünschke, Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann angeklagt.

In diesem Verfahren sind Rechtsanwälte als Verteidiger tätig, die auch im Stuttgarter Verfahren als Verteidiger auftreten wollten – nachdem durch die Ausschlüsse in Stuttgart dort Rechtsanwälte fehlten, die das Vertrauen der Angeklagten genießen.

Diese gleichzeitige Verteidigung in Stuttgart und Kaiserslautern hat Richter Prinzing für unzulässig erklärt. Zur Begründung berufen sich die hohen Richter auf den am 1.1.75 in Kraft getretenen § 146 Strafprozeßordnung, der die Verteidigung mehrerer Beschuldigter für unzulässig erklärt. Sinn dieser neuen Vorschrift soll es angeblich sein, Interessenkollisionen zwischen Angeklagten, die den gleichen Verteidiger haben, auszuschalten. Denn es könnte ja sein – so das Bundesverfassungsgericht, daß die Angeklagten sich gegenseitig belasten und dadurch den Rechtsanwalt in Schwierigkeiten bringen können. Bis zur letzten Entscheidung des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart war allgemein davon ausgegangen worden, daß sich die neue Bestimmung nur auf Angeklagte in ein und demselben Verfahren bezieht.

Das hält Sonderrichter Prinzing nun offenbar nicht mehr für ausreichend: ein Anwalt, der ein Mitglied der „kriminellen Vereinigung" verteidigt, darf keinen anderen Genossen mehr vertreten. Denn bei verschiedenen Mitgliedern „krimineller Vereinigungen" sei es immer denkbar, daß sie sich gegenseitig belasten, egal ob sie in Hamburg, Stuttgart oder Kaiserslautern angeklagt sind.

Man kann sich leicht vorstellen, wohin diese „Rechts"auffassung führen kann: bei Massenprozessen gegen Linke kann ein Anwalt immer nur einen Genossen verteidigen. Damit wird der überwiegenden Mehrzahl der Angeklagten der Verteidiger genommen, weil es so viele linke Anwälte gar nicht geben kann.

Mit dieser Auslegung hat die Klassenjustiz sich die Möglichkeit geschaffen, in Zukunft politische Prozesse reibungslos durchzuziehen. Das Recht auf „freie Anwaltswahl" wird so weitgehend eingeschränkt.

Ausschaltung weiterer Verteidiger in Stuttgart

In den letzten beiden Monaten sind gegen fünf Anwälte im Stuttgarter Prozeß erneut repressive Maßnahmen ergriffen worden. Nach dem schon im Sommer vollzogenen Ausschluß von drei Verteidigern und der Nichtzulassung von drei weiteren ist offensichtlich, daß das Vorgehen der Justiz auf die Zerstörung jeder Verteidigungsmöglichkeit der Angeklagten abzielt.

Die Bundesanwaltschaft hat am 5.12.75 beantragt, die beiden Anwälte Heldmann und Riedel als Pflichtverteidiger von Ulrike Meinhof abzuberufen. Das bedeutet, daß sie zwar – wenn sie nicht auch so ausgeschlossen werden – als Wahlverteidiger weitermachen könnten. Sie bekommen dann aber nicht sofort ihre Kosten ersetzt. Auf diese Weise soll der finanzielle Ruin der Anwälte angestrebt werden: es leuchtet ohne weiteres ein, daß ein Anwalt ein derartiges Mammutverfahren nicht aus eigener Tasche vorfinanzieren kann.

Zur Begründung ihres Antrages führt die Anklagebehörde aus: Heldmann habe seiner Pflicht, an der ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens mitzuwirken (!), gröblich zuwidergehandelt. *„Er hat immer wieder Verfahrensbeteiligte und Repräsentanten staatlicher Institutionen beleidigt und verunglimpft."*

Deutlicher als mit dieser Begründung können die Staatsschützer nicht ausdrücken, daß es ihnen um die Zerschlagung einer **politischen** Verteidigung geht.

Und um die Provokation perfekt zu machen, wurde Rechtsanwalt Heldmann eine Äußerungsfrist zu diesem Antrag vom 8.12 bis zum 9.12.75 12.00 Uhr gegeben. Der Antrag war mit 53 (!) Seiten Protokoll „begründet" ... Über den Antrag ist noch nicht entschieden.

Rechtsanwalt (RA) von Plottnitz ist als Pflichtverteidiger von Jan-Carl Raspe abberufen worden. Begründung: er soll angeblich den *„geordneten Verfahrensablauf"*, bzw. das was Prinzing sich darunter vorgestellt hat, gefährdet haben.

Zur Begründung dieser Entscheidung werden mehrere Seiten des Verhandlungsprotokolls zitiert. Sämtliche Äußerungen, die von Plottnitz vorgeworfen werden, enthalten eine Kritik an der Verhandlungsführung von Gericht und Bundesanwaltschaft. Von Plottnitz hatte mehrfach darauf hingewiesen, daß der Stuttgarter Schauprozeß verdammte Ähnlichkeit mit den Monsterprozessen vor faschistischen Militärtribunalen hat. Das ist den Richtern, die sich so gern mit dem Mäntelchen der „freiheitlichen Demokratie" schmükken, offenbar besonders sauer aufgestoßen.

Ebenfalls vom Prozeß ausgeschlossen wurde **Dr. Temming**, Rechtsreferendar und Vertreter der Rechtsanwältin Becker. Temming hatte in einer Verhandlung gesagt, daß die Angeklagten von den Richtern langfristig nichts anderes als den Tod zu erwarten hätten. Er bezog sich damit auf die Gutheißung der Isolierhaft durch die Richter. Solche Äußerungen sind nach Ansicht der Richter eines Verteidigers *„unwürdig".* Der Richter, der den Ausschluß verfügte, kündigte damit gleichzeitig ein Berufsverbot für den Rechtsreferendar an: In der Ausschlußverfügung wird Temming für *„unwürdig"* gehalten, den Anwaltsberuf auszuüben, weshalb ihm wohl auch die Zulassung zur Anwaltschaft verweigert werden müßte.

Ehrengerichtsverfahren häufen sich

Gegen den Westberliner Anwalt Spangenberg ist wegen seines Auftretens im Stuttgarter Prozeß ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet worden. Ebenso wie bei den anderen Anwälten werden zur Begründung Zitate aus den Verhandlungstagen angeführt. Nach sieben Seiten solcher Zitate „würdigt" die Anklageschrift zusammenfassend das Auftreten Spangenbergs folgendermaßen: *„Sie betreiben permanent Prozeßsabotage (!), ... wollen Sie das Verfahren in ein solches, das sich gegen die Justiz der Bundesrepublik als Teil der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung richtet, ,umfunktionieren'. Sie betreiben damit eine Hetze gegen den demokratischen Rechtsstaat (!). Die Richter versuchen Sie zusammen mit anderen durch Anwendung psychischen Terrors funktionsunfähig zu machen (!)".*

Ebenfalls ein Ehrengerichtsverfahren wurde gegen die Anwältin Fischer eingeleitet. Sie hatte in München Anfang 1974 den Antiimperialisten Sascha Haschemi verteidigt (Sascha wurde in diesem Prozeß wegen Teilnahme an einer „KPD/ML"-Demonstration zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt und sollte anschließend an das faschistischer Persien ausgeliefert werden!) Während des Prozesses war gegen empörte Zuschauer brutal vorgegangen worden, einige wurden aus dem Gerichtssaal heraus in Untersuchungshaft gesteckt. Dieses Verfahren und die willkürliche Prozeßführung hatte RA Fischer scharf kritisiert. In einem ersten Ehrengerichtsverfahren in dieser Angelegenheit wurde die Anwältin freigesprochen. Einen Tag (!) nach diesem Freispruch leitete die Staatsanwaltschaft ein neues Ehrengerichtsverfahren wegen der gleichen Vorgänge ein!

Internationale des Terrors

Die von der westdeutschen Bourgeoisie immer wieder propagierte – und praktizierte – internationale Zusammenarbeit bei der „Terroristen"-Bekämpfung hat offenbar auch bei der Anwaltsbekämpfung erste Erfolge gezeitigt.

In der Schweiz soll gegen drei Rechtsanwälte von politischen Gefangenen ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Die drei Anwälte hatten den Hungerstreik ihrer Mandanten, der sich gegen die Isolationshaft wendete, öffentlich bekannt gemacht und auch selber die Haftbedingungen kritisiert. Den Anwälten wird also genau das gleiche vorgeworfen, was hier in der BRD zum Ausschluß der Verteidiger Groenewold, Croissant und Ströbele und zum Berufsverbot für Groenewold führte.

Die Anwälte hätten ihre Pflicht verletzt, sich aller Entstellungen der Wahrheit (?!) zu enthalten. Sie hätten im In- und Ausland den Eindruck erweckt, in der Schweiz werde gegenüber diesen Häftlingen eine Terrorjustiz ausgeübt.

Offene politische Disziplinierung der Anwälte

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich in dem Vorgehen der Staatsschutzleute ein gewisser Wandel abzeichnet.

Früher wurde den Anwälten immer noch eine Beteiligung an den „kriminellen Taten" ihrer Mandanten angedichtet. Darauf glaubt die Justiz heute schon verzichten zu können. In allen hier beschriebenen Fällen handelt es sich um eine offene politische Begründung, die darauf abzielt, alle unbequemen politischen Äußerungen in einem Prozeß zu verbieten.

Ohne großes Aufheben zu machen, ist der in der Öffentlichkeit umstrittene, von der CDU gefordere Ausschlußgrund der „Prozeßsabotage" von der Justiz klammheimlich eingeführt worden.

Damit sind in der Tat so ziemlich alle Voraussetzungen für eine „ordnungsgemäße Durchführung" aller politischen Prozesse der – kapitalistischen – Zukunft der BRD geschaffen. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Hamburger Senat kündigt zahlreiche Berufsverbote an

Hamburg: Am 30. Oktober 1975 nannte der Hamburger Senator Eckström Zahlen über die seit 1972 in den Hamburger Staatsdienst eingestellten *„Angehörigen extremistischer Parteien oder Organisationen"*. Er nannte eine Zahl von 220 Personen, wovon im Schulbereich etwa 120 übernommen worden seien. Eine Aufschlüsselung dieser letzten Zahl gibt die Erklärung der Staatlichen Pressestelle vom 7.11.75, wo es heißt: *„Für die Zahl 120 im allgemeinbildenden Schulwesen ist anzumerken, daß sie 55 Referendare, davon 40 an Volks- und Realschulen, 14 an Gymnasien und einer an Berufsschulen, und ferner fünf Bewerber einschließt, die einen Ausbildungsvertrag erhalten haben. Diese 60 Personen mußten wegen des Ausbildungsmonopols der Freien und Hansestadt Hamburg für Lehrerberufe zugelassen werden ... Die 55 Referendare und die fünf auf Ausbildungsvertrag Beschäftigten scheiden nach Abschluß ihrer Ausbildung aus."*

Nachdem der Hamburger Senat erst im Juli/August '75 zwanzig Berufsverbote ausgesprochen hatte, werden mit dieser Meldung umfassende „Säuberungs"-Aktionen des öffentlichen Dienstes von sogenannten „Extremisten und Feinden der Verfassung" angekündigt. Diese Praxis wird mit dem Karlsruher Urteil vom 22.5.1975 begründet, das den Beamten zu einer besonderen politischen Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung verpflichtet und das seine Entlassung oder Nichteinstellung schon dann ermöglicht, wenn nur Zweifel an seiner politischen Einstellung und am aktiven Eintreten für die Verfassung bestehen.

Der Staat beschränkt sich nicht mehr auf diejenigen, die neu als Lehrer eingestellt werden wollen. Die Berufsverbote für den Studienrat G. Heide und Professor Hiltmann und der Rausschmiß von Th. Erdner sind hier nur die ersten Vorboten einer einsetzenden „Reinigungskampagne", die darauf zielt, das Beamtentum wieder zu einer 150% staatstragenden Gruppe zu machen, die die fortschreitende Faschisierung des Staatsapparates vorbehaltlos vertritt.

Die schwarzen Listen, in denen alle erfaßt werden, die dem Staat in irgendeiner Weise suspekt erscheinen, werden seit einiger Zeit systematisch vervollständigt. Die Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung hat sich dermaßen ausgeweitet, daß es selbst der bürgerlichen Presse ins Auge springt. So berichtet der „Stern" von 450.000 Überprüfungen von Bewerbern für den Staatsdienst durch den Verfassungsschutz allein innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre.

Insgesamt sollen hierbei mindestens 4000 als verdächtig gelten.

Für die Linken kommt es darauf an, die Gewöhnung an diese Überwachungs- und Spitzelmethoden zu bekämpfen. Jedes Stillhalten ermutigt den Staatsapparat nur zu noch größerer Willkür. ●

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Hamburg

Berufsverbot gegen Gymnasiallehrer

Am 18. November wurde gegen H. Obloch, Gymnasiallehrer in Elmshorn, ein Berufsverbot mit sofortiger Wirkung verhängt. Als Begründung dafür zog das CDU-Landesschulamt (LSA) gleich zwei Register:

Zum einen wurde seine Entlassung mit *„erwiesener mangelnder Bewährung während der Probezeit"* begründet, verbunden mit einer Kündigungsfrist bis zum 31.12.75 („EN", 29.11.). Andererseits wurde ihm ein Mangel an *„beamtenrechtlicher Treuepflicht"* wegen der Teilnahme an etlichen Kundgebungen und Demonstrationen der KPD/ML im Jahr 1973 – nach *„ausführlichen Berichten des Verfassungsschutzes"* (ebenda) – vorgeworfen. *„Im öffentlichen Interesse sei der sofortige Vollzug der Entlassung notwendig."* Als wesentliches „Vergehen" wurde Obloch die Teilnahme an der Beerdigung des KPD/ML-Sympathisanten G. Routhier angelastet.

Bezeichnend ist das offene Bekenntnis des LSA, sich bei seinem Gesinnungsterror auf „ausführliche Berichte des Verfassungsschutzes" zu stützen. H. Obloch wurden bei einem Gespräch in Kiel die Recherchen des VS ganz offen vorgehalten.

Es kann der CDU anscheinend nicht schnell genug gehen, die Bevölkerung an Bespitzelungen, Gesinnungsterror und andere „Selbstverständlichkeiten" zu gewöhnen. Allein in Schleswig-Holstein wurden bisher 20.399 Personen vom Verfassungsschutz überprüft (vergl. „Stern" Nr. 49/75).

Die CDU-Landesregierung hat erklärt, daß sie sich an das Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht binden werde, wonach bei der Überprüfung von Beamten und Beamtenanwärtern nicht auf VS-Material zurückgegriffen werden darf. ●

Ein Elmshorner Genosse

Letzte Meldung

Elmshorn — Harald Obloch, Gymnasiallehrer an der Elmshorner Elsa-Brandström-Schule muß weiterbeschäftigt werden. Das hat das Verwaltungsgericht (VG) Schleswig entschieden. Obloch war wegen angeblichen Extremismus entlassen worden. Das VG wertete die Kontakte Oblochs zur KPD/ML nicht als mangelnde Eignung für das Lehreramt.

aus „MoPo" 20.12.75

Göttingen: Beschneidung des Demonstrationsrechts

Am 9. 12. 75 fand vor dem Amtsgericht Göttingen ein Prozeß gegen den Genossen Thomas K. statt. Wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" und „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" wurde er zu 600 DM Geldstrafe verurteilt.

Anstoß genommen hatte die Staatsgewalt an zwei Demonstrationen der Göttinger Linken im Februar 1975.

Die Anklage lautete:

▶ Erstens habe der Fahrer des auf beiden Demos mitgeführten Lautsprecherwagens (Thomas K.) die Haltezeichen der Bullen beim Befahren der Fußgängerzone mißachtet – das käme *„Widerstand gegen die Staatsgewalt"* gleich.

▶ Zweitens habe der Leiter der Fahrpreisdemo (ebenfalls Thomas K.) die Auflage des Ordnungsamtes, die die Benutzung eines fahrbaren Lautsprechers in der Fußgängerzone verbietet, verletzt – das sei ein *„Verstoß gegen das Versammlungsgesetz".*

Die tatsächlichen Übergriffe der Bullen (Behinderung des Lautsprecherwagens und damit der Demo) und die Einschränkung des Demonstrationsrechts durch das Ordnungsamt (Beschneidung der Ausdrucksmöglichkeiten der Demonstranten) wurden hier umgemünzt in ein „Vergehen" der Demonstranten. Um diesen klaren politischen Angriff zu kaschieren, ließ Staatsanwalt Ringe den Leiter des Ordnungsamtes, Ilse, vorladen.

Dieser hatte sofort begriffen, worum es ging. Er begründete die Auflagen mit den „Lärmschutzbestimmungen in der Straßenverkehrsordnung", wonach eine Lautsprecherbenutzung im Straßenverkehr grundsätzlich verboten sei. Ausnahmen hiervon seien zwar möglich, hätten aber stets die „Interessen der Allgemeinheit" zu berücksichtigen. Im gegebenen Falle wären die „Interessen der Allgemeinheit" jedoch zu sehr durch die Lautsprecherbenutzung beeinträchtigt gewesen. Ilse führte weiter aus, früher sei man freizügiger in dieser Sache gewesen, Beschwerden der Anwohner hätten jedoch dazu geführt, das Versammlungsgesetz „restriktiv" zu handhaben.

Welche „Anwohner" sich beschwert haben, wurde deutlich aus einem Schreiben der Industrie und Handelskammer an die Stadt Göttingen. Dort fordert sie die Stadt auf, die „Lärmbelästigung" in der Fußgängerzone und am Markt, verursacht besonders durch Demonstrationen und Kundgebungen, zu beseitigen.

Wer dagegen letztendlich getroffen werden soll, machen am besten die Inhalte der beiden Demonstrationen klar. Die Bewegungsfreiheit der Göttinger Bevölkerung, gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu protestieren, soll eingeengt werden, und die Göttinger Linke soll durch schikanöse Auflagen gerade von der Fußgängerzone und dem Marktplatz, die besonders gut die Möglichkeit bieten, sich mit dem Protest an die Massen zu wenden, ferngehalten werden. ●

KB/Gruppe Göttingen

CDU-Bürgermeister lud „Stahlhelm"-Faschisten zu „Trauerfeier" ein!

Ein neues Beispiel offener Komplizenschaft zwischen der CDU und Faschisten, das uns erst kürzlich bekannt wurde, stammt aus Bad Bergzabern in der Südpfalz. Dort hatte der CDU-Bürgermeister Dr. Wilhelm Wallmann den Stahlhelm zur „Trauerfeier" am „Volkstrauertag" (16.11.) eingeladen; der Name dieser Faschistentruppe wurde auch offen auf der Programmkarte mit ausgedruckt. Offenbar hatte es daraufhin unter einigen Leuten (die vielleicht nur um ihr „demokratisches" Image fürchteten?) Protest gegeben. Jedenfalls ließ Bürgermeister Wallmann dem Stahlhelm am 15.11. noch kurzfristig einen Rückzieher mitteilen.

Der Stahlhelm verteilte nun ein Flugblatt (namentlich unterzeichnet vom Bad Bergzabener „Ortsgruppenführer" E. Nebert und vom pfälzischen „Gauführer" H.J. Hertlein), in dem er den CDU-Bürgermeister deswegen als möglichen *„Handlanger von Kommunisten oder von Freimaurern"* bezeichnete und ferner ankündigte, daß er sich *„vorbehalten"* würde, *„die uns durch Ihre bewußte Täuschung entstandenen Kosten gerichtlich einziehen zu lassen".*

Man kann wohl annehmen, daß dem CDU-Bürgermeister sein Rückzieher wohl selbst nicht recht gewesen ist; seine Komplizenschaft mit diesen Faschisten läßt sich dadurch auf alle Fälle nicht wieder ungeschehen machen. Es ist auch kein Wunder, daß solche Dinge sich in einer Region ereignen, die politisch zu den stockfinstersten in der Bundesrepublik gehören, mit bis zu 80 % (!) Stimmenanteil der CDU. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Quante-Prozeß in Bremen

4 1/2 Jahre Knast für Bastlerpech

Am 22. Oktober wurde der 21-jährige Wolfgang Quante von einer Staatsschutzkammer in Bremen zu 4 1/2 Jahren Jugendstrafe verurteilt. Ihm wurde Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung", illegaler Waffenbesitz und fahrlässige Herbeiführung einer Explosion zur Last gelegt. Angesichts der Tatsache, daß sich aus dem vermeintlichen „harten Kern einer Baader-Meinhof-Nachfolgeorganisation" im Prozeß ein naiver Anarcho entpuppte, ist dieses Urteil ebenso wie das Vorgehen der Staatsschutzbehörden ein Beispiel für die Strategie, mit allen Mitteln Terroristen zu produzieren und abzuurteilen.

Im Oktober '74 war Quante festgenommen worden, nachdem in seiner Bremer Wohnung ein Gemisch von Puderzucker und Unkrautvertilgungsmittel in die Luft geflogen war. Es entstand ein kleiner Brand. Quante floh mit einem Unbekannten und wurde kurze Zeit später geschnappt. In der Wohnung wurden mehrere Kleinkaliberwaffen und kleine Handfeuerwaffen gefunden sowie weiteres „Terroristenbesteck".

Die Staatsschutzbehörden bauten aus Quante einen großen Terroristen auf. Er soll mehrere Einbrüche verübt haben, an einem Anschlag auf das Industrieinstitut in Köln beteiligt gewesen sein und eine Serie von Anschlägen geplant haben, u.a. auf Kaufhäuser und auf Krankenhäuser.

Entsprechend diesen massiven Vorwürfen wurde der Prozeß im Stammheimer Stil aufgezogen. Für 1,4 Mio. Mark wurde eigens eine Halle auf einem Bremer Gefängnisgelände gebaut. Das Gebäude wurde während des Prozesses mit Stacheldrahtzaun umgeben und von einem großen Polizeiaufgebot abgeriegelt. Staatsanwälte und Richter ließen sich Tag und Nacht von Polizei bewachen.

Im Prozeß erwiesen sich die Beweise als äußerst dürftig. Die große Explosion war in Wirklichkeit so klein, daß Quante keine nennenswerte Verletzung erlitt und lediglich rußgeschwärzt davonlaufen konnte. Die von der Presse gierig aufgegriffenen 4.000 Beweisstücke in der Wohnung waren so lächerlich, daß außer den Waffen keines genau angegeben wurde. Es handelte sich um Chemikalien (Puderzucker und Unkrautvertilgungsmittel!), Zündmechanismen (wahrscheinlich der berühmte Wecker), „Schriftstücke" und Ausweise. Von der angeblich bei Quante gefundenen MP blieb schließlich nur ein Kleinkalibergewehr übrig. Eine bei ihm gefundene „Terroranleitung" stellte sich als das im Buchhandel erhältliche „Stadtguerillahandbuch" heraus. **Es wurde nicht ein einziges Gramm echten Sprengstoffs gefunden.**

Ähnlich dürftig waren die Beweise für die Zugehörigkeit Quantes zu einer „kriminellen Vereinigung". Aus gefälschten und geklauten Ausweispapieren wurden Kontakte zu Fritz Teufel und anderen angeblichen Terroristen abgeleitet. Die Staatsschutzbehörden zogen angesichts dieser Lage einen einzigen „Terroristen" als Zeugen für den Bestand einer „kriminellen Vereinigung" heran.

Auch aus Quante selbst konnten die Staatsschutzbehörden nichts herausholen. Obwohl in einem Turmzimmer isoliert und trotz Zwangsernährung während eines dreieinhalbmonatigen Hungerstreiks blieb Quante standhaft. Im Prozeß bekannte er sich zum Kampf gegen den Kapitalismus, machte aber zur Sache keine Aussagen.

So mußten die Staatsorgane sich einen Prozeß organisieren. Schon vor Prozeßbeginn wurde der Rechtsanwältin Tönnies von dem Richter Penning vorgeworfen, sie gehöre selbst einer „kriminellen Vereinigung" an. Durch die Verlegung des Prozesses in ein Knastgebäude wurde für die Öffentlichkeit eine sichere Verurteilung demonstriert. Quante wurde der Zwangsverteidiger Bottscheller zugeordnet.

Als jedoch der Zusammenbruch der Anklagestudie deutlich wurde, versuchten die Staatsschutzbehörden Quante psychologisch anzuklagen. Von einem staatlichen Gutachter wurde er als „unreifer Jugendlicher" zurückgeblieben sei. Als „Milieugeschädigter" sei er stark von Gefühlen beeinflußt, jedoch noch in seiner Entwicklung beeinflußbar.

Mit dem Strafmaß, das voll dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprach, zeigten die Staatsbehörden jedoch, daß sie sich in zynischer Weise nicht nur über die Beweislage, sondern auch über ihre eigene Beurteilung des Angeklagten hinwegsetzten, nur um einen weiteren erfolgreichen „Terroristen-Prozeß" abhaken zu können. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Borwin Wulf noch immer gefangen

Wie lange darf man eigentlich in diesem „Rechtsstaat" in „Untersuchungshaft" genommen werden aufgrund vorgeschobener und willkürlicher Verdächtigungen?!

Am 21.1.75 wurde Borwin Wulf unter der haltlosen Anschuldigung festgenommen, ein Bombenattentat auf Hamburgs Justizsenator Klug verübt zu haben. Der Vorwurf mußte sehr schnell wieder fallengelassen werden. Trotzdem wurde er erst am 10.11. wieder auf freien Fuß gesetzt, um ihn nur eine Woche danach erneut einzulochen.

„Normalerweise" braucht sich ein Angeklagter überhaupt nicht zur Sache zu äußern, erst recht nicht, wenn er sich selbst damit belasten könnte. In dem erneuten Haftbefehl vom 17.11. wird aber gerade die Tatsache, daß er nicht sagen wollte, wer alles in seiner Abwesenheit in seiner Zweitwohnung (wo nach Angaben der Staatsschutzbehörden zahlreiche Waffen gefunden worden sein sollen) gewesen ist, als Haftgrund wegen Verdunkelungsgefahr angegeben!

Nach dem Gesetz sollte niemand mehr als sechs Monate in U-Haft sein. Springers Lohnschreiber bringen dazu in „Bild am Sonntag" vom 16.11., unter der Überschrift „Warum wurde Anarchist Wulf freigelassen?" die Äußerung eines Hamburger Kriminalbeamten: *„Wir laufen hinter den Leuten jahrelang her, scheuen bei Fahndung nach Anarchisten weder Kosten noch Mühen und die Justiz läßt die Leute nach kurzer U-Haft wieder laufen. Dann kann man die Fahndungen ja gleich einstellen".*

Diese Hetze hat bei Borvin Wulf besondere Tradition: Das SPD-Mitglied Wulf wurde bereits 1972 von der Springerpresse wegen seines entschiedenen demokratischen Auftretens, z.B. gegen den Vietnamkrieg, angegriffen. Wulfs Protest gegen den faschistischen Mord an dem Türken Danis Neset (im türkischen „Arbeiterverein" in Hamburg, 1974) wurde als „Weiterentwicklung hin zum Anarchisten" verketzert.

Die faschistischen Mörder von Danis Neset sind heute noch auf freiem Fuß. Wulf, der gegen den Mord protestiert hat, befindet sich inzwischen in einem Zustand seelischer und körperlicher Erschöpfung. Er ist eben schon bestraft, weil er auch ohne Prozeß bereits verurteilt ist. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

VDS-Aktionstage:

Das reicht noch lange nicht!

Die VDS (Vereinte Deutsche Studentenschaften), Dachverband von ca. 800.000 Studenten, riefen im Herbst alle westdeutschen Studenten auf, vom 1.- 3.12. Streik- und Aktionstage durchzuführen. Angesichts der rasch verschlechterten Lage der Studenten (drohende Arbeitslosigkeit, Beschneidung der staatlichen Förderung, „Sparpolitik") und angesichts der immer stärkeren politischen Unterdrückung (Gesinnungsschnüffelei; Berufsverbote, Prüfungsterror, Angriffe auf das politische Mandat der ASten) waren die VDS-Aktionstage zu begrüßen.

Während der drei Aktionstage fanden kleine Streiks in einzelnen Fachbereichen, Veranstaltungen, Go-Ins und am 3.12. fast in allen Universitätsstädten mehr oder weniger große Demonstrationen statt.



In Hamburg konnte eine breite Massenmobilisierung nicht erreicht werden. MSB/SHB und der von ihnen getragene AStA boten wieder mal ihre Standard-Aktiönchen an: Go-Ins, Sandwichdemos und die üblichen Infotische in der Stadt. Dieses Angebot konnte kaum ihren eigenen harten Kern reizen.

Ein Streik stand nicht zur Dabatte. Auch auf der Demonstration am 3.12., die den Höhepunkt der Aktionen bilden sollte, blieben die ohnehin schon aktiven Studenten bei einer Beteiligung von ca. 2500 weitgehend unter sich. Die linken Fachschaftsräte und der SSB, die sich mit eigenen Parolen an der Demo beteiligten, kamen in der Regel ebenfalls

schaftsräte und der SSB, die sich mit eigenen Parolen an der Demo beteiligten, kamen in der Regel ebenfalls

nicht über diesen Mobilisierungsgrad heraus.

Dagegen sieht es in einigen anderen Städten erfreulicher aus, z.B. in Westberlin: *„In der Berliner City gingen am Mittwoch vergangener Woche so viele Demonstranten auf die Straße, wie seit Hochzeiten der Apo schon lange nicht mehr 11.000"* („Spiegel", 50/75). Schwerpunkt der Aktivitäten und der Demonstration waren der „Radikalen-Erlaß" und die Berufsverbote.

Auch der „Spiegel"-Schreiberling mußte zugeben, daß hier nicht nur der „harte Kern" gegen den Gesinnungsterror auf die Straße ging.

Auch das Beispiel Marburg beweist, daß größere Teile der Studenten in den Kampf einbezogen werden können. Hier protestierten z.B. am 26.11. 8.000 Marburger Kommilitonen gegen die Angriffe auf den ASTA und das politische Mandat, besetzten 1.500 Studenten das Audimax anläßlich des Verbots einer ASTA-Veranstaltung (näheres s. AK 70). Am Mittwoch den 3.12. demonstrierten erneut ca. 5.000 Studenten für den Erhalt ihrer demokratischen Rechte.

In Bielefeld, einer kleinen Universität mit ca. 3.500 Studenten, streikten die Studenten des Fachbereichs Literaturwissenschaft-Linguistik eine Woche lang gegen den Beschluß des Kultusministers, die beiden Fächer nicht für die Lehrerausbildung anzuerkennen. Aufgrund dieses Beschlusses würden ca. 500 Lehrerstudenten arbeitslos, da ihnen ein Fach fehlt.

erkennen. Aufgrund dieses Beschlusses würden ca. 500 Lehrerstudenten arbeitslos, da ihnen ein Fach fehlt.

Darüberhinaus fand eine Demonstration von 2.000 Studenten statt.

Der VDS-Aufruf

Der Aufruf der VDS zu den Aktionstagen war diesmal im Gegensatz zu vergangenen Semestern, wo die Dachorganisation noch unumschränkt von MSB/SHB „regiert" worden war, vorsichtiger gehalten. Die Kampfschritte sollten den örtlichen Bedingungen angepaßt sein. Dieses Vorgehen entspricht eher dem gegenwärtigen Stand der Studentenbewegung. Ebenso fehlte diesmal der Versuch einer Verpflichtung der Aktionen auf ausschließlich eine Linie (nämlich die des MSB). Die Revisionisten holten dieses sektiererische Vorgehen allerdings nach, sofern es ihnen die Mehrheitsverhältnisse an einzelnen Universitäten gestatteten.

Der Aufruf der VDS begründet sich allerdings nicht aus einer richtigen Einschätzung der Studentenbewegung. Er ist vielmehr ein Minimalkompromiss der verschiedenen politischen Strömungen im VDS-Vorstand: MSB/SHB, Juso-Hochschulgruppen, LHV und Basisgruppen

Aktionstage – Höhepunkt der Studentenbewegung?

Wohlbekannten Stimmen „kommunistischer" Gruppen paßt der gegenwärtige Stand der Studentenbewegung nicht ins Konzept. Da die Massen ja bekanntlich „nach links" wollen, hört man z.B. Absurditäten aus dem KBWunderland: „... *Diese Streiks und Aktionen der Studenten sind zu einer Kampfansage an die Regierung geworden"* („KVZ" 48). Den Hamburger KBW-Studenten (SSG) reicht das noch nicht: *„An den Hochschulen herrscht keine Ruhe. Die bürgerliche Klasse ärgert das und bringt sie in helle Aufregung."* („Rote Presse-Extra", 15.12.). Nicht anders treibt es die „UZ", die, anstatt tatsächlich gelaufene Aktionen zu analysieren, überschwenglich jubelt: *„Die Aktivitäten sind so zahlreich, daß wir unmöglich auch nur eine Aufzählung bringen können"* („UZ", 12.12.).

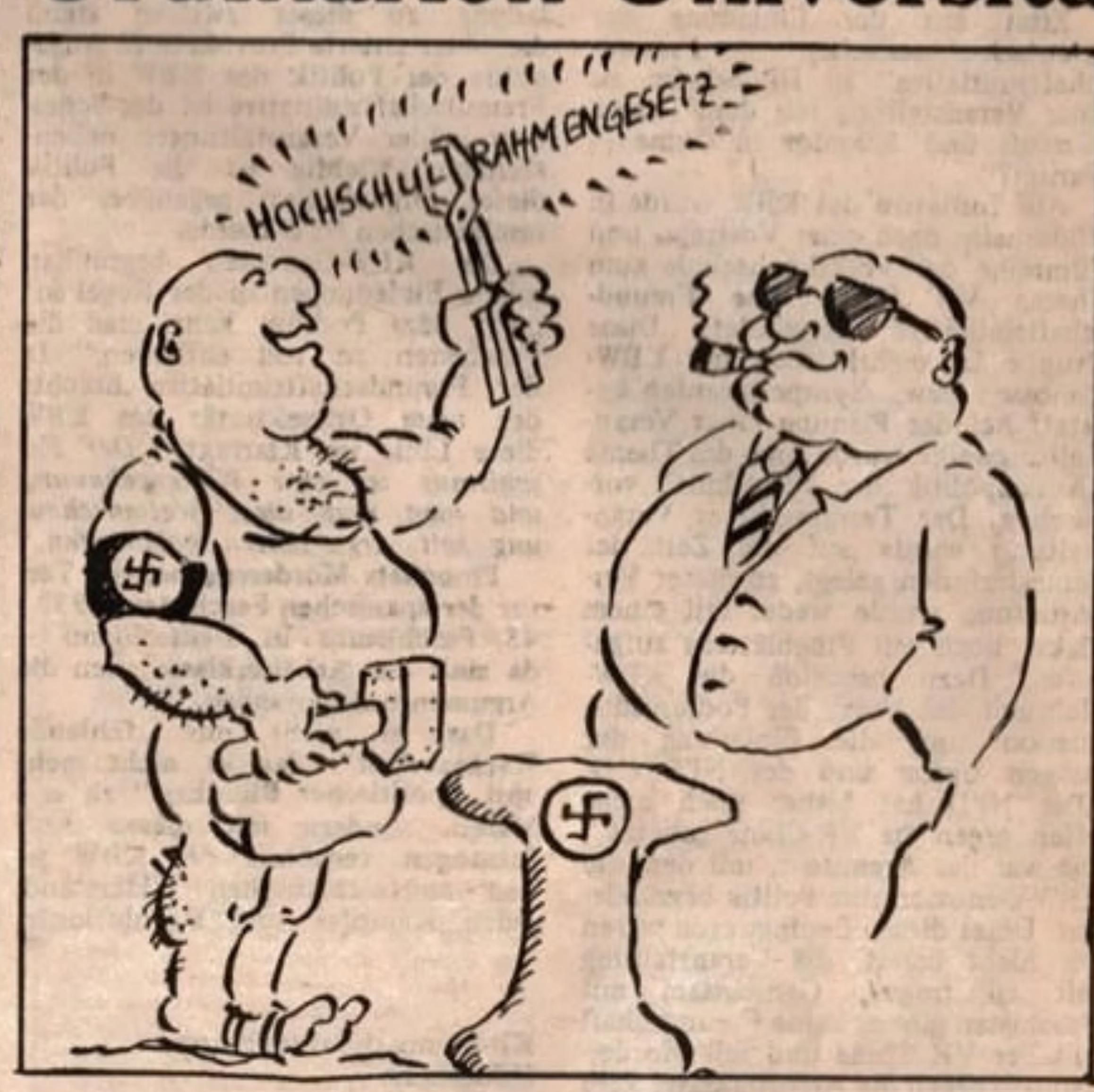
Wir meinen, daß eine realistische Einschätzung unabdingbare Voraussetzung für die richtige Bestimmung der Kampfschritte ist. Anstatt sich in scheinradikalen Phrasen den „Zerfall" des bürgerlichen Staates herbeizulügen, muß festgestellt werden, daß der Staat im wesentlichen ungehindert seine Offensive an den Hochschulen verschärft. Wenn die Aktionstage nicht – wie bisher üblich – ein Spektakel bleiben und verpuffen sollen, muß als erstes eine nüchterne Bilanz gezogen werden. Die anstehen Aufgaben im nächsten Jahr (Verteidigung der verfaßten Studentenschaft und des politischen Mandats, Kampf gegen das HRG, was von den VDS scheinbar völlig verschlafen wurde!) sind zu ernst für solche Clownereien. ●

Arbeitsgruppe Studenten des KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsgruppe Studenten des KB/Gruppe Hamburg

Hochschulrahmengesetz:

Zurück zur Ordinarien-Universität



Am 11.12. wurde im Bundestag von allen bürgerlichen Parteien „mit grosser Mehrheit" das Hochschulrahmengesetz (HRG) verabschiedet, das sein Ziel wahrhaftig nicht verbirgt: Einheitliche reaktionäre Ausrichtung aller westdeutschen Hochschulen.

So enthält dieses HRG ein sogenanntes „Ordnungsrecht", gegen das von den demokratischen Studenten jahrelang heftiger Widerstand geleistet wurde:

▶ Ein Student, der an „Vorlesungsstörungen" teilnimmt, kann für drei Jahre von sämtlichen Universitäten ausgesperrt werden (§ 31, 1a).

▶ Einem Studenten, der an „Vorlesungsboykotts" teilnimmt, blüht das Gleiche (§ 31, 1b).

Damit ist für den Bereich der Hochschulen ein „besonderes Gewaltverhältnis" außerhalb des allgemeinen Strafgesetzes eingeführt.

Auch die Regelstudienzeiten werden verschärft:

▶ Ein Student, der sich in der vorgeschriebenen „Regelzeit" (6 bzw. 8 Semester) nicht rechtzeitig zu Prüfungen meldet, bzw. eine bewilligte Nachfrist nicht einhält, wird ebenfalls von der Uni geworfen (§ 18).

Das HRG bereitet darüberhinaus die Liquidierung der von den Studenten gewählten Vertretungsorgane („Verfaßte Studentenschaft": AStA, Fachschaftsräte etc.) vor:

▶ Die Existenz der verfaßten Stu-

ne („Verfaßte Studentenschaft": AStA, Fachschaftsräte etc.) vor:
▶ Die Existenz der verfaßten Stu-

dentenschaft ist lediglich in einer „Kann-Bestimmung" vorgesehen (§ 44). (Schon heute gibt es in Westberlin und München überhaupt keine ASten und Fachschaftsräte (FSR) an den Unis mehr).

Solange aber die verfaßte Studentenschaft noch besteht, soll deren Wirkungsmöglichkeit drastisch beschränkt werden:

▶ So ist es im HRG den ASten und FSRen nicht erlaubt, das „Politische Mandat" wahrzunehmen.

Bereits in der Vergangenheit sind ASten mit hohen Geldstrafen bis hin zur Auflösung dafür „verknackt" worden, daß sie sich z.B. an der Chile-Solidarität beteiligt haben.

Professoren – Büttel des Staates an der Uni

Während die Studenten, die sich gegen arbeiterfeindliche Lehrinhalte, gegen die stramme Ausplünderungspolitik und den nicht minder einschneidenden Abbau demokratischer Rechte an den Unis zur Wehr setzen, gleich vor die Tür gesetzt werden können, werden im HRG die Einfußmöglichkeiten der zumeist reaktionären Professoren bis zur Alleinherrschaft ausgebaut.

▶ Den Professoren wird nicht nur die Mehrheit in allen universitären Gremien eingeräumt, sie können darüberhinaus in allen Berufungs- und Forschungsfragen schon mit einer Mehrheit unter ihnen selbst ein Veto einlegen! (Beispiel: wenn in einem Berufungsausschuß von 20 Mitgliedern 11 Professoren sitzen, so genügen 6 von ihnen, um eine Berufung zu verhindern).

Weiter segnet das HRG ab, daß die Professoren auch in Zukunft unbehelligt von öffentlicher Kritik Geld aus „Nebeneinkünften" (Privataufträge von Kapitalisten) scheffeln können:

▶ Eine „Nebentätigkeit" des Professors soll weder der Öffentlichkeit, noch der Universität, sondern allein dem zuständigen Kultusminister *„mitgeteilt"* werden (§ 56).

Bei diesen Einkünften handelt es sich oft um horrende Summen; so kassierten im Jahre 1974 der Direktor des Heidelberger Hygiene-Instituts 581 000 DM an „Nebeneinkünften", der Direktor des Freiburger Hygiene-Instituts 645 000 DM und der Direktor des Tübinger Pathologischen Instituts gar 804 00 DM in e i n e m Jahr („Stern", 48/75). Da diese Einkünfte nur mit 18% zu versteuern sind, muß ein Arbeiter, der im Monat 1 000 DM netto verdient, 55 Jahre arbeiten, um die gleiche Summe zu verdienen. (Bis dahin haben wir diesen Brüdern hoffentlich das Handwerk gelegt!).

Dabei geht es nicht nur darum, diesen Herrn ihre Super-Privilegien und Bestechungsgelder zu belassen. Es soll darüberhinaus der Öffentlichkeit das Ausmaß unentgeltlicher Benutzung der Hochschuleinrichtungen für die Kapitalisten (z.B. der Rüstungsforschung) verheimlicht werden.

Offensichtlich will die Bourgeoisie zu der traditionellen universitären Hierarchie („Ordinarien-Universität") zurück, an der sich u.a.

sie zu der traditionellen universitären Hierarchie („Ordinarien-Universität") zurück, an der sich u.a.

vor rund einem Jahrzehnt der Kampf der Studentenbewegung entzündet hat. Aber mehr noch: Durch die geplante Einführung zusätzlicher Eingangsprüfungen in bestimmten Fächern (z.B. Medizin) sollen die Zulassungsbeschränkungen für die Hochschulen und die Auslese der Studenten noch mehr verschärft werden.

Rund 5 Jahre lang wurde im Bundestag über das HRG „beraten", bis es jetzt plötzlich über Nacht verabschiedet wurde. Die jetzige Fassung ist zweifellos erheblich reaktionärer als alle vorherigen Entwürfe und gibt sich nicht einmal den Anschein einer „Reform". Bezeichnenderweise wurde das HRG von einer „Großen Koalition" (SPD, FDP u n d CDU) verabschiedet. Dabei wurde die Verzögerungstaktik der bürgerlichen Parteien bewußt angewandt, um ein Erlahmen des studentischen Protestes gegen dieses Gesetz zu bewirken. Diese Taktik war immerhin so erfolgreich, daß das HRG nicht einmal Bestandteil der kurz zuvor bundesweit durchgeführten studentischen Protestaktionen gegen Berufsverbote und „Sparpolitik" war („VDS-Aktionstage").

Nach einer Zeit weniger spektakulärer (aber wirksamer!) Angriffe des Staates in diesem Bereich signalisiert die Verabschiedung des HRG und damit verbunden die offensichtliche Liquidierung jeder Hochschul-„Reform" wieder eine Phase offener Attacken auf die demokratischen Studenten.

Das Gebot der Stunde ist damit klar: Zusammenschluß und Aktionseinheit aller linken Kräfte, um in Protestaktionen die Durchsetzung von Ordnungsrecht und Professorenherrlichkeit zu verhindern. ●

Arbeitsgruppe Studenten KB/Gruppe Hamburg

Reaktion läuft Sturm gegen das „Politische Mandat"

Nachdem der Staatsapparat an der Universität Marburg deutlich demonstriert hat, daß er bereit ist, bis zu massivem Polizeieinsatz und Schließung der Uni zu gehen (vergleiche ARBEITERKAMPF 69 und 70), blasen Behörden und Uni-Rektorate im Bunde mit reaktionären Studenten zum Angriff auf die Vertretungsorgane der Studentenschaft.

Dabei steht das „Politische Mandat" im Mittelpunkt, ein in der Studentenbewegung erkämpftes Recht, auch „allgemein-politische" (zum Beispiel antiimperialistische und antifaschistische) Aufgaben wahrzunehmen.

Die sich häufenden Meldungen über Versuche, die ASten (Allgemeine Studentenausschüsse) an der Wahrnehmung des politischen Mandats zu hindern, die nach so langem „Ringen" plötzlich zustande gekommene „Einigung" über das Hochschulrahmengesetz (HRG) zwischen SPD und CDU, die plötzliche Forderung des RCDS (CDU-Studenten) nach rascher Novellierung der Länderhochschulgesetze (der nächste Schritt!), das alles deutet auf einen neuen gezielten Angriff auf die Rechte der Studenten hin.

▶ In München, wo nach dem Bayrischen Hochschulgesetz schon keine studentische Selbstverwaltungsorgane mehr bestehen, stellten RCDS-Mitglieder den Antrag auf Relegation (Studienverbot) des Vorsitzenden des von den fortschrittlichen Studenten trotz Verbots gebildeten AStAs. Der Uni-Rektor, Mitglied im braunen „Bund Freiheit der Wissenschaft" hat das Relegationsverfahren eingeleitet!

▶ In Hamburg ist am 12.12. auf Antrag reaktionärer Studenten vom Gericht eine einstweilige Anordnung erlassen worden, die das ehemalige Urteil zum Verbot des politischen Mandats wieder in Kraft setzt. (der damalige Kläger ist inzwischen nicht mehr eingeschrieben). Gleichzeitig läuft seit dem 4.12. ein vom Hochschulamt gegen den AStA gestelltes Ultimatum über sechs Wochen, worin der AStA aufgefordert wird, verschiedene Publikationen, in denen das politische Mandat wahrgenommen wurde, aus dem Haushalt zu streichen.

▶ In Münster ist gegen den AStA eine einstweilige Verfügung erlassen worden, die ihm die sofortige Einstellung der Mitarbeit in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) vorschreibt, da diese das politische Mandat wahrnehmen! Bereits im November verbot der Rektor Hoffmann eine geplante Urabstimmung, weil es um Fragen „allgemein-politischer Natur" gehe.

▶ In Göttingen beanstandet der Rektor jetzt nachträglich 47 Posten aus dem studentischen Haushalt der Jahre '71 bis '73 (Publikationen). Er fordert den AStA auf, *„sich auf die Wahrnehmung derjenigen Aufgaben zu beschränken, die der Studentenschaft als eigene Angelegenheiten zugewiesen sind."*

▶ In Stuttgart an der Fachhochschule Technik baute das Rektorat die Schlösser der AStA-Räume aus und hinderte so den AStA gewaltsam an seiner Arbeit. In Baden-Württemberg sieht das Landeshochschulgesetz die Liquidierung der verfaßten Studentenschaft an den Fachhochschulen vor.

▶ In Köln versuchte der RCDS Anfang Dezember den Rektor der Fachhochschule dazu zu bewegen, eine „Not-ASten-Verordnung" anzuwenden und den gewählten amtierenden AStA durch einen Zwangs-(RCDS)-AStA zu ersetzen.

Es ist klar, daß die von der Reaktion forcierte Abschaffung des politischen Mandats der eigentliche Schritt ist, um die studentischen Organe ihrer demokratischen Bestimmung zu berauben und sie untauglich zu machen für eine kämpferische Interessenvertretung. Eine fortschrittliche Hochschulpolitik ist nicht möglich ohne ein klares demokratisches, antifaschistisches Engagement. Der Kampf um die Wahrnehmung des politischen Mandats wird daher ein Schwerpunkt der studentischen Aktionen im nächsten Jahr sein. ●

Arbeitsgruppe Studenten KB/Gruppe Hamburg

KBW: Blümchen für die NPD

„Wir sind auch weiterhin dafür, die NPD einzuladen, was aber praktisch unmöglich sein wird, weil es am Ort keine Ortsgruppe gibt."

Zitat aus der Einladung der „Deutsch-chinesischen Freundschaftsinitiative" in Hildesheim zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Strauß und Schmidt in China – Warum?"

Auf Initiative des KBW wurde in Hildesheim nach einer Vortrags- und Filmreihe der Volkshochschule zum Thema VR China eine Freundschaftsinitiative gegründet. Diese Gruppe ist mehrheitlich mit KBW-Genossen bzw. -Sympathisanten besetzt. Bei der Planung einer Veranstaltungsreihe wurde auch das Thema „Außenpolitik der VR China" vorgesehen. Der Termin dieser Veranstaltung wurde auf die Zeit der Semesterferien gelegt, zu dieser Veranstaltung wurde weder mit einem Plakat noch mit Flugblättern aufgerufen. Dazu beschloß die KBW-Mehrheit die Form der Podiumsdiskussion und die Einladung der Jungen Union und der NPD (!!). „Die NPD hat bisher noch nicht offen gegen die VR-China gehetzt", das war das Argument, mit dem die KBW-Genossen ihre Politik begründeten. Unter diesen Bedingungen waren wir nicht bereit, die Veranstaltung mit zu tragen: Gemeinsam mit Faschisten gibt es keine Freundschaft mit der VR China und mit Mördertruppen gegen die Arbeiterklasse kein gemeinsames Podium!

Wegen zu geringer Teilnahme bei der ersten Veranstaltung wurde eine zweite beschlossen und in der Einladung zu dieser zweiten stand die oben zitierte Provokation. Angesichts der Politik des KBW in der Freundschaftsinitiative ist das Scheitern beider Veranstaltungen nebensächlich. Wichtig ist die Politik dieser Organisation gegenüber der faschistischen NPD-Bande.

Die KBW-Genossen begründen solche Einladungen in der Regel so: „Auf dem Podium kann man die Faschisten so toll entlarven." In der Freundschaftsinitiative brachte der neue Ortssektretär des KBW diese Linie im Klartext: *„Der Faschismus ist eine Weltanschauung und man muß diese Weltanschauung mit Argumenten bekämpfen."*

Pinochets Mörderregime, der Terror der spanischen Faschisten, 1933 - 45 Faschismus in Deutschland – da sind der Arbeiterklasse eben die Argumente ausgegangen.

Das ist nicht nur „fehlende Wachsamkeit". das ist nicht mehr mit „politischer Blindheit" zu erklären, sondern mit diesen Auffassungen verhöhnt der KBW jeden anitfaschistischen Widerstand, jeden Kämpfer und Revolutionär. •

KB-Sympathisantengruppe Hildesheim



KBW zu § 130 a

Vom Sumpf zur „Aktionseinheit der Massen"?

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den § 130 a hat der KBW den bemerkenswerten Versuch unternommen, eine **„gemeinsame Initiative"** mit den Vaterlandsverteidigern von „KPD" und „KPD/ML" sowie mit dem KABD zustande zu bringen. Dieser Versuch scheiterte, weil der KABD sich weigerte, mit „KPD" und „KPD/ML" zu verhandeln. Solchermaßen allein in der Gesellschaft der Vaterlandsverteidiger zurückgeblieben, verlor anscheinend auch der KBW die Lust an der „gemeinsamen Initiative". In der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW vom 11. Dezember unternahm KBW-Chef Schmierer den verzweifelten Versuch, sich irgendwie inhaltlich von den Vaterlandsverteidigern abzugrenzen, um das Scheitern der Verhandlungen zu begründen.

Schmierer läßt dabei den ganzen Komplex der Vaterlandsverteidigung, des Verhältnisses zur Bourgeoisie und zum BRD-Imperialismus etc. außen vor. Nicht d i e s e Fragen haben offensichtlich einem Zusammengehen des KBW mit den Vaterlandsverteidigern im Wege gestanden. Im Wege gestanden hat vielmehr angeblich eine unterschiedliche Haltung zur Frage der „Aktionseinheit der Massen".

In Wirklichkeit muß gerade in d i e s e m Punkt weitestgehende E i n i g k e i t bestanden haben: Vaterlandsverteidiger ebenso wie KBW gingen davon aus, zuerst einmal die „Einheit" u n t e r s i c h herzustellen, sodann im zweiten Schritt die „Einheit" mit anderen Organisationen herzustellen (DKP, Trotzkisten, KB usw.), um schließlich – als krönenden Abschluß – die „Aktionseinheit der Massen" zu erreichen.

Es ist eher witzig, daß Schmierer den politisch entscheidenden Punkt der Vaterlandsverteidigung etc. a u s k l a m m e r t, um sich stattdessen mit kindischen Haarspaltereien und Sophismen in taktischen Fragen von der „KPD" und „KPD/ML" abzugrenzen.

Wie begründet Schmierer das Vorgehen des KBW? Er schreibt in der „KVZ": *„Es ging uns darum, eine gemeinsame Initiative der vier Organisationen zu erreichen, die heute beanspruchen, als marxistisch-leninistische Vorhut in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin zu arbeiten. Wir gingen davon aus, daß eine solche gemeinsame Initiative dieser vier Organisationen dem Kampf der Massen gegen die Reaktion und der Bildung einer breiten Aktionseinheit gegen die geplanten Anschläge auf die Rechte des Volkes dienen würde".*



Dagegen ist einzuwenden, daß einen solchen Anspruch nicht bloß die genannten Organisationen erheben, sondern sogar die DKP sich als marxistisch-leninistische Vorhut definiert. Schmierer muß es wohl auch selbst komisch vorgekommen sein, eine Aktionseinheit auf der Grundlage des A n s p r u c h s zu bilden, den bestimmte Organisationen erheben. So spricht er denn auch einige Zeilen später von einem **„gemeinsamen Hervortreten der Marxisten-Leninisten"**. Wohlgemerkt: Marxisten-Leninisten, ohne Anführungsstriche oder Fragezeichen.

Der KBW ist also nicht bloß grundsätzlich bereit, mit den Vaterlandsverteidigern eng zusammenzuarbeiten. Der KBW ist darüber hinaus sogar der Meinung, mit den Vaterlandsverteidigern b e v o r z u g t zusammenarbeiten zu müssen, um z u e r s t die „Einheit" mit diesen herzustellen und d a n a c h Arm in Arm mit den Vaterlandsverteidigern zur „Aktionseinheit der Massen" weiterzumarschieren.

Und damit immer noch nicht genug, hängt Schmierer den Vaterlandsverteidigern auch noch das Etikett Marxisten-Leninisten (ohne Anführungsstriche!) um. Immerhin zeugt es dann ja von Ehrlichkeit, daß Schmierer auch den KBW in diesen exklusiven Verein der Marxisten-Leninisten einreiht.

Schmierer selbst hat schon vor einigen Monaten (!!) richtig geschrieben, daß die „KPD" z u r R e a k t i o n ü b e r g e g a n g e n sei, daß sie der Bourgeoisie offen (!) dient („KVZ", 7.5.75), daß sie den Marxismus-Leninismus über Bord geworfen hat („KVZ", 24.7.75), daß sie die Klassenkämpfe diffamiert und die Bourgeoisie stärkt („KVZ", 13. 11.75). Und diese selbe „KPD" rechnet Schmierer heute den Marxisten-Leninisten zu. Das kann man wohl nur so interpretieren, daß er selbst nicht an das glaubt, was er schreibt.

Der KBW behauptet stets, die „Aktionseinheit der Massen" herstellen zu wollen, wobei die taktischen Schlußfolgerungen von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sind. In diesem Fall war der KBW der Meinung, daß eine Vorvereinheitlichung mit den Vaterlandsverteidigern (und dem KABD) der geeignetste Schritt sei. Wie die KBW-Führung zu einer solchen Meinung kommen konnte, wird von Schmierer leider nicht begründet. Schade, diese Begründung wäre sicher sehr amüsant gewesen ...

Der KBW-Führung ist natürlich beispielsweise bekannt, daß wir einen verbindlichen Beschluß haben, mit den Vaterlandsverteidigern nicht zusammenzuarbeiten. Im Prinzip ähnlich würde sich wahrscheinlich auch der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (ehem. ABG München) verhalten, und – wie sich zeigte – auch der KABD. Umgekehrt war es der KBW-Führung natürlich von vornherein bekannt (auch wenn Schmierer darüber jetzt in der „KVZ" großes Erstaunen heuchelt), daß die Vaterlandsverteidiger ihrerseits eine Zusammenarbeit mit „Revisionisten und Trotzkisten" grundsätzlich ablehnen.

Wenn die KBW-Führung in dieser ganzen Frage schon selber keine klare Haltung beziehen mag, so mußte sie jedenfalls davon ausgehen, daß bei allen anderen Organisationen hinlänglich eindeutige Vorstellungen bestehen, mit wem man zusammenarbeiten will und mit wem nicht. Es wiegt schwer, wenn v o r d i e s e m H i n t e r g r u n d die KBW-Führung sich dafür entschied, eine Vorvereinheitlichung mit den Vaterlandsverteidigern anzustreben. Denn eine solche Vorvereinheitlichung hätte nicht nur automatisch den KB ausgeschlossen, sondern auch jedes Herantreten an die DKP usw. von vornherein lächerlich gemacht. Wer heute e h r l i c h eine Aktionseinheit breiterer Kräfte anstrebt, der wird doch dazu die ersten Schritte nicht ausgerechnet Arm in Arm mit den Vaterlandsverteidigern zu gehen versuchen!

Die „Aktionseinheit der Massen" ist für den KBW nichts anderes als eine Allzweck-Phrase, mit der jedes politische Manöver, jede politische Schwankung künstlich „gerechtfertigt" wird. Da es k e i n e linke Organisation gibt, die in den letzten zehn Jahren eine reale „Aktionseinheit der Massen" hergestellt hat, läßt sich mit dieser Allzweck-Phrase umso leichter arbeiten. Mit dieser Phrase kann die KBW-Führung das eine Mal einen politischen Alleingang „rechtfertigen", ein andermal totales Nichtstun „rechtfertigen", dann wieder Exklusivverhandlungen mit den Vaterlandsverteidigern „rechtfertigen" usw.

Schmierer beantwortet nicht die Frage m i t w e m im konkreten Punkt des § 130 a Einheit möglich ist, wer h e u t e an diesem Punkt zu mobilisieren ist. Aus der Tatsache, daß sich der § 130 a „gegen das Volk" richtet, schlußfolgert Schmierer ohne weiteres, daß eine „Aktionseinheit der Massen" möglich sei.

Die Wirklichkeit sieht aber so aus, daß der § 130 a (im Gegensatz beispielsweise zum § 218) heute unmittelbar nur eine Minderheit direkt trifft, da er ein Recht einschränkt bzw. wegnimmt, von dem „das Volk" als ganzes noch gar keinen Gebrauch macht. Zwar soll den Werktätigen insgesamt hier ein Recht beschnitten bzw. genommen werden; praktisch wirkt sich das aber so aus, daß u n m i t t e l b a r heute nur eine Minderheit betroffen ist, nämlich diejenigen, die von diesem Recht Gebrauch machen und folglich vom § 130 a direkt bedroht würden.

Daher ist es von vornherein eine Illusion, wenn so getan wird, als könnten aktuell d i e M a s s e n zum Kampf gegen den § 130 a mobilisiert werden. Das weiß natürlich auch die KBW-Führung, die sich um eine Vereinheitlichung mit den Vaterlandsverteidigern bemühte, aber unehrlicherweise so tut, als ginge es aktuell im Kampf um den § 130 a um eine „Aktionseinheit der Massen". Dieses Spielchen wiederholt sich, mit Varianten, im Grunde bei jeder Kampagne des KBW. Mit dem Versuch, diese „Aktionseinheit der Massen" auf der Basis einer Vorvereinheitlichung mit den Vaterlandsverteidigern zu erreichen, hat der KBW jedoch wohl eine neue „Qualität" seiner Politik erreicht. Weiter so, und man wird von dieser Organisation bald nicht mehr viel zu sprechen brauchen! •

Erste Veranstaltung des KB in Heidelberg

Gut 30 Leute nahmen am 12. Dezember an einer Portugal/Angola-Veranstaltung teil, die von Heidelberger KB-Sympathisanten mit Unterstützung der Frankfurter Gruppe durchgeführt wurde. Dies war die erste Veranstaltung unserer Organisation in der traditionellen Hochburg des KBW. Vom KBW selbst ließ sich allerdings niemand blicken, obwohl (oder vielleicht gerade weil?) wir in dem Aufrufflugblatt klargemacht hatten, daß sich auf dieser Veranstaltung auch mit den unsinnigen und unverschämten Thesen des KBW zu Angola auseinandergesetzt werden sollte. Offenbar weiß der KBW sehr gut, warum er sich selbst in seiner Hochburg vor einer offenen Auseinandersetzung mit uns über dieses Thema scheuen muß...

Auf dieser Veranstaltung wurde auch der MIR-Film „Kriegsname: Miguel Enriquez" gezeigt. Eine Spendensammlung, die zur Hälfte an die MPLA und zur Hälfte an die FUR gehen soll, ergab etwas über 80,- DM. •

KB/Gruppe Frankfurt

Über die Schwierigkeiten bei der Organisierung konkreter Portugal-Solidarität!

Wer sich eine Kleinstadt mit 40 000 Einwohnern, CDU- und 'Freie Wählergemeinschaft'-Mehrheit im Stadtrat, beträchtlicher Defensive aller „fortschrittlichen" Organisationen als da sind: DGB-Jugend, DFG-VK, einer Jugendzentrumsinitiative, Stadtjugendring, Juso-AG und diverse KBWler, vorstellen kann, der hat schon einige Einsichten in die politischen Verhältnisse meines Wohnortes gewonnen. Wer darüber hinaus selbst an einem Ort mit ähnlich gelagerten Strukturen sein politisches Dasein fristet, weiß ganz genau, wovon ich rede – von den Schwierigkeiten nämlich, an solchen Orten „linke Politik" zu machen.

Dazu ein kurzes Lehrstück. Nach einem dreiwöchigen Portugal-Aufenthalt im Sommer beschlossen meine Freundin und ich, an unserem Wohnort ein Portugal-Komitee zu gründen. Nicht nur, weil wir durch die unmittelbar sinnliche Wahrnehmung der Kämpfe der Arbeiterklasse in Portugal ungeheuer beeindruckt waren, sondern auch, weil wir sahen, wie wichtig gerade in der BRD eine Portugal-Solidarität (BRD als „Speerspitze" des imperialistischen Europas) ist, und nicht zuletzt deshalb, weil wir uns durch die Solidaritätsarbeit einiges an Bewußtseinserweiterung bei unseren Bekannten, Kollegen und „Mitbürgern" versprachen, begannen wir unsere Arbeit.

Logischerweise fingen wir in den Bereichen an, in denen wir auch verankert sind: In der Jugendzentrumsinitiative und im Stadtjugendring (SJR).

Zuvor allerdings fand eine Kontaktaufnahme mit einer Gruppe statt, die an unserem Wohnort den „Sozialismus" gepachtet zu haben scheint – der Juso-AG. Wir erschienen dort auf einer Mitgliederversammlung, gaben einen Reisebericht ab und riefen zur Gründung eines Portugal-Komitees auf. Die Juso-AG war „Feuer und Flamme". Ich wurde verpflichtet, einen Artikel für das Juso-Landesinfo zu schreiben und sollte darüberhinaus die Gründungsveranstaltung vorbereiten.

So geschah es auch, allerdings mit folgendem Ergebnis: der Artikel ist nie im Landesinfo erschienen (er war wohl zu PS-feindlich) und die Jusos blieben der Gründungsveranstaltung fern. Das war aber beileibe noch nicht alles. Ich hatte diesen Reisebericht und die Ankündigung zur Gründung des Komitees nämlich auch auf einer Vollversammlung, einem Konzert des SJR, abgegeben. Und jetzt reagierte auch die Stadtverwaltung und die Presse. Gleich am Tage nach meinem „Auftritt" beim Konzert des SJR erschien ein wüster Artikel in der Lokalzeitung, in dem ich als „fanatisierter Ideologe" beschimpft und der SJR aufgefordert wurde, sich von mir zu distanzieren (ich hatte es gewagt, die Portugal-Berichterstattung der bürgerlichen Presse als verlogen zu bezeichnen).

Und zwei Tage später flatterte dem SJR ein Wisch des Jugenddezernenten ins Haus, in dem ihm untersagt wurde, ähnliche „Berichte" in Zukunft abzugeben, andernfalls der SJR keine städtischen Räume mehr zur Verfügung gestellt bekommt. Selbstverständlich antwortete ich auf die wüste Presseglosse sofort mit einem Leserbrief. Er wurde allerdings stillschweigend unterdrückt, d.h. nicht veröffentlicht. Der nächste Schritt war die Forderung nach einer sofortigen Stellungnahme zu diesen Vorfällen durch den SJR.

Dort – der Einfluß der Reaktionäre (BdKJ, Adventsjugend usw.) und Reformisten (der Vorsitzende und 1. Vorstandsmitglied des SJR sind gleichzeitig Juso-Vorstände) – zog man allerdings den Schwanz ein. Es wurde ein Leserbrief abgeschickt, der eine de facto-Distanzierung bedeutete, darüberhinaus unternahm man nichts.

In der nächsten VV wurden diese Bankrotterklärungen leider auch noch sanktioniert. Soweit also die Querelen.

Erfreulich war jedoch eines: Auf jeder Versammlung, auf der ich den Bericht über Portugal und den Gründungsaufruf für ein Portugal-Komitee abgab, konnte Geld zur Unterstützung eines portugiesischen Basisprojektes gesammelt werden. Auf vier Veranstaltungen durch eigene Initiative insgesamt 130 DM.

Das zeigt, daß die Jugendlichen für dieses Komitee durchaus zu gewinnen sind, wenn wir uns nicht einschüchtern lassen. Wir werden allerdings unsere Anstrengungen gewaltig steigern müssen, um gegen die vereinigte reaktionäre Front die Menschen von einer passiven Unterstützung (Spende) zur aktiven Mitarbeit im Komitee zu gewinnen. ●

Ein KB-Sympathisant aus Süddeutschland

KBW immer offener gegen die MPLA

In Freiburg hatten zwei Veranstaltungen eines Angola-Komitees zur Unterstützung der SAM (Servicio de Assistencia Medica), der Gesundheitsorganisation der MPLA, stattgefunden. Auf einer Veranstaltung hatte Dr. Luis Campinos (Mitglied der SAM) zur Unterstützung der Sanitätsstation in Cazenga aufgerufen. Cazenga ist das größte der 16 Elendsviertel von Luanda, der Hauptstadt Angolas. In der „Kommunistischen Hochschulzeitung" vom 1.12. übte die Studentenorganisation des KBW „Selbstkritik", weil sie das Projekt ursprünglich begrüßt hatte und erklärte: *„Das Cazenga-Projekt fördert nicht die Einheit der Nation, sondern den Bürgerkrieg".*

Diese neue „Perle" des KBW wollen wir dem Leser nicht vorenthalten und drucken sie hier ab:

> **ANGOLA**
>
> Das Cazenga-Projekt fördert nicht die Einheit der Nation, sondern den Bürgerkrieg!
>
> In der vorletzten KHZ haben wir das von der MPLA vorgeschlagene Cazenga-Projekt begrüßt und unsere Unterstützung zugesagt. Wir taten dies, obwohl wir die momentane Politik der MPLA ablehnen, die nicht auf die Einheit der drei Befreiungsbewegungen, sondern auf ihre schärfste Bekämpfung abzielt. Wir unterstützten das Projekt, weil wir meinten, es sei eine humanitäre Hilfe für das gesamte angolanische Volk. Diese Trennung zwischen politischer Solidarität und humanitärer Hilfe ist falsch. Wenn wir unsere Unterstützung nicht wie die Caritas begründen und geben wollen – und das haben wir nicht im Sinn – müssen wir uns fragen, ob die Politik einer Befreiungsbewegung die objektiven Interessen ihres Volkes vertritt oder nicht. Können wir diese Frage bejahen, müssen wir die Bewegung in jeder Form unterstützen. Müssen wir sie verneinen, ist auch eine humanitäre Hilfe nicht verantwortbar, denn sie dient der Fortsetzung dieser Politik. Das ist bei dem Projekt der MPLA der Fall. Denn ihre Politik zielt nicht auf die Einheit der Nation, sondern auf die Verschärfung des Bruderkriegs ab, und dient indirekt der neokolonialistischen Beherrschung des Landes durch den Imperialismus. Deshalb lehnen wir die Unterstützung für eine der drei Begreiungsbewegungen in Angola solange ab, bis der Bruderkrieg begraben und die Einheit wieder angestrebt wird. Denn nur diese Einheit sichert die Unabhängigkeit vom Imperialismus und den Aufbau eines demokratischen und blühenden Angola. -j/Red.

Die Schlußfolgerung aus diesem Schwachsinn abgewirtschafteter Intellektueller ist leicht zu ziehen: Unterstützung der MPLA dient dem Neokolonialismus und („Sozial") Imperialismus. Folglich dient die Unterstützung der MPLA beispielsweise durch Vietnam, Korea, Mosambik, Guinea-Bissao usw. gleichfalls dem („Sozial")Imperialismus. Von hier aus dürfte es nicht mehr weit sein zu der Behauptung, die genannten Staaten seien „Agenturen des Sozialimperialismus" – denn warum sonst sollten sie ihn unterstützen? ...

Zynische Spitze: Der KBW lehnt die Unterstützung der MPLA s o l a n g e ab, bis der „Bruderkrieg begraben" ist, d.h. bis entweder die MPLA den vollständigen Sieg über die pro-imperialistischen Banden von FNLA/UNITA, die faschistischen „weißen" Söldner und die südafrikanischen Invasoren errungen hat – oder aber bis zu einer Niederlage der MPLA. Eine sehr „saubere" Haltung. ●

Bürgerliche Presse, Vaterlandsverteidiger und KBW gegen proletarischen Internationalismus Kubas in Angola!

In der Berichterstattung der bürgerlichen Presse über Angola wurde in der jüngsten Zeit verstärkt über den Einsatz kubanischer Truppen in Angola spekuliert. Der Phantasie wurden dabei keine Zügel angelegt, die Zahlen schwanken zwischen 1.500 und 15.000, ohne daß diese Schreiberlinge bisher in der Lage gewesen sind, auch nur einen einzigen kubanischen Genossen „leibhaftig" nachzuweisen. Diese Spekulationen dienen einzig und allein dem Zweck „zu beweisen", daß das angolanische Volk kein eigenes Interesse am Kampf gegen die imperialistische Agression hat und nur eine Statistenrolle spielt, die „aus Moskau und Havanna diktiert" wird. Dementsprechend behauptet ausgerechnet die US-Marionette Savimbi (UNITA-Führer) dreist, der Präsident der VR Angola, A. Neto, sei ein *„Gefangener der Russen und Kubaner"*. Mit Schlagzeilen wie *„Kommunisten dank massiver sowjetischer Hilfe in Angola auf dem Vormarsch"* („Welt") oder *„Kubaner drängen FNLA zurück"* („FAZ") wird zum einen die Einmischung der USA und Südafrika zugunsten der angolanischen Konterrevolution gerechtfertigt und zum anderen die ausländische Unterstützung für die MPLA als *allein* kriegsentscheidend hochgespielt – so, als hätte es keinen fünfzehnjährigen Befreiungskampf der MPLA gegeben, durch den sie das Vertrauen der Bevölkerung errang.

So wie der MPLA jede eigenständige Politik und Erfolge abgesprochen werden, so übersteigt es das Vorstellungsvermögen der imperialistischen Schreiberlinge, daß Kuba n i c h t als „Befehlsempfänger Moskaus", sondern aus eigenem internationalistischen Verantwortungsgefühl kubanische Genossen der MPLA zu Hilfe gesandt hat.

Denn Kuba gehört zu den sozialistischen Ländern, die am konsequentesten den antiimperialistischen Internationalismus praktizieren und ihre Kenntnisse in der Guerillakriegsführung und Waffentechnik selbstlos den vom Imperialismus bedrängten Befreiungsorganisationen zur Verfügung stellen. So haben beispielsweise kubanische Genossen Seite an Seite mit der PAIGC in Guinea Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus gekämpft. Erinnert sei nur, daß die portugiesische Linke nach dem 25. April 74 für die Befreiung eines kubanischen Hauptmanns aus einem Lissaboner Militärhospital kämpfte, der in Guinea Bissau gefangen genommen worden war. Kubaner sind in fortschrittlichen Ländern wie Südjemen und der VR Kongo an der Ausbildung der Streitkräfte beteiligt, sie unterstützen – nach allerdings unbestätigten Informationen – die PFLO in Oman und die Eritreische Befreiungsfront in Äthiopien und einige Palästinenserorganisationen (nach „FR" vom 27.11.75).

Ein besonders übles Stück leistete sich Springers „Welt am Sonntag" (23.11.75), die die kubanische Solidarität verleumdete, es handele sich bei den Kubanern um *„Ex-Strafgefangene und Leute aus Arbeitslagern"*!

In die gleiche Kerbe wie die faschistoide Springer-Presse hauen die Spießgesellen von der „KPD": *„Angola: Bewaffnete kubanische Banden auf sowjetischen Befehl in Luanda eingetroffen", direkte militärische Intervention der Handlanger des sowjetischen Sozialimerialismus"* etc, etc. („RPK" 49/1975). Nicht ganz so offenherzig, wenn auch auf der gleichen Linie, geben sich die Herren Redakteure der „KVZ". Nach der reißerischen Einleitung: *„Die Sowjetunion kann ihre Einmischung nicht mehr verheimlichen, sie ist inzwischen unübersehbar"* verweisen sie auf eine Meldung der „FAZ", nach der u.a. 3000 Kubaner als Kämpfer in Angola wirken. Ganz im Stil der Rechtspresse wird somit Kuba als „Vasall" der Sowjetunion verleumdet, das sich in die ‚inneren Angelegenheiten des angolanischen Volkes einmischt." Der KBW ist ganz schön auf den Hund gekommen, die kubanischen Revolutionäre mit imperialistischen Söldnern auf eine Stufe zu stellen!! (Welch eine Betrachtungsweise des Genossen Che würde das eröffnen!!) Zur demagogischen Wendung die kubanischen Genossen zu „Agenten des Sozialimperialismus" zu erklären ist der KBW einfach deshalb gezwungen, weil er seine „eigentliche" Theorie der „Nichteimischung" nicht konsequent aufrechterhalten kann, angesichts der jedem Linken bekannten massiven Unterstützung z.B. der koreanischen Revolution durch tausende chinesischer Freiwilliger oder der internationalen Unterstützung für die spanischen Revolutionäre im Bürgerkrieg. Dies ist der eigentliche Hintergrund der Diffamierung der kubanischen Hilfe als „sozialimperialistisch"!

Eine solidarische und revolutionäre Gesinnung gegenüber dem angolanischem Volk, von der sich der KBW eine dicke Scheibe abschneiden sollte, brachte der Verteidigungsminister der Kapverden, S. Ruiz zum Ausdruck: „Bis jetzt ist noch kein einziger guinesischer oder kapverdianischer Soldat auf angolanischen Gebiet, die Republiken von Guinea-Bissau und Cabo Verde sind jedoch bereit, Truppen nach Angola zu schicken, wenn die MPLA darum bittet" („El Moudjahid", 9.12.75)!

Ganz in diesem Sinne gilt unsere Hochachtung allen ausländischen Genossen, die sich der MPLA *unterordnen* und ihr beistehen in ihrem schwierigen Kampf um nationale Unabhängigkeit und revolutionäre Demokratie in Angola. *„Welche Gesinnung spricht daraus, wenn ein Ausländer, ohne auch nur den geringsten Vorteil zu suchen, die Sache der Befreiung des chinesischen Volkes zu seiner eigenen macht? Das ist die Gesinnung des Internationalismus, die Gesinnung des Kommunismus!"* (Mao Tse Tung, „Dem Gedenken Bethunes").

Afrika-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Offene Antwort an den „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"

Die Leitung des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (im folgenden kurz „Arbeiterbund" genannt) hat sich mit dem nebenstehenden Schreiben an den KAB'Deutschland', den KBW und auch den KB gewandt, um eine „GEMEINSAME ERKLÄRUNG GEGEN DEN ‚LINKEN' SOZIALCHAUVINISMUS DER GRUPPE ‚ROTE FAHNE' UND DER GRUPPE ‚ROTER MORGEN' " vorzuschlagen.

Wir begrüßen die Absicht des „Arbeiterbund", sich von den erklärten Befürwortern der Vaterlandsverteidigung („KPD" und „KPD/ML") abzugrenzen, meinen aber, daß eine „GEMEINSAME ERKLÄRUNG ... " der vom „Arbeiterbund" angeschriebenen Organisationen gegenwärtig gleichermaßen unrealistisch und verfehlt wäre.

Es stimmt eben so nicht – wie der „Arbeiterbund" unterstellt – „daß w i r (also z. B. KB und KBW in gleicher Weise, Anm. AK) die Politik der Vaterlandsverteidigung ablehnen"; oder, wie es in dem Entwurf des „Arbeiterbund" zu der „GEMEINSAMEN ERKLÄRUNG ... " heißt: „Jede (!) der unterzeichnenden Organisationen hat sich bereits in der Vergangenheit mit eigenen Erklärungen von diesen Gruppierungen distanziert und ist gegen ihre schädliche Politik aufgetreten (!)".

Insbesondere für den KBW gilt, daß er in zentralen Fragen gleiche oder ähnliche Positionen bezieht wie die Vaterlandsverteidiger von „KPD" und „KPD/ML" (z. B. zum Befreiungskrieg des angolanischen Volkes unter Führung der MPLA, z. B. zur Frage des „Hauptfeindes" der Menschheit , z. B. in der Frage der sowjetischen Flotten- und Stützpunktpolitik, z. B. in der Frage der „Europäischen Gemeinschaft ', z.B. in Bezug auf Portugal, wo der KBW die dortigen Vaterlandsverteidiger unterstützt ...) und daß er die Vaterlandsverteidiger-„Parteien" nicht etwa als Hilfstruppen der Konterrevolution bekämpft, sondern „KPD" und „KPD/ML" gerade jetzt erst wieder als Organisationen, „die heute beanspruchen, als marxistisch-leninistische Vorhut (!!!) in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin zu arbeiten" („KVZ", 11. Dez. '75) zur b e v o r z u g t e n Zusammenarbeit eingeladen hat (siehe dazu auch den Artikel „KBW zu § 130 a, Vom Sumpf zur „Aktionseinheit der Massen" in dieser Ausgabe des AK!).

Daß es mit diesen Leuten keine gemeinsame Erklärung gegen die Politik und die Organisationen der Vaterlandsverteidiger geben kann, liegt auf der Hand.

Der „Arbeiterbund" und auch der KAB'Deutschland' haben zwar gegen die Organisationen der Vaterlandsverteidigung Stellung genommen, leugnen oder ignorieren aber den Zusammenhang, der zwischen dem Aufkommen dieser proimperialistischen Strömung und der gegenwärtigen Außenpolitik der VR China besteht.

Das liegt unseres Erachtens einfach daran, daß „Arbeiterbund" und KAB' Deutschland' sich bisher selbst stets zu bedingungslosen Fürsprechern der chinesischen Außenpolitik gemacht haben und dadurch nicht nur einmal in die Lage gekommen sind, gegen ihre eigenen Überzeugungen und richtigen Erkenntnisse zu argumentieren (siehe hierzu u. a. AK 69, „Angola und die Linke").

Wenngleich die chinesische Außenpolitik nicht für a l l e s verantwortlich gemacht werden kann, was die Vaterlandsverteidiger hierzulande und in den anderen Ländern Westeuropas verantstalten, so kann doch nicht ernsthaft geleugnet werden, daß die proimperialistischen Positionen der Vaterlandsverteidiger mit den „Theorien" der chinesischen Außenpolitiker vollständig und in der Regel wortwörtlich übereinstimmen! Beide sind erklärtermaßen

+ für ein starkes imperialistisches Westeuropa,
+ für eine nachhaltige Stärkung der NATO usw. usf.

Daß den ungleichen Brüdern die gleiche Kappe paßt, wird u. a. auch daran deutlich, daß die KP Chinas zu den schlimmsten Provokateuren der „ML"-Szene in Westeuropa Beziehungen unterhält – also zum Beispiel Vertreter der profaschistischen „PCP/ML" aus Portugal („Bruderpartei" der „KPD"!), die erwiesenermaßen in „Aktionseinheit" mit dem rechtsradikalen Mob Büros der PCP und der revolutionären Linken angesteckt und verwüstet hat, mehrfach nach Peking eingeladen und empfangen hat!

Auch der „Arbeiterbund" bezeichnet „KPD" und „KPD/ML" als „Provokateure". Aber er stellt nicht die Frage, warum ausgerechnet diese „Provokateure" in China willkommen geheißen werden, warum die chinesische Presse ausgerechnet aus den Zeitungen der „Provokateure" zitiert ...

Der KB hat bekanntlich – lange bevor die Strömung der Vaterlandsverteidigung o f f e n hervorgetreten ist !!! – die chinesische Außenpolitik analysiert und kritisiert.

Dabei war uns klar – und die Entwicklung seither hat uns rechtgegeben! –, „daß die ‚konsequente' Unterstützung der chinesischen Außenpolitik letzten Endes zum ‚Sozialchauvinismus' und zur Politik der ‚Vaterlandsverteidigung' führt, d. h. zur Verteidigung, Rechtfertigung und Unterstützung des e i g e n e n Imperialismus gegenüber den ‚Supermächten' " (zit. aus dem „Offenen Brief" des KB an die „Westdeutsche Linke" vom 25. Februar 1975).

Das von uns unterbreitete Angebot, über diese Fragen ö f f e n t l i c h zu diskutieren, hat k e i n e der angesprochenen Organisationen angenommen – ja teilweise bewußt totgeschwiegen !

Hier macht auch der „Arbeiterbund" keine Ausnahme.

Wir hoffen, daß der jetzt vom „Arbeiterbund" vorgelegte Entwurf für eine „GEMEINSAME ERKLÄRUNG ... " gegen die Vaterlandsverteidiger die Bereitschaft anzeigt, auch mit dem KB wieder in die Diskussion einzusteigen.

Wir sind zu dieser Diskussion bereit und würden es begrüßen, wenn dabei auch die in der Vergangenheit vom „Arbeiterbund" gegen den KB ausgestreuten Diffamierungen („Clique von Trotzkisten und Kathedermarxisten" ... etc.)ausgeräumt werden könnten – und der Weg zu einer solidarischen und sachlichen Form der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit freigemacht würde. ●

> An
> Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands
> Kommunistischen Bund
> Kommunistischen Bund Westdeutschlands
>
> **ARBEITERBUND FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER KPD**
> **Zentralkomitee**
> **8 München 2**
> **Tulbeckstraße 4**
> 11. Dez. 1975
>
> Genossen,
>
> an uns haben sich unorganisierte Genossen aus Westberlin gewendet, mit einem Vorschlag, den wir unterstützen. Die Genossen meinen zu Recht, daß es dringend notwendig ist, die sektiererischen Kräfte um Semler, Horlemann und Aust zu isolieren. Seitdem diese Leute die Politik der Vaterlandsverteidigung propagieren, haben sich für die kommunistische Bewegung in Westdeutschland und Westberlin neue Schwierigkeiten innerhalb der Arbeiterbewegung ergeben, da es z. B. die rechte Sozialdemokratie sehr gut versteht, die Vaterlandsverteidiger als Repräsentanten der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland hinzustellen. Für viele Arbeiter ist es derzeit noch schwer gerade angesichts der Zersplitterung der kommunistischen Bewegung, festzustellen, welche politische Richtung es ist, die von jedem klassenbewußten Arbeiter von vornherein abgelehnt werden muß.
>
> Unsere Organisationen haben große politische Differenzen. Ungeachtet dieser Differenzen ist uns allen aber gemeinsam, daß der Hauptfeind der westdeutschen Arbeiterklasse im eigenen Land steht, daß wir die Politik der Vaterlandsverteidigung ablehnen. Jede Organisation hat bereits entsprechende Stellungnahmen abgegeben. Wir meinen aber, daß die Westberliner Genossen recht haben, wenn sie sagen: Wirklich isoliert werden können diese Kleinbürger am besten, wenn eine gemeinsame Erklärung abgegeben wird. Damit würde ein verhältnismäßig großer Teil der revolutionären Kräfte in Westdeutschland und Westberlin gegenüber der Arbeiterklasse und den fortschrittlichen Menschen eindrucksvoll dokumentieren, was Grundbedingung für Kommunisten in Westdeutschland ist, nämlich gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie als Hauptfein zu kämpfen, und damit wäre ein erster Schritt getan, den Vaterlandsverteidigern das Wasser abzugraben. Wir meinen, daß das zum Nutzen der Arbeiterklasse und jeder Organisation wäre, die den ehrlichen Willen hat, die Arbeiterklasse zur Revolution zu führen.
>
> Wir haben uns überlegt, wie eine gemeinsame Erklärung aussehen kann, die in allen Punkten von den vier Organisationen vertreten werden kann, und schlagen Euch als Grundlage die beigelegte Erklärung vor. Gebt uns bitte möglichst bald bescheid, ob Ihr grundsätzlich mit dem Vorschlag einverstanden seid und welche Veränderungsvorschläge Ihr habt, über die wir uns dann einigen müßten. Wir halten es für das beste, wenn die gemeinsame Erklärung dann gleichzeitig in allen Zentralorganen der betreffenden Organisationen abgedruckt wird.

Zur Nachahmung zu empfehlen:

20 Göttinger Jusos verlassen SPD

Die nachstehend im Wortlaut wiedergegebene ‚Presseerklärung' wurde uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugeschickt.
Wir begrüßen, daß hier eine Gruppe von Jungsozialisten die einzig richtigen Konsequenzen aus der innerparteilichen Situation und der Gesamtpolitik der SPD gezogen hat.
Bleibt zu hoffen, daß die Genossen auch in Zukunft einen richtigen Weg gehen werden – und daß ihr Beispiel in der SPD Schule macht. ....

Presseerklärung

Ende November 1975 verließen zwölf Genossen die JUSO-Hochschulgruppe Göttingen. Inzwischen hat sich die Zahl der Austritte auf ca. 20 erhöht. Die JUSO-Hochschulgruppe gilt als Linksaußen im bundesrepublikanischen JUSO-Spektrum.

Grund der Austritte war zum einen die zunehmende Repression gegenüber der sozialistischen Linken in der SPD. Die aktuellen Säuberungsmaßnahmen – im Hinblick auf die kommenden Wahlen ein einheitliches Bild der Partei hinter Schmidt und Brandt zu schaffen – setzen sich verstärkt auf allen Ebenen durch. Es bleibt für Marxisten in der SPD nur noch die Alternative, auf ein offensives Eintreten für ihre Positionen zu verzichten und sich „kurzfristig" der Rechtsentwicklung der Partei anzupassen oder die Partei zu verlassen. Die Göttinger Genossen haben diesen Schritt von sich aus getan, weil auch ohne Ausschlußverfahren deren Abschreckungs- und Einschüchterungswirkung die Arbeit in der Hochschulgruppe und im Verband längst gelähmt hat.

Zum anderen zwingen die aus der Krise der kapitalistischen Wirtschaft verstärkt entstehenden Klassenauseinandersetzungen dazu, eine bloß hochschulpolitische Beschränkung sozialistischer Arbeit zu überwinden. Nach dem Ausscheiden aus der Sozialdemokratie stehen organisatorische Alternativen zur Diskussion (GIM, KB, SB) die eine Integration des Arbeitsbereichs Hochschule in eine umfassende Klassenpolitik ermöglichen sollen.

Genossen, die in den letzten Wochen und Monaten aus ähnlichen Erfahrungen den gleichen Schritt vollzogen (vollziehen mußten), bitten wir, sich mit uns in Kontakt zu setzen. Eine ausführliche Begründung unseres Austritts erscheint Anfang 1976 bei SOAK, 3 Hannover, Am Taubenfelde 30.

Kontaktadresse: Lotte Fischer, 34 Göttingen, Nikolausberger Weg 9

Offener Brief an die DKP

Während der Betriebsräte-Veranstaltung in Hamburg am 6.12. wurde von Euch ein Flugblatt verteilt, in dem nach einigen witzigen Bemerkungen über Euer Verständnis von Gewerkschaftsarbeit ein „Streitgespräch" mit dem KB angekündigt wird. Dieses „Streitgespräch" soll dem Flugblatt zufolge am 8.1.76 im Blauen Saal, Messegelände, stattfinden. „Prominenz" Eurer Partei (Gerns, Steigerwald) soll aufgeboten werden, um Eure lokalen Kräfte in diesem „Streitgespräch" zu stärken. Wir sollen dabei „Gelegenheit haben", unsere „Politik darzulegen".

Bereits seit vielen Wochen wurde von Mitgliedern und Sympathisanten Eurer Partei an der Universität gesprächsweise eine öffentliche Diskussion zwischen Vertretern von DKP und KB angekündigt. Mit diesem Gerücht sollte offenbar Politik gemacht werden.

Wir stellen demgegenüber fest: Z u k e i n e m Zeitpunkt hat es irgendeine Form des Herantretens Eurer Partei an den KB mit dem Ziel einer solchen öffentlichen Diskussion bzw. eines „Streitgesprächs" gegeben. Bis heute hat es von Eurer Seite keine Einladung und kein Anbot zu Absprachen über ein solches „Streitgespräch" gegeben. Was es gegeben hat, ist eine miese Gerüchtepolitik, entsprechend Eurer ganzen bisherigen Haltung im Umgang mit kommunistischen Organisationen.

Zu dieser Haltung paßt es, daß Ihr für das „Streitgespräch" einen Raum vorgesehen habt, der kaum 1000 Menschen aufnehmen kann. Das ist für E u r e örtlichen Mobilisierungsfähigkeit auch erfahrungsgemäß durchaus ausreichend. Offensichtlich interessiert es Euch dabei gar nicht, daß im Gegensatz zur DKP unsere Organisation zu einer derartigen Veranstaltung regelmäßig durchschnittlich 2000 Menschen mobilisiert. Die Betriebsräte-Veranstaltung, auf der Euer Flugblatt verteilt wurde, wurde von weit mehr als 3000 Menschen besucht. In Eurem Flugblatt schriebt Ihr, die „Organisatoren dieser Veranstaltung" seien „die Führer des KB". Das ist zwar sachlich nicht richtig, stellt aber angesichts des Erfolgs dieser Veranstaltung wohl doch eine eindeutige Anerkennung der Mobilisierungsfähigkeit unserer Organisation dar.

Halten wir fest: 1. Ihr verbreitet Gerüchte über eine „öffentliche Diskussion", kündigt ein „Streitgespräch" an, ohne überhaupt den Versuch zu unternehmen, uns einzuladen und den Rahmen einer derartigen „öffentlichen Diskussion" festzulegen. 2. Ihr setzt für dieses angebliche „Streitgespräch" einen Raum an, der offensichtlich überhaupt keine Voraussetzungen für eine öffentliche Diskussion bietet, weil er viel zu klein ist.

Dieses Herangehen unterstreicht, daß es Euch nicht um eine ernsthafte politische Auseinandersetzung geht. Wenn Ihr eine solche Auseinandersetzung aufnehmen wollt, gäbe es dazu Gelegenheit genug. Bis heute habt Ihr es aber nicht vermocht, Euch mit unserer Organisation anders als auf der Ebene von Anpinkeleien und Verleumdungen zu befassen.

Veranstaltungen wie das von Euch angekündigte „Streitgespräch" organisiert Ihr in einer Reihe von Städten. Das gemeinsame Kennzeichen ist, daß es sich um Orte handelt, wo die DKP seit langem abgewirtschaftet hat und ein Schattendasein führt. Offensichtlich sollen diese „Streitgespräche" dazu dienen, Euch wieder stärker ins Geschäft zu bringen. Zu diesem Zweck wird Eure „Prominenz" auf Rundreise geschickt.

In Hamburg ist von der DKP praktisch nichts mehr zu sehen – abgesehen von der Universität, wo die DKP über die Studentenorganisation MSB noch eine Bedeutung hat. Wir meinen, daß Eure Bedeutungslosigkeit in Hamburg eine gute Sache ist.

Wir denken nicht daran, Euch mit Hilfe eines von Euch nach Euren Vorstellungen arrangierten „Streitgesprächs" wieder ins Geschäft zu bringen. Wir werden zu diesem „Streitgespräch" keine Vertreter schicken.

Wenn Ihr eine Auseinandersetzung führen wollt, so fordern wir Euch auf:

Stellt in der UZ und Euren anderen Publikationen die antikommunistische Hetze ein. Setzt Euch stattdessen mit unseren tatsächlichen Positionen auseinander, wie sie anhand des ARBEITER-KAMPF u.a. überprüfbar sind. Stellt Eure spalterische Politik der Ablehnung der Aktionseinheit mit dem KB ein.
Wenn Ihr auf dieser Grundlage eine sachliche, öffentliche Diskussion mit uns führen wollt, dann macht dazu ein konkretes Angebot, um g e m e i n s a m die Voraussetzungen und Umstände einer solchen Diskussion festzulegen.

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes

INHALT

Betrieb und Gewerkschaft
Über 3.000 auf Betriebsräte-Veranstaltung ... 24
Mitbestimmung ... 16
Streikberichte ... 19
DGB: Beileidstränen zum Tode eines Kapitalisten ... 18
Kürzung des Arbeitslosengeldes für berufstätige Ehepaare ... 21
Metall-Industrie:
Philips-Kapitalisten planen Schließung in Herborn ... 19
Fichtel & Sachs-Verkauf: Playboys, Schmarotzer und Millionen-Schwindel ... 7
Massenentlassungen jetzt auch bei HDW ... 21
Eine Kritik am Elmshorner IGM-Ortssekretär und die Folge: Gewerkschafts-Ausschluß ... 23
HAW: Persönlichkeits-Liste zur Betriebsräte-Wahl gegen IG-Chemie-Führer durchgesetzt ... 22
Opel-Bochum: Sechsmal „lebenslänglich"! ... 20
Weitere Kurzarbeit in der Stahlindustrie ... 21
Wer fordert weniger? IGM 8% .... Wer bietet weniger? Gesamtmetall: 2% 21
Chemie-Industrie:
F.C. Seibel: „Euch Gesindel schlagen wir noch mal tot!" ... 20
Liste „Frauen", Colgate: Prozeß gewonnen – Der Kampf geht weiter ... 20
Öffentlicher Dienst:
ÖTV-Führer mit Klerus vereint gegen fortschrittliche Kollegen ... 22
Textil-Industrie:
Nur Teilerfolg für FLES-Kollegen ... 19
Holz-Industrie:
Massenentlassungen bei Temming ... 21
Hafen:
Kurzarbeit in Bremens Häfen ... 23
HBV:
Iduna, Hamburg: weiteres Gewerkschafts-Mitglied gekündigt ... 20
Post:
„Gesundschrumpfen" auf Kosten der Post-Kollegen! ... 21
GEW:
GEW-Bosse auf dem Vormarsch ... 23
Bremer GEW-Führer: Mit der Brechstange gegen innergewerkschaftliche Demokratie ... 23

Bürgerliche Parteien:
Partei-Verfahren gegen SPD-„Linke" ... 9
CDU-Minister schreiben in einem Faschisten-Blatt ... 41

Imperialismus
US-Rüstungs-Etat auf Rekordhöhe ... 11
USA: Wahlen zur Präsidentschaft eingeläutet: Die Rechten geben sich ein Stelldichein ... 10
„Backfire" und „Cruise Missile" ... 11
CIA und Gewerkschaften ... 30
Die Vietnam-Flüchtlinge und die verbrecherische Politik der US-Imperialisten ... 36
Ausgestoßen und rechtlos – Puerto-Ricaner in Nordamerika ... 10
Alten„hilfe" in den USA: Im Todesfall perfekter Service ... 15
Indianerverfolgung in den USA: Wie in alten Zeiten ... 11

RGW
Sowjetunion am Ende des Neunten 5-Jahres-Plan: Eine mäßige Bilanz ... 9
Polen fünf Jahre nach der Arbeiterrevolte: Wieder alles beim alten ... 8
Versorgungskrise in Rumänien ... 8

Internationales
Portugal:
Kampf dem Faschismus ... 1
MES und PRP: Kurs auf den „bewaffneten Aufstand"? ... 25
Frankreich:
Soldatenbewegung in Frankreich: „Wir haben alle von Portugal gelernt!" ... 28
Reaktionäre Formierung gegen die Bewegung für freie Abtreibung ... 12
Zwei Siege der Arbeiterinnen ... 12
Italien:
PCI vereinigt mit DC und Faschisten gegen Legalisierung der Abtreibung ... 12
12. Dezember in Italien: 5 Millionen im Generalstreik! – 500.000 auf der nationalen Demonstration! ... 6
Spanien:
Die letzten Illusionen werden genommen ... 6
England:
Tories schlagen vor: mit acht Jahren ins Gefängnis! ... 15
Pharma-Industrie in Großbritannien: Kuhhandel mit Profiten ... 11
Afrika:
„Afrika – aktuell" ... 37
Angola:
MPLA schlägt Aggressoren zurück ... 37
Telegramm von Kim Il Sung an Agostino Neto ... 37
West-Sahara:
Ein kleine Volk kämpft um's Überleben ... 2
Eritrea:
Der Befreiungskampf des Volkes ist unaufhaltsam ... 38
Palästina:
Zionisten wollen Tatsachen schaffen ... 7
Lateinamerika:
Lateinamerika – Aktuell ... 31
Argentinien:
Rebellion der argentinischen Luftwaffe niedergeschlagen ... 2
Chile:
Immer noch keine Einheitsfront des Widerstands ... 32
Eine gefälschte und eine echte Erklärung des MIR ... 34
Gladys Diaz ermordet? ... 32
KZ-Häftlinge mit westdeutschem Anti-Krebs-Mittel zu Tode gequält ... 34
Westdeutsche Botschaft in Santiago auf Junta-Kurs ... 34
Aus einem Brief von Nora Beckers Schwager ... 34
Ein Gruß von KARAXU ... 33
Indochina:
Indochina – Aktuell ... 35
Laos:
Volksrepublik Laos gegründet! ... 35
Südkorea:
Prozeß gegen demokratische Studenten ... 36
Japan:
Generalstreik im öffentlichen Dienst Japans erfolglos abgebrochen ... 7

Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft
20 Jahre Bundeswehr: Disziplinarrechte gegen die Soldaten erneut verschärft ... 42
Erzieher in Uniform ... 29
Berufsverbot gegen Gymnasial-Lehrer ... 41
Göttingen: Berufsverbot gegen §218-Gegnerinnen ... 5
Hamburger Senat kündigt zahlreiche Berufsverbote an ... 41
Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Groenewold bestätigt ... 5
Weg mit dem Maulkorb-Gesetz! ... 1
Waffen für die Faschisten ... 40
Göttingen: Beschneidung des Demonstrationsrechts ... 41
„Sammler"depot hortet legal 6.000 Waffen ... 41
CDU-Bürgermeister lud „Stahlhelm"-Faschisten zu „Trauerfeier" ein ... 41
Der Fall Asbach: „alle Zweifel zu ... Gunsten" eines Nazi-Mörders „berücksichtigen"? ... 41
Solschenizyn: „Kommunismus ärger als der Faschismus"! ... 5
Klassenjustiz in der BRD ... 43
KBW-Genossen weiter in Haft ... 5
Weitere Einschränkung der Verteidiger-Rechte ... 43
Quante-Prozeß in Bremen: Viereinhalb Jahre für Bastlerpech ... 41
Borvin Wulf noch immer gefangen ... 41
Sieben Monate ohne Bewährung für antimilitaristisches Flugblatt ... 4
Hamburg: Polizei-Provokation gegen BDJ-Bezirkszentrum ... 5
Polizei-Aktion gegen Frankfurter Gefangenen-Rat ... 5
Staatsanwalt beschlagnahmte Kartei in Aachener Drogen-Zentrum ... 41
Verbot der „Chemischen Keule"! ... 16

Westdeutsche Linke
Zur Nachahmung empfohlen: 20 Göttinger Jusos verlassen die SPD ... 48
KBW zu § 130a: Vom Sumpf zur „Aktionseinheit der Massen"? ... 46
KBW: Blümchen für die NPD ... 46
KBW immer offener gegen die MPLA: Sanitäts-Station in Luanda „fördert den Bürgerkrieg"! ... 47
Bürgerliche Presse, Vaterlandsverteidiger und KBW gegen proletarischen Internationalismus Kubas in Angola ... 47
Offener Brief an die DKP ... 48
Offene Antwort an den „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" ... 47
Erste Veranstaltung des KB in Heidelberg ... 46
Über die Schwierigkeit bei der Organisierung konkreter Portugal-Solidarität ... 47
Genosse D. Jose Luis Campinos (MPLA) in Stuttgart ... 38
ARBEITERKAMPF 14-tägig ... 1

Gesundheitswesen in der BRD
Wie geht's uns denn? – Kurze Nachrichten aus dem Gesundheitswesen ... 14
AOK-Studie enthüllt Klassenmedizin! ... 14
Image-Pflege mit Behinderten ... 15
Uni-Kliniken Göttingen: Wach-Studenten im Streik ... 14
„Behinderte zum Fest" ... 15

Frauen-Probleme
Weg mit dem Abtreibungsverbot (Leserbrief) ... 13
Wie die DKP den § 218 „bekämpft" ... 13
Frauengruppen protestieren gegen „Geschichte der O." ... 12
Wann wird Claus Henninger Hausfrau? ... 13

Kinder
„Nestle tötet Babys" ... 15
Heimkinder (Leserbrief) ... 16

Universitäten
Reaktion läuft Sturm gegen das „Politische Mandat" ... 45
VDS-Aktionstage: Das reicht noch lange nicht! ... 45
Hochschulrahmengesetz: Zurück zur Ordinarien-Universität ... 45

Umweltsch(m)utz
Der Plaumann-Prozeß, 2. Akt ... 18
Umweltskandal in Emden ... 18